

19. März 1928

RICHARD KLEINEIBST · SICHERHEIT

MIT dem Gewebe der Penelope vergleicht das Brüsseler sozialistische Organ, der Peuple, die Friedensarbeit in Genf. Was am Tag geschafft wurde, wird in der Nacht wieder aufgetrennt. Für die Schwierigkeit, die heute beseitigt worden ist, wachsen morgen ein halbes Dutzend neue. Kein Wunder, daß von rechts und links die ganze Institution der Société des Nations als ein lächerlicher Popanz abgetan wird. Mit einem Schein von Recht, und das ist das Gefährliche dabei. Übrigens gehört die Brüsseler sozialistische Zeitung keineswegs zu den Pessimisten und Verächtern des Völkerbunds, sie gibt uns nur zu bedenken, daß diese »größte aller Revolutionen der Menschheit«, nämlich die den Krieg zu unterdrücken, nur in langer mühevoller Arbeit erreicht werden kann, und daß jede allzu prompte Enttäuschung nur vorher gehegte Illusionen merkbar macht. Aber bleiben wir bei dem Bild der Gattin des listenreichen Odysseus, so hat die Tagung der Sicherheitskommission doch immerhin das (unbeabsichtigte) Verdienst gehabt die Fäden und Bahnen des Gewebes sichtbar werden zu lassen, mit anderen Worten die Gruppierungen im Völkerbund deutlich zu machen, Tendenzen und Absichten der verschiedenen Mitglieder zu enthüllen. In dieser retrospektiven Betrachtung können und sollen nur die großen Linien der Debatte und die Hauptgruppierungen aufgezeigt werden; vorausgesetzt ist dabei die Kenntnis der Einzelheiten, etwa des deutschen Memorandums für die Prager vorbereitende Tagung und der entsprechenden konkreten Vorschläge in Genf.

Es sei im voraus bemerkt, daß sich gegen den Schluß der Genfer Tagung eine gewisse, sehr zu begrüßende Annäherung des französischen und des deutschen Standpunkts ergeben hat, ohne daß freilich der tiefste Grund der Divergenzen endgültig beseitigt worden wäre. Diese bestehen vor allem in einer reihenmäßig verschiedenen Anordnung der Etappen zum Frieden. Die Franzosen sagen: Schiedsgericht, Sicherheit, Abrüstung. Die deutsche These lautet: Abrüstung, dann Schiedsgericht und Sicherheit. Die Entgleisung Stresemanns, der die französischen Besorgnisse als »Heuchelei« bezeichnete, und die nicht nur ästhetisch zu wertende Antwort Briands sind Symbole. Solcherlei ist wenig geeignet das Gefühl der Sicherheit in Europa zu stärken. Sehen wir nun zu, welche Sicherheiten der Völkerbundspakt bietet.

Schon daß die Sicherheitskommission beauftragt war die Artikel 10, 11 und 16 auf ihre Anwendungsmöglichkeit hin zu prüfen und die besonderen Methoden hierfür festzulegen, weist auf Lücken in den Satzungen hin. Die 4. Bundesversammlung von 1923 hatte sich begnügt in Ergänzung des Artikels 10 den einzelnen Bundesmitgliedern »Empfehlungen« über den Umfang und die Art ihrer Hilfeleistung bei einem Angriff auf ein anderes Mitglied zu geben. Ganz ähnlich laufen die Vorschläge zu Artikel 11 nur darauf hinaus lediglich »Ratschläge« an die Parteien zu erteilen, um, wie die Begründung des britischen Vertreters Lord Cecil lautete, die Souveränität der einzelnen Staaten nicht zu beeinträchtigen. (Diese Sorge des edlen Lords entspricht so ganz der Tradition Großbritanniens, das bekanntlich in seiner ganzen Geschichte Souveränitätsrechte anderer Staaten stets ängstlich gewahrt hat.) Es ist begreiflich, daß gerade von französischer Seite nach dem Versagen der Sicherung durch diese Paragraphen um so stärker auf die genauere Formulierung von Sanktionsmaßnahmen und Bestimmungen für ihre Anwendung hingearbeitet wird. Die enthält in grundsätzlicher allgemeiner Form der Artikel 16 für den Fall einer Verletzung der vorhergehenden Artikel. Doch auch da ist das Unzureichende, daß dieser Artikel der Auslegung im allgemeinen und der Berücksichtigung der besondern Lage der einzelnen Staaten einen so großen Spielraum läßt, daß eine praktische Wirksamkeit von ihm kaum zu erwarten ist. Denn erprobt ist trotz dem italienisch-griechischen Konflikt keiner dieser und anderer Artikel für den Fall bedeutenderer Streitigkeiten. Der Genfer Mechanismus überhaupt ist (glücklicherweise) bei einem Konflikt zwischen Großmächten noch völlig unerprobt, worauf immer wieder entschieden von französischer Seite hingewiesen wird. Ob mit dem Verlangen nach klaren Sanktionsbestimmungen das Sicherheitsprinzip, wie manche Pazifisten, zum Beispiel Hans Wehberg, meinen, überspannt wird, ist eine andere Frage. Man sträubt sich natürlich dagegen die Möglichkeit einer kriegerischen Handlung, geschehe sie auch in Form einer Völkerbundsexekution, ernsthaft ins Auge zu fassen, zumal man mit Recht befürchten mag, daß die Genfer Institution so für machtpolitische Sonderzwecke mißbraucht werden kann. Andererseits kann auch die einzelstaatliche Gesellschaft ohne Exekutive gegen die Gesetzesbrecher nicht auskommen, und je klarer da die Anwendungsbestimmungen sind, desto geringer ist schließlich die Möglichkeit des Mißbrauchs. Aber gerade der Artikel 16 findet seine natürliche Anwendungsgrenze durch die Eindeutigkeit der vorhergehenden Stipulierungen, also dadurch, daß die Lücken, die der Völkerbundspakt läßt, geschlossen werden. Einen Versuch hierzu machte das Genfer Protokoll von 1924, das durch Verpflichtung zur friedlichen Erledigung sämtlicher Streitigkeiten und durch die Anordnung automatisch wirkender Sanktionen ein Höchstmaß an Sicherheit zu geben in der Lage war. Seine Annahme scheiterte bekanntlich an dem Widerstand Englands. Eine Wiederauferstehung fand es dann zum Teil in dem Pakt von Locarno. Und hier begannen die Bemühungen Frankreichs. Sein nie aufgegebenes, in zäher Hartnäckigkeit verfolgtes Ziel ist: diesen Pakt durch weitere Verträge auf ganz Europa, auf den Osten und den Balkan, auszudehnen. Das ist der Sinn der Vorschläge durch Regionalpakte zu einem geschlossenen Netz zu kommen, das den Krieg in Europa fesseln soll. Es ist kein Gegenargument, daß so auf Umwegen das Ziel des Genfer Protokolls erstrebt wird; wenn dieses Vorzüge hatte, so müssen sie dann auch für die Ersatzregelung gelten.

Was wird nun von deutscher Seite gegen die Regionalverträge eingewandt? Sie werden, das sei vorausgeschickt, a limine von allen Parteien abgelehnt. Es ist da kaum ein Unterschied zwischen rechts und links. Da eine als parteioffiziös anzusehende Äußerung von sozialdemokratischer Seite, und zwar in einer Auslassung des Sozialdemokratischen Pressedienstes, vorliegt, halten wir uns an diese. Da heißt es, nachdem das Bedauern über das Scheitern des Genfer Protokolls ausgesprochen worden ist, also:

»Indessen sind die Versuche Boncour's das Genfer Protokoll durch ein System von "regionalen Nichtangriffspakten", das heißt in Wirklichkeit von sogenannten Defensivbündnissen, zu ersetzen, entschieden zu bekämpfen. Denn diese Bündnisse, von denen wir aus Erfahrung wissen, daß sie nur allzu leicht ihren ursprünglichen defensiven Charakter verlieren, stehen durchaus im Widerspruch zu der Grundidee des Völkerbundes, der mit dem Vorkriegssystem der Einzelallianzen Schluß machen und es durch ein weltumspannendes Bündnis aller Nationen ersetzen sollte. Frankreich hat im Interesse seiner Freunde im Osten Europas (Polen, Südslawien, Tschechoslowakei und Rumänien) auf die Bahn der Defensivbündnisse getrieben und möchte nun dieses System durch den Völkerbund sanktionieren lassen, womöglich sogar unter feierlicher Anerkennung des territorialen Status quo, den die verschiedensten Friedensverträge von 1919 geschaffen haben. Dazuf lassen wir uns nicht ein. Wir erkennen diesen Status quo nur für die deutsche Westgrenze an, und deshalb halten wir am Rheinpakt von Locarno fest, der Frankreich das Maximum an vertraglicher Sicherheit geboten hat, das überhaupt denkbar war. Was den Osten betrifft, so bekennen wir uns zur Schiedsgerichtsbarkeit, und wir werden jede kriegerische Lösung der Ostfragen rückhaltlos bekämpfen, aber wir lassen uns auch nicht indirekt unter dem Vorwand von regionalen Nichtangriffsverträgen zu einer freiwilligen Anerkennung der Ostgrenzen und des Anschlußverbotes bewegen.« Dazu ist zunächst zu sagen, daß die Deutung des Wortes Defensivbündnis im Sinn eines vorkriegszeitlichen Angriffspakts durchaus unangebracht ist, denn es geht hier wirklich um Verteidigung und nichts anderes. Für das »weltumspannende Bündnis aller Nationen« ist Frankreich durchaus eingetreten. Aber da es als Forderung zwar sehr schön ist, die Wunscherfüllung in der Politik jedoch weniger einfach als in der Psychoanalyse, so begnügt sich der französische Vorschlag mit dem Erreichbaren. Es ist ja nun eigentlich nicht schwer zu begreifen, daß das System der Regionalverträge nur ein Behelfsmittel ist, ein Protokollersatz; aber außerdem sollte den Marxisten des Pressedienstes die Formel des Umschlagens der Quantität in die Qualität geläufig genug sein, um daraus den Schluß zu ziehen, daß ein eng ausgebauter System von Einzelverträgen wie ein Mosaik ein Gesamtwerk ergibt, und die Gefahr der gegen einander auszuspielenden Allianzen gerade durch Förderung der Idee, durch weitestgehende Umsetzung in die Praxis vermieden wird. Nein, in dieser kategorischen Ablehnung zeigt sich wieder ganz deutlich der englische Pferdefuß; Das Argument ist von der andern Seite des Kanals bezogen. Es ist gar nicht so sehr deutsche als vielmehr englische These, es ist die Furcht der britischen Diplomatie, daß die balance of power auf dem Kontinent als Mittel der britischen Politik aufhören könnte. Aber außerdem scheint in Deutschland der Beschluß der vorjährigen Vollversammlung des Völkerbunds ganz vergessen zu sein. Dieser forderte, unter Zustimmung der deutschen Delegation, als Grundlage für die Beratungen des Sicherheitsausschusses »die progressive Ausdehnung des Schiedsgerichtsverfahrens auf dem Weg von Sonder- und Kollektivverträgen zu dem Zweck unter den Staaten eine Stärkung des gegenseitigen Vertrauens hervorgerufen, das für den Erfolg der Abrüstungskonferenz unentbehrlich ist«. Das ist in der Sache nichts anderes als die französische Formel "Durch Schiedsgericht und Sicherheit zur Abrüstung".

Und wie ist es mit dem Status quo? Es erscheint uns selbstverständlich, daß bei der Garantierung staatlicher Unversehrtheit der bestehende Zustand zugrunde gelegt werden muß, weil sonst jede Vereinbarung in der Luft schweben würde. Nichts, kein Artikel der Völkerbundssatzungen, weder Artikel 10 noch 19, schließt die Änderung bestehender Grenzen auf dem Weg friedlicher Vereinbarung aus. Nur kann solche Änderung nicht vorher festgelegt werden. Immer wieder wird dabei verkannt, daß bei den französischen Vorschlägen das Sicherheitsbedürfnis stets im Vordergrund aller Erwägungen steht, und daß dies mit der Befriedung im Osten engstens verknüpft ist, braucht hier nicht noch einmal nachgewiesen zu werden. Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß die ausgesprochen anglophile Frankfurter Zeitung am 3. März den Sinn des Briandschen Angebots an Kellogg richtig dahin deutet, »daß sich hinter dem ursprünglichen französischen Paktvorschlag der Gedanke verbirgt eine Art moralischen Ersatz für das nach Versailles nicht eingelöste amerikanische Garantieverprechen zu erhalten.« »Die französische Politik ist also im Grunde von nichts anderm als dem Gedanken der Sicherheit geleitet, dem gleichen Gedanken, der zur Konstituierung des Sicherheitsausschusses und den jetzigen Debatten in Genf geführt hat.«

Um die Erkenntnis, daß die größten Schwierigkeiten zu einer Befriedung Europas aus der Garantieverweigerung durch das Angelsachsentum herzuleiten sind, kommt man auch bei geschlossenen Augen kaum mehr herum. Es bedurfte nicht der Behandlung der Szent-Gotthard-Affäre, es genügten die Debatten im Sicherheitsausschuß. Da steht auf dem Schuldkonto Englands die Verweigerung des Beitritts zur sogenannten Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichts. Die Begründung Lord Cushenduns vor dem englischen Oberhaus auf die Interpellation Lord Cecils darf als bekannt vorausgesetzt werden; die spöttisch überlegene Absage Chamberlains in Genf offenbarte noch einmal den ganzen Hochmut des Insulaners gegen die kontinentalen Natives. Auch Deutschland bekam diese Überheblichkeit zu spüren, so sehr, daß selbst der Berichterstatter des Sozialdemokratischen Pressedienstes am 29. Februar über die englische Sabotage berichten muß:

»Wie im voraus befürchtet, war der Engländer gegen jede Milderung des Einstimmigkeitsprinzips.«

Die Begründung dafür findet man wiederum in der Frankfurter Zeitung vom 22. Februar 1928, wo der Londoner Korrespondent, der für alles Englische begeisterte Rudolf Kircher, über die Interesselosigkeit an den Genfer Verhandlungen berichtet und dann fortfährt:

»Die Engländer wissen auch ohnedies, daß die britische Politik nach wie vor für alle absehbare Zeit die theoretische Ausfüllung des sogenannten Loches im Völkerbundsvertrag ablehnt, und daß keine englische Regierung damit einverstanden sein wird, daß das Prinzip der Einstimmigkeit in vitalen Fragen aufgegeben wird. In ihrer etwas derben Sprache drückt die Morning Post diesen Gedanken folgendermaßen aus: »England wird niemals zugeben, daß die englische Politik durch eine kontinentale Majorität bestimmt wird.« Das Blatt setzt hinzu, England wäre niemals in den Völkerbund mit all seinen kontinentalen Gefahren und Verwicklungen eingetreten, wenn nicht jene Lücke in dem theoretischen Friedensnetz vorhanden wäre.«

Genügt das noch immer nicht zur Charakterisierung der pax britannica? England ist keine europäische Macht, England ist, wie seine Vertreter nicht zum erstenmal in dürren Worten ausgesprochen haben, an den Ereignissen auf dem Kontinent nur insoweit interessiert als es sie für seine Zwecke benutzen kann. Und das geht immer und je gegen die Interessen des gesamten Kontinents wie seiner einzelnen Staaten.

Nicht die 6 Musterverträge und die 11 Resolutionen, über die sich lustig zu machen leichtes Spiel ist, betrachten wir daher als das Hauptergebnis der Genfer Tagung, sondern die Lockerung des Bandes zwischen der deutschen Außenpolitik und der englischen Vormundschaft. Nicht, als ob diese unheilvolle Verbindung nicht sehr bald wieder fester geschlossen werden könnte. Möglich, ja wahrscheinlich ist das schon für die Herbsttagung, bei der die Frage der Rheinlandräumung wieder eine Rolle spielen soll, die der englischen Diplomatie immer wieder die so einfache Möglichkeit gibt ein deutschfreundliches Herz zu zeigen, ohne die geringste deutschfreundliche Tat nötig zu haben; weiß sie doch ganz gut, daß im Deutschland der Nachkriegszeit Worte aus London stets größern Eindruck machten als Wirklichkeiten aus Paris. Presseäußerungen, die die Parallelität der deutschen Thesen mit den englischen Bestrebungen zur Friedenssicherung betonen, zeigen schon die Richtung. Das Zeugnis des Wohlverhaltens von dem englischen Instruktor zu erhalten ist für viele deutsche Politiker noch immer der "Primat der Außenpolitik".

Trotzdem: In Genf ist wieder ein kleiner Schritt zur Verständigung Deutschlands mit Frankreich über das Problem Europa getan. Es bleibt freilich noch ein weiter Weg von dieser Verständigung bis zum Verständnis, daß die Grenzprobleme in Oberschlesien, die Frage des Korridors und auch die des Anschlusses nur im Zusammengehen mit Frankreich, nur in dem größern System von Kontinentaleuropa, dann aber freilich ohne größere Konflikte und schwere Störungen zu lösen sind. Wirtschaftliche Verbindung, wirtschaftlicher Zwang wird dazu beitragen, daß Erfüllung findet, was der Peuple am 6. März über die deutsch-französische Annäherung ausführte:

»Hier liegt das Zentralproblem jeder internationalen Politik. Und solange England in seiner aktuellen Haltung der Negation verharret, kann der Entschluß, den Deutschland fassen wird (le parti que prendra l'Allemagne) einen gewaltigen Einfluß auf die Entwicklung der Gesellschaft der Nationen ausüben. Wird sich das Reich entschlossen auf die Seite der Friedensfreunde schlagen, oder wird es versuchen zwischen Frankreich und England zu lavieren in der, wahrscheinlich vergeblichen Hoffnung sich so aus der Unterlegenheit (situation d'infériorité) zu befreien, in die es der Versailler Vertrag versetzt hat? Die Haltung der deutschen Delegation im Sicherheitskomitee ebenso wie die Ratifikation der Fakultativklausel des Haager Schiedsgerichts durch Deutschland berechtigen zu der Hoffnung, daß man jenseits des Rheins begriffen hat, daß das ständige und nicht nur das augenblickliche Interesse Deutschlands gebieterisch die loyale und enge Zusammenarbeit mit den Ländern fordert, die die Gewalt aus den internationalen Beziehungen auszuschalten wünschen.«

Es ist vor allen Dingen notwendig den deutschen Sozialisten vor Augen zu halten, daß die angelsächsischen Reiche wohl mit Worten »die Gewalt aus den internationalen Beziehungen auszuschalten wünschen«, daß aber die Balance-of-power-Politik gleichzeitig dafür Sorge trägt, daß den anderen Völkern die Gewalt Großbritanniens immer wieder als die einzige Realität demonstriert wird. Wollen die Länder des europäischen Kontinents eine wirkliche Sicherheit für ihren Bestand und ihre Entwicklungsmöglichkeit haben, so bleibt ihnen kein anderer Weg als der: sich zusammenschließen und dadurch sich gegenseitig davor zu sichern, daß sie als englische Degen gebraucht werden. Dann, aber erst dann, nicht durch Annahme noch so ausgearbeiteter Völkerbundsparagraphen, die doch immer nur Ratschläge bleiben werden, ist die Stunde gekommen, in der man Ernst damit machen kann »die Gewalt aus den internationalen Beziehungen auszuschalten«.

MAX SCHIPPEL · EIN ERNEUERUNGSPROGRAMM DES ENGLISCHEN LIBERALISMUS



STAATEN in Not entwickeln häufig, wie dies uns der Weltkrieg von neuem gelehrt hat, eine ganz erstaunliche Fähigkeit der Umbildung und Verjüngung. Für Parteien in Not gilt dies kaum weniger. Nur bietet sich hier besonders beim Vielparteiensystem der Ausweg der formalen Auflösung, der Neugruppierung und Verschmelzung, der den innerlich gleichartigen Umwandlungsvorgängen äußerlich einen andern Anstrich zu geben vermag.

Die gleiche Parteiorganisation und -benennung hält sich mehr in ruhigen Zeiten. Aber am Ende einer längern Periode, welche Veränderung der Auffassungen und Stellungnahmen zeigt sich selbst da oft gegen den Anfang, der gewöhnlich in der Aufstellung von vermeintlich ewig gültigen Richtlinien schwelgte! Dem deutschen Zentrum, das nicht zum wenigsten als Bollwerk der Einzelstaatsrechte gegen den nationalen Überschwang des siegreichen unifizierenden Liberalismus entstand, verdanken wir unter der Führung Erbergers den denkbar weitestgehenden Steuerzentrismus, demgegenüber kein nachträglicher Finanzausgleich mehr die Zufriedenstellung der erbarmungslos entthronten Länder erreichen konnte. Unter demokratischem Regime, das in Amerika ursprünglich vor der allgemeinen Nivellierung durch den industrie- und finanzkapitalistischen Nordosten und Norden retten sollte, gelangte in den Vereinigten Staaten die langumstrittene, tief einschneidende Bundeseinkommensteuer zum Sieg, von zentralistischen Agrar- und Verkehrsmaßnahmen, wie bei der Bekämpfung der Viehseuchen, bei der Landerschließung und -bewässerung, ganz abgesehen. Wie jeder Staat ist zugleich jede große und bedeutende Partei in jedem neuen Jahrzehnt oder Menschenalter ihres Daseins zu einem guten Teil ein Neugebilde, das oft viel mehr die zuweilen recht heftigen und verschlungenen Wandlungen der Umwelt widerspiegelt und um so weniger der logischen Konsequenz aus den ursprünglichen Parteigrundsätzen entspricht. Selbst die deutsche Sozialdemokratie, die in geradezu beispielloser Stillstandsdenkweise von der Unerschütterlichkeit einiger weniger wirtschaftlich-sozialer Grundauffassungen ausging, hat sich gegen geistige und politische Verjüngungsanfänge viel schwächer und widerstandsunfähiger erwiesen als sie selbst heute noch, nach den übermächtigen Erschütterungen durch den Weltkrieg, offen zugestehen will. Aber glücklicherweise, um mit Wilhelm Raabe aus der Beobachtung rein persönlicher Schicksale heraus zu sprechen, »gibt es Dinge, Verhältnisse, Zustände und Berufsarten, gegen die der Mensch sich mit Händen und Füßen wehrt, wenn er eben hineingerät, und die er nachher ganz und gar für sich zugeschnitten findet, wenn er endlich drin steckt«.

Augenblicklich macht der englische Liberalismus eine tiefe Gärung durch. Er ist seit dem Ausgang des Jahres 1924, seit den selbsterzwungenen Neuwahlen zum Sturz der nicht genügend gefügigen Arbeiterregierung MacDonald, im vollsten Sinn des Wortes Partei in Not. Noch vor gar nicht zu langer Zeit eine der beiden großen abwechselnden Regierungsgrundlagen, erfuhr er Ende 1924 eine Dezimierung bis auf 42 Abgeordnete, denen 152 Arbeitervertreter neben 415 Konservativen und 6 Außenseitern gegenüberstanden, Asquith, dessen stark verblichenes Ansehen in den letzten Wochen bei

seinem Tod noch einmal heller in der Öffentlichkeit aufstrahlte, schied als Unterhausführer ganz aus und wechselte als Earl of Oxford and Asquith zu den Lords hinüber; seine wiederholten hartnäckigen Auseinandersetzungen mit Lloyd George gestalteten die Aussichten des Liberalismus nicht tröstlicher. Dafür rührte sich jedoch eine unabhängigere Gruppe von Reformern um so lebhafter. Zunächst in kleinerem Kreis begann man an eine Wiedergeburt des Liberalismus zu glauben, wenn man nur den neuen Anforderungen der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit besser zu begegnen wisse als mit alten Vorurteilen und eingerosteten Prinzipien. John Maynard Keynes' Ende des *laissez faire* ist hier als aufstachelnder Weckruf in Deutschland am bekanntesten geworden. Schließlich interessierte sich die Parteileitung selber für die programmatisch weiter ausgreifende Wiederaufrichtung und Erneuerung, obwohl sie mit dem Landprogramm von 1925-1926, zum Teil wegen der Opposition Asquith', zunächst keineswegs gut abgeschnitten hatte.¹ Es war ihr offenbar willkommen, als vor reichlich anderthalb Jahren die Leitung der Liberalen Sommerkurse (Liberal Summer School) eine Reihe der angesehensten liberalen Politiker (wie Lloyd George selber, Sir John Simon und Sir Herbert Samuel), Unternehmer, Tradeunionisten und sonstige Fachmänner und Sachverständige (W. T. Layton, J. M. Keynes, Ramsay Muir, Sir Josiah Stamp, den Dawesgutachter, T. J. MacNamara, den hervorragendsten Vertrauensmann der Baumwolltextilindustrie) zu einem Beratungsausschuß zusammenberief. Dessen Schlußbericht, eine wertvolle kritische Darlegung und Zergliederung der heutigen Wirtschafts- und Sozialzustände Englands zur Begründung einer Reihe wichtigster Reformforderungen, ist jetzt in Buchform als Report of the Liberal Industrial Inquiry unter dem Titel Britain's Industrial Future bei Ernest Benn in London erschienen.

Vom alten Liberalismus, wenn man ihn mit der unbeschränktesten Politik des *laissez faire* und mit der Ächtung jedes organisierenden und schützenden Staatseingreifens zusammenfallen läßt, ist hier allerdings kaum noch eine Spur zu entdecken. Jedoch hat erst neuerdings wieder Ramsay Muir, eine der treibenden Kräfte bei der ganzen liberalen Reformbewegung, darauf hingewiesen, daß, wenn der Liberalismus stets nach Möglichkeit die individuelle und individualistische Freiheit durchzusetzen und aufrechtzuerhalten suchte, er eigentlich nur in einer bestimmten Periode seiner Entwicklung, etwa von 1780 bis 1830, eine rein "manchesterliche" Haltung einnahm: also im Grunde nur so lange als die Masse des liberalen Bürgertums bis zur Wahlrechtsgewinnung von 1832 von der parlamentarischen Selbstbetätigung und Erziehung wenig beeinflusst wurde und, wie später die kontinentale Sozialdemokratie, überwiegend auf das Theoretisieren und die Konsequenzenmacherei angewiesen blieb.² Gleich das erste liberale Ministerium habe mit der *Laissez-faire*-Politik gründlich aufgeräumt; 1833 habe das Parlament auf Grund einer überwältigenden liberalen Mehrheit dem Fabrikgesetzentwurf Shaftesburys zum Sieg verholfen und zugleich durch die Schaffung der Fabrikinspektion die Durchführung der neuen gesetzgeberischen Errungenschaften gesichert. Gladstones Eisenbahngesetze hätten den größten damaligen Kapitalzusammenballungen öffentliche Rechnungslegung und staatlich geregelte Preise (Tarife) für Personen- und Gütertransporte aufgenötigt. Von 1839

1) Siehe Schippel Das neue Agrarprogramm der englischen Liberalen, in den Sozialistischen Monatsheften 1925 Seite 692 und folgende.

2) Siehe Muir The Meaning of Liberalism, in der Contemporary Review 1926 CXXX Seite 545 und folgende.

über 1870 bis 1918 habe die staatliche Erziehungsordnung sich immer ausschließlicher und wirksamer ausgebreitet. Die zahllosen Wohnungsgesetze und die vielen Public Health Acts mit gewöhnlich recht tiefen sozialen Eingriffen und Wirkungen seien meist von liberalen Regierungen und Parlamenten ausgegangen. Man habe in zahllosen Spezialgesetzen Gaswerke und Straßenbahnen dem Gemeindebetrieb anvertraut, ebenso wie man früher die Chausseen, die Telegraphen und Fernsprecher der Privatwirtschaft entzogen habe. Daran reihten sich neuerdings die weitverzweigte staatliche Arbeiterversicherung, die zur autoritären Lohnfestsetzung ermächtigten Trade Boards, die zu einem guten Teil auf das Ministerium Asquith zurückzuführen sind: »Die Liberale Partei kann einen Löwenanteil bei allen diesen Reformen beanspruchen, die alle dem doktrinären laissez faire Hohn sprechen . . . Schon Gladstone betonte einmal mit Recht, daß der Liberalismus sich niemals mit dem laissez faire identifizierte. Im Gegenteil, es gibt kaum eine wichtige liberale Gesetzgebung, die nicht zugleich eine Verleugnung der laissez-faire-Doktrin, dieser in ihren letzten Konsequenzen praktisch unmöglichen Auffassung, bedeutet hätte.«

Das Gelbbuch (diese Bezeichnung hat sich rasch eingeführt) spinnt ähnliche Gedanken weiter aus. Man könne, weil die Sozialisten unmittelbar dem Staat die weitesten produktiven Aufgaben übertragen wollten, nicht jedes Eingreifen des Staats in die Wirtschaft als sozialistisch beurteilen und ablehnen. In den letzten 100 Jahren habe der Staat tatsächlich, und zwar gar nicht selten mit der Unterstützung und unter der Führung des Liberalismus, immer zahlreichere und wichtigere Funktionen übernommen, ohne daß die alten Einwände dagegen sich bestätigt hätten. Wie sähen die Arbeitsbedingungen ohne Fabrik-, Bergwerks- und Lohnämtergesetzgebung (letztgenannte vorwiegend für die Hausarbeit) aus? Die Produktions- und Konkurrenzverhältnisse hätten sich in jüngster Zeit gewaltig verschoben; gegen die früher behauptete ständige Überlegenheit der zersplitterten unregulierten Konkurrenz hätte sich eine Menge Erfahrungen angesammelt. Die regulierende Kraft, sei es der organisierten Selbsthilfe der Beteiligten, sei es der überwachenden oder selbstschöpferischen Staatsgewalt, habe man unter den andersartigen Voraussetzungen der Gegenwart anders als in der Vergangenheit einschätzen gelernt. Sollte dies für den Liberalismus keinerlei Frontwechsel nach sich ziehen, ohne Preisgabe der unverlierbaren Grundanschauungen?

»Der Liberalismus steht für die Freiheit; aber es ist falsch zu glauben, daß eine freiheitliche Politik stets negativ sein müsse, daß der Staat der Freiheit nur durch seine Selbsteliminierung dienen könne, daß dort die Menschen am freiesten seien, wo die Regierung am meisten versagt . . . Man schaffe den Schulzwang ab, und diese und jene Kinder oder diese und jene Eltern werden allerdings davon befreit sein etwas gegen ihren Willen tun zu müssen; aber die Erwachsenen der nächsten Generation werden weniger mit der Fähigkeit zu lesen, zu denken, emporzukommen ausgerüstet sein, die heute zu wirklicher Freiheit unbedingt gehört. Man hebe, um ein anderes Beispiel zu wählen, die Ladenschlußgesetze auf; Kurzsichtige Ladeninhaber werden freilich während längerer Zeit Geschäfte machen können; aber andere Kaufleute und die ganze Klasse der Ladengehilfen werden sich der Muße beraubt sehen, ohne die das ganze Leben zur Knechtschaft wird. Oft heißt mehr Gesetze so viel wie mehr Freiheit.«

Die Wirtschaft werde in Zukunft mehr und mehr eine mit den verschiedensten Mitteln durchorganisierte Wirtschaft sein. Übernehme die Selbsthilfe, vor allem in der Form der Kartelle und Trusts, diese Durchorganisierung, so werde um so mehr die Aufsicht und Kontrolle, die Normengebung seitens des Staats, in letzter Linie bis zur autoritären Preisnormierung, unentbehrlich erscheinen. Doch auch die unmittelbare Beteiligung des Staats an Produktion, Transport und Verteilung werde nützlich wirken, wo sonst wegen der

Größe des anzulegenden Kapitals das private Monopol drohe, oder wo die Gemeinnützigkeit des erstrebten Ergebnisses dem Zuschnitt nach bloßen Gewinnrücksichten widerstreite. Für die Zwischenstufen zwischen heutiger Privat- und Staats-, auch Gemeindewirtschaft hätten sich vielfach noch nicht die rechten Formen der Leitung und Überwachung herausgebildet. Gerade hier könne eine unbefangene Reformpolitik wertvolle Fortschritte anbahnen.

Der wirtschaftlichen Gesamtbewegung sei eine stärkere Vertretung gegenüber den politischen Gewalten einzuräumen. Was bei diesem Anlaß über die Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit eines wirtschaftlichen Generalstabs, über Wirtschaftsbeiräte, speziell auch über ein Zentralamt zur Beeinflussung der englischen Kapitalsanlagen (daheim, in den Kolonien, im nichtbritischen Ausland, andererseits in den verschiedenen Anlagegebieten der Produktion und des Handels) gesagt wird, überrascht, wenn man an die Verwahrungen gegen wirtschaftliche Nebenregierungen seitens unserer bürgerlichen Linken denkt, zum mindesten in einer solchen liberalen Kundgebung.

Ähnliches gilt von der Stellungnahme zum Imperialismus im Sinn einer engeren wirtschaftlichen Verbindung zwischen Mutterland und Kolonien, allerdings ohne die Präferentialpolitik als geeignetes Mittel hierfür zu empfehlen. In der zusammenfassenden Einleitung zu einem längern Abschnitt über imperiale Entwicklung heißt es wörtlich:

»Oft hat man darauf hingewiesen, daß eine weitschauende Politik der imperialen Entwicklung vollen Ersatz für die Handelseinbußen in der übrigen Welt gewähren könne. Und tatsächlich trifft es zu, daß, unter sonst gleichen Umständen, eine Erweiterung der Reichsmärkte uns mehr nützt als die gleiche Entwicklung anderswo, weil die Reichsbevölkerung pro Kopf mehr von unseren Gütern kauft als die gleiche Bevölkerungsmenge in anderen Teilen der Erde. Alles, was in unseren Kräften steht, zu tun, um die Hilfsquellen des Reichs zur Entfaltung zu bringen, ist daher ebenso sehr unser Vorteil wie im Hinblick auf die übernommene Verantwortung unsere Pflicht.«

Was nunmehr die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit angeht, so wird in umfassendstem Maß die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie gefordert. Wo bisher autoritäre Anordnung von oben herab entschied, soll die paritätische Verständigung als die höhere Form des produktiven und sonstigen wirtschaftlichen Zusammenwirkens für die Zukunft angestrebt und durchgesetzt werden. An Ansätzen zu entsprechenden Beratungs- und Entscheidungsorganisationen fehle es infolge der Arbeiter- und Unternehmerverbände nicht. Die ungleichmäßig und planlos verstreuten Keime seien jedoch systematisch auszubauen und unter Umständen staatlich und gesetzgeberisch zu fördern und zu sichern. Die hier auftauchenden konkreten Vorschläge decken sich vielfach mit den vor einem Monat hier erörterten der Arbeitsgemeinschaftsbewegung.³ In mancher Richtung gehen sie jedoch eher noch weiter. So wird offen für die Anwendung des Trades-Boards-Verfahrens auf alle Berufszweige, das heißt für allgemeine industrieweise Festsetzung von Mindestlöhnen, eingetreten, über die hinaus dann das freie Spiel der sozialen Kräfte oder auch die staatlich geförderte Gewinnbeteiligung und noch manche andere reformistische Lohnmaßnahme einzusetzen hätte. Ein neu zu gründendes Produktionsministerium hätte sowohl das Arbeits- und Bergwerksministerium wie die industriellen Abteilungen des Home Office in sich aufzunehmen. Die Arbeitslosenfürsorge soll in besondere Verbindung mit

³) Siehe Schippel Die Arbeitsgemeinschaftsbewegung in England, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 111 und folgende.

produktiver Arbeit gebracht werden, vor allem mit der Verbesserung der Wohnungszustände, des Straßenwesens, das durch den Automobilverkehrsaufschwung eine ganz andere Bedeutung als früher gewonnen hat.

Der Landwirtschaft und Kohlenproduktion sind besondere Abschnitte gewidmet, die abermals der Gesetzgebung und Verwaltung weitausgreifende Ziele stellen. Die oft gemachte Beobachtung, daß die ausländische Demokratie nichts von der feindseligen Beschränktheit der deutschen Linken gegenüber der Agrarproduktion und Agrarbevölkerung verspüren läßt, kehrt hier besonders eindrucksvoll wieder. Die Landwirtschaft sei in England noch immer der wichtigste Produktionszweig. Für 1925 habe man den Wert des landwirtschaftlich und gärtnerisch benutzten Bodens mit den dazugehörigen Farmwohnungen und Wirtschaftsgebäuden auf 815 Millionen Pfund Sterling gewertet, das eigentliche arbeitende Kapital auf 365 Millionen Pfund Sterling. Das Erzeugnis könne man auf 225 Millionen Pfund Sterling ansetzen. Während nach dem jüngsten Zensus die gesamte Kohlenproduktion nicht über 210 Millionen Pfund Sterling, das Erzeugnis des Maschinenbaus nicht über 117 Millionen, der Baumwollspinnerei und -weberei nicht über 82 Millionen, der Eisen- und Stahlgewinnung nicht über 61 Millionen Pfund Sterling hinausgehe. Selbst 1921 habe die seit 50 Jahren stark dezimierte englische Landwirtschaft noch über 1,3 Millionen Personen beschäftigt, während 1924 in den größten Industriezweigen ihren Erwerb fanden: 1 198 000 Personen in der Kohलगewinnung, 588 000 Personen beim Maschinenbau, 517 000 in der Baumwollspinnerei und -weberei, 303 000 bei der Eisen- und Stahlerzeugung: »Hier handelt es sich also um eine Produktion, die in besonderm Maß die nationale Aufmerksamkeit und Fürsorge verdient, und die man am wenigsten mit der denkfaulen Phrase "Was nicht rentiert, läßt man besser sein" abtun sollte . . . 1924-1926 exportierten wir durchschnittlich für 46,5 Millionen Pfund Sterling an Maschinen aller Art, das sind 5 Millionen Pfund Sterling weniger als die Einfuhren an Schweinefleischerzeugnissen. Wenn wir die ganze Maschinenausfuhr einbüßten, aber den ganzen Schweinebedarf daheim decken könnten, hätten wir noch immer unsere Handelsbilanz gegen heute verbessert. 1924-1925 exportierten wir durchschnittlich jährlich 61,0 Millionen Pfund Sterling an Kohle, importierten dagegen 5,5 Millionen Pfund Sterling mehr allein an Butter und Eiern. Die Exporte der größten Ausführindustrie, an Baumwollgarnen und -stoffen, beliefen sich (nach entsprechendem Abzug der eingeführten Rohbaumwolle) auf weniger als 74,0 Millionen Pfund Sterling, was ungefähr den Importen an Rindern, Schafen und Fleisch gleicht. Es liegt uns natürlich fern zu behaupten, daß wir jemals alle Lebensmittel, die vom klimatischen Gesichtspunkt aus daheim produziert werden könnten, wirtschaftlich in der Tat selber produzieren sollten. Aber was wir zu bedenken geben, ist, daß durch eine liberale Agrarreform vieles an der heutigen Lage zu bessern wäre, und daß jede solche Reform zugleich zur bitter nötigen Verbesserung unserer Handelsbilanz beitragen würde.«

Die Stärke dieser Reformströmung liegt offenbar, wie gerade diese agrarpolitische Auslassung zeigt, in ihrem engen Zusammenhang mit der umfassendern und höhern Entwicklung der produktiven Kräfte: des sachlichen Produktionsapparats und der gesamten Produktionsverfassung einerseits, der lebendigen Träger der Produktion, der Unternehmer- wie der Arbeiterproduzenten und ihrer gegenseitigen Beziehungen andererseits. Die Einzelheiten mögen nur zu einem Teil dem Scheidewasser der zu erwartenden Kritik widerstehen. In den großen Grundzügen dagegen kommt zweifellos eine starke geistige Reform- und Lebenskraft zum Ausdruck, die wenige dem so oft totgesagten englischen Liberalismus noch zugetraut haben werden.



RUDOLF WISELL · WIRTSCHAFT UND WIRTSCHAFTSKÄMPFE

WIR haben in letzter Zeit in Deutschland eine Reihe schwerer Wirtschaftskämpfe erlebt, die zu großen Störungen des Wirtschaftslebens führten: erst, im Herbst 1927, den Streik im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier, dann die schweren Differenzen bei der Durchführung des Dreischichtensystems in der Rheinisch-Westfälischen Hüttenindustrie, darauf die Kämpfe in der Mitteldeutschen Metallindustrie und der Sächsischen Hüttenindustrie, und nunmehr den Kampf in der Berliner Metallindustrie. Bis auf den Streik der Sächsischen Hüttenindustrie, der durch eine Verständigung beendet wurde, sind alle durch staatlichen Zwang, das heißt durch die Verbindlicherklärung gefällter Schiedssprüche, zum Abschluß gekommen.

Die Tatsache des Einsetzens staatlichen Zwangs läßt bei den diesen Kämpfen Fernerstehenden leicht die Meinung entstehen, daß den Verbandsleitungen der an diesen Kämpfen beteiligten Organisationen, auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite, der Mut der Verantwortung zur abschließenden Regelung ihrer Beziehungen zu einander fehle. Das ist falsch. Es sind sehr ernste grundsätzliche Anschauungen, die in diesen Kämpfen mit einander ringen. Es lohnt sich sie einmal in ihren Grundzügen herauszustellen. Sie berühren das Problem der obern Lohngrenze, das heißt die Frage, bis zu welcher Grenze die deutsche Wirtschaft eine Lohnerhöhung tragen könne.

Eine Lohnerhöhung ist entweder durch die Beschneidung der Unternehmergewinne oder durch Aufschlag auf die Preise möglich. Auf der Arbeitnehmerseite sagt man, daß eine Lohnerhöhung sich wenigstens zum Teil in sich selbst trage. Der bei gesteigerter Kaufkraft erhöhte Absatz werde eine Verbilligung der Produktionskosten bringen, die die Lohnerhöhung für die Preisgestaltung wettzumachen geeignet sei. Diese werde auch ein Ansporn zur Rationalisierung sein. Hier hakt ein Argument der Unternehmerseite ein: Die Rationalisierung erfordere Geld, viel Geld. Bei der Kapitalarmut der deutschen Wirtschaft müsse auf die Kapitalneubildung besonderes Gewicht gelegt werden, um die zur dauernden Erhaltung der Wirtschaft erforderlichen Investitionen vornehmen zu können. Der konstante Teil des für die Produktion erforderlichen Kapitals sei nicht nur ständig größer geworden, bei der zum Teil sprunghaften Entwicklung der Technik entwerte er auch überaus rasch. Die Abschreibungsquoten würden immer größer. Eine Wirtschaft, die auf ihre Zukunft bedacht sei, müsse vorsorgen, und das sei heute viel schwieriger als früher. Offenbar hat auch die Wirtschaft die Bedeutung der Marktausweitung durch höhere Löhne und die damit bedingte Minderung der Produktionskosten erkannt. Sie sei aber, sagt sie, nicht unbegrenzt möglich, und in den auf den Export angewiesenen und mit dem Import rechnenden Industrien sei eine Preiserhöhung über die Weltmarktpreise hinaus ausgeschlossen. Der Notwendigkeit einer Kapitalinvestierung verschließen sich auch die Gewerkschaften nicht, aber sie meinen, daß die Grenze der Lohnerhöhung heute noch durchaus nicht erreicht sei.

Hat sich also in der Theorie eine Annäherung der beiderseitigen Auffassungen vollzogen, so geht doch die Beurteilung im Einzelfall sehr weit auseinander, und daraus entbrennen dann die schweren Kämpfe, die die Schlich-

tungsbehörden vor überaus schwere Aufgaben stellen. Sie wissen nur zu gut, daß Zwangstarife, wie sie durch die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen zustande kommen, sehr mißlich sind. Sie wenden die Verbindlichkeit auch nur ungern an und suchen nach aller Möglichkeit eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Aber wenn sie in den ernstesten Kämpfen sehen, wie wertvolle Kräfte des Wirtschaftslebens zerrieben werden, welche schweren Rückwirkungen für die Gesamtwirtschaft eintreten, dann müssen sie doch von den in ihre Hand gelegten staatlichen Machtmitteln Gebrauch machen. Oft haben die Parteien nach so erzwungenem Abschluß eines Kampfs auch selbst das Gefühl, daß nur auf diesem Weg eine Zurückführung auf den Boden der realen Wirklichkeit möglich, und daß sie zweckmäßig war. Ganz recht hat nur selten eine Partei und ganz unrecht auch nur selten. Und schließlich ist durch diese Tätigkeit der Schlichtungsbehörden doch die Resultante gefunden worden, die sich aus den auf beiden Seiten wirkenden Kräften ergibt. Das bedeutet natürlich, daß keine Partei mit ihrem Willen durchgekommen ist. Und das kann schon Anlaß sein, daß die eine oder andere Seite von dem "Versagen des Schlichtungswesens" spricht. Versagt hat zwar im einzelnen Fall die Schlichtungsstelle; aber nicht in der Erfüllung ihrer Aufgaben sondern der betreffenden Partei die volle Erfüllung ihrer Wünsche.

Wie schwer es ist diesen Wünschen auf beiden Seiten nachzukommen, mag durch eine gedrängte Besprechung des jetzt beendeten Kampfs in der Berliner Metallindustrie dargetan werden.

In der Berliner Metallindustrie besteht seit dem 1. Januar 1914 ein Lohnabkommen nur für die Ungelernten, nicht für die Facharbeiter und die Angelernten. Die Löhne dieser für die Metallindustrie Berlins besonders wertvollen Gruppen sind natürlich nicht auf dem Niveau des Jahres 1923 stehen geblieben. Jede tarifliche Erhöhung der Löhne der unteren Gruppen wirkte auch für die oberen im Sinn eines Auftriebs. Verringerte sich der Abstand der Löhne der unteren Gruppen von denen der oberen Gruppen durch tarifliche Erhöhung der erstgenannten, so trat doch über kurz oder lang, meist sehr rasch, ein Ausgleich dieses Abstands im frühern Verhältnis wieder ein. Oft war die tarifliche Erhöhung der Löhne für die tariflich erfaßten Gruppen auch nur ein Ausgleich für die inzwischen auch ohne Tarifbindung der oberen Gruppen vollzogene Erhöhung des Lohnniveaus. Ein weiteres Moment des Lohnauftriebs war auch in günstiger Beschäftigungsmöglichkeit gegeben, die die Betriebe zu Lohnerhöhungen zwang. Dieses Moment hat aber bei der ja außerordentlich spezialisierten Metallindustrie und der recht verschiedenen Geschäftslage, sowohl dieser einzelnen Zweige der Industrie wie der Einzelbetriebe in ihnen, zu einer weitgehenden Differenzierung der Löhne auch innerhalb einer Gruppe von Arbeitern geführt. In einzelnen, nicht dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen sondern in eigenen Organisationen zusammengefaßten Zweigen der Metallindustrie (Metallgießereien, Geldschrankfabriken, Bauschlossereien) führte die nicht unterbrochene tarifliche Regelung zu beachtlichen tariflichen Spitzenlöhnen, die bis zu 1,25 Mark die Stunde hinaufgehen. Auch diese Löhne werden natürlich in der tariflich nicht lohngelundenen Metallindustrie erreicht und von besonders qualifizierten Arbeitern wesentlich überschritten. So liegt der Durchschnittsverdienst der Werkzeugmacher auf 1,30 Mark.

Die Differenzierung der Löhne macht natürlich die Schaffung eines generellen Lohnabkommens recht schwierig. Die Unternehmer sind zwar zu einem sol-

chen durchaus bereit, sagen aber, daß es sich im Rahmen des sonst in Deutschland üblichen halten müsse. Nachdem soeben durch staatlichen Zwang für die Mitteldeutsche Metallindustrie ein Lohn von 80 Pfennig für die höchste Gruppe festgesetzt sei, sei es ihr ganz unmöglich darüber in so erheblichem Maß hinauszugehen, daß etwa die tatsächlichen Durchschnittslöhne Berlins tariflich festgesetzt werden könnten. Das werde zu einer solchen Lohnsteigerung führen, daß sie wirtschaftlich nicht getragen werden könne. Angesichts der großen Aufspaltung der Löhne selbst einer einzelnen Gruppe von Arbeitern (bei den Werkzeugmachern kommen für Jungausgelernte Löhne von 85 und, allerdings vereinzelt, für ganz besonders qualifizierte Arbeiter, Akkordverdienste von 165 Pfennig vor) könne ein Tarifvertrag nur einen Mindestsatz, wie sonst auch in Deutschland, für jede Gruppe festsetzen. Dieser Mindestsatz wieder erscheint den Arbeitnehmern zu gering und so sehr von anderen Tariflöhnen abweichend, daß sie einer solchen Regelung nicht glauben zustimmen zu können. Es spielen da psychische Momente sowohl auf der Arbeitgeber- wie auf der Arbeitnehmerseite eine Rolle. Die Tatsache, daß Tariflöhne Mindestlöhne sind, wird vielfach (gewiß auch manchmal bewußt) übersehen. So stellt der Tariflohn von 80 Pfennig in der Mitteldeutschen Metallindustrie nur den Mindestlohn der Spitzengruppe dar; Verdienste von 20 bis 30 % darüber hinaus werden erreicht. Noch eine andere Schwierigkeit der tariflichen Regelung liegt vor. Während in den tariflich gebundenen Spezialzweigen der Metallindustrie die Arbeitsweise einer einzelnen Arbeitnehmergruppe, und damit diese Gruppe selbst, relativ einheitlich ist, ist die gleiche Gesamtgruppe von Arbeitnehmern in der Gesamtindustrie wieder ganz wesensungleich, sie umfaßt sowohl Arbeitnehmer mit Arbeiten relativ einfacher Art wie solche, die eine oft geradezu künstlerische Befähigung aufweisen. In einem Spezialzweig der Metallindustrie kann eine Gesamtgruppe von Arbeitnehmern leicht unterteilt werden, und dementsprechend kann man auch für die Gesamtgruppe eine Reihe von Tariflöhnen festsetzen, die in der Spitze den Gesamtdurchschnitt manchmal wesentlich übersteigen. So ist es in der Tat. Das aber ist in der Gesamtindustrie viel schwieriger. Ein Tarifabschluß mit niedrigeren Mindestlöhnen einer Gruppe für die Gesamtmetallindustrie erscheint bei wesentlich höheren Löhnen in einem Spezialzweig nach außen als Schwäche, auch wo solche gar nicht vorliegt. Auf diese niedrigen Löhne beruft sich bei neuen Tarifverhandlungen in einem Spezialzweig dessen Vertreter nur zu gern. Auf der Arbeitnehmerseite will man sich daher vor allem davor in acht nehmen ein Präjudiz für solche Verhandlungen zu schaffen.

Alles das kompliziert die tarifliche Gesamtregelung außerordentlich. Und doch ist sie im Interesse der Befriedung der Berliner Metallindustrie dringend geboten. Der einzelne Arbeiter fühlt sich zu sehr vom direkten Vorgesetzten abhängig und klagt vielfach über Undurchsichtigkeit der Akkordberechnungen. Das gilt auch von den Werkzeugmachern. Nachdem bisher eine generelle Lohnregelung nicht erreicht war, versuchten sie zu einer solchen für ihre Gruppe zu kommen. Das ist der Kern des Streits, der jetzt beendet hinter uns liegt. Die Gruppenregelung für die Werkzeugmacher wurde von den Unternehmern aus 2 Gründen abgelehnt. Sie hätte nämlich einmal eine ähnliche Regelung für die anderen über 40 Gruppen der Metallarbeiter zur notwendigen Folge. Das würde zahlreiche Einzeltarife bedingen, deren Abstimmung auf einander und deren Laufzeit einheitlich zu regeln schwer ist,

weil ihre Schaffung doch erhebliche Zeit erfordern müßte. Dann aber auch würde ein solcher Einzeltarif nach der Meinung der Unternehmer das Ver-largen nach einer unmittelbaren Anpassung der Löhne der anderen mit den Werkzeugmachern in enger Berührung arbeitenden Gruppen hervorrufen und damit, wenn nicht neue Arbeitskämpfe entfachen, so doch zum mindesten Unruhe in die Betriebe hineinragen.

Die mit dem Streit befaßten Schlichtungsbehörden standen vor einer wahrlich nicht beneidenswerten Aufgabe. Sie mußten zu der Erkenntnis kommen, daß, selbst wenn für die Werkzeugmacher eine beiderseits befriedigende Regelung gefunden werden könnte, damit eine dauernde Befriedung der Metall-industrie nicht erreicht ist. Der gleiche Streit, wie er bei den Werkzeug-machern bestand, hätte auch bei jeder andern Gruppe nicht nur eintreten können sondern wäre wohl eingetreten. Das Fehlen nur einer Spezialgruppe hätte die Metallindustrie erneut zum Erliegen bringen können. Die Schlich-tungsbehörden erkannten, daß eine dauernde Befriedung der Metallindustrie nur durch ein generelles Lohnabkommen für die gesamte Facharbeiter- und Angelerntenschaft erreicht werden kann, natürlich differenziert für jede Gruppe. Ein solches generelles Lohnabkommen hätte den Parteien selbst-verständlich auch durch einen Schiedsspruch vorgeschlagen werden können. Das aber hätte beim Fehlen der dazu notwendigen Vorarbeiten zeitraubende, unter Umständen Wochen dauernde Verhandlungen der Schlichtungsstelle er-fordert, so daß nicht nur bis zu ihrem Abschluß die Beendigung des aktuellen Streits hinausgezögert worden wäre, sondern zu den 50 000 Metallarbeitern, die durch den Streik der etwa 1000 Werkzeugmacher in Mitleidenschaft gezogen waren, mehr als die doppelte Anzahl in diesen Streit hätte hinein-gezogen werden können. Das wäre auch mit einer an Gewißheit grenzenden Wahr-scheinlichkeit zur Tatsache geworden. Denn hatte schon der Streik der 1000 Werkzeugmacher die Schließung der Betriebe gebracht, weil die Unternehmer ohne die Werkzeugmacher die Produktion nicht fortsetzen zu können meinten, so hätten die bestreikten Betriebe bei Fortdauer des Kampfs doch auch die Hilfe ihrer Organisation angerufen.

Aber die Schlichtungsbehörden mußten sich weiter sagen, daß die unter dem Bestreben die vielen Zehntausende auf die Wiedereinstellung wartender Arbeiter wieder in die Beschäftigung zu bringen geführten langwierigen und schwierigen Verhandlungen einer Schlichtungsstelle doch nicht so gute Vertragsarbeit gezeitigt hätten wie sie nötig ist, um erneute Differenzen zu vermeiden. Zudem handelte es sich bei einem solchen Vertragswerk um eine Arbeit, die bei der Sachkunde der Parteien von ihnen viel besser geleistet werden kann als von einer Schlichtungsstelle. Diese ist auf die Darstellung der Parteien und die Eigenkenntnis ihrer nicht aus-wechselbaren Beisitzer angewiesen. Die Parteien können jede Spezialfrage durch Spezialisten behandeln und regeln lassen. Deshalb sieht die vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärte Regelung des Schiedsspruchs vom 10. März eine Zwischenlösung vor, deren Dauer für die wahrscheinlich von den Parteien für die Schaffung eines einheitlichen Vertragswerks erfor-derliche Zeit gedacht ist. Sie verweist die Parteien auf einen klar vor-gezeichneten Weg, der auf eine betriebliche Regelung der Lohn- und Akkord-verhältnisse der Werkzeugmacher hinführt, ohne daß irgendetwas für ein allgemeines Lohnabkommen präjudiziert würde. Die Parteien werden es nach Aufnahme der Arbeit nicht an dem Willen fehlen lassen in den Be-

trieben respektive Betriebsabteilungen zu einer Verständigung zu kommen. Und diese wird gelingen. Die Parteien werden auch sofort in Verhandlungen über einen Gesamtlohntarif eintreten. Diese werden manche Schwierigkeiten bieten und viele Differenzpunkte aufdecken. Doch selbst wenn die Parteien sich über eine Zahlenhöhe oder eine Formulierung nicht einigen, werden sie doch eine Vorarbeit leisten, die einer etwa später anzurufenden oder ein- greifenden Schlichtungsbehörde die Arbeit wesentlich erleichtert.

Ich habe an der ganz nüchternen Besprechung der Streitpunkte in diesem Einzelfall des Streiks in der Berliner Metallindustrie zeigen wollen, wie in solchen Kämpfen um Lebensfragen gerungen wird. Gewiß spielt da das Materielle eine Rolle. Aber der Versuch die Lebenslage der Arbeiter zu heben und ihnen damit eine größere Anteilnahme an den Kulturgütern unserer Zeit zu ermöglichen ist doch der Kern. Dieser Versuch stößt sich an dem Bestreben die Grundlage dieses Aufstiegs zu sichern; nämlich die Wirtschaft instand zu setzen einen solchen Aufstieg zu ermöglichen. Keine der beiden Parteien lehnt sich gegen die Grundauffassung der andern Seite auf, jede läßt die der andern durchaus gelten. Nur ist so schwer zu bestimmen, wo die eine durch die andere beeinträchtigt wird.

Wir dürfen uns durch das so materiell erscheinende Objekt eines Kampfs nicht verleiten lassen die ideelleren Zusammenhänge zu vergessen. Kein Kampf, in dem sie nicht der tiefste Beweggrund wären, oft überdeckt, manchmal auch überwuchert von anderen.

PAUL KAMPFFMEYER • STAATSGEWALT UND KULTUR



Am 1. März 1928 werden nur wenige Zeitungen (wenn überhaupt eine) der Eröffnung des ersten Arbeiterparlaments gedacht haben, das gerade vor 80 Jahren in Paris unter dem Vorsitz Louis Blancs und des Arbeiters Albert im Luxembourg zusammentrat. Und doch kündete sich in diesem Ereignis der soziale Charakter der Revolution von 1848 besonders eindringlich und klar an. Louis Blanc sah in diesem Parlament der berufstätigen Arbeiterschaft eine Ergänzung der Nationalversammlung. Es sollte alle den Arbeiter betreffenden Fragen prüfen und das Ergebnis dieser Prüfung in Gesetzentwürfen zusammenfassen, die dann der Nationalversammlung zur Genehmigung vorzulegen wären.

Die neue soziale Botschaft der Februarrevolution hat den stärksten Eindruck auf den so empfänglichen Geist des Gründers der deutschen Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalles, gemacht. Lassalle begrüßte in der Februarrevolution den Anfang einer neuen weltgeschichtlichen Periode: die beginnende Verwirklichung der »Idee des Arbeiterstandes«, die eine neue Gesellschaft ohne Vorrechte und ohne Klassen, einen neuen Staat und eine neue, auf der Solidarität der Interessen ruhende Sittlichkeit gestalten will. Zu dieser hohen Einschätzung der Februarrevolution mag ihn wohl gerade die Proklamation der Provisorischen Regierung vom 29. Februar 1848 zur Einberufung einer Permanenten Regierungskommission für die Arbeiter, eben des Arbeiterparlaments im Luxembourg, geführt haben. Diese Proklamation betrachtete die Revolution als »durch das Volk« und »für das Volk« gemacht. Es sei nun Zeit »den langen und ungerechten Leiden der Arbeiter ein Ziel zu

setzen«, Die Arbeiterfrage sei »von der höchsten Wichtigkeit«, es gebe »keine höhere und würdigere Beschäftigung für eine republikanische Regierung« als gerade diese. Ohne den geringsten Verzug sollen nun Maßregeln getroffen werden, um dem Volk »die rechtmäßigen Früchte seiner Arbeit zu sichern«. Louis Blanc hat die Idee der Pariser Februarrevolution: die Idee der Organisation der Arbeit, geprägt. Sie bedeutete für ihn eine volle Umformung der kapitalistischen Gesellschaft, die Überwindung des Prinzips der freien Konkurrenz durch das Prinzip der Assoziation, der Genossenschaft. Sie schloß für ihn die volle Befreiung der Arbeit ein, und zwar durch den Staat: in der Februarrevolution durch die soziale Republik. Der Staat hat nach Louis Blanc neben dem kapitalistischen Betrieb die große soziale genossenschaftliche Werkstatt zu stellen; diese überragt an Umfang und Kraft bei weitem den kapitalistischen Betrieb, und gerade durch das Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz siegt sie über das kapitalistische Unternehmen.

Das Ziel Louis Blancs ist die Abschaffung des Proletariats, der Aufbau einer sozialistischen Kultur. Es ist bezeichnend, welchen Sinn die Provisorische Regierung der Februarrevolution unter seinem Einfluß in die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit getragen hat. In dem Dekret der Provisorischen Regierung »zur vorläufigen Erleichterung der arbeitenden Klasse« wird direkt erklärt, daß »eine zu lange dauernde Handarbeit nicht nur die Gesundheit des Arbeiters zerstört sondern ihn auch daran hindert seinen Geist auszubilden, also die Würde des Menschen verletzt«. Das Arbeiterparlament im Luxembourg hatte nämlich den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit aufgenommen, und auf den Bericht dieses Parlaments hin erfolgte das vorher genannte Dekret, das für Paris den Zehnstudentag und für die Provinz den Elfstudentag proklamierte. Hier wurde der Staat einer höhern geistigen und sittlichen Kultur dienstbar gemacht. Er soll in dem Arbeiter den Proletarier, das Nurarbeitstier, überwinden helfen. Die kulturelle Befreiungsmission des Staates, seine Aufgabe den Arbeiter aus der engen proletarischen Zwangsjacke zu befreien liegt ganz in der Richtung eines konsequenten sozialistischen Denkens. Sie lebt nicht allein im Kopf eines Louis Blanc, eines Ferdinand Lassalle. Von dieser Aufgabe des Staates ist auch Karl Marx erfüllt, als er die Resolution über die Kinderarbeit dem Genfer Internationalen Arbeiterkongreß vorlegt. In dieser Resolution entwickelt er den Gedanken, daß soziale Vernunft in soziale Gewalt verwandelt werden muß, was unter den gegebenen Umständen durch keine andere Methode als durch die gesetzliche Macht des Staates vollzogen werden könne. Und er vervollständigt diesen Gedanken durch folgende Betrachtung: »In der Durchsetzung solcher Gesetze befestigt die Arbeiterklasse nicht die regierende Macht. Im Gegenteil, sie verwandelt jene Macht, die jetzt gegen sie gebraucht wird, in ihren eigenen Diener. Sie erreicht durch ein allgemeines Gesetz, was sie vergeblich durch eine Menge isolierter, individueller Anstrengungen erstreben würde.« In der Februarrevolution regt sich also das soziale Moment der Staatshilfe mit dem kulturellen Ziel der Abschaffung des Proletariats.

Jede Klasse, die mit dem Anspruch auftritt die Gesellschaft auf eine höhere Kulturstufe zu heben, greift nach der Staatsgewalt, weil sie nicht ohne diese den vollständigen sozialen Um- und Neubau der Gesellschaft in ihrem Sinn vornehmen kann. Die höfisch-ritterliche Kultur ist ohne politische Macht des Ritterstands nicht denkbar, die mittelalterliche Stadtkultur nicht ohne

die politische Herrschaft des Bürgertums über die Stadt. Wenn eine soziale Klasse die Eroberung der Staatsgewalt anstrebt, so ist das ein untrügliches Zeichen, daß sie einem neuen sozialkulturellen Prinzip zum Durchbruch verhelfen will. Staat und Kultur sind untrennbar mit einander verknüpft; der konstitutionelle Staat mit der bürgerlichen Kultur, der demokratisch-genossenschaftliche Staat mit der sozialistischen Kultur der Schaffenden,

Mit der sozialistischen, nicht mit der proletarischen Kultur. Denn alle diese Ausführungen gipfeln in der Feststellung, daß die sozialistischen Emanzipationsbestrebungen auf die Überwindung des Proletariats zielten. Der Proletarier ist nicht ein ständiger unveränderlicher Klassentypus. Die Februarsonne des Jahres 1848 schien auf einen ganz anders kulturell ausgerüsteten Proletarier als die des Jahres 1928. Man denke an den verpauperten Proletarier Englands, wie er uns von Marx und Engels gezeichnet ist, man vergewöhnliche sich den Pariser Arbeiter, wie er von den Malern des Jahres 1848 aufgenommen ist, man lebe sich in die Weitlingsche Schilderung des vormärzlichen Arbeiters ein: ja, sind das noch alles "Proletarier" unserer Zeit? Tragen diese etwa die sozialkulturellen Charakterzüge der Arbeiter unserer Tage? Vor einigen Wochen erschien die Selbstbiographie Wilhelm Bocks, die er Im Dienste der Freiheit nannte. Gleichet etwa der Arbeiter, mit dem Wilhelm Bock vor 60 Jahren auf dem Schusterschemel saß, dem Arbeiter des Jahres 1927? Mit großem Recht nennt Bock das stumpfe, dumpfe, animalische Dahinleben der Arbeiter der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts ein »Hundeleben«. Und er läßt vor unseren Augen »die damalige Welt der Arbeiter« wiedererstehen: Eine Arbeitszeit von 5½ Uhr morgens bis 8 Uhr und später abends, am Sonnabend bis zum frühen Morgen, keine Eß- und Ruhepausen, keine Schutzvorrichtungen, Kost und Logis beim Meister, einen Wochenlohn von 3 bis 4 Mark. »Dabei wurde der Arbeiter gesellschaftlich mißachtet, jedes geistige Bedürfnis fehlte damals den Arbeitern.« Dieser Arbeiter ist wirklich noch im buchstäblichen Sinn des Worts ein Proletarier. Jede wirklich menschliche Kultur setzt aber die Erhebung des Menschen über die Stufe eines nur notdürftig gefütterten Arbeitstiers voraus. Der mittelalterliche Ritter ging nicht in der Mühseligkeit schwerer Landarbeit und in der Bedürfnislosigkeit des Fröners auf. Er tummelte sich auf den Turnierplätzen, er pflegte Sang und Spiel, er arbeitete an dem Ausbau der kirchlichen Kunst durch Stiftungen von Altären, Kapellen und kirchlichem Gerät mit. Das einfache Arbeiterleben läuft heute nicht mehr in den engen Grenzen eines rein körperlichen Daseins ab. Auch dieses Leben ist nicht mehr bloß Essen, Trinken und Schlafen. Auch der schlichte Arbeiter erfreut sich schon einiger Muße, in der er über seine bloße Leiblichkeit emporwachsen kann. Und sein ganzer Kulturkampf besteht zunächst in der Befreiung aus den Fesseln einer proletarischen untermenschlichen Bedürfnislosigkeit. Man darf und soll daher nicht von proletarischer Kultur sprechen, denn das proletarische Moment schließt eigentlich das kulturelle aus.

Die bemerkenswerteste Seite der mit der Februarrevolution anbrechenden neuen Kulturperiode ist für Lassalle, daß die allgemeine Hebung der arbeitenden Klasse als Staatszweck bestimmt wurde. Dieser Zweck verwirklicht sich nach Lassalle in dem Staat des allgemeinen Wahlrechts, in dem demokratischen Staat. Den demokratischen Staat ruft nun auch das Heidelberger Programm der Sozialdemokratie in erster Linie zur allgemeinen Hebung der

Arbeiterklasse auf. Es beschränkt die Gestaltung einer neuen sozialistischen Kultur nicht auf die Bildungsbestrebungen einer Klasse nur, des Proletariats. Der Staat soll sich durch eine Erweiterung und Vertiefung seiner Funktionen zu einem sozialen Kulturstaat fortentwickeln. Und diesen neuen Charakter hat er durch die »Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden« zu beweisen. Das sozialdemokratische Programm sieht also die Frage der kulturellen Hebung der Arbeiterklasse nicht als eine bloße Klassenfrage an, deren Lösung allein dem Proletariat zufällt. Den großen staatlichen und kommunalen Apparat von Bildungsmitteln will die Sozialdemokratie zur innern Überwindung des kulturellen Klassenwesens überhaupt einstellen. Dieser Apparat gebietet über einen gewaltigen, durchweg von Nichtproletariern zusammengesetzten Personenkreis, einen Kreis von wissenschaftlichen Forschern und wissenschaftlichen Praktikern, von Erziehern, Lehrern, Künstlern. Er ist der wesentlichste Bestandteil der Kulturbetätigung überhaupt. Die Sozialdemokratie kann ihr sozialistisches Kulturziel gar nicht ohne die machtvolle Hilfe des Staates durchsetzen. Die sozialistische Gesellschaftsordnung selbst hat zur Voraussetzung eine wesentliche Erweiterung der wissenschaftlichen Beherrschung der Natur. Erst wirkliche Höhenleistungen der Technik schaffen ein solides Fundament für den sozialistischen Wohlstand für alle. Sie haben aber zur Voraussetzung gründlich geschulte Gruppen von Ingenieuren, Chemikern usw. Unter den Einwirkungen der Technik formt sich das ganze Leben um, und mit ihm auch die Anschauung von dem Wert, dem innern und äußern Ausbau dieses Lebens. Hier öffnet sich für uns das Quellgebiet einer Kultur, die nicht von einer Parteidoktrin beherrscht wird.

Das Wort von der hygienischen Kultur läuft heute in allen Volksklassen um. Ein gutes Wort, es zeigt an, wie sich über den Gesundheitswidrigkeiten des primitiven Lebens ein neuer hygienischer Überbau erhoben hat. Kulturleben ist ausgebautes, überbautes Naturleben. Was setzt nun diese hygienische Kultur alles an Forschungsinstituten, an Laboratorien, Kliniken voraus, und wie zahlreich sind die Köpfe und Hände, die sich dem weitverzweigten Gesundheitswesen widmen! Von diesem haben wir namentlich große Veränderungen in unserer Lebensführung zu erwarten, und diese wiederum wird auf unsere ganze geistige und sittliche Kultur zurückwirken. Hier springen Umwälzungsmomente unseres Kulturlebens ein, die nicht direkt parteipolitisch bedingt sind. Von der künstlerischen Kultur und den sich in ihr regenden schöpferischen Kräften braucht man erst gar nicht zu reden.

Wer sich eine einigermaßen klare Vorstellung von dem Zusammenwirken der aufbauenden geistigen Kräfte gebildet hat, durch die unsere heutige Kultur bestimmt ist, wird sich davor hüten den Fortschritt der Kultur allein von den Bildungsbestrebungen *einer* Klasse abhängig zu machen. So tiefgreifend auch die Sozialdemokratie die Kultur der Arbeiterklasse beeinflusste, so war sie doch im wesentlichen auf den Fonds von Kenntnissen angewiesen, den eine langjährige wissenschaftliche Forscherarbeit geschaffen hatte. Da, wo ihre führenden Köpfe neue wissenschaftliche Resultate zutage förderten, waren sie mit der »ganzen Wissenschaft ihres Jahrhunderts« ausgerüstet und gehörten selbst zu der Gruppe schöpferischer Forscher. Die Hebung der Kultur ist in der Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit niemals das Resultat der Bestrebungen nur einer Klasse gewesen. Die Kulturgeschichte des höfisch-ritterlichen Zeitalters und des mittelalterlichen städtischen Bürgertums ist gar nicht von der Geschichte der Geistlichkeit loszulösen. Man kann

zur Charakteristik der mittelalterlichen Kultur mit einiger Übertreibung sagen: Geistlichkeit war Geistigkeit. Und die Bezeichnung des geistlichen Standes als des Lehrstandes hat sich tief in das Bewußtsein des Volkes hineingelebt. Vor uns hebt sich nun heute ein neuer vielgliedriger "Lehrstand" ab. Und er hat im Vergleich mit seiner mittelalterlichen Rolle noch beträchtlich an Bedeutung für das Kulturleben des Volkes gewonnen. Nicht eine Klasse, etwa die proletarische, erzeugt heute das, was wir werdende sozialistische Kultur nennen. Ihre aufbauenden Kräfte regen sich oft in der Werkstätte des stillen Forschers, der in gar keinem direkten Zusammenhang mit der sozialistischen Kulturbewegung steht. Er löst vielleicht ein Problem wirksamer Naturbeherrschung, das für die praktische Gestaltung sozialistischen Gemeinschaftslebens von ausschlaggebendem Wert ist.

Historisch ist es selbstverständlich von außerordentlicher Tragweite, daß sich eine vorwiegend aus der arbeitenden Klasse zusammengesetzte Partei, die Sozialdemokratie, gefunden hat, die ihre Bildungsinstitute planmäßig in den Dienst einer werdenden sozialistischen Kultur gestellt hat. Sie weiß, daß diese Institute immerhin nur eine relativ kleine Gruppe der Arbeiterschaft umfassen werden, ihre Erziehungs- und Bildungsarbeit verschwindet daher gegenüber den kulturellen Leistungen staatlicher und kommunaler Schulen, beruflicher Fortbildungsschulen, staatlicher Universitäten und Polytechniken, staatlicher Kunstschulen und Museen. Dementsprechend hat die Sozialdemokratie auch ein Kultur- und Schulprogramm aufgestellt, das die Erziehung, Schulung und Forschung für »öffentliche Angelegenheiten« erklärt und ihre Durchführung durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherstellen will. Vor den bürgerlichen Parteien Deutschlands zeichnet sich die Sozialdemokratie durch die klare Einsicht aus, daß auch die Frage der bewußten planmäßigen Hebung der Kultur eine politische Frage, eine das Wesen und die Funktionen des Staates betreffende Frage ist. Die Kulturfrage ist für sie eine politische Frage, und die politische Frage ist für sie zugleich eine Kulturfrage. Die aufbauenden Kräfte des Staates sollen in letzter Linie nur zur Entfesselung der schöpferischen Kräfte der Kultur verwendet werden, um die menschliche Gesellschaft zu vergeistigen und zu versittlichen. In dem demokratischen Staat will die Sozialdemokratie einen wirklichen Kulturstaat gestalten. Und Heinrich Schulz führt ganz richtig in seinen Erläuterungen zur Kultur- und Schulpolitik des Heidelberger Programms aus: »Erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung, in der jeder einzelne sich als verantwortlicher Mitarbeiter im Produktionsprozeß fühlen und deshalb über die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen muß, ist eine Organisation des Bildungswesens nach sachlichen Notwendigkeiten möglich.«

In klarer Erkenntnis der die moderne Kultur bestimmenden Kräfte stellte Ferdinand Lassalle neben den Arbeiter die Wissenschaft. Er sagte nicht: Der Arbeiter ist der Träger der Wissenschaft, und seine Bildungsbestrebungen fallen mit den menschlichen Kulturbestrebungen schlechthin zusammen. In seiner ganzen Auffassung der werdenden neuen Kultur lag aber der Gedanke: Der Staat der Arbeiter, der körperlich und geistig Schaffenden, kann allein die Klassenschranken niederreißen, in die heute noch die menschliche Kultur gebannt ist. Das Bildungsprivileg der Besitzenden ist eben ein schweres Hemmnis der Entwicklung der Wissenschaft selbst.

GÜNTER KEISER · GRUPPE UND GRUPPENBILDUNG, EINE NEUE PHASE DER KAPITALISTISCHEN KONZENTRATION



MAN muß schon die ersten Auflagen des Marxschen Kapitals nachschlagen, um sich daran zu erinnern, daß für die erste Periode des Hochkapitalismus die Aktiengesellschaft, der Bund einer Vielzahl einzelner Kapitalisten zu gemeinsamer Erstellung und Bewirtschaftung einer Betriebsanlage, die erste sich herausarbeitende Form der Kapitalkonzentration war. Eine spätere Periode sieht dann die charakteristischste Form der Konzentration in der Bildung des sogenannten Finanzkapitals, das heißt in der Ansammlung des sich akkumulierenden Kapitals der Volkswirtschaft bei einigen wenigen riesigen Bankinstituten und in der daraus resultierenden konzentrierten Herrschaft dieser wenigen Institute über die übrigen Zweige der Wirtschaft; noch heute ist dies ja für jungkapitalistische Länder mit starker Gründungstätigkeit und ausgesprochenener Kreditbedürftigkeit der normale Zustand. Seit wiederum die Industrie in den stärker durchkapitalisierten Ländern die Herrschaft der Banken abgeschüttelt hat, sind Konzern und Trust, also die großen, durch Fusionen und Aufkäufe, Interessengemeinschaftsverträge, Beteiligungssysteme, Holdingkonstruktionen usw. begründeten einheitlichen Produktionssysteme vertikaler oder (zumeist) horizontaler Struktur die markanten und allgemein bekannten Ausdrucksformen der Konzentration geworden.

Konzern und Trust stoßen schließlich an Grenzen ihrer Weiterentwicklung. In allen energisch durchkonzentrierten Gewerben halten sich nämlich am Ende einige ziemlich gleichgewichtige Konzerne die Wage (man denke nur an die D-Banken, an die Hamburg-Amerika-Linie und den Norddeutschen Lloyd, an die 5 oder 6 Stahlriesen und dergleichen mehr), und in den Wirtschaftszweigen, in denen die Entwicklung doch bis zum nationalen Trust, also zur monopolnahen Kapitalkonzentration, vorstoßen konnte, bildet sich auf dem Weltmarkt zumeist die gleiche Situation eines Machtgleichgewichts zwischen einigen wenigen Großgebilden heraus. Es genügt zur Illustration an das Verhältnis Interessengemeinschaft Farbenindustrie-Imperial Chemical Industries-Etablissement Kuhlmann oder an das Verhältnis Standard Oil-Royal Dutch Shell-Anglo Persian zu erinnern. Ist das Gleichmaß der Kräfte oft und lang genug erprobt, und sind alle Chancen individuellen Obsiegens damit geschwunden, so wird es zur stillschweigenden Richtschnur, schließlich zu vertraglich festgelegter Bindung das Verhältnis der Machtverteilung, wie es sich herausgebildet hat, für alle Zukunft zu erhalten.

Doch die innere Dynamik des Konzentrationsprozesses kennt auch an dieser scheinbaren Grenze keinen letzten Halt. Kann das Kapital sich nicht mehr *verschmelzen*, so zwingt die Entwicklung es doch dazu sich zu *verflechten*. Diese Verflechtung äußert sich vor allem darin, daß 2 oder mehrere selbständige Konzerne gemeinsam die Kapitalherrschaft über andere Unternehmungen ausüben. Die Ursachen der Entstehung dieser Konstellation gemeinsamer Herrschaft sind recht vielfältig und bieten Interesse genug, um sie einmal aufzuspüren. Zunächst führt bereits das Wettringen mehrerer Kapitalsgewalten um die Herrschaft über ein von beiden Seiten begehrtes Objekt, wie es vor der endgültigen Stabilisierung des Gleichgewichts üblich ist, in den meisten

Fällen schließlich zu irgendeiner Einigung zwischen den Konkurrenten: sei es, daß man Herrschaft und Interessen teilt, sei es, daß man mit Hilfe einer Poolung der Aktien und ergänzender Verträge eine gemeinsame Betriebsführung bei dem begehrten Unternehmen festlegt. Ein typischer und bekannter Fall dieser Art ist die nach langem Kampf eingesetzte Gemeinschaftsleitung bei den Geisweider Eisenwerken durch Klöckner und Thyssen, nachdem der eine die Vorzugsaktienmehrheit, der andere die Stammaktienmehrheit an sich gebracht hatte. Hierhin gehören auch der Einbruch des Burbachkonzerns in den Herrschaftskreis von Wintershall und das Ringen beider um den Gumpelkonzern; die Einigung besteht hier in der Einbeziehung Kortes (Burbach) in den Vorstand von Wintershall und Rostergs (Wintershall) in den von Burbach bestellten Vorstand der führenden Gumpelgesellschaft.

Wenn aber jenes oben geschilderte Machtgleichgewicht endgültig hergestellt ist, erweist sich schließlich jede Sonderexpansion als mehr oder minder unfruchtbar, weil die sofort beginnende Parallelexpansion der machtgleichen Konkurrenz den Effekt bedroht oder gar in sein Gegenteil verkehrt. Da aber das Expansionsbedürfnis der einzelnen Kapitalsgewalten ungebrochen besteht, so sehen wir von Phase zu Phase öfter und deutlicher an die Stelle der isolierten Expansion die konsortiale Expansion treten, und zwar in zweierlei Gestalt: als konsortiale Beteiligungsnahme und als konsortiale Neugründung. Anstatt also die Angliederungstransaktion separat vorzunehmen, um sich schließlich doch mit einem Konkurrenten in einem Pool einigen zu müssen, spart man sich Ärger und Kosten durch gemeinsames Vorgehen von Anfang an; und anstatt neue Gründungen jeweils isoliert vorzunehmen und so einen wilden Konkurrenzkampf einzuleiten, der im Endergebnis doch irgendeine Einigung erzwingen dürfte, fusioniert man sich auf dem neuen Gebiet gewissermaßen schon gleich bei der Errichtung der Anlage. Die Zwecke, denen diese konsortiale Expansion dienen kann, sind ungemein vielgestaltig. Es wird sich zunächst oft darum handeln gemeinsam schwächere Konkurrenten aufzukaufen oder Außenseiterkonkurrenz lahmzulegen: man denke hierzu an die großen Paketkäufe des "Stillegungskonsortiums" der großen Stahlkonzerne (Stummbeteiligungen, Rombacher Hüttenwerke, Stahl- und Walzwerk Siegen, Adelenhütte und andere). Oder man will sich umgekehrt gemeinsam einer drohenden Überwältigung durch einen besonders mächtigen Konzern erwehren; hierzu sei an die Quotenkäufe des "Kaliblocks" gegen Wintershall und die gemeinsamen Vorratsfelderkäufe der Bergbaugesellschaft Ilse und der Braunkohlen- und Brikettindriegesellschaft gegen Petschek erinnert. In einem fortgeschrittenem Stadium werden bereits Erweiterungsanlagen größern Umfangs in horizontaler und besonders in vertikaler Richtung konsortial ausgeführt, schon weil oft das Ineinandergreifen von Patenten und Betriebsgeheimnissen geradezu dazu zwingt, oder weil doch die gegenseitige Ergänzung technischer Spezialleistungsfähigkeiten besondere Chancen eröffnet. Typisch für das eine Motiv sind die vielen gemeinsamen Neuanlagen der chemischen und speziell der Kunstseidenindustrie, typisch für das andere ist die gemeinsame Begründung der Aktiengesellschaft Deutsche Werft in Hamburg durch die Gutehoffnungshütte, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Hamburg-Amerika-Linie.

Besonders deutlich zeigt sich diese Tendenz zu konsortialer Aktion heute in fast allen Fällen der kapitalistischen Erschließung völlig neuer Produktions- und Wirtschaftsgebiete. Nur ganz selten erfolgt diese heute durch ein unab-

hängiges und neues Kapital, vielmehr ist der Träger oder doch Mitträger der Aktion fast immer das Kapital benachbarter oder als Lieferant, Abnehmer oder Konkurrent interessierter Wirtschaftsgruppen, so daß heute jeder neue Produktionszweig nicht nur zur Machterweiterung bestehender Großgebilde sondern auch zu ihrer Bindung an einander führt. Es sei daran erinnert, daß die gewaltigen Neugründungen zur organisierten chemisch-technischen Kohleverwertung, -veredlung und -verflüssigung, zur Stickstoff- und Mischdüngergewinnung aus Kohleprodukten, soweit sie nicht von der Chemischen Industrie ausgehen, konsortiale Gründungen von umfassenden Systemen oder doch von Allianzen der großen Grubenkonzerne sind, und daß bei den verschiedenen nationalen Bergingeseellschaften für Kohlenbenzin außer der Interessengemeinschaft Farbenindustrie die verschiedensten Teer-, Erdöl-, Montan-, Gaswerks-, Chemischen Konzerne aus aller Welt als Gründer beteiligt sind. In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß die enge Verflechtung und vielfältige Zusammenarbeit der belgischen, der französischen und der luxemburgischen Schwerindustrie, wie sie zum Beispiel in der westlichen Roheisenentente zum Ausdruck kommt, nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken ist, daß sich zur Übernahme der einzelnen sequestrierten deutschen schwerindustriellen Anlagen in Lothringen, Luxemburg sowie eines Teils der deutschen Werke im Saarland die alten, in Frankreich, Luxemburg und Belgien beheimateten Konzerne jeweils zu Übernahmekonsortien zusammenfanden und so heute durch einen vielfältigen Gemeinschaftsbesitz mit einander mehr oder minder freundschaftlich verbunden sind.

Weiterhin ist konsortiale Expansion besonders häufig bei Auslandsgründungen, wie unter anderm das gruppenmäßige Gründen der Auslandsbanken vor dem Krieg, das häufige konsortiale Vorgehen der großen Elektrofinanzierungs- und -installationskonzerne bei großen ausländischen Neuanlagen beweist. Andererseits sucht man bei solchen Expansionen in fremde Wirtschaftsräume gern von vornherein bereits ein Bündnis mit entsprechenden inländischen Konkurrenten und Interessenten einzugehen, indem man sie an der Gründung beteiligt, so die jüngst vollzogene Hineinnahme der Glanzfilmgesellschaft in die amerikanische Kodakgründung, der Ambiwerke in die gleichfalls amerikanische Gründung der Ambi-Budd-Preßwerke usw.

Wieder ein anderer Ursachenkomplex liegt der gemeinsamen Herrschaft über dritte Objekte zugrunde, wenn bereits seit langem bestehende einseitige Beteiligungsverhältnisse nachträglich in konsortiale verwandelt werden, indem man anderen Gewalten einen Teil der eigenen Beteiligung und damit einen Teil der Herrschaft abtritt. Den selben Effekt erreicht man, wenn man dem gewünschten Partner eine Neuemission der beherrschten Gesellschaft überläßt. Diese Methode der Anfreundung durch freiwillige Hineinnahme in eigene Herrschaftsposition haben zum Beispiel die deutschen Erdölkonzerne benutzt, um sich mit den großen Weltkonzernen zu verständigen und allzu kostspielige Konkurrenzkämpfe von vornherein auszuschließen. Die Farbenindustrie trat bekanntlich zirka 50 % des Kapitals ihrer Vertriebsgesellschaft, der Deutschen Gasolinaktiengesellschaft, an die Standard Oil Company und die Koninklijke Shell Gruppe zu gleichen Teilen ab, und ganz ähnlich überließ die Deutsche Petroleumgesellschaft 40 % des Kapitals der Olexgesellschaft an die Anglo Persian. Der Eintritt der Farbenindustrie in die bisher von französischen Gruppen beherrschte Norsk Hydro erfolgte bekanntlich dadurch, daß man ihr eine Neuemission von 19 Millionen Kronen überließ.

Wird das Spezialgebiet, auf dem man mit dem andern Konzern zusammenarbeiten wünscht, nicht durch eine formal selbständige Untergesellschaft sondern im Rahmen der eigenen Betriebsanlagen bewirtschaftet, so muß zunächst, um die Hineinnahme zu ermöglichen, die Umbildung der Betriebsabteilung in eine Tochtergesellschaft durchgeführt werden. Auf solche Weise wurden zum Beispiel die Gesellschaft für Teerverwertung und andere Konzerne in die Tetralinproduktion der Riedelgesellschaft einbezogen.

Eine in den letzten Jahren besonders bedeutungsvolle Entstehungsursache von Konstellationen gemeinsamer Herrschaft ist endlich die partielle Fusion. Folgt auf eine Zeit mit vielseitiger und überwiegend vertikaler Expansionsrichtung eine Epoche mit überwiegend horizontaler und kontraktiver Tendenz der Konzentration, dann sind Fusionen von ganzen Konzernen nur selten möglich, die vielgliedrigen Konzerne können vielmehr nur auf den verschiedenen Ebenen und Gebieten ihrer Interessen partiell zusammengehen. Das ist etwa so, wie wenn die Hausbesitzer einer Häuserzeile beschließen jeweils die einzelnen Stockwerke durch Durchbrüche zu einheitlichen Gebäuden zu verbinden, die Häuser selbst aber weiter im eigenen Besitz zu behalten, weil der eine sein Haus höher aufgestockt oder tiefer unterkellert hat als der andere, und weil der eine oder andere auch in anderen Straßen noch Besitztümer hat. In der Tat sind die partiellen Fusionen der vergangenen Periode zumeist gebündelt aufgetreten. Das typischste dieser Fusionsbündel zeigt uns die Stahlindustrie, wo durch 4 ineinandergreifende partielle Fusionen die Gründerunternehmen der Vereinigten Stahlwerke, der Flickkonzern und die Oberschlesische Eisenbahnbedarfsgesellschaft aufs engste mit einander verflochten worden sind. Ein ähnliches Bündel partieller Fusionen entstand um den Rütgerskonzern herum. Auch an die jüngste Verschmelzung der Siemensschen Protosautomobilabteilung mit der zum Konzern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gehörenden Nationalen Automobilgesellschaft sei erinnert.

Solche gemeinsame Beteiligungsherrschaft, joint control in Amerika genannt, die, wie wir sahen, selten sporadisch und isoliert auftritt sondern zumeist vielfältig gehäuft und um Zentren gebündelt, ist die hauptsächlichste Kraft, die das noch selbständige Großkapital in einem unwiderstehlichen Prozeß ständig enger unter einander verschlingt. Konsortiale Bindungen anderer Art, Arbeitsgemeinschaften bei Aufträgen und Ausschreibungen, Interessengemeinschaftsverträge, kartellmäßige Abreden, Absatzgebietsteilungen und was dergleichen Verständigungen und Kooperationen mehr sind, treten ergänzend hinzu. Und so entsteht aus unzähligen kleinen Akten gemeinsamer Aktionen *über* Konzernen und Trusts und *aus* Konzernen und Trusts jenes modernste Gebilde der kapitalistischen Organisation und Konzentration, das noch keinen allgemein anerkannten Namen hat, weil man es noch nicht genügend klar erkannt hat, das aber am meisten und besten als die Gruppe bezeichnet wird. Diese Bezeichnung soll ausdrücken, daß einige an sich völlig selbständige Kapitalgewalten so durch vielfältigen gemeinsamen Besitz und unlösliche gemeinsame Interessen mit einander verflochten sind, daß Kampf und Konkurrenz zwischen ihnen immer mehr unmöglich werden, daß sie wirtschaftlich und kapitalistisch mehr oder minder eine Einheit bilden. Die Gruppenbildung als Ergebnis konsortialer Expansion und Organisation erweist sich also als *die* Form für die Weitertreibung des Konzentrationsprozesses gerade in den konzentrationell ausgereiften Wirtschaftsbezirken. Höchst typisch für diesen Prozeß ist die Entstehung der internationalen Kunstseiden-

gruppe: Vereinigte Glanzstoffwerke-Bemberggesellschaft-Courdaulds Snia Viscose-Niederländische Kunstseidenfabrik Enka, der auch die Interessengemeinschaft Farbenindustrie nahesteht. Innerhalb dieser Gesellschaften erfolgten im Verlauf von 2 Jahren nicht weniger als 8 konsortiale Neugründungen und 5 konsortiale Beteiligungsnahmen in aller Welt sowie 2 Hineinnahmen in Beteiligungsbesitz. Kartellmäßige Abreden, gegenseitiger Aktienaufkauf und Aktienaustausch kommen vermutlich noch weiter verflechtend hinzu. Ähnlich lassen sich zwischen Allgemeiner Elektrizitätsgesellschaft und Siemenskonzern gegen ein Dutzend solcher Beziehungen gemeinsamer Beteiligungsherrschaft verschiedenster Verursachung, wenn auch mehr peripherischer Natur, feststellen (Osram, Nationale Automobilgesellschaft Protos, Telefunken, Transradio, Vereinigte Eisenbahnsignalwerke usw.); und die Verflechtung, in die die 5 bis 6 großen deutschen Montan- und Stahlkonzerne, ganz abgesehen von nationalen und internationalen Syndikaten, durch die gemeinsamen Stilllegungsaktionen, die verschiedenen Gemeinschaftsverwaltungen (Norddeutsche Hütte, Gußstahlwerk Witten und andere), durch die vielen Kohleverwertungsgründungen, die gemeinsamen Erzgrubenkäufe in Schweden und Norwegen, durch die zum Teil noch im Werden begriffenen Schrott- und Erzeinkaufsorganisationen und dergleichen mehr mit einander geraten sind, ist, wenn auch erst ein Anfang, so doch hinreichend symptomatisch für die Tendenz der Entwicklung.

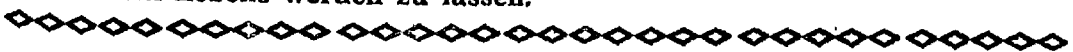
Das Charakteristische an diesem ganzen Prozeß ist aber weniger die Herausbildung von konzern- oder trustähnlichen geschlossenen Kapitalgruppen als vielmehr der Umstand, daß die ununterbrochene Zunahme von konsortialen Herrschaftskonstellationen, die sonstigen Abreden und freundschaftlichen Beziehungen ganz außer acht gelassen, das gesamte Wirtschaftskapital in einen Zustand durchgreifender innerer Verschlingung und gegenseitiger Verflechtung hinüberführt. So gibt es kaum eine große Kapitalgewalt in Deutschland und vielleicht bald in der Welt, mit der nicht die Interessengemeinschaft Farbenindustrie durch gemeinsame Verwaltung dritter Interessen in irgendeiner freundschaftlichen Verbindung steht. Das Kapital verliert von Tag zu Tag mehr seinen ursprünglichen individualistischen Charakter, seine *monarchische* Organisation, an die noch Bezeichnungen wie Öl-, Eisenbahn-, Kupferkönig, Industrieherzogtümer, Kohlenbarone und dergleichen treffend erinnern, und nimmt dafür, nachdem die *demokratische* Ordnungform, wie sie im Prinzip der Aktiengesellschaft an sich vorliegt, mehr oder minder ausgehöhlt worden ist, eine *oligarchisch-aristokratische* Verfassung an. Das will sagen: Die Herrschaft über das Kapital der gesamten Wirtschaft bindet sich immer mehr gegenseitig, greift in einander über und ergänzt sich bis zur Unlöslichkeit. Konzern, Konsortium und wie die anderen mit Kon zusammengesetzten Worte sonst noch heißen, vor allem aber die Gruppe, sind Meilensteine auf diesem Weg hin zu einer Entwicklung, wo schließlich die letzte Kollektivgröße: Kapital, nicht nur eine theoretisch-begriffliche sondern eine real-organisatorische Einheit darstellt.

Wir sehen eine neue, werdende Phase des großen historischen Prozesses der Konzentration des Kapitals. Sie bringt uns zum Bewußtsein, wie unendlich viel komplizierter, formenreicher, und wie sehr viel langsamer, evolutionärer jener Prozeß abrollt, als ihn Marx in seiner genialen Konzeption vor sich sah. Produktion im Großbetrieb und Kapitalassoziation in der Aktiengesellschaft, jene beiden Formen, in denen Marx bereits die Vollendung des Prozesses sich

vollziehen sah, erscheinen uns heute als so selbstverständliche Bestandteile des kapitalistischen Unternehmens schlechthin, daß wir sie gar nicht mehr als Erscheinungen der Konzentration werten. Und wir erkennen heute, daß wir nicht ermessen können, wie viele neue Formen und Phasen der Konzentrationsprozeß noch hinter Konzern- und hinter Gruppenbildung durchlaufen muß, ehe er die letzten Möglichkeiten seiner Entwicklung und Ausformung erreicht hat, zumal die ständige Evolution der chemisch-technischen Kenntnisse und der immer neue Strukturwandel in der Verteilung der Weltproduktion auf die verschiedenen nationalen Kapitalgruppen das Kapital vor immer neue organisatorische Aufgaben stellen.

Marx mußte noch die Konzentration als einen Prozeß des blutigen Kampfes, der gegenseitigen, eigenhändigen Ausrottung des Kapitals sehen, als dessen logisches Ende die automatische Sozialisierung winkt. Die Gruppenbildung unserer Zeit lehrt uns aber, daß das Kapital gar nicht daran denkt uns diesen Gefallen des Selbstmords zu tun. Die wirtschaftlich-historische Notwendigkeit treibt es vielmehr, seitdem in den siebziger Jahren das erste bedeutendere Kartell entstand, von Periode zu Periode deutlicher und unausweichlicher auf den Weg der Organisation; und zwar wird dabei die Expansion, die Aufsaugung der Kleinen durch die Großen, der Schwachen durch die Starken, immer mehr durch den mehr oder minder paritätischen Zusammenschluß abgelöst, durch die Kooperation, die Allianz. Das heißt, die Konzentration des Produktivkapitals, wie sie uns Aktiengesellschaft, Großunternehmung, Konzern und jetzt die Gruppe zeigen, vollzieht sich ohne nennenswerte Parallele in der Zone des privaten Besitzes, ist also nicht zugleich Vermögenskonzentration. Das Kapital sozialisiert zwar de facto, indem es den Wirtschaftsprozess, in eigenem Interesse, sinnvoll und rational organisiert. Aber Organisation bedeutet auch und vor allem Macht für das Privatkapital, neue, erhöhte Macht, Rückenstärkung, potenzierte Existenz- und Kampffähigkeit; und gerade die Gruppenbildung mit der aus ihr resultierenden Verflechtung des unabhängigen Großkapitals über weite Wirtschaftssphären hin beseitigt mehr als jede frühere Konzentrationsform beim Kapital innere Reibungswiderstände des Mißtrauens und der Feindschaft, überwindet Abstände und verknüpft Länder und Erdteile, kurz, schafft Einheitsfronten des Kapitals von bisher nicht gekanntem Ausmaß und noch unausdenkbarer Stoßkraft.

Hier also liegt unsere Aufgabe des Heute: Nicht warten auf eine Automatik, die es nicht gibt, sondern planmäßig und mit allen Mitteln des Tages gleichfalls um Macht, um mehr Macht kämpfen. Und, solange es nicht angeht den funktionslosen Mehrwertempfänger zu expropriieren, ruhig auch daran arbeiten Stück um Stück der durch die Automatik der privaten Organisation verschweißten Wirtschaftsgebilde höherer Ordnung einzeln in gesellschaftlichen Besitz überzuführen. Notwendige taktische Vorstufe dazu ist die Forderung auf Einsetzung von öffentlichen Kontrollinstanzen über oder in alle Gebilde, deren Funktion praktisch längst öffentlichen Charakter hat, wie es für Kartelle, Konzerne, Gruppen überwiegend gilt. Kartellaufsichtsämter, Kartellbeiräte, Konzernbetriebsräte usw. sind unerläßliche Vorformen der Vergesellschaftung. Sie dienen und helfen dazu das Prinzip der öffentlichen Verantwortlichkeit zur allgemeinen Maxime endlich auch des wirtschaftlichen Lebens werden zu lassen.



KARL MAYR · DER DEUTSCHE EINMARSCH IN BELGIEN 1914



S war eine besondere Ungeschicklichkeit, ein schwerer politischer Fehler, daß die Ergebnisse des Unterausschusses über Völkerrechtsverletzungen im Krieg 1927 der Öffentlichkeit übergeben wurden, ohne daß der Hauptpunkt: die Verletzung der belgischen Neutralität, vorher oder gleichzeitig erledigt worden wäre.

Vielleicht der tragischste Augenblick der Vorkriegszeit war für das deutsche Volk, als 1896 der damalige Chef des Preußischen Großen Generalstabs, Alfred Graf Schlieffen, angesichts der (doch nur als vorübergehend zu wertenden) Schwächung Rußlands im mandschurischen Kolonialkrieg den vom alten Moltke überkommenen Verteidigungsplan ("Kriegsplan") von Grund aus umänderte. An dem Wesentlichen dieses Schlieffenaufmarsches ist dann bis 1914 beharrlich festgehalten worden: Versammlung der deutschen Heeresmassen im Westen statt, wie bisher, im Osten, Durchmarsch durch das neutrale Belgien, Einzelangriff der (numerisch weit schwächeren) Österreicher gegen die Russen. Bis 1914 im besondern war diesem Plan die letzte Folgerichtigkeit insofern gegeben, als, jedoch erst unter dem General von Moltke, im Frieden schon die beschleunigte Wegnahme von Lüttich, der Einfallspforte, vorbereitet wurde, und man eingehende Berechnungen anstellte, welche Höchststärke im Hinblick auf Transport und Nachschub dem rechten deutschen Heeresflügel gegeben werden könne. Die theoretische Betrachtung eines in jahrzehntelangem Nachdenken entwickelten Kriegsplans darf sich nicht auf die zufällige Lage eines einzelnen Jahres beschränken; trotzdem muß vermerkt werden, daß im August und September 1914 durch den unter den gegebenen kriegspolitischen Umständen fehlerhaften Entschluß Franz Conrad von Hoetzendorfs ein volles Viertel seiner Streitkräfte gegen Serbien abzuzweigen die operative Ausgangslage der Mittelmächte noch erheblich verschlechtert worden ist. Wenn man aber schon eine Abzweigung starker österreichischer Heeresteile gegen Serbien vorsah und den deutschen Westaufmarsch als "Rezept des Sieges" betrachtete, so wäre zu Kriegsbeginn ein Einsatz österreichischer Korps überm Rhein, rein militärisch betrachtet, immer noch sinnvoller gewesen. Deren Rücktransport an die notwendige Stelle des österreichischen Ostaufmarsches hätte sich immer noch rechtzeitig durchführen lassen als, 1914, von Belgrad aus.

Man hat den Generalstabschef Graf Schlieffen zum Genius gestempelt und unsern Mißerfolg auf die "Verwässerung" seines Plans durch den jüngern Moltke zurückgeführt. Zwar wagen sich heute schon einzelne "vaterländische" Stimmen (Wetzell, von Moser) heraus, die mit mir, soweit dies möglich, den jüngern Moltke in Schutz nehmen. Aber die Autorität Schlieffens ist heute im allgemeinen noch sakrosankt. Ein »Kunstwerk für den Schicksalskrieg des deutschen Volkes« nannte unlängst noch Wilhelm Groener die Schlieffensche Theoretik.¹ Selbst ein bekannter Pazifist nannte noch 1926 Schlieffen den »würdigsten Nachfolger des großen Schweigers Moltke« und wollte im Schlieffenplan den »mit mathematischer Genauigkeit berechneten Erfolg« sehen. Auch der Reichstagsabgeordnete Joh. Viktor Bredt bezeichnete in seinem politisch gewiß äußerst aufschlußreichen Sachverständigengutachten

1) Siehe Groener Das Testament des Grafen Schlieffen /Berlin 1927/.

Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg den Schlieffenplan als den »einzigsten Plan, mit dem man wirklich einen Siegfrieden erkämpfen konnte«, Bewundernd bemerkt er: »Es war ein Plan von derart gewaltigen Dimensionen, daß uns heute noch ein Staunen erfaßt, wenn wir ihn überdenken.« Die Verantwortlichkeit des Reichstags, der sich im Gegensatz zum französischen Parlament (Jaurès) nie um die Problematik der Kriegseinleitung ernsthaft kümmerte, streift er dagegen nicht.

Solche Tendenz durchzieht erst recht unsere gesamte Militärliteratur, einschließlich der Produktion des Reichsarchivs in Potsdam. Der Oberarchivrat Wolfgang Förster, schon vor dem Krieg Autor einer 2bändigen Biographie des feldherrlich ganz mittelmäßigen Prinzen Friedrich Karl, schrieb sein Schlieffenbuch, Wilhelm Groener sein Testament des Grafen Schlieffen, in dem er die Präventivkriegstheorie verteidigt. »Niemand«, so schrieb er, »wird ernstlich bestreiten wollen, daß 1905 die Gelegenheit verpaßt worden ist, um unter günstigen politischen und militärischen Verhältnissen den unvermeidbaren Waffengang zu bestehen. Hat Graf Schlieffen damals nicht ganz richtig gesehen? Haben der Kaiser und seine Kanzler durch ihre Friedensliebe, man kann fast sagen: durch ihre furchtsame Scheu vor einem Waffengang, dem deutschen Volk Nutzen gebracht?« In der Frankfurter Zeitung vom 3. Februar 1927 habe ich mich schon gegen diese militärisch ebenso wie politisch anfechtbare, ganz im Interesse englischer Diplomatie liegende Kriegstheoretik gewendet. Fast alle unsere offiziellen Sachverständigen sind Schlieffenschüler. Entsprechend ist die militärwissenschaftliche Weiterbildung unseres Reichswehroffizierkorps. Es sind fast nur ehemalige österreichische Generalstäbler, die, aus dem Bestreben heraus den Schuldanteil Conrad von Hoetzendorfs an dem verfehlten Aufmarsch von 1914 (Serbien) zu mildern, einen Teil der Beweispunkte gegen das geschichtliche Verbrechen Schlieffens sich zu eigen machen. Energischen Widerspruch gegen die Schlieffentheoretik hat von Anfang an, schon vor dem Krieg, nur Hans Delbrück eingelegt. Dem fremdländischen Konservatismus ist die aus der Präventivkriegstheorie stammende, bei uns geübte militärwissenschaftliche Verfechtung des angeblichen Zwangsrechts zum Neutralitätsbruch von 1914 das Wesensinnere des als Gegenstück für sich selbst unentbehrlichen neudeutschen Militarismus und daher sehr willkommen. Dieser fremdländische Militärkonservatismus hat daher unserer Schlieffenschule bis heute kaum am Zeug geflickt. Man wird sich künftig gegenseitig noch genugsam Weihrauch streuen. Die aus dem Kriegsarchiv herrührende halbamtliche, von der Morning Post abgedruckte Lobhudelei aus Anlaß des Ablebens des als Stratege unbedeutenden Feldmarschalls Haig schlägt in dies Kapitel.

Militärwissenschaftlich vermöchte man überhaupt die Kritik des Weltkriegs in den Einzelnachweisen zusammenzufassen, wie deutscherseits immer wieder gegen die Napoléonische und Clausewitzsche Forderung der Konzentration der Kraft verstoßen worden ist. Ganz besonders gilt dies schon für die entscheidende Einleitung des Weltkriegs. In einem Zweifrontenkrieg durften die deutschen Kräfte und die österreichisch-ungarischen nicht je für sich bataillieren. Die gesamte Kraft der Mittelmächte mußte zusammengefaßt und das Maximum hiervon entweder im Westen oder im Osten angriffsweise eingesetzt werden, während zu reiner Verteidigung auf mehr oder weniger lange, jedenfalls begrenzte Frist im Osten respektive Westen ein Minimum zu be-

lassen war. Organisch hätte sich hierzu im Lauf der Jahrzehnte an der gewählten Verteidigungsfront zum Ausgleich numerischer Unterlegenheit ein großangelegtes fortifikatorisches System entwickeln müssen, zu dessen Ausbau beharrlich die einschlägigen finanziellen Gesamtmittel zu konzentrieren waren. Nur so war für die Einleitung eines Krieges und für die unerläßliche Höchstdauer von 5 bis 6 Monaten zumindest das Rhein-Ruhr-Gebiet zu schützen. Mehrkosten im ganzen wären hierbei nicht erstanden. Eine solch großzügige (übrigens im Haushalt auf ein Jahrzehnt und mehr zu verteilende) fortifikatorische Verstärkung mußte an der preußisch-österreichisch-ungarischen Grenze örtlich schwieriger und finanziell kostspieliger sein als an der weit schmälern deutsch-französisch-belgischen. Mit einem Einbruch war daher im Osten zu rechnen. Deutschland konnte äußerstenfalls einen Einmarsch bis vor Berlin verwinden, nicht aber die morsche Donaumonarchie einen solchen bis vor Preßburg und Wien. Ein vereinigttes deutsch-österreichisch-ungarisches Heer würde zudem im Westen, dies mußte man sich vorhalten, die französischen Panzerlinien zu durchstoßen haben und bei Bruch der belgischen Neutralität, nach Vereinigung der Engländer mit den Franzosen, numerisch nicht wesentlich stärker sein als diese. War ein Cannae wahrscheinlich, dann sogar, wenn der deutsche rechte Heeresflügel nach Schlieffenschem Rezept besonders stark gehalten war. Man mußte am grünen Tisch im Frieden damit rechnen, daß der französische Generalissimus äußerstenfalls immer noch rechtzeitig die Armee würde umzugruppieren vermögen. Schon ein Friedrich Engels hatte vermerkt, daß »der Umgehung durch Belgien mit der Befestigung von Paris die Spitze abgebrochen« sei. Paris war, mochte es noch so dürftig befestigt sein, immer als wertvoller Angelpunkt französischer Umgruppierung anzusehen. So wäre denn, im Sinn des ältern Moltke, umfänglichere Panzerung der Westfront von Aachen ab, deren zeitlich ausreichende Verteidigung mit einem Minimum an Divisionen, im fortifikatorisch offenen Osten aber Aufmarsch der großen Masse der deutschen und österreichisch-ungarischen Divisionen zur Offensive gegen Rußland das Sinnvolle gewesen. Im Zeitalter des Verkehrs und der Technik hatten die "weiten russischen Räume" ihren aus Napoléonischen Zeiten stammenden Schrecken verloren. Die innere Struktur des russischen Volks war unter einem Nikolaus II eine andere als unter dem Autokraten Alexander I. Das war auch am Ausgang des Russisch-Japanischen Kriegs klar in die Erscheinung getreten. Einem durch keinerlei Anfangserfolg gemilderten System zusammenhängender Rückzüge wäre das zaristische Regime nicht gewachsen gewesen. Das mußte ein von höfisch konservativen Zwangsvorstellungen freier preußischer Generalstab ebenso in Rechnung stellen können, wie es die revolutionäre russische Linke getan hat. Einer Entscheidung konnten sich die neuzeitlichen russischen Massenheere nicht endlos entziehen wie die Kosakenheere von 1812. Nur der Ostaufmarsch hatte beim Blick auf das gesamteuropäische Kriegstheater Sinn. Er war auf jeden Fall theoretisch richtiger, er bot höhere Garantien des Gesamterfolgs, seine Vorbereitung, mit der vor der internationalen und vor allem europäischen Öffentlichkeit nicht hinter dem Berg gehalten zu werden brauchte, war zuverlässigere Bürgschaft des Friedens. Der Westaufmarsch war kriegspolitisch wie kriegstheoretisch grundfalsch. Dazu kam noch, daß der vielgerühmte Schlieffenplan eine logisch fehlerhafte Übertragung schlachtentaktischer Ideen auf operative Ausmaße eines ganzen Kriegstheaters gewesen ist. Schlachtentaktik und Strategie sind aber 2 verschiedene Kategorien.

Ehe aber nicht allgemein zugegeben wird, daß dieser Westaufmarsch und die durch ihn bedingte Invasion in das neutrale Belgien schon rein militärisch völlig verfehlt war, kann von moralischer, politischer und kriegstheoretischer Sanierung bei uns nicht die Rede sein. Noch weniger von einer Sicherung deutsch-französischen, also europäischen Einvernehmens. Von einer deutschen Heeresleitung, die sich etwa heute noch hartnäckig zur Schlieffenschule bekennt, sind nur wiederum kriegspolitische Machenschaften in (unbewußtem) englischem Dienst zu besorgen. Mit der uneingeschränkten Öffnung der Archive hat, nach dem Wort des vertrauenswürdigen Herausgebers Friedrich Thimme, das Auswärtige Amt an die »geschichtliche Wahrheit« appelliert. Das kriegsgeschichtlich wichtigste Dokument des ganzen Weltkriegs ist nun zweifellos der sogenannte Kriegsplan. Die größte Bedeutung in ihm haben die Aufmarschanweisungen der 1., 2., 3. und 4. Armee, die 1914 in Belgien einmarschiert sind. Diese Urkunden sind bis heute nicht publiziert. Der neue Reichswehrminister, auch wenn er sich zur integralen altpreußischen Kriegstheoretik (Schlieffen) bekennt, wird hier Wandel zu schaffen haben.

Denn wir können auch im heikelsten Punkt, dem belgischen Neutralitätsbruch, der Wahrheit die volle Ehre geben. In vorbildlicher Gründlichkeit hat in den bisher veröffentlichten Bänden über die militärischen Anfänge des Weltkriegs der französische Generalstab eine großartige Urkundensammlung herausgebracht. Der Schweizer Albert Heider hat nach Verarbeitung dieses Materials eine interessante, von Sachkunde getragene Untersuchung über die Ereignisse am rechten französischen Heeresflügel bei Kriegseinleitung geschrieben.² Systematisch vermag aus den französischen Urkunden nachgewiesen zu werden, wie von gewisser französischer Seite für den Beginn des Kriegs eine Verletzung der schweizerischen Neutralität ins Auge gefaßt war. Mit dem Vorstoß ins Oberelsaß sollte ein Handstreich auf Basel verbunden werden, weil man es für unerläßlich hielt sich des badischen Bahnhofs von Basel und der Basler Rheinbrücken zu versichern. Dieses Unternehmen ist aber, als man sich 1914 in Paris rechtzeitig zur Einhaltung der bekannten Zehnkilometerdemarkationslinie entschloß, fallen gelassen worden. Die Ansichten Joffres, des Vaters des französischen Kriegsplans, deckten sich vollständig mit denen seiner Regierung. Man kann nicht bestreiten, daß seine Persönlichkeit im Licht dieser Tatsache wächst. Strategische (vermeintliche) Zweckmäßigkeitsgründe hat er Notwendigkeiten der Politik unterzuordnen gewußt.

Friedrichs II Kabinettssekretär, Graf Hertzberg, hat bekanntlich 1756 im Auftrag seines Herrn an der Hand von im Schlafgemach der Königin von Sachsen erbeuteten Akten darzulegen versucht, daß sächsisch-österreichische Überfallpläne gegen Preußen bestanden hätten, und er hat in einem Vortrag in der Berliner Akademie der Wissenschaften 1787 es als »ausgemacht« hingestellt, »daß diese Pläne wirklich existierten«, aber sie seien nur »eventuell« gewesen und hätten die Bedingung »woferner der König von Preußen Gelegenheit zum Krieg geben würde« vorausgesetzt. Ganz in diesen Hertzbergischen Bahnen hat sich 1915 mit der Veröffentlichung der gefundenen belgischen Vorkriegsakten die deutsche Reichsleitung bewegt. Die Baseler Pläne jener französischen Kreise waren an sich, wenn auch rein defensiv, so »skrupellos«, um Schlieffens eigenes Urteil über sein Durchmarschprojekt zu gebrauchen, wie die des Preußischen Großen

²) Siehe Heider Die Kampagne im Sundgau 1914, 2 Teile (Karlsruhe 1927-1928/).

Generalstabs von 1896. Aber der praktische Unterschied, daß diese Pläne nicht wie die deutschen ausgeführt wurden, ist nicht wegzudisputieren. Kein Kriminalist der Welt wird einen fallengelassenen Plan einem ausgeführten gleichstellen. Aber dank der französischen Offenheit ist doch der Beweis erbracht, daß auch in der Demokratie über den Kopf der Volksvertretung, ja der überwiegenden Mehrzahl der Regierungsmitglieder, hinweg militärische Pläne ausgeheckt werden können, deren Tragweite nicht abzusehen ist.

Wenn man heute die von den ehemaligen Kriegsgegnern aus der deutschen Neutralitätsverletzung gezogenen Konsequenzen ausgelöscht haben will, so versteht es sich von selbst, daß jenes primäre Unrecht an Belgien ohne Umschweife allgemein von uns als solches anerkannt, und daß mit Sicherstellung von demokratische Kontrolle insbesondere der Außenpolitik und Wehrpolitik verbürgenden Regierungsmethoden die notwendigen Folgerungen von uns gezogen werden. Wir müssen uns in der Frage der Neutralitätsverletzung von 1914 zu der Einsicht emporarbeiten, daß nicht einmal militärische Gründe, ja gerade sie am allerwenigsten, zur objektiven Entlastung herangezogen werden können. Man mag zugeben, daß 1914 selbst eine jähe Umstellung des fast in 2 Jahrzehnten ausgearbeiteten fehlerhaften Kriegsplans schwere Bedenken gehabt hätte. Der Ausgangsentschluß von 1896 jedoch, dann das hartnäckige Festhalten an ihm, bis es im August 1914 anders kaum mehr ging, war der Kern alles Übels und verhängnisvoll für die deutsche Sache.

HEINRICH PEUS · DEUTSCHLAND UND FRANKREICH

SEIT mehr als 1000 Jahren, sagt man, stehen Deutschland und Frankreich sich feindlich gegenüber, und viele meinen, das werde und müsse so bleiben; die beiden Völker seien nun einmal so sehr Rivalen im Kampf ums Dasein in Mitteleuropa, daß sie dauernd mit einander kämpfen müßten. Der Schluß ist falsch. Was war, braucht nicht zu bleiben. Man muß im Gegenteil sagen: Die Zukunft kann angesichts des Wandels der Verkehrs- und Mitteilungsverhältnisse und der davon wesentlich beeinflussten Wirtschaft unmöglich bleiben wie sie war.

Nie hat die Menschheit solche Umwälzung aller bisherigen Zustände erlebt wie in unserer Zeit. Als die Eisenbahn vor noch nicht 100 Jahren den Verkehr unter den Völkern gewaltig veränderte, als das Dampfschiff an die Stelle des Seglers trat, da kam es zu jener Revolutionierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die sich im 19. Jahrhundert vollzog. Da muß jedermann klar sein, daß Telephon, Radio, Automobil und Flugzeug noch eine ganz andere Revolution hervorrufen müssen. Dazu kommt noch die ungeheure Entwicklung der Presse, die sich im letzten halben Jahrhundert vollzogen hat, vornehmlich an Setzmaschine und Rotationsmaschine anknüpft und noch nicht entfernt abgeschlossen ist. Und auch der Kinetograph, dem sich in naher Zukunft vermutlich noch der Fernseher zugesellen wird, erzeugt eine nie geahnte Vergemeinschaftlichung des geistigen Lebens der bisher getrennt lebenden Völker. Ich bin auch fest überzeugt, daß in ganz absehbarer Zeit das bis heute nur erst wenigen als lösbar oder gar als schon gelöst erscheinende Problem einer gemeinsamen Hilfssprache für die ganze Kulturmenschheit seiner endgültigen Lösung entgegengedrängt

werden wird. Wenn nun aber so nach all diesen Veränderungen eine ganz unübersehbare Weltumwälzung sicher zu erwarten ist, muß es geradezu einfüßig erscheinen zu meinen, es könne zwischen Deutschland und Frankreich so bleiben wie es war und von Oberlehrerhirnen als unabänderlich angesehen wird. Das deutsche Volk einschließlich der Österreicher fühlt sich heute als ein in ewigem Frieden lebendes Volk, obwohl bis vor 62 Jahren Teile des deutschen Volkes sich dauernd kriegerisch gegenübergestanden haben. Und so wird es auch zum ewigen Frieden zwischen den Völkern des ganzen europäischen Kontinents kommen, weil er absolut notwendig wird.

Nun wendet wohl dieser oder jener ein: Das mag für eine heute noch sehr fernliegende Zukunft gelten, nicht aber für die uns Lebende eigentlich allein wahrhaft interessierende unmittelbar bevorstehende Zeit. Zugegeben, daß uns Lebenden vor allem daran gelegen ist, was sich in unmittelbarer Zukunft als möglich erweist, so wäre also die Frage, ob wir Deutsche unmittelbar mit Frankreich ins reine kommen, ob wir mit den Franzosen gut Freund werden können. Das ist für den Frieden ganz Europas von entscheidender Bedeutung. Wenn Frankreich und Deutschland einig sind, dann werden ohne weiteres die Belgier, Holländer, Dänen, Schweden und Norweger, aber auch die Völker der Kleinen Entente in diesen Frieden miteingeschlossen sein. Ebenso ist nicht abzusehen, warum die Ungarn einer solchen Völkergruppe nicht freundlich gegenüberstehen sollten. Und auch Italien kann und wird nicht abseits eines solchen Bundes der Kontinentalvölker stehen; mag seine augenblickliche Politik auch noch so wenig europafreundlich scheinen, sie geht doch nur darauf aus sich innerhalb des sich zusammenschließenden Europas eine möglichst große Position zu sichern. Man denke, wie groß diese dann so befriedete Fläche Europas schon ist. Wenn aber solch ein Ziel winkt, dann hat man natürlich den allerstärksten Anlaß mit aller Kraft dahin zu wirken. Alles, aber auch alles muß getan werden, um zum verbürgten dauernden Frieden zwischen Deutschland und Frankreich zu kommen.

Wir können auch sicher sein, daß die gewaltige Mehrheit beider Völker diesen Frieden will. Käme nur das ganze Volk hüben und drüben zu Wort. Leider müssen wir sagen, daß die Äußerungen, die aus beiden Völkern durch die Zeitungen und Journale an die Öffentlichkeit gebracht werden, durchweg vom Gruppeninteresse ausgesucht werden. So kann man freilich auch sagen, daß die Stimmen, die ich letzten Sommer auf meiner Reise durch Frankreich über Epernay, Reims, Verdun, Paris, Laon, Boulogne gehört habe, Parteistimmen seien. Ich kann das gar nicht bestreiten, denn die Kreise, mit denen ich auf meiner Reise zusammenkam, waren Sozialdemokraten, Weltsprachler und Pazifisten. Das aber darf ich sagen, daß ich auf der ganzen Reise und bei denen, deren Parteifarbe mir völlig unbekannt geblieben ist, wie Geschäftsleuten, Gastwirten und dergleichen, nie auch nur die geringste Animosität gegen mich als Deutschen gemerkt habe; ich hatte im Gegenteil mehrfach den Eindruck, daß man, wenn ich mich als Deutschen zu erkennen gab, ganz besonders höflich gegen mich war. Eine andere Erfahrung machte ich freilich in Belgien. In Brüssel besuchte ich einen alten Freund, einen Finanzbeamten, der selber einen durchaus französischen Namen hat, dessen Frau aber eine Deutsche aus dem Schwarzwald ist. Beide waren sehr freundlich gegen mich, so unbefangen wie vor dem Krieg. Aber als ich der Frau die Hand geben wollte, bat sie um Entschuldigung, aber es sei ihr nach den

Vorkommnissen im Krieg unmöglich je einem Deutschen wieder die Hand zu geben; sie habe es sich geschworen angesichts der Schandtaten und Greuel, die Deutsche in ihrem Land verübt hätten, nie wieder einem Deutschen die Hand zu reichen. Sie führte denn auch einige von ihr selber erlebte Schändlichkeiten an, die ihr zu ihrem Schwur Veranlassung gaben. Ich sagte ihr, man müsse solche Dinge, deren die Menschheit sich ganz gewiß zu schämen habe, aus den Verhältnissen und Stimmungen des Krieges erklären, wenn man sie deshalb auch nicht zu entschuldigen brauche. Ihr Gatte war denn auch viel milder gestimmt; auch er meinte, was in der Raserei des Krieges geschehe, könne man nicht als normalen Ausdruck der Seele der Menschen ansehen. Ein ähnliches Erlebnis wie dies in Brüssel habe ich aber auf der ganzen Reise durch Frankreich nicht wieder gehabt. Ich habe nie versucht es geheimzuhalten, daß ich Deutscher sei, und nie ist mir das Geringste begegnet, das einen Haß oder auch nur eine Aversion gegen mich als Deutschen hätte in die Erscheinung treten lassen.

Ich habe die feste Überzeugung gewonnen, daß, wenn die Deutschen und die Franzosen aus der Erkenntnis der geschichtlichen Notwendigkeit heraus grundsätzlich und systematisch eine freundliche Gesinnung gegen einander betätigen, beide im besten Frieden mit einander leben und Europa den Frieden geben können. Der hinter uns liegende furchtbare Krieg muß uns ja doch die Überzeugung beigebracht haben, daß jeder Krieg zwischen uns und Frankreich beiden Völkern nur den furchtbarsten Schaden zufügen kann, daß es direkt Wahnsinn ist eine Kriegsmöglichkeit auch nur irgendwie ins Auge zu fassen. Insbesondere möchte ich betonen, daß es mir dringlich notwendig erscheint, wo es sich um das Verhältnis der Völker zu einander handelt, allem fatalistischen Denken zu entsagen. Hier gilt es wirklich bewußte Lebens- und Gestaltungskunst an den Tag zu legen.

Dazu gehört auch unter anderm Klarheit über das Problem der Verschiedenheiten der Völkersprachen. Die Staaten müssen begreifen, daß die nationalen Sprachen Gebilde der natürlichen Entwicklung der Völker sind, und daß es elementares Recht jedes Menschen ist die Sprache zu sprechen, die er will, daß es der gänzlich freien Entwicklung überlassen werden muß, welche Sprache die Menschen sprechen wollen. Es ist zuzugeben, daß es in einem Staat eine Staatssprache geben muß, aber auch diese darf nur für die Zwecke gefordert werden, die das staatliche Bedürfnis erheischt. Immer aber muß die persönliche Sprachfreiheit als höchstes Gut gelten. Fällt so der Götzendienst mit der Staatssprache fort, so wird auch das Vorurteil gegen eine neutrale Sprache zwischen den verschiedensprachigen Völkern ganz gewaltig schwinden, die Völker werden einander viel unbefangener gegenüberstehen.

Hüben wie drüben, in Deutschland und Frankreich, will die Arbeiterklasse, will auch ein bedeutender Teil des Bürgertums den Frieden, den unverbrüchlichen ewigen Frieden zwischen beiden Völkern. Es kommt nur darauf an, daß sich in beiden Völkern die Mehrheit auch in der politischen Macht zur Geltung bringe. Wiederholt hörte ich in Frankreich über die Presse schelten, die die Völker gegen einander hetze. Soll die Verständigungsbereitschaft zur herrschenden Volksstimmung werden, so müssen vor allen Dingen die Sozialisten auch den letzten Rest von Neigung zu politischer Abstinenz von sich abstreifen. 1904 kämpfte Bebel nach seinem Sieg auf dem Dresdener Parteitag des Jahres 1903 auf dem Amsterdamer Kongreß gegen Jaurès, der

sich für die Beteiligung an der französischen Regierung einsetzte und bekanntlich Bebel gegenüber erlag. 10 Jahre später, 1914, mußte Jaurès, der das Verhängnis des Krieges abwenden wollte, mit dem Tod die Unreife der Entwicklung büßen. Wie es anders hätte kommen können, wenn in Deutschland wie in Frankreich die Sozialdemokratie sich schon in höherem Grad verantwortlich gemacht hätte, wer kann es sagen?

Nach der furchtbaren Erfahrung mit dem Weltkrieg haben die Sozialisten in Frankreich wie in Deutschland allen Anlaß zur Macht zu streben, um ihre Verständigungspolitik wirklich zu machen. Die deutsche Sozialdemokratie muß sich dessen bewußt sein, wie groß ihre Verpflichtung ist durch größte Aktivität in dem Staat, der zwar noch nicht ihr Staat ist, aber es doch werden soll, dafür zu sorgen, daß endlich nach 1000jährigem Kampf zwischen Deutschland und Frankreich ein ehrlicher Friede zustandekomme, und so das Fundament für den Vereinigten Europäischen Kontinent gelegt werde.

ANNA SIEMSEN · DICHTUNG ALS PRIMITIVE LEBENSÄUSSERUNG

BERICHTE über Taubstumme stimmen darin überein, daß diese, auch wenn sie gelernt hatten sich durch die Fingersprache zu verständigen, Töne hervorbrachten, die keinem Mitteilungsbedürfnis dienten sondern nur dem Ausdruck ihrer Gefühle. Es kam vor, daß sie bestimmte Töne und zusammengesetzte Lautgebilde hatten, um Personen, die ihnen lieb waren, zu bezeichnen, und diese Kosenamen in lebhafter Erregung, auch wenn sie allein waren, riefen, während ihnen für den Umgang die anderen Namen geläufig waren. Es scheint, daß allgemein das Erlernen der Lautsprache diese Affektsprache verdrängt. Wir können ähnliches bei kleinen Kindern beobachten, die ihre Lallsprache, das "Dalen" und "Küren", zum Ausdruck ihrer behaglichen und unbehaglichen Gefühle verwenden, wobei das Mitteilungsbedürfnis nur nachträglich, auf Grund der Erfahrung, und in einer Nebenfunktion hinzutritt. Lebhaftere Völker und lebhaftere Individuen behalten das starke Ausdrucksbedürfnis. Laute und leise Monologe, Gefühlsausbrüche aller Art gehören hierher. Sie sind Entladungen, unmittelbare Reaktion auf Reize und erfolgen ebenso leicht und häufig durch Bewegungen, also mimisch, wie durch die Sprache.

Selbstverständlich ist die Sprache als Ausdrucksbewegung nicht auf den Menschen beschränkt. Wir finden sie im Tierreich weit verbreitet. Aber ebenso wie bei den Menschen ist es nicht leicht Gefühlsausdruck und Mitteilung zu unterscheiden. In vielen, ja in den meisten Fällen geht beides in einander über. So durchaus beim Werben der Tiere. Die singende Nachtigall ebenso wie der balzende Auerhahn und der röhrende Hirsch bringen sehr heftige Leidenschaften zum Ausdruck, ihr Gefühlsausbruch hat aber zugleich den Zweck die begehrte Gefährtin herbeizulocken. Und auch die Werbetänze der Tiere sind wohl gleichermaßen oder gar überwiegend Mitteilungen in der Form von Gefühlsentladungen. Daneben aber stehen reine Gefühlsreaktionen beim Schreckens- und Schmerzruf der Tiere, der nicht zugleich Warnruf ist und das gefährdete Wesen sogar dem Feind ausliefert, beim Klagegeheul der Hunde, beim Singen der Vögel in Zeiten, wo sie nicht brünstig sind, Werbeabsichten also damit nicht verbunden sind.

Ohne daß man irgendwie in das Gebiet eindringt, läßt sich sagen, daß auch die Tiersprache den Doppelcharakter zeigt: einerseits der gesellschaftlichen Mitteilung zu dienen, andererseits dem reinen Ausdruck der Gefühle. Tiere ohne jedes gesellschaftliche Leben sind wohl in der Regel auch stimmlos. Beim Menschen ist dieser Doppelcharakter besonders stark ausgeprägt. Entsprechend der überwiegenden Bedeutung, die das gesellschaftliche Leben für ihn besitzt, entwickelt sich die Sprache allerdings vorwiegend als Werkzeug sozialer Verständigung, aber niemals verliert sie dabei ihren Charakter als Affektträger. Sprache als Ausdrucksbewegung zeigt nun aber, wo immer sie auftritt, die Neigung zur Rhythmik. Vielmehr: Die rhythmische Gliederung ist jederzeit ein wesentliches Element der Ausdrucksfähigkeit. Schon beim Säugling hängt der beruhigt behagliche, ärgerliche, klagende oder freudig erregte Charakter seines Lallens nicht vom einzelnen Laut und nicht vorzugsweise von dessen Stärke sondern vom Rhythmus der Lautreihen ab. Beim entwickelten Menschen drücken sich Zorn und Liebe, Klage und Freude vor allem durch veränderten Tonfall, veränderte Rhythmik, hohe oder tiefe Tonlage, Kadenzierung, Gliederung durch Pausen und Wiederholungen aus. Das unterscheidet die affektvolle Rede vom gewöhnlichen Sprechen und nähert sie, je reiner ihr Affektcharakter hervortritt, um so stärker und unverkennbarer dem Gesang. Mit anderen Worten: Noch bei uns ist jede affektbetonte Rede in dem Maß Poesie, wie sie den Affekt zum reinen Ausdruck bringt, Formen findet, die den Affekt wirklich versinnlichen.

Ernst Grosse berichtet von dem Engländer Grey, der es erlebte, daß der ihn begleitende Australneger Angst und Bekümmernis eine ganze Nacht hindurch in einem einsamen Gesang entlud.¹ Aber weit häufiger dient doch das improvisierte Lied der Schaffung einer geselligen Gemeinschaftsstimmung. Mag der Dichter, der aus der Gesellschaft hervortritt, nun Freude über Jagdglück, Willkomm an anwesende Gäste oder irgendein anderes Gefühl aussprechen, das die Gefährten gerade bewegt, er erscheint durchweg als ihr Sprecher und Organ, und die beabsichtigte Wirkung ist die Festigung und Vertiefung der allen gemeinsamen Stimmung. Knud Rasmussen bringt in seinen Grönland- und Thulebüchern wundervolle Beispiele für diesen Vorgang. Selbst dann, wenn ein individuelles Gefühl von dem improvisierenden Dichter ausgesprochen wird, tritt diese Richtung auf die Gemeinschaft und mit ihr die starke gemeinschaftsbildende Wirkung deutlich hervor. Wir finden, wo Gefühlsausdruck ist, allgemein das Bedürfnis dieses Gefühl auf andere zu übertragen, und da Gefühlsübertragung Gefühlsausbruch hervorruft, so wird der einzelne Sänger zum Vorsänger und Chorführer.

Rhythmische Sprache, die sich zum Gesang erhebt, ist Ausdrucksbewegung, und natürlicherweise nicht isolierte Ausdrucksbewegung, die den übrigen Körper untätig läßt, sondern Erreger und Begleiter des Tanzes oder mimischer Darstellung. Wir finden all dieses: Gesang, Tanz, Mimik, ursprünglich verbunden. In den Fällen, wo Musikinstrumente die Rolle des Affekterregers und Tanzbegleiters übernehmen, sind sie durchaus auswechselbar mit der menschlichen Stimme. Jede "volksmäßige", das heißt nicht berufsmäßig isolierte Kunst bietet uns überraschende Beweise dafür. Rhythmischer,

1) Siehe Grosse Die Anfänge der Kunst /Freiburg 1894/ Seite 236: Grey hatte verbotene, "tabuierte" Muscheln gegessen. Der entsetzte Eingeborene sang darauf die ganze Nacht:

•O warum aß er doch die Muscheln!
Nun braun die Zauberer Blitz und Donner.
O warum aß er doch die Muschel!

geordneter Affekt, der Gesang und Bewegung verbindet, führt in der Regel zur Gliederung von Massenbewegung. Wir kennen kein Volk, dem diese Tänze, Tanzlieder und Tanzmusik fehlten, überall entwickeln die Tanzfeste eine starke gemeinschaftsbildende Kunst, und je nach der kulturellen Entwicklung spiegeln sie das Leben der Gemeinschaft wider, mögen sie nun bei den Australnegern den Geschlechtsvorgang symbolisieren, mögen sie in den Maskentänzen der Sudanesen religiöse und Kastengeheimnisse darstellen, mögen sie im oberbayrischen Schuhplattler primitives Werben, Eifersucht und Rauflust darstellen oder in den wundervollen und äußerst geformten Pantomimen der Javaner Heldensage und Göttermynthen gestalten.

Was uns an dieser allgemeinen Erscheinung angeht, ist die Tatsache, daß geformte und gestaltete Ausdrucksbewegung, die zugleich sprachlichen und musikalischen Ausdruck findet, allgemeinmenschliches Bedürfnis und allgemeinmenschliche Fähigkeit ist, und daß sie überall von der Gemeinschaft für die Gemeinschaft geübt wird und eine große gemeinschaftsbildende Kraft beweist. Damit stellen wir aber fest, daß dichterisches Bedürfnis und dichterische Fähigkeit nicht Sondermerkmale weniger Menschen sondern von menschlichem Leben und menschlicher Gesellschaft überhaupt nicht zu trennen sind.

Wir müssen nur eine Voraussetzung fallen lassen, die wir gern bei dichterischer Begabung machen: die der Originalität. Auf diese wird ursprünglich überhaupt kein Gewicht gelegt. Was gesucht wird, ist angemessener und hinreichend starker Ausdruck eines Gefühls, anschauliche Gestaltung einer Situation. Wenn das mit bekannten Worten, vertrauten Rhythmen und Gesten geschieht, so ist das nicht ein Nachteil sondern ein Vorzug, denn das Vertraute ist ein besserer Gefühlsvermittler. Gewohnheit erleichtert die Wiederholung einer Bewegung, die Wiederholung eines Affekts. Es wird also nicht der Finder neuer Dinge sondern der gesucht, der Bekanntes am vollkommensten wiederholt und darstellt; und diese vollendeten Techniker, die eine gegebene Überlieferung am besten beherrschen, dürften überall in der Volkskunst und Volkspoesie, überall da, wo Dichtung noch Angelegenheit einer Gemeinschaft ist, den Originalgenies vorgezogen sein. Es sei denn, daß das Neue mit der durchschlagenden Kraft einer großen und hinreißenden Leidenschaft auftrat, also revolutionierte. Fehlte diese Kraft, so blieb neuer Stoff sowohl wie neue Form etwas Unerwünschtes, das störend empfunden wurde und abseits blieb. Daher die ungeheure Traditionstreue und -festigkeit aller Volksdichtung, die in Form, Melodie und Wort ganze Kulturepochen, ja die Sprache selbst überdauern kann, so daß jede in sich geschlossene Kulturgruppe älteste Lieder kennt, die gar nicht mehr verstanden werden und verständlich sind und trotzdem zum allgemeinen Volksbesitz zählen.

Das erklärt sich übrigens aus der Tatsache, daß von vornherein in der Dichtung, die Ausdruck eines Gefühls, Gestaltung einer Stimmung oder einer gefühlsbestimmten Situation ist, nicht der verstandesmäßig faßbare Sinn der Worte, sondern der vom Gefühl geforderte Rhythmus wesentlich ist. Primitive Völker sehen keine Bedenken darin Worte zu verstümmeln, zu dehnen oder gänzlich umzuformen, Sätze so zu verstellen und zu verzerren, daß der Liedertext direkter Interpretation bedarf, und die Verbreitung und Beliebtheit eines Liedes hängt von seiner Verständlichkeit durchaus nicht ab. Diese Erscheinung trifft zusammen mit der uns allen aus eigener Kindheit oder aus der Beobachtung fremder Kinder geläufigen Gleichgültigkeit der Kinder

gegen den Sinn der von ihnen gesungenen und gelernten Lieder. Die Zähigkeit, mit der sie an verstümmelten Worten festhalten, die Abneigung, die sie gegen Erklärungen und Verbesserungen zeigen, beweisen zur Genüge, daß ihnen Klang und Rhythmus, durch die Gefühl und Phantasie erregt werden, wichtiger sind als der Sinn der Worte. Ja in nicht wenigen Fällen wird das Sinnlose an sich bevorzugt, weil es der Phantasie freien Spielraum läßt.² Unsere Geisteshaltung, die Klarheit und sinnvollen Zusammenhang fordert und davon die Wertung der Dichtung abhängig macht, ist also nicht ursprünglich. Sie wird übrigens durch die Wirkung jedes guten lyrischen Gedichts der Verkehrtheit überführt, bei dem wir nie zuerst den sinnvollen Zusammenhang sondern stets den Rhythmus und den von ihm getragenen Gefühlskomplex erfassen. Das ist sogar bei unserer modernen, künstlich überintellektualisierten Stellung so stark der Fall, daß zum Beispiel die Wirkung von Swinburnes und Kiplings besten Versen durchaus unabhängig davon ist, ob der Hörer Englisch versteht. Für Hölderlins und Goethes beste und reinste Lyrik möchte ich das selbe annehmen.³

Müssen wir das Vorwiegen des Formalen und die dadurch bedingte Überlieferungsfestigkeit neben dem starken Gemeinschaftscharakter ursprünglicher Poesie als einen zweiten Wesenszug feststellen, so erscheint als ein dritter die ungemein starke Verbundenheit dieser Poesie mit dem wirklichen Leben und seinen Ereignissen. Mit wenigen Ausnahmen sind diese Lieder Lieder des Alltags. Das ist natürlich. Ausdruck einer Gemeinschaft kann nur das werden, was der ganzen Gemeinschaft Erlebnis ist. Das aber ist das immer Wiederkehrende: Geburt und Tod, Not und Überfluß, Arbeit und Festfreude, Liebe und Streit und die wenigen Ausnahmeereignisse, die auf alle sehr starke Wirkung taten, also vor allem Kriege, Niederlagen, Siege und große Feiern. Das umschreibt den Kreis volksmäßiger Dichtung von der Urzeit bis in unsere Tage. Und die starke Verwandtschaft, die wir zwischen den Liedern der Primitiven und den knappen Resten unserer Volksdichtung finden, erklärt sich daraus. Dabei denke ich weniger an die heute künstlich neubelebten alten Volkslieder, die natürlich nicht beweiskräftig sind, oder an vielgespielte sogenannte Schlager, sondern an das, was sich zum Beispiel während des Krieges bildete und viel gesungen wurde, und an das Arbeitslied, das nach Karl Büchers musterhafter Untersuchung sehr im Mittelpunkt des Interesses steht.⁴ Als sehr weit verbreiteter und entsprechend der Mannigfaltigkeit menschlicher Arbeit besonders reich entwickelter Typus bietet es für die wesentlichen Züge volksmäßiger Kunst besonders viele und schöne Beispiele: den Gemeinschaftscharakter, das Vorwiegen des rhythmischen Elements, die Traditionszähigkeit, die Gleichgültigkeit gegen den Inhalt, vor allem aber für das Bedürfnis des Menschen nach eigenem (nicht originellem) Ausdruck und die Fähigkeit in der dichterischen und musikalischen Gestaltung sich nach Führer und Masse, Vorsänger und Chor zu gliedern.

2) Wir sangen als Kinder ein Reigenlied: »Majam, Majam, wir hören zu.« Es wurde uns bedeutet, daß es lauten müsse: »O Jammer, Jammer, höret zu!« Darüber waren wir ebenso enttäuscht wie entrüstet, und wir hielten an der alten Fassung fest.

3) Wie gleichgültig die volksmäßige Überlieferung gegenüber dem Sinn eines Liedes ist, dafür gibt Boccaccio in seinem Decamerone ein hübsches Beispiel: In der bekannten Novelle vom Basilikumtopf wird zum Schluß ein Volkslied zitiert, und die Damen sind erfreut nun endlich zu erfahren, was die Verwe bedeuten, die sie so häufig gesungen haben. Das bekannte "Zersingen" unserer volksmäßigen Lieder führt oft auf den gleichen Vorgang: daß man Rhythmus und Klang übernimmt unter Gleichgültigkeit gegen den Sinn.

4) Siehe *Bücher Arbeit und Rhythmus* /Leipzig 1924/.

Endlich ist noch auf die einzige Erscheinung hinzuweisen, die im Kulturkreis unseres heutigen Deutschlands volksmäßigen Gefühlsausdruck durch Dichtung zeigt: die bayrischen Schnadahüpfel. Wir finden hier den geselligen Charakter, die musikalisch rhythmische Gebundenheit, die starke Überlieferung, und haben die Möglichkeit zu beobachten, wie eine solche zur Gewohnheit gewordene gesellschaftliche Dichtung nicht sonderlich begabte Durchschnittsmenschen trägt, dem hervorragend Begabten den sichern Ausgang bietet, von wo er zu Leistungen kommt, die sonst kaum erreichbar wären. Wir können beobachten, wie Überlieferungsfestigkeit und persönlicher Ausdruck durchaus vereinbar sind, und wir erhalten so trotz der Enge und Verkümmernng dieser Dichtungsgattung die Möglichkeit auch mit ihr die erste Tatsache zu beweisen, daß Dichtung allgemeinemenschliches Bedürfnis und allgemeinemenschliche Fähigkeit ist, deren gradweise Abstufung keine "normalen" Menschen ausschließt, keinen "hochbegabten" außerhalb der übrigen Menschheit stellt, daß das natürliche Verhältnis der Gliederung in dichtend Führende und Geführte erst durch eine spätere Entwicklung gestört ist und heute noch in natürlichen Verhältnissen und bei Kindern hervortritt.

»Als Adam grub und Eva spann«, da war das Dichten nicht Beruf sondern allgemeinemenschliche Berufung, wie der Tanz, die Musik und die bildenden Künste. Es sind sehr komplizierte gesellschaftliche Vorgänge, die das Massenlied und den Massentanz aus ihrer ursprünglichen wichtigen Funktion verdrängen, die den Dichter, der ursprünglich nur improvisierender oder die Überlieferung weitergebender Interpret und Sprecher, Führer der Masse war, in eine isolierte Klassen- oder Berufsstellung drängen und so nach und nach Dichter und Laien mehr und mehr von einander trennen, bis das "Volk" völlig verstummt und schließlich nicht einmal ein passives Verständnis für die reichsten und reinsten Gefühlsäußerungen der Zeit behält, während auf der andern Seite der Dichter in eine immer vollständigere Isoliertheit gedrängt wird, damit einen sehr hohen Preis zahlend für die Ausnahmestellung als genial Begabter, die ihm das Herkommen allmählich einräumt.

Erst in der Massenbewegung der Arbeiterklasse sind neuerdings Ansätze zu finden für eine Neubelebung von Rezitation, Lied, Gesang und Tanz in ihrem ursprünglichen Sinn; als Ausdruck eines von allen gemeinsam gefühlten und deshalb auch nach Gemeinsamkeit drängenden Erlebens.

ERNST ALFRED SCHEER · DAS BROT



ICH bin das Gold aus tausend Ähren.
 Mich liebten Regen, Sonne, Wind und Gott.
 Ihr eßt in mir den Leib des Herrn
 Und seinen Geist und seine Not.
 Ich bin das Brot,

Das Herz der Erde lebt in mir.
 Und wo ich weile, blüht die Heimat still, ein sanftes Rot.
 Ich bin der Menschheit Händereichen,
 Ihr Glück und ihre Not.
 Ich bin das Brot,

HILTGART VIELHABER · HENRIK IBSEN ZUM 100. GEBURTSTAG



ZOLA, Tolstoj und Ibsen: diese 3 Dichter sind es, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts Europa beherrschen. Sie entstammen verschiedenem Volkstum und wirken besonders stark wieder auf den Süden, Westen und Norden Europas zurück. Alle 3 sind revolutionär. Emile Zola, der Sohn des Italieners und der Provenzalin, hat das lebendige Pathos jener Gegend. Sein Kampf geht um Recht und Wahrheit und wendet sich besonders gegen die sozialen Mißstände, die sich unter dem Dritten Kaiserreich entwickelt hatten. Später neigt er sich immer mehr dem arbeitenden Volk zu. Der Arbeiter an sich wird für ihn der wertvollere Mensch. In *Travail*, nicht lange vor seinem plötzlichen Tod, schildert er dann das Idealbild der kommunistischen Siedlung nach Fouriers Prinzipien. Das Kirchlich-Religiöse scheidet bei ihm gänzlich aus, der Gesinnung Frankreichs damals entsprechend. Sein Ethos findet im eigenen und in dem von seinen Mitbürgern geforderten Opfermut Befriedigung. Der mystische Einschlag, der in jedem Dichter vorhanden ist, treibt Zola zur mächtigen Symbolisierung all der Potenzen, die für das Leben des modernen Menschen entscheidend sind. Im Gegensatz zu ihm wurzelt Leo Tolstoj tief im religiösen Ugrund des russischen Volkes. Schuldgefühl und Bedürfnis zu sühnen treiben ihn zum Armen und Enterbten, als der ihm der russische Landarbeiter gilt, und machen ihn dann zum Verfechter seiner Rechte. Tolstoj ist weniger pathetisch als Zola. Aber schwerblütig und erbarmungslos mit sich selbst. Seine Symbolik ist leichter, schwebend, zum Beispiel in den Novellen um Sebastopol und den Drei Toden, seine Kunst unvergleichlich. Bei Henrik Ibsen erklärt die Mischung von deutschen, dänischen und schottischen Vorfahren die große Differenziertheit, die ungeheure Ausweitung seines intellektuellen und intuitiven Verstandes.

Ibsen, der jetzt am 20. März 100 Jahre werden würde, wird revolutionär, weil ihn die Enge der norwegischen Verhältnisse fast erdrückt, in der alles Starke, Neue, Eigenwüchsige verdächtigt und als unbequem übergangen wird.¹ Naturgemäß begeistert sich der junge Ibsen für die Arbeiterbewegung. Sie ist das einzige, was vorläufig für ihn in die Zukunft weist. Daneben ist er aber auch nationalrevolutionär. Norwegens Unabhängigkeit von der politischen Vormundschaft Schwedens, von der literarischen Dänemarks, war das Kampfziel der fünfziger Jahre. Die Berufung Ibsens an die Nationalbühne in Bergen vertieft noch dieses Interesse in ihm. Er studiert Sage und Vergangenheit seines Volkes, und die erste Periode seines Schaffens steht ganz unter diesem Einfluß. Die Werke, die jetzt entstehen, sind gute Bühnenstücke mit Verkettungen und Komplikationen im alten Stil. Selten nur deutet eine Wendung, wie Hjørdis' Gespräch mit Sigurd in der Nordischen Heerfahrt, auf den spätern Ibsen hin. Der innere Zwang, der vielleicht sogar kaum bewußt ist, war zu groß, um die freie Entfaltung seiner Kraft zu gewähren. Ein Übergangsstück sind die Kronprätendenten. Das Verhältnis Hakons zum Jarl Skule, die Entsühnung Skules durch den freiwilligen Tod lassen an Späteres, ja an die damals unerhörte Kunst der spätesten Dramen denken. Und einmal öffnet Jatgejr der Skalde die Pforten zu dem tiefen Geheimnis des Dichters selbst. Die Kronprätendenten entstanden in Kristiania, wo

1) Siehe *Eltoner* Der junge Ibsen, in den Sozialistischen Monatsheften 1903 I Seite 47 und folgende.

Ibsen von Bergen aus an das Theater berufen war. Im Jahr 1864 erhält er ein Stipendium für Italien. Nun, wo er der Heimat fern ist, nicht mehr beengt durch das umgrenzt Nationale, brechen lange unterdrückter Groll, Sehnsucht und Wille zur Befreiung in 2 gewaltigen Werken ans Licht: in *Brand* und *Peer Gynt*. Ibsens Elternhaus war kirchenfromm und bibelgläubig gewesen. Aber in die ersten Zeiten selbständigen Denkens war der Kampf Kierkegaards gegen die Staatskirche Dänemarks gefallen. Wer überhaupt revolutionär ist und den Kampf liebt, ehrt den Kämpfer auch im andern Lager; denn er allein kann den Ingrim und die Inbrunst des andern begreifen. So war es bei Ibsen mit Kierkegaard. Was dieser wollte, ging weit über das landläufige Christentum hinaus. Aber er wollte (für oder wider) Wahrhaftigkeit und reines Gewissen gegen sich selbst. Da Kierkegaard sich in dem Kampf verzehrte, war es kein Wunder, daß Ibsen seinen *Brand* gleichsam zu einer Apotheose dieses Lebens schuf. Der Wille zu sich selbst, die unbeirrbar Treue ohne Kompromisse, das trieb Ibsen dann zu *Peer Gynt*, der nun gleichfalls ein Weltanschauungsdrama wurde. Allein welche Fülle poetischer Szenen in diesem Drama, in dem die Trolle, die später ganz ins Geistige verlegt wurden, ihr naturhaft beängstigendes Wesen treiben! Aases Tod, Solvejgs harrende Liebe, sie enthüllen eine Zärtlichkeit der Empfindung, wie wir sie nur ganz selten bei Ibsen treffen. Nachdem dieser Tribut an die Vergangenheit gezahlt ist, sammelt Ibsen Stoff zu dem, was, wie Ria Claaßen es hier nannte, sein »großartigstes, gedankentiefstes Werk« werden sollte: *Kaiser und Galiläer*.² Es ist gewiß das römische Milieu, das diesem Werk den Anstoß gab. Und doch wirkten die Weltanschauungskämpfe der Zeit ganz unmittelbar auf dieses Drama ein. Ja, sie gaben ihm den Wert, den es als Bekenntnisschrift für uns behalten wird. Wesentlich für uns bleibt die Prophezeiung des Mystikers Maximus vom Dritten Reich, das antike Schönheit mit christlicher Wahrheit vereinen soll. Sie hat tiefe Spuren in den nun folgenden Jahrzehnten hinterlassen. Sie ist der Ausgangs- und Angelpunkt vielfältigen Denkens und Sehens geworden. Sie steigt heute wieder auf als Problem für die jüngste Generation, die willentlich aufs neue zum Mystischen und zur Präponderanz des Seelischen drängt.

Als Ibsen Italien verließ, zog es ihn nicht in die Heimat zurück. Er siedelte sich zuerst in Dresden an. Das Erlebnis des antiken, dann des zu neuem Staatsleben auferstehenden Roms, Deutschlands neues Kaisertum: es bedrückte ihn, der immer mehr den Staat als das Individuum knechtende Gebilde verneinte. Dennoch interessierte ihn das werdende Neue, und er verfolgte aufmerksam die Entwicklung. Er selbst wuchs über alle Grenzen des Nationalen hinaus. »Vaterlandsliebe und dergleichen ist ein Durchgangspunkt«, schreibt er 1882 aus Rom einem deutschen Autor. Die Lektüre Stuart Mills und, wie es heißt, Amalie Skrams, sein eigenes Leben mit einer gefühlstarken Gattin trieben Ibsen der Frauenfrage zu. Die nun entstehenden Dramen haben einst seinen Weltruf begründet. Heute stellt uns das völlig veränderte Verhältnis der Geschlechter zu einander ihnen anders gegenüber. Auch in Reden und Aufsätzen kämpfte Ibsen damals leidenschaftlich für die Frau. Am 14. Juni 1885 sagt er im Drontheimer Arbeiterverein: »Ich fürchte, unsere Demokratie von heute wird diese Aufgaben nicht zu lösen vermögen. Es muß erst ein adliges Element in unser Staatsleben, in unsere Regierung, in unsere Volksvertretung und in unsere Presse kommen. Ich denke nicht

²) Siehe Claaßen *Kaiser oder Galiläer?*, in den *Sozialistischen Monatsheften* 1897 Seite 219 und folgende.

an den Geburtsadel . . . , sondern ich denke an den Adel des Charakters, an den Adel des Willens und der Gesinnung. Der allein ist es, der uns frei machen kann. Dieser Adel . . . , er wird nur von 2 Seiten kommen . . . : von unseren Frauen und von unseren Arbeitern. Die Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, die sich jetzt draußen in Europa vorbereitet, beschäftigt sich im wesentlichen mit der zukünftigen Stellung des Arbeiters und der Frau. Diese Umgestaltung ist's, die ich erhoffe und erharre, und für sie will ich wirken und werde ich wirken mein Leben lang nach besten Kräften.« Ibsen war kein geschäftiger Literat, der sich der zeitgemäßen Forderung anpaßt. Er ist der flammende, tief getroffene Mensch, der Not sieht und Hilfe schaffen will. In diesen Dramen bringt nun Ibsen seine eigene, früh gefundene Technik zur Virtuosität. In einen Kreis ungestört dahinlebender Menschen, die scheinbar ein wohliges Behagen genießen, tritt ein Fremder oder doch einer, der lange entfernt war, ein. Vergangenes, halb Vergessenes wird aufgerührt, verharschte Wunden werden aufgerissen, ungesühnte Schuld, kaum als solche bisher empfunden, kommt ans Licht. Immer ist es der Zwang der öffentlichen Meinung, der geltenden Sitten, der die Frau in sich hineingescheucht, zu Heimlichkeit, zu unfreiem Handeln gedrängt hat. Die Varianten sind groß. Als Kunstwerk bleibt Rosmersholm das reifste jener Dramen. Rebekka West, die da sagt: »Die Lebensanschauung der Rosmer adelt, aber sie tötet das Glück«, und Ulrik Brendel, dem die Ideale genommen sind, sie sind beide schon mit den Augen jener letzten Resignation geschaut, die weiß, um welchen Preis das Leben gelebt wird.

Es ist in den Sozialistischen Monatsheften von Kurt Eisner schon gezeigt worden, wie sehr Ibsens Entwicklung, der Goethes gleich, ein steiler Aufstieg zu höherer Schau und vollendeterer Kunst gewesen ist, und daß das Kunstvermögen bei dem Alternden nicht abnimmt.³ Die letzten 4 Dramen, die Ibsen schreibt, gehören zum Tiefsten, was über Menschen- und Künstlertum und von dem irren Spiel des Schicksals überhaupt gesagt werden kann. Der Dichter hatte 23 Jahre hindurch im Ausland gelebt, um die Zugehörigkeit zum Staat nicht als Belastung zu fühlen. Jetzt, 1891, sucht er die Heimat wieder auf. So fern, so ganz über das Begrenzende hinausgewachsen ist er nun, daß sie keine Hemmung und keine Schranke mehr für ihn bedeuten kann. Das Interesse für alles zeitlich Gebundene tritt zurück. Nur das überzeitliche Verhältnis vom Mann zur Frau, der ewige Eros, ist und bleibt ihm die herausfordernde Frage. Und dieser gegenüber steht jene andere: Wie weit darf der schaffende Mann das Leben der Geliebten opfern, um selbst das Höchste zu erreichen? Eins gibt es nur: die Kunst oder die Liebe.

Um Ibsen hier richtig oder auch nur annähernd verstehen zu können, müßte man, wie beim Faust, die Fragmente, ja den Plan des Stückes neben dem vollendeten lesen. Erst dann ersähe man, wie wörtlich klar oft der erste Entwurf ist, und wie sich bei jeder spätern Fassung die buchstäbliche Deutlichkeit verliert, und in Wort- und Sinnbeziehungen eine immer stärkere Symbolik aufwächst. Seltsam auch, wie Ibsen da um die Namen tastet. Wie dann aber gleich, wenn solch Name endgültig festgelegt ist, zum Beispiel Klein Eyolf, der erst Alfred hieß, wie dann daraus das Persönliche in seinem spezifischen Sein sich emporbaut. Der Plan zum Epilog ist so bildhaft gegeben, daß man bei dem Spiel Irenes mit den Kindern auf der Bergwiese an

3) Siehe *Eisner* Professor Rubekas Puppenheim, in den Sozialistischen Monatsheften 1900 Seite 24 und folgende.

Böcklin und Segantini erinnert wird. Manches wurde von dem Wortkargen unterdrückt, wie die wundervolle Stelle im Klein-Eyolf-Fragment über das »Gold des Leides und der Sehnsucht«; es hätte zu viel aus den eigenen Gründen herausgestellt. Denn das bleibt das Erschütterndste, das Kühnste bei Ibsen: sein niemals versiegender Wille zum Leid. Nicht zu kleinlichem Kummer, nicht zu der dumpfen Qual, die aus beengenden Verhältnissen, in welcher Richtung sie auch liegen mögen, herauswächst. Der große Dichter Henrik Ibsen brauchte das Leid wie Brand und wie Jatgejr der Skalde, um den Stachel des Ewigen in sich zu spüren. Und doch ist das Leid seiner letzten Gestalten erdgebunden geblieben, und die Hilfe, die einer dem andern leisten wollte in dem Kampf mit dem Schicksal, führt nur dem dunklen Tor des Todes zu. So bei Ella Rentheim mit Borkman, so bei Rubek mit Irene. Vielleicht sah Ibsen hierin noch die das Tiefste erfassende Tat der Liebe.

Solness, Allmers, Borkman und Rubek: alle sagen nun über den Dichter aus. Solness fühlt die nachdrängende Jugend und will ihr Widerstand entgegensetzen, er, der so schwer einst selbst emporgekommen ist. John Gabriel Borkman wird von den unermesslichen Schätzen seines Landes berauscht, von der ins Endlose wirkenden Möglichkeit sie auszubeuten, um Herr zu sein über die Erde, und um die Menschen glücklicher zu machen.⁴ Es ist der Dichter, den die Fülle des Lebens einst bedrängte, den sie blendete und lockte und zum Schaffen trieb. Und er ist Rubek, der Künstler, der berühmte Bildhauer, der die Menschenseele so tief erkannt hat, vielleicht so tief wie Brendel, der bar ist jedes Ideals. Rubeks Jugendwerk, die Auferstehung, wurde abgewandelt von der ersten reinen Komposition. Die edle Gestalt stand nun im Hintergrund einer Gruppe. Nun konnte er nichts mehr als Menschen porträtieren. Aber keiner scheint zu merken, wie er heimlich sich dabei vergnügt, und wie aus jedem Antlitz, jeder Büste das im Menschen verborgene Tier herausguckt. Und Allmers, der sein eigenes Werk über die Verantwortung im Stich läßt. Alle diese Männer sind unfrei und können nur mit der Illusion leben. Hinter allen lauert die dunkle Frage des Warum. Und doch rauscht im tiefen Genuß ihres Lebenwollens unendliche Schönheit vor uns auf. Solness, der mit Gott selbst auf Turmeshöhe Zwiesprache hält, daß es wie Harfenton in den Lüften klingt. Hilde, die ihr Königreich zu finden meint, nur weil sie ihm im Leben helfen soll. Borkman, dem das Erz aus den Tiefen der Berge zusingt, von dem es Erlösung fordert, dem Strom und Wasserfall von der gewaltigen Kraft erzählen, die treiben will und nutzbar werden. Und Rubek, der aus der Dumpfheit nicht erkannter und gesühnter Schuld zur Sonne empor will. Sie alle sind vom Schicksal für den Tod erkoren und halten das Leben doch als den höchsten Besitz.

Wie Hauptmann in seinem Festspiel am Schluß den Deckel über den Marionetten schließt, so hatte auch Ibsen im Epilog seinen Gestalten Lebewohl gesagt. Das Pax vobiscum gilt nicht nur für Irene und Rubek. Ibsen schrieb sein letztes Werk fieberhaft und wie in Sorge es nicht mehr zu vollenden. Bald nachher traf ihn auch der Schlag, durch den die leuchtende Flamme seines Geistes erlosch. Aber seine Werke werden durch die Geschlechter fortwirken, und jene letzten, die nur den Wissenden ihr ewiges Lied von Hoffnung, Wahn und Sterben enthüllen, führen, wie Allmers am Schluß von Klein Eyolf sagt, »zu den Gipfeln, zu den Sternen, zu der großen Stille«.

4) Siehe *Eisner Bankiersymbolismus*, in den Sozialistischen Monatsheften 1897 Seite 87 und folgende.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

Asquith † Am 15. Februar starb in London Herbert Henry Asquith. Die Kölnische Zeitung schreibt von ihm, er sei es gewesen, »der im Jahre 1914 die Mehrheit seiner Kabinettsmitglieder, darunter Lloyd George, überredete den Krieg an Deutschland zu erklären«. Ob Asquith hierzu eine besondere Überredung aufbieten mußte, ist zweifelhaft. Grey wird wohl ebensowohl für den Krieg gewesen sein wie Asquith, da beide, der Ministerpräsident und der Außenminister, die selbe gegen Deutschland orientierte Politik jahrelang verfolgt hatten. Den Posten des Premierministers nahm Asquith schon 1908 nach dem Tod Campbel-Bannermans ein. Er war ein Vertreter des britischen Neuimperialismus, der als Ziel die Gründung eines großen angelsächsischen Reichs hatte. Durch die Annexion Deutsch Ostafrikas sollte Südafrika mit Ägypten und durch Annexion weiter Gebiete des asiatischen Reichs der Türkei Ägypten mit Indien verbunden werden. Souveräne Staaten und Kronkolonien, freie Angelsachsen und abhängige, farbige Völker wollte Asquith zu einem großen britischen Staatenbund vereinigen. Der englische Geist sollte um den ganzen Erdball strömen und überall seine Wirkungen entfalten. Die neuimperialistische Gesinnung, die Asquith' auswärtige Politik beherrschte, machte ihn zu einem entschlossenen Feind des kaiserlichen Deutschlands. In den entscheidenden Tagen vor Ausbruch des Weltkriegs lehnte er ebenso wie Grey es ab durch offene Stellungnahme gegen Deutschland Wilhelm II von der Kriegserklärung an Frankreich und Rußland abzuhalten. Das neuimperialistische Ziel Englands wäre ja auch damals ohne Krieg nicht zu erreichen gewesen. Asquith und Grey hatten wohl gehofft den Sieg über Deutschland hauptsächlich mit französischen und russischen Streitkräften zu erringen. Daß England alsbald selber Millionenheere aufstellen und über den Kanal werfen mußte, machte Asquith und Grey in England unpopulär. Man warf ihm vor den Krieg diplomatisch nicht ausreichend vorbereitet zu haben. Insbesondere war man unzufrieden, daß Bulgarien sich den Mittelmächten anschloß, anstatt für Eng-

land zu fechten, und daß man Rumänien so spät in den Krieg geführt hatte. Dieser Unzufriedenheit fiel Asquith zum Opfer. 1916 zwang Lloyd George ihn zum Rücktritt. Auch nach dem Sieg blieb Lloyd George noch ein scharfer Gegner Asquith'. Bei den sogenannten Khakiwahlen bereitete er ihm und seiner Führung der Liberalen Partei mit der Parole "Der Kaiser muß gehängt werden, und Deutschland muß alle Kriegskosten bezahlen!" eine schwere Niederlage. Von diesem Schlag konnte sich Asquith nicht mehr erholen. Er trat in den politischen Ruhestand, indem er als Lord Oxford ins Oberhaus übersiedelte. Asquith, der einer einfachen Bürgerfamilie entstammte, war von Beruf Rechtsanwalt. Mit 34 Jahren zog er ins Unterhaus ein, und er blieb bis zu seinem Lebensende der Politik unentwegt treu. Er ist 76 Jahre alt geworden.

Lichnowsky † Am 27. Februar starb, 68 Jahre alt, auf seinem Schloß Kuchelna im nunmehr nach dem Krieg tschechischen Huldshiner Ländchen Karl Max Fürst Lichnowsky, der in den Jahren vor dem Krieg Botschafter in London war. Man darf annehmen, daß Lichnowsky durch seine Gesandtschaftsberichte viel dazu beigetragen hat den Glauben im auswärtigen Amt und im Großen Generalstab aufkeimen zu lassen, daß, wenn Deutschland Frankreich und Rußland den Krieg erkläre, England unter Umständen sogar neutral bleiben höchstens mit 100 000 Mann einen Scheinkrieg gegen Deutschland führen werde. Lichnowskys Werdegang ist typisch für die kaiserliche Diplomatie die unter republikanischem Firmenschild auch heute noch in der Wilhelmstraße im angelsächsischen Geist lebt und webt und von dem neuen Geist Kontinentaleuropas kaum einen Hauch verspürt hat. Karl Max Fürst Lichnowsky, Edler Herr von Woschütz, Graf zu Werdenberg, Fideikommißherr von Kuchelna, preußische Durchlaucht und Exzellenz, konnte nach Wahl eine hohe Stellung in der Armee oder Diplomatie Deutschlands oder Österreichs einnehmen. Er entschied sich für Deutschland, obwohl im Besitz der österreichischen Fürstenwürde, die dem Haus Lichnowsky 1846 verliehen worden war, wohl zum Dank dafür, daß sein Großvater ein 8bändiges Werk über das Haus Habsburg geschrieben hatte.

Lichnowsky war erst preußischer Offizier, dann Attaché der Deutschen Botschaft in London, wo er früh in Berührung mit den politischen Kreisen der englischen Welt kam. Im Jahr 1899 trat er als Legationsrat ins deutsche Auswärtige Amt ein. Hier konnte man, wie er schreibt, »zu keiner Betätigung gelangen, ohne nach den Weisungen eines Mannes, der an Wahnvorstellungen litt, schrullenhafte Erlasse mit krausen Instruktionen zu verfassen«. Da Lichnowsky sich für eine solche Betätigung zu gut dünkte, schied er 1904 aus dem Auswärtigen Amt aus und zog sich aufs Land zurück, um »die Zeit zwischen Flachs und Rüben und auf Pferden und Wiesen zu verbringen«.

Aus diesem idyllischen Dasein wurde er plötzlich von Bethmann Hollweg herausgerissen. Der neue Kanzler des Reichs, der, ebenso wie Lichnowsky, die Politik nicht mit kontinentaleuropäischen sondern nur mit angelsächsischen Augen anzusehen vermochte und im Grunde seines Herzens eine Verständigung Deutschlands nur mit England für wünschenswert hielt, betraute Lichnowsky mit der Mission eine deutsch-englische Verständigung auf wirtschaftsimperialistischer Grundlage zustande zu bringen. Deutschland sollte als Juniorpartner ins britische Weltgeschäft eintreten. (Diese Juniorpartnerschaft wurde während des Krieges auch von deutschen Sozialdemokraten als Kriegsziel ersehnt.) Lichnowsky sollte erreichen, was der deutschen Diplomatie schon einmal, während des Burenkriegs, mißglückt war, nämlich England zu bestimmen der deutschen Wirtschaft ein erweitertes Feld in Vorderasien und Afrika zuzugestehen. Bethmann Hollwegs Wünsche gingen dahin Englands Zustimmung für den Erwerb deutscher Einflußzonen in der asiatischen Türkei und den Kolonien Portugals zu erhalten.

Wie Lichnowsky sich dieser Mission zu entledigen suchte, dafür gibt seine im Krieg veröffentlichte Denkschrift recht interessante Auskünfte. Sie zeigt uns, daß Lichnowsky gar nicht daran dachte die Industriellen, Parlamentarier und Journalisten Englands für Bethmann Hollwegs Idee zu gewinnen. Ganz in den feudalen Traditionen der deutschen Diplomatie eingesponnen, sah er in der vornehmen Gesellschaft Londons den archimedischen Punkt, von dem aus die Geschicke der Welt bewegt werden. Seine Denkschrift strömt überall den Stolz auf seine "Erfolge" in der Londoner Gesellschaft aus, und fast auf

jeder Seite begegnet uns seine naive Auffassung, daß vornehmes weltmännisches Auftreten eine unbedingte Voraussetzung für die Erfolge eines Diplomaten sei. Die Denkschrift, die in breiter Weise den angeblichen Einfluß der Londoner eleganten Welt und des Hofes auf die auswärtige Politik schildert, berichtet nicht ein Wort über die fortgesetzte Deutschlandhetze der von der großen Industrie finanzierten Blätter, die während seiner diplomatischen Tätigkeit täglich 20 Millionen Lesern zuzugingen. Auch daß der oberste Leiter der britischen Außenpolitik, Sir Edward Grey, sich den Teufel um Hof und Gesellschaft kümmerte und sich von der eleganten Welt ostentativ fernhielt, vermochte Lichnowsky von seinem Wahn, daß die schönen Damen und eleganten Herren in London die große Politik machen, nicht abzubringen. Was außerhalb des Hofes und der Gesellschaft vorging, schien ihm nicht der Beachtung wert. Seine Denkschrift verrät keine Kenntnis von der einige Jahre vor dem Krieg in London veröffentlichten Anklageschrift F. D. Morels, in der die Treibereien Greys in der 2. Marokkokrise resolut an das Licht der Öffentlichkeit gezogen und seine auch vor einem Krieg nicht zurückschreckende, konsequent gegen Deutschland orientierte Politik gekennzeichnet werden. Es muß heute betont werden, daß die Auffassung Morels von James Ramsay MacDonald geteilt wurde. Noch im Krieg legte MacDonald, tapfer und ehrenhaft, Zeugnis für die Wahrheit der Morelschen Anklagen gegen die Politik des britischen Auswärtigen Amtes ab, indem er zu einer neuen Auflage des Morelschen Buchs die Vorrede schrieb, daß »nie die Unehre, die in diplomatischen Kreisen für Ehre gehalten wird, in erbarmungsloser Weise bloßgelegt« worden sei als in Morels Anklage gegen Grey. Anders als Morel und MacDonald feiert Lichnowsky in seiner Denkschrift Sir Edward Grey als einen »Sozialisten in idealem Sinne«, und er entrüstet sich über die Deutschen und Engländer, die diesen Mann als »Lügendrey und Anstifter des Weltkriegs« verschreien. Demgegenüber sei bemerkt, daß selbst der Oxforder Professor Gilbert Murray Greys Politik vor dem Krieg nur mit dem Argument verteidigen zu können glaubt, daß sich die auswärtige Politik leider noch außerhalb des Rechts abspiele, und man es deshalb Grey nicht verübeln dürfe, wenn er nicht immer Lichnowsky die reine Wahrheit ge-

sagt hätte, denn schließlich sei es die Furcht vor deutschen Anschlägen gewesen, die ihn oft zur Unwahrheit gezwungen hätte. Auch darüber berichtet Lichnowskys Denkschrift nichts, daß Sir Edward Grey in den kritischen Tagen vor Ausbruch des Krieges von französischer Seite dringend gebeten wurde eine Drohrede gegen die Mittelmächte zu halten, weil man in Frankreich überzeugt war, daß Bethmann Hollweg und Wilhelm II, wenn sie erführen, daß England fest entschlossen sei mit seiner ganzen ungeheuren Kraft an der Seite Frankreichs und Rußlands bis zur Friedensbitte Deutschlands zu kämpfen, Angst bekommen und dem Krieg ausweichen würden. Eine Rede, wie sie Lloyd George in der Marokkokrise gegen Deutschland hielt, wollte Grey vor Ausbruch des Weltkriegs aber nicht halten lassen. Er verhielt sich still, bis Wilhelm II Frankreich und Rußland den Krieg erklärt hatte, um dann allerdings Lloyd George laut in die Welt schreien zu lassen, daß England seine eisernen und silbernen Geschosse so lange erbarmungslos gegen Deutschland richten werde, bis es knock-out geschlagen sei und um Frieden bitte.

Lichnowsky ist vielfach von der republikanischen Presse nach seinem Tod als ein weitschauender Politiker gefeiert worden. Das war er nicht. Sein Wesenszug als Außenpolitiker war: die Dinge vom englischen Gesichtspunkt aus zu betrachten und alles zu glauben, was ihm die britischen Staatsmänner sagten. Zu einem Mißtrauen gegenüber der britischen Politik war er ganz unfähig. Die gewaltige militärische und wirtschaftliche Macht Englands hatte er aber in London richtig einschätzen gelernt, und darin zeigte er sich während des Kriegs der Obersten Heeresleitung überlegen, die nach der schweren Niederlage an der Marne und bei Verdun noch Jahre hindurch in dem Wahn lebte, Deutschland könne, mit dem Faustpfand Belgien in der Hand, einen Verständigungsfrieden von England erlangen.

Panamerikanischer Kongreß

Der 6. Panamerikanische Kongreß, der vom 16. Januar bis zum 20. Februar in Havanna tagte, hat von neuem gezeigt, daß eine innere Gemeinschaft zwischen den beiden großen Rassen der Indolateiner und der Angelsachsen tatsächlich nicht besteht. Es trennen sie ihr Ursprung, ihre Religion, ihre Sprachen, ihre Sitten, auch ihre sozialen und philosophischen Anschauungen.

Der Antagonismus zwischen dem angelsächsischen und dem lateinischen Amerika zeigte in Havanna aber auch seine politische Seite. Der Kongreß trat in dem Augenblick zusammen, als eine militärische Intervention in der indolateinischen Republik Nicaragua durch angelsächsische Militärmacht erfolgte. Die Verwandlung der freien Republik Nicaragua in von den Vereinigten Staaten besetztes Gebiet straffte die pazifistischen Reden des Präsidenten Calvin Coolidge und des Präsidenten der nordamerikanischen Delegation in Havanna so sehr Lügen, daß alle lateinischen Staaten der Neuen Welt Protest gegen das von Washington in Anspruch genommene Recht militärischer und diplomatischer Intervention einlegten.

Man weiß, daß Coolidge auf einem Linienschiff, begleitet von einem Kreuzer und 6 Torpedobooten, unter Kanonendonner in Havanna ankam, um dort dann eine politische Bergpredigt des Inhalts zu halten, daß die Angelsachsen, die immer langsam im Zorn und stets bereit zur christlichen Liebe seien, niemals wie die Deutschen an Halluzinationen militärischer Größe gelitten hätten. Sie wären erfüllt von dem friedlichen Geist der Demokratie und vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen: sie sähen auch alle Völker als vollkommen gleichberechtigt an.

Welche Bedeutung hat nun angesichts der fortgesetzten Gewalttaten und Rechtsbrüche der Angelsachsen gegenüber den lateinischen Staaten der Panamerikanische Kongreß? Das Organ des französischen Auswärtigen Amtes, der Temps, beantwortete diese Frage am 13. März wie folgt: »Die Panamerikanische Union ist tatsächlich nur ein Organismus der ökonomischen Kooperation, eine kommerzielle Assoziation, ein Expansionsinstrument und -mechanismus der panamerikanischen Trusts, die ihr Netz von Konzessionen, Monopolen, Transport- und Nachrichtenverbindungen ausdehnen, mit dem sie die ganze Hemisphäre umspannen.« Der Temps sieht in der Konferenz von Havanna eine Demonstration des wachsenden Übergewichts der ökonomischen Interessen über das politische Recht in den internationalen Beziehungen. Darin erblickt er auch den Grund für die Erscheinung, daß das gewalttätige Vorgehen der Angelsachsen in Mittelamerika die Panamerikanische Union nicht zum Zerfall bringt, obwohl die angelsächsischen Übergriffe von allen lateinischen Staaten als ruchlose Bedrückung der Schwachen durch die

Starken empfunden werden. Die Pan-amerikanische Union bleibe kraft der ökonomischen Zusammenarbeit aller Teile Amerikas bestehen, obwohl sie den schwachen lateinischen Staaten kein Recht, kein Statut, keine Garantie gegen die gewaltsame Intervention der Angelsachsen biete, die den ganzen Kontinent beherrschen und leiten.

Bemerkenswert ist allerdings, daß der Vertreter der lateinischen Republik Argentinien wegen des gewalttätigen Vorgehens der Angelsachsen in Mittelamerika, gegen das er in scharfen Worten protestierte, sein Amt niederlegte. Aber dieser Schritt führte doch nicht zum Austritt Argentiniens aus der Panamerikanischen Union. Er war eine Geste der Lateiner gegen den Geist der Angelsachsen, der im Grunde kein Selbstbestimmungsrecht der indolateinischen Völker anerkennt, wo dieses in Gegensatz zu den angelsächsischen Interessen gerät. Die Regierung von Buenos Aires sah sich wegen ihrer ökonomischen Zusammenarbeit mit dem angelsächsischen Nordamerika alsbald genötigt den Austritt Pueyrredons aus der argentinischen Delegation als einen »unbesonnenen Schritt« formell zu tadeln und das Verbleiben Argentiniens in der Panamerikanischen Union zu betonen. Eine Woche nach Schluß des Kongresses ergriff jedoch das argentinische Mitglied des Sicherheitsausschusses in Genf das Wort, um eine sensationelle Erklärung gegen die Monroedoktrin abzugeben. Diese stellt bekanntlich in jedem Fall jedes Eingreifen Europas zugunsten eines von den Angelsachsen vergewaltigten indolateinischen Staats für die Vereinigten Staaten als casus belli hin. Argentinien's Vertreter in Genf widersprach der Auffassung, daß die Monroedoktrin für den amerikanischen Kontinent als eine regionale Verständigung des Völkerbündpacts angesehen werden könnte. Sie sei lediglich eine »einseitige politische Erklärung« der Vereinigten Staaten und niemals von den indolateinischen Staaten anerkannt worden. Der Sinn der Erklärung Cantilos ist ganz zweifellos der, daß Lateinamerika sich das Recht sichern will den Völkerbund um Hilfe gegen angelsächsische Gewalttaten anzurufen. Die Erklärung Argentiniens deckt die geheimen Motive auf, die die Vereinigten Staaten davon zurückhalten in offizielle Berührung mit dem Völkerbund zu treten. Washington will sich das Faustrecht des Starken, das es skrupellos gegenüber Lateinamerika betätigt, von Genf nicht beschränken lassen.

Im übrigen zeigte der Kongreß von Havanna, daß die kontinentale Zusammenarbeit Amerikas auf dem Gebiet der Wirtschaft die lateinischen Staaten, trotz ihrer Abneigung gegen die nur dürrig verhüllten angelsächsischen Gewaltmethoden, immer wieder nach Washington führt. Mexico, das lange Zeit den lateinischen Wall gegen das amerikanische Angelsachsenthum bildete, trat Washington gegenüber in Havanna sehr vorsichtig auf. Seitdem Dwight Morrow, der zugleich die Vereinigten Staaten und das Syndikat Morgan repräsentiert, in Mexico als Gesandter erschienen ist, hat die mexicanische Regierung der diplomatischen Intervention Washingtons in der Petroleumfrage weitgehend Rechnung getragen. Cuba, Haiti, San Domingo, Nicaragua sind teils von den Vereinigten Staaten besetztes, teils von ihnen kontrolliertes Gebiet. San Salvador und Guatemala fürchten, daß ihr ganzes Gebiet eines Tages unter irgendeiner Begründung der angelsächsischen Besetzung anheimfällt; sie protestierten in Havanna auch am schärfsten gegen das militärische Besetzungsrecht, das Washington als Herr des amerikanischen Kontinents für sich reklamiert. Columbia hat sich mit der dauernden militärischen Besetzung seiner Provinz Panama abgefunden. Ecuador, Chile, Peru und Bolivia sind Washington so verschuldet, daß sie dessen Finanzkontrolle hinnehmen müssen. Brasilien nimmt eine neutrale Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten ein, von denen es ökonomisch stark abhängt, weil sie annähernd die Hälfte seiner tropischen Produkte konsumieren.

Frankreich empfiehlt den von den Angelsachsen besetzten, kontrollierten oder in deren Schuldknechtschaft befindlichen lateinischen Staaten sich dem Völkerbund anzuschließen. Argentinien bereite seinen Wiedereintritt vor. Spanien habe die selbe Absicht bekundet. An die lateinischen Staaten Europas könnten die indolateinischen Staaten Amerikas bei angelsächsischer Vergewaltigung appellieren, auch wenn Washington sich hütet dem Völkerbund beizutreten.

Amerika und Deutschland Nur selten erfährt der deutsche Zeitungsleser, wie die Stimmung in den angelsächsischen Siedlungsgebieten Deutschlands gegenüber wirklich ist. Insbesondere geben die Pressestimmen, die das Wolffsbureau aus den Vereinigten Staaten bringt, zumeist ein durchaus irreführendes Bild von der amerikanischen Geisteslage gegenüber deutschen Wän-

schen und Beschwerden. Ab und zu läßt jedoch eine deutsche Korrespondenz aus Amerika die Dinge jenseits des Atlantischen Ozeans so erscheinen wie sie in Wirklichkeit sind. So berichtete der Korrespondent der Kölnischen Zeitung am 17. Februar aus Washington, daß die Zeitungen der Vereinigten Staaten von der großen Rede Stresemanns im Reichstag für die vorzeitige Rheinlandräumung kaum Notiz genommen hätten. Er meint, daß die amerikanische Presse die Rede Stresemanns unterdrückt hätte, um nicht den Eindruck zu erwecken, als ob sie den deutschen Standpunkt billige. Selbst die New York World, die als das deutschfreundlichste Blatt in Amerika gelten kann, habe den Fortbestand der Rheinlandbesetzung der Stresemannrede gegenüber mit dem Argument verteidigt, daß ihr die Zahlungsfrage zugrunde liege, die noch nicht endgültig gelöst sei. Auch sonst höre man in Amerika selten Worte, die sich als deutschfreundlich bezeichnen ließen. So habe der New Yorker Bürgermeister Walker, den man bekanntlich vor kurzem in Deutschland gewaltig gefeiert hat, in einer Rede erklärt, der Krieg Amerikas gegen Deutschland sei notwendig gewesen. Ähnlich hätte auch der Staatssekretär Hughes ausgeführt, daß die Pflicht gegenüber den Idealen die Amerikaner gezwungen hätte gegen Deutschland zu kämpfen.

Botschafterwechsel

Das britische Auswärtige Amt hat als Botschafter nach Paris seinen Unterstaatssekretär Sir William Tyrrell entsandt. Das ist ein Mann, der, wie die Vossische Zeitung schrieb, »in sich vollkommen die Tradition der englischen Außenpolitik mit all ihren Klugheiten, ihren Ränken und ihrer kaltblütigen Langsichtigkeit verkörpert«. Er soll stets ein Freund Frankreichs und ein Gegner Deutschlands gewesen sein. Seine Ernennung zum Botschafter in Paris zeigt wieder aufs deutlichste, daß London großen Wert auf gute Beziehungen zu Frankreich legt. Daß gleichzeitig der bisherige Berliner Botschafter Großbritannien Sir Ronald Lindsay als Nachfolger Tyrrells nach London berufen wurde, läßt verschiedene Deutungen zu. Man kann darin den Versuch erblicken die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich aufrechtzuerhalten. Lindsay hat sich jedoch in Berlin allzu prodeutsch nicht aufgeführt, so daß man annehmen kann, daß auch er, wie sein Vorgänger im Auswärtigen Amt, sich in London für die deutschen Wünsche nicht

zu sehr engagieren wird. Nachfolger Lindsays in Berlin wird merkwürdigerweise Sir Esma Howard, bisher Botschafter in Washington, von dem allerdings behauptet wird, daß er Frankreich in Washington viel Schwierigkeiten gemacht habe. Deutschland wird acht geben müssen, daß es sich nicht wieder wie in den Zeiten Lord d'Abernons zu Abenteuern in der Reparationsfrage angeregt fühlt, die dann das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft mit schweren Schädigungen bezahlen müssen. Der britische Botschafterwechsel hat jedenfalls zur Folge, daß jetzt ein Gegner Deutschlands als britischer Botschafter in Paris und ein Gegner Frankreichs als britischer Botschafter in Berlin sitzt.

Totenliste

Am 8. Juli 1927 starb in Bad Reichenhall der frühere preußische General

Max Hoffmann, im Alter von 58 Jahren. Hoffmann war sicher einer der wenigen wirklich befähigten hohen Offiziere der kaiserlichen Armee. Daß er insbesondere Ludendorff an militärischer Einsicht, namentlich in der richtigen Einschätzung der tatsächlich vorhandenen Kräfte, weit überragte, dürfte von Unvoreingenommenen heute nicht bestritten werden (siehe auch hier den Artikel Maysrs Weltkriegführung und Demokratie, 1926 Seite 286). Man muß ihm aber auch eine nicht unbedeutende politische Intelligenz zuerkennen. Sein berühmter "Faustschlag auf den Tisch" in Brest Litowsk ist nicht ihm selber sondern der damaligen deutschen Geistesverfassung zuzuschreiben. Hoffmann war gerade gegen Annexionen im Osten. Er teilte weder den annexionistischen Wahn der Obersten Heeresleitung noch die slawophobe Ideologie Bethmann Hollwegs, die östliche Eroberungen machen wollte, um im Westen Englands Wohlgefallen zu erwerben. Die Kriegserinnerungen Hoffmanns, die den bezeichnenden Titel *Der Krieg der versäumten Gelegenheiten* führen (Berlin, Verlag für Kulturpolitik/), stehen hoch über den vielen Kriegsbüchern der Militärs, die nach dem verlorenen Krieg für sich zu plädieren suchten.

Am 25. Dezember starb der ehemalige russische Außenminister *Sergej Sasonow*, 61 Jahre alt, im Exil in Nizza an einem Herzleiden. Man hat Sasonow als Kriegstreiber hingestellt, wie ja überhaupt die englisch inspirierte Öffentlichkeit Rußland (und Frankreich) für den Krieg verantwortlich machen will, um Großbritannien Rolle im Dunkeln lassen zu

können. Tatsächlich hat, wie aus dem Bericht hervorgeht, den der deutsche Geschäftsträger in Bukarest am 11. Juli 1914 dem Reichskanzler erstattete, Sasonow in den kritischen Wochen vor dem Ausbruch des Weltkriegs zu denen gehört, die zu bremsen versuchten, Sasonow wird von denen, die sein Wirken kannten, als ein gewissenhafter sachlicher Arbeiter geschildert, als ein Mann staatserhaltender Gesinnung, der schon aus dem Grund vor jedem Krieg zurückschreckte, weil er als dessen Folge den innern Zusammenbruch kommen sah.

Kurze Chronik Am 19. Januar wurde in Paris ein Freundschafts- und Schiedsvertrag zwischen

Spanien und Frankreich unterzeichnet, der auch die Rechtslage der Staatsangehörigkeit beider Länder und ihre Vertretung vor Gericht regelt. ◊ In seiner Antwort auf die Reden, die Stresemann am 30. Januar und 1. Februar im Reichstag gehalten hatte, gab Briand am 2. Februar im Senat als Grund dafür, daß die *Besprechung von Thoiry* ohne Folge geblieben sei, an, daß der deutsche Außenminister die von ihm selbst in Thoiry angebotenen Vorschläge zur Beschleunigung der Reparationsleistungen nachher nicht gemacht habe. ◊ Die französische Regierung stellt ein Programm auf, das die deutschen *Reparationsleistungen* in den Dienst öffentlicher Arbeiten und gemeinnütziger Anlagen (Elektrifizierung von Eisenbahnen, Ausbau von Häfen und Kanälen sowie Erschließung der Kolonien) stellt. Das ist der richtige Weg die Reparationen produktiv zu gestalten und zu einer wirtschaftlichen Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich auszubauen. Wäre Deutschland vor 6 Jahren dem hier mehrfach behandelten Plan Le Trocquer (siehe dazu den Artikel Kaliskis Die Mahnung der Toten, 1922 II Seite 629) beigetreten, so wäre der Ruhrkrieg Europa wohl erspart geblieben, und Frankreich und Deutschland ständen heute zu einander weniger im Verhältnis von Gläubiger und Schuldner als in dem von Mitarbeitern. ◊ Im Parlament von Reykjavik gab die isländische Regierung, wenn auch verblümt, zu, daß eine *britische Flottenbasis auf Island* geschaffen werden wird, und zwar auf dem Weg einer der Shell Company erteilten Konzession zum Bau von Petroleumtanks. Die Shell Company ist mit der Burma Oil und der Anglo Persian Company verbunden, in der die britische Admiralität die Aktienmehrheit besitzt. Die Neutralität Islands wäre

dann also in die Hände Englands gelegt. ◊ Die Gesetzgebende Versammlung *Indiens* hat die Kosten für den Aufenthalt des britischen Verfassungsausschusses unter Sir John Simon nicht bewilligt. Es bleibt also dabei, daß das indische Volk den Simonausschuß boykottiert. ◊ Die Einsicht, daß der Deutschland beschämende und schädigende *Fall Röttcher* (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 1000) aus der Welt geschafft werden müsse, scheint nun auch an denjenigen Stellen durchzudringen, die den Bestrebungen der Menschheit ohne Sympathie oder Verständnis gegenüberstehen. Anfang Februar wurde Fritz Röttcher gegen eine Kautions von 20 000 Mark aus der Untersuchungshaft entlassen. ◊ Am 10. März legte der Hochmeister des *Jungdeutschen Ordens* Artur Mahraun in Köln noch einmal das jungdeutsche Programm dar, das außenpolitisch ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland erstrebt. Diese Stellung der wichtigsten Organisation der nationalen Jugend ist geistig bedeutungsvoll.

Literatur

Heinrich Kanner gibt seit Februar dieses Jahres eine politische Monatsschrift heraus, die *Der Krieg* betitelt ist (Berlin, E. Laub). Sie ist der Erörterung der Kriegsschuldfrage gewidmet. In ihrem Programmartikel heißt es: »Der größte Krieg der Weltgeschichte soll auch den bestgesicherten Frieden herbeiführen.« Das ist auch unser Ziel. Ob aber die Diskussion der Schuldfrage, wie sie in dieser Zeitschrift und, im entgegengesetzten Sinn, vom Arbeitsausschuß Deutscher Verbände gepflogen wird, diesem Ziel wesentlich näher führt, steht noch dahin. Es spielen in diesen Auseinandersetzungen vorgefaßte Sympathien und Antipathien eine allzu große Rolle, und die durch sie bewirkten Empfindungen werden dann wieder von Dritten zur Erreichung bestimmter politischer Zwecke benutzt. Das klarste Beispiel hierfür bietet die Verwendung pazifistischer Ideologien zu Zwecken der britischen Balance-of-power-Politik und zur Erzeugung einer Stimmung gegen den kontinentaleuropäischen Zusammenschluß. Wenn man also so den Kriegsschulderörterungen mit einiger Skepsis gegenüberstehen muß, so können sie andererseits, wenn sie ehrlich geführt werden, doch auch zur Selbstbesinnung und damit zur Voraussetzung einer neuaufbauenden Politik beitragen. Und in diesem Sinn ist die Lektüre der neuen Zeitschrift sicher auch von Wert.

Wirtschaft / Gerhard Kreyssig

Deutschland 1937 Ein kurzer Rückblick auf die Jahre seit der Stabilisierung zeigt, daß 1927 dasjenige Jahr ist, das uns einen Schritt vorwärts gebracht hat. 1927 stand im Zeichen einer Hochkonjunktur, wofür als erfreulichstes Symptom das seit Januar bis fast zum Jahresende dauernd anhaltende Sinken der Erwerbslosenzahlen spricht. Selbstverständlich blieb die Wirtschaft von Rückschlägen nicht verschont. Kapitalpolitische Fehler und Mißgriffe erhöhten den Kapitalmangel und erschwerten die Befriedigung des aus dem Konjunkturaufschwung resultierenden Zusatzbedarfs. Die Börse wurde auch in diesem Jahr ihrer Funktion als Marktregulativ nicht gerecht, blieb lediglich mehr oder minder Kampfplatz privatkapitalistischer Interessen. Die Rationalisierung der Vorjahre hat 1927 die ersten sichtbaren Erfolge gebracht. Nach dem Stand vom 31. Oktober 1927 konnten 827 notierende Aktiengesellschaften eine Durchschnittsdividende von 7,15 % auswerfen. Die Exporterfolge auf Grund der bisher abgeschlossenen Handelsverträge blieben ireilich hinter den Erwartungen zurück; besonders stark war dies der Fall beim Verkehr mit Rußland, auf den man in manchen Kreisen infolge der Stimmungsmache aus politischen Motiven Hoffnungen gesetzt hatte, die bei der innern Schwäche der bolschewistischen Wirtschaft enttäuscht werden mußten. Die deutsche Gesamtausfuhr erreichte 1927 nominell den Stand von 1913. Das Ende des Jahres zeigte Erscheinungen, die die Vermutung zulassen, daß der Höhepunkt der Konjunktur erreicht ist. Es mehren sich die pessimistischen Stimmen, die das Ende der deutschen Sonderkonjunkturbewegung behaupten. Die Schwierigkeiten der Beurteilung einer Konjunkturbewegung an sich werden um die Jahreswende wesentlich durch die saisonmäßigen Einflüsse erhöht, von denen man erst nach Ablauf weiterer Monate einwandfrei feststellen kann, ob sie, selbst wenn sie stärkern Effekt hatten als im Vorjahr etwa, auch einen Schluß auf die Konjunkturentwicklung zulassen. Der starken Zunahme der Arbeitslosenzahlen am Jahresende, auf über 1 Million, steht so zum Beispiel das weitere Steigen der Eingänge aus der Lohnsteuer gegenüber, das auch im Januar anhielt. Die wenigen bisher der Öffentlichkeit übergebenen Bilanzen sind ganz undurchsichtig und geben keinen Anhaltspunkt über die wirkliche

Rentabilität der Unternehmen. Für die Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 1928 ist der sozialpolitische Ausblick des Jahres 1927 von Bedeutung. Der Lohnkampf in der Mitteldeutschen Metallindustrie bedeutet wohl nur den Auftakt zu Kämpfen von gewaltigen Dimensionen. Im Lauf der nächsten 4 bis 6 Wochen laufen rund 250 Tarifverträge ab, die 3 Millionen Arbeitnehmer umfassen; die meisten werden voraussichtlich gekündigt werden. In dem mit einem Teilsieg der Arbeitnehmer abgeschlossenen Streik in der Mitteldeutschen Metallindustrie hatten die Unternehmer mit der Aussperrung von 800 000 Arbeitern gedroht und dadurch eine unnötige Schärfe in den Kampf getragen. Man darf gespannt sein, wie sie sich in den bevorstehenden Lohnkämpfen verhalten werden. Eine Denkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Lohnfrage lehnt alle Arbeitnehmerforderungen ab. Und das Verhalten des Siemenskonzerns im Werkzeugmacherstreik, der am 12. März durch die Verbindlichkeitserklärung des Schlichterschiedsspruchs beendet wurde (siehe den Artikel Wissells Wirtschaft und Wirtschaftskämpfe, in diesem Band Seite 195 und folgende), die Drohung mit der Aussperrung von 100 000 Arbeitern, läßt befürchten, daß das Stichwort Aussperrung Richtpunkt der Unternehmertaktik ist.

Reparation Der Bericht Parker Gilberts über das 3. Reparationsjahr schien die Diskussion über das Reparationsproblem Ende 1927 in ein entscheidendes Stadium gerückt zu haben. Nach seiner Auffassung wirkt sich das Vorhandensein des Transferschutzes dahin aus die deutschen öffentlichen Stellen vor den Konsequenzen ihres Handelns zum Teil zu bewahren, während andererseits die Ungewißheit über die Gesamthöhe der Reparationsverbindlichkeiten zweifellos bewirkt, daß Deutschland Dinge zu tun und Reformen durchzuführen unterläßt, die im eigenen Interesse des Landes liegen. Gilbert fordert, als einzig möglichen Ausweg aus diesem Dilemma, die endgültige Festsetzung der Reparationsschuld auf einer absoluten Grundlage ohne jeden Transferschutz und unter voller eigener Verantwortung Deutschlands und bezeichnet diese Forderung als die Hauptfolgerung, die man aus den verflossenen Reparationsjahren ziehen müsse. Gilberts Plan läuft darauf hinaus die Reparationen auf ihren gegenwärtigen Bar-

wert herabzusetzen, zu fundieren und gegen internationale Schulden auszutauschen. Als Urheber dieses Plans wird Bernhard F. Baruch (während des Krieges Präsident der Kriegsfinanzkommission) genannt. Er zielt auf Mobilisierung der fixierten Endsumme der deutschen Schuld auf dem Weltmarkt durch Begebung einer Anleihe von 2 bis 4 Milliarden Dollars ab, zu deren Sicherheit neben den bereits bestehenden Reparationssicherungen die Deutsche Reichsbahn und die Industrie schärfer herangezogen werden sollen.

So erfreulich dieser Appell war, der von niemandem als gerade von Parker Gilbert so eindringlich vorgebracht werden konnte, so kläglich ist die Tatsache, daß die Diskussion nach kurzem lebhaften Interesse der beteiligten Staaten völlig im Sand verlaufen ist. Es wird das 4. Reparationsjahr mit den für Deutschland erhöhten Lasten vorübergehen müssen, ehe wieder ein Anstoß zu der dringlichen Frage einer entscheidenden und befriedigenden Lösung des Reparationsproblems erfolgen wird, die eine einschneidende Reform der öffentlichen Wirtschaft Deutschlands erfordert.

England

Lloyd George ist mit dem neuen liberalen Wirtschaftsprogramm an die Öffentlichkeit getreten (siehe darüber den Artikel Schippels Ein Erneuerungsprogramm des englischen Liberalismus, in diesem Band Seite 190 und folgende). Public Concern ist das Stichwort, unter dem die alte klassische Liberale Partei Englands wieder eine Führerstellung auf dem Gebiet der Staatskunst zu erobern gedenkt. Das neue Programm ist aber nicht ausschließlich eine englische Angelegenheit, die Ausarbeitung des zeitgemäßen industriellen Systems ist eine Angelegenheit der ganzen Welt und Deutschlands ganz besonders. Dieses liberale Programm verlangt unter anderm den Staat als die große, überragende Wirtschaftsmacht gesetzlich und administrativ zu stabilisieren. Insbesondere sollen deshalb alle Unternehmungen, die mehr als 50 % der Produktion auf sich vereinigen, der öffentlichen Kontrolle unterzogen werden. Auf deutsche Verhältnisse angewandt, würde das also bedeuten, daß die Farbenindustrie, die Vereinigten Stahlwerke, der Zündholztrust, um nur einige markante Beispiele anzuführen, unter Staatskontrolle fallen müßten.

Für England ist diese Forderung heute hauptsächlich nur eine vorausschauende Schutzmaßnahme. Deutschland aber kann

von England lernen, wie ein wirksames Mittel zum Schutz der Gesamtwirtschaft gegenüber der Monopolstellung von Unternehmern aussieht. Es ist fast eine Ironie, daß dieses englische Programm gerade an dem Tag bekannt wurde, an dem die deutsche Schwerindustrie gegen die Anwendung der Kartellordnung als gegen einen »Rückfall in die Zwangswirtschaft« protestierte, mit dem Erfolg, daß der Reichswirtschaftsminister diesem Protest nachträglich stattgab und die ihm nach der Kartellordnung zustehende Kontrolle der Verträge vor deren Inkrafttreten wieder aufgab. Hier wird deutlich, wie viel Deutschland an industrieller Staatskunst noch zu lernen hat. Daß ausgerechnet die Liberale Partei Englands unsere Minister lehren muß, daß der korporative Gedanke, wie ihn auch Mussolini vertritt, keine Reaktion sondern ein Fortschritt ist, ist fast beschämend.

Italien

Die konsequente Deflationspolitik, die Mussolini seit August 1926 verfolgte, wurde im Dezember 1927 durch Stabilisierung der Lira auf der Basis 92,46 Lire = 1 englisches Pfund abgeschlossen. 1 Goldlira entspricht danach 3,66 Papierlire; die neue Goldparität ist auf 7,919 052 Gramm Feingold festgelegt und stellt sich gegenüber der Reichsmark auf 22,046 Mark für 100 Lire. Italien ist damit in die Reihe der Goldwährungsländer eingetreten; die Golddeckung der umlaufenden Noten darf nicht weniger als 40 % umfassen. Die volle Aufwertung ist nicht geglückt, denn die Deflationspolitik mußte unter dem Einfluß der italienischen Wirtschaftskrise im Mai 1927 abgestoppt werden. Die Industrie forderte eine Stabilisierung auf der Basis 100 Lire = 1 englisches Pfund, während Mussolini die Quote 90 ins Auge faßte, bei der es im wesentlichen blieb. Die bis jetzt bekanntgegebenen Abschlüsse italienischer Unternehmungen, besonders der dividendenlose der Sina Viscosa, lassen erkennen, daß die Industrie einen schweren Stand hatte und zudem infolge der Stabilisierung zunächst eine Neubewertung ihrer Vermögen vornehmen muß. Die Währungsstabilisierung ist das Ergebnis der Zusammenarbeit der Zentralnotenbanken der Welt unter der Führung der nordamerikanischen. Italien hat, außer dem Stabilisierungskredit Morgans von 100 Millionen Dollars, 2 Kredite von 75 Millionen Dollars (Notenbanken) und 50 Millionen

Dollars von amerikanischen Privatbanken, wiederum unter Führung von J. C. Morgan & Co., gebraucht. Die Stabilisierung auf der Basis der etwa auf 40 % aufgewerteten Lira stellt rein währungspolitisch eine beachtenswerte Leistung dar. Die Wirtschaft hat nun eine feste Berechnungsbasis. Damit ist freilich die ausgesprochene Deflationskrise noch nicht behoben. Ende Dezember 1927 wies die Arbeitslosenstatistik mit 414 000 Vollarbeitslosen und 140 000 Kurzarbeitern Höchstzahlen auf.

Wenn man den Verlauf der Depression im Jahr 1927 auf Grund der Zunahme der Vollarbeitslosen vom Anfang zum Ende des Jahres verfolgt, so zeigt sich, daß die Landwirtschaft (50- zu 131 000) am härtesten betroffen ist. In der Industrie wurden Bergbau (3- zu 12 000), Metallindustrie (15- zu 37 000), Bau- gewerbe (40- zu 125 000) und Textilindustrie (28- zu 39 000) am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Zweifellos hat die italienische Wirtschaft einen Vorteil bei Überwindung der Deflations- und Stabilisierungskrise durch die protektionistische Zollpolitik Mussolinis. Andererseits wird naturgemäß für das wichtige Exportgeschäft die Industrie zunächst darunter leiden, daß sie im Ausland durch den hohen Lirakurs nicht konkurrenzfähig ist. Das ist aber nur eine Übergangskrankheit. Über den Erfolg der Stabilisierung wird erst das laufende Wirtschaftsjahr Aufschluß geben können. Mit den jüngst vorgenommenen Diskontherabsetzungen wird mit Erfolg versucht der italienischen Wirtschaft den nötigen Impuls zu geben.

Totenliste

Einen schweren Verlust erlitt die werdende kontinentaleuropäische Wirtschaft durch den plötzlichen Tod des Präsidenten der Europäischen Rohstahlgemeinschaft, *Emil Mayrisch*, der am 5. März, in seinem 68. Lebensjahr, bei Châlons einem Automobilunfall zum Opfer fiel. Mayrisch war der führende Kopf bei den schwierigen und langwierigen Verhandlungen, die endlich am 30. September 1926 zum Abschluß des Eisenkartells führten. Er war ursprünglich Hütteningenieur, gelangte bald zu leitender Stellung und war dann, beinahe 2 Jahrzehnte hindurch, Generaldirektor des größten luxemburgischen Montankonzerns, der *Aciéries Réunies Burbach-Eich-Düdelingen*, ihm fiel daher die Leitung der Verhandlungen zwischen der deutschen, der französischen, der belgischen und der luxembur-

gischen Eisenindustrie zu, bis er sie zu glücklichem Ende brachte. Er wurde einstimmig zum Präsidenten der neugeschaffenen Rohstahlgemeinschaft ernannt, die er mit äußerster Umsicht leitete. Um sich dieser Aufgabe mit seiner vollen Arbeitskraft widmen zu können, hatte er erst im Januar dieses Jahres seinen Posten als Generaldirektor bei dem luxemburgischen Konzern niedergelegt. Für Mayrisch bildete die Gründung der Europäischen Rohstahlgemeinschaft nur eine Etappe auf dem Weg zu einer allgemeinen kontinentalen Wirtschaftsverständigung, die er als notwendig erkannt hatte und in der Zukunft kommen sah. Als Freund insbesondere deutsch-französischer Gemeinschaftsarbeit hatte er das Deutsch-Französische Studienkomitee gegründet, das bereits bedeutende Arbeit geleistet hat.

Kurze Chronik Frankreich setzte Ende 1927 den *Wechseldiskont* von 5 auf 4 % und im Januar 1928 auf 3,5 % herab. New York erhöhte den Diskontsatz von 3½ auf 4 %. \diamond In unmittelbarer *deutsch-französischer Zusammenarbeit* sind die Verhandlungen zwischen der Interessengemeinschaft Farbenindustrie und dem Comité des Industries Chimiques de France nunmehr abgeschlossen worden. Produktion und Verkauf werden nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt. \diamond Die Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten bei Verteilung des zollfrei eingeführten *Gefrierfleisches* liefert ein ausgezeichnetes Beispiel für die Gefahren, die der Gesamtwirtschaft bei monopolistischer Preisgestaltung erwachsen. Die Inhaber der Gefrierfleischkontingente (insgesamt zollfrei 120 000 Tonnen), die monopolartig verbunden waren, haben den Preis für 1 Pfund Gefrierfleisch bis zu 11 Pfennig verteuert und daraus Millionengewinne gezogen, die die minderbemittelte Bevölkerung als Hauptverbraucher zahlen mußte. Die Reichsregierung brachte, im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftsnotprogramm, eine Vorlage über die Herabsetzung des Kontingents auf 50 000 Tonnen ein. Darüber kam es zu einem Konflikt zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum, das aber dann doch am 16. März im Handelspolitischen Ausschuß dem Entwurf zustimmte. Es soll nunmehr vom 1. Mai ab das Kontingent allmählich herabgesetzt werden und schließlich ganz verschwinden. Man beschloß ferner, unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen, einen Beirat beim

Reichsernährungsministerium für die Verteilung der im Notprogramm für die Landwirtschaft vorgesehenen Beträge einzusetzen. Auch wurde eine Zentrumsresolution angenommen, wonach 2 von den für die Regulierung des Vieh- und Fleischmarkts bestimmten 30 Millionen Mark von vornherein zugunsten der Organisationen der Produzenten, Konsumenten und Fleischer abgezweigt werden sollen. Die Kölnische Zeitung meinte am 17. März, die Behandlung der Gefrierfleischvorlage zeige »deutlich die durch Wahrücksichten stärker werdende Unsachlichkeit des Reichstags«. \diamond Für die deutsche Zigarettenindustrie steht durch Änderung des Tabaksteuergesetzes eine wichtige Neureglung bevor. Die 30 % des Kleinhandelspreises betragende Banderolensteuer konnte bisher im Höchstfall 3 Monate 18 Tage gestundet werden. Etwa 120 Millionen Mark sind auf diese Weise vom Steuerfiskus den Zigarettenherstellungsbetrieben dauernd gestundet worden. Durch Verkürzung der Stundungsfrist auf 2 Monate sollen diese Steuerkredite nun allmählich abgetragen werden. Über die dabei aufzuwendenden Bedingungen und Methoden bestehen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Reichswirtschaftsrat Differenzen, so daß über die endgültige Neureglung des Tabaksteuergesetzes noch nichts ausgesagt werden kann. Sie ist aber dann als verfehlt zu bezeichnen, wenn sie nicht eine durchgreifende Sanierung der Zigarettenindustrie bringt. \diamond Das vielumkämpfte System der *Ratenzahlungen*, das in Amerika einen so außerordentlichen Aufschwung nahm, hat der Professor Seligmann von der Columbiauniversität eingehend untersucht. Danach wäre der Gesamtumschlag im Kleinhandel der Vereinigten Staaten auf etwa 38 Milliarden Dollars zu schätzen; die Abzahlungsgeschäfte würden davon $4\frac{1}{2}$ Milliarden, also etwa 12 %, betragen. Im einzelnen differenziert sich dies natürlich sehr stark. Bei der Automobilindustrie machte das Ratenzahlungsgeschäft zwar nicht 70 bis 80, wohl aber 59 bis 60 % aus. Überdurchschnittlich stark entwickelt ist es ferner bei Motortransportmitteln jeder Art, bei elektrischen und Radioeinrichtungen, bei Grammophonen und Haushaltskühlapparaten. \diamond Nach den amtlichen Veröffentlichungen hat das Einkommen der Bevölkerung der *Vereinigten Staaten* im Jahr 1927 den bisher höchsten Stand erreicht. Fast 90 000 Millionen Dollars sollen an Löhnen ausgezahlt worden sein. Gegenüber

dem Jahr 1921 bedeutet dies eine Erhöhung um 43 %. \diamond Am 1. November 1927 wurde in *Palästina* statt des umlaufenden ägyptischen Geldes eine eigene Währung eingeführt, deren Münzeinheit das in 1000 Mils eingeteilte Palästinafund ist. Es entspricht dem englischen Pfund. Die Inschriften auf der Münze sind in englischer, arabischer und hebräischer Sprache gehalten.

Literatur

Die Dresdner Bank hat einen statistischen Band *Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt* herausgegeben, der bereits in 2. Auflage vorliegt. Zahlen mit knappem Text zeigen die Verschiebungen, Spannungen und Verflechtungen in der Weltwirtschaft in hervorragender Weise. \diamond Vom sozialistischen Standpunkt aus zeigt *Gregor Bienstocks* Einführung in die Weltwirtschaft /Berlin, E. Laub/ in anschaulicher Form, textlich sehr gut, was aus der Veröffentlichung der Dresdner Bank als weltwirtschaftliche Verflechtung dem Wirtschaftsunkundigen nicht ohne weiteres ersichtlich ist. \diamond Als weitere wertvolle Ergänzung sei auf *August Sartorius von Waltershausen*s Zeittafeln zur Wirtschaftsgeschichte hingewiesen, die in 3., bis zur Neuzeit ergänzter Auflage erschienen /Halberstadt, H. Meyer/. \diamond Zur Frage der Konjunkturbewegung versucht *Rudolf Wedemeyer* mit seinem Werk *Wie beherrscht man die Konjunktur?* /Essen, A. Kerkrieth & Co./ einen »Ursachenindex der Konjunktur« darzustellen, ohne daß ihm dies überzeugend geglückt wäre. \diamond Beachtenswerter ist *Rolf Fricke*s Versuch zur Grundlegung einer dynamischen Konjunkturtheorie: *Konjunktur und Einkommen* /Halberstadt H. Meyer/. \diamond Informatorischen Wert hat die kleine Schrift *Warthold Mohrmanns* Produktion und Absatz /München, Franz A. Pfeiffer/. \diamond Zum Problem internationaler wirtschaftlicher Beziehungen sei noch auf das ganz ausgezeichnete, im Auftrag der Industrie- und Handelskammer München von *Erich Eiswaldt* Griechenlands /München, Duncker & Humblot/ hingewiesen, das eine wertvolle Vergleichung mit der Vorkriegszeit enthält. \diamond Der Münchener Universitätsprofessor *Adolf Weber* faßt in seiner Schrift *Hat Schacht recht?* /München, Duncker & Humblot/ alles zusammen, was gegen die Angriffsrede des Reichsbankpräsidenten (siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, in diesem Band Seite 137 und folgende) gesagt werden kann.

Genossenschaftsbewegung / Reinhard WeberDeutschland
1927

Nach den Veröffentlichungen der Reichsstatistik gab es Ende 1927 im Deutschen Reich 51 917 Genossenschaften (im Vorjahr 51 978). Von ihnen waren Kreditgenossenschaften 22 290 (22 370), gewerbliche Rohstoffgenossenschaften 1779 (1840), landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften 4363 (4498), Wareneinkaufvereine 1031 (1074), gewerbliche Werkgenossenschaften 239 (245), landwirtschaftliche Werkgenossenschaften 7423 (7332), Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten 25 (21), gewerbliche Magazingenossenschaften 105 (114), landwirtschaftliche Magazingenossenschaften 763 (788), gewerbliche Rohstoff- und Magazingenossenschaften 139 (167), landwirtschaftliche Rohstoff- und Magazingenossenschaften 44 (44), gewerbliche Produktivgenossenschaften 811 (863), landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften 4567 (4348), Zuchtvieh- und Weidegenossenschaften 916 (942), Konsumvereine 1817 (1942), Wohnungs- und Baugenossenschaften 4606 (4409) und sonstige Genossenschaften 999 (981). Unter den oben aufgeführten Kreditgenossenschaften waren Darlehnskassenvereine 20 188 (20 251). In der obenstehenden statistischen Übersicht sind die Zentralgenossenschaften mitenthalten; ihre Anzahl beträgt 160 (157).

Diese Bestandsstatistik erlaubt ohne Zweifel einen gewissen Überblick über die Größe der deutschen Genossenschaftsbewegung. Schlüssige Urteile über ihre Stärke und Erfolge lassen sich aber erst fällen, wenn die großen Genossenschaftsverbände berichtet haben werden, was bis jetzt noch nicht der Fall ist.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Die Bestrebungen zu einer Reform der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse sind in der letzten Zeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Kreditnot der Landwirtschaft so aktuell geworden, daß sie auch in großen Tageszeitungen erörtert werden, die sonst von genossenschaftlichen Dingen nicht viel Notiz zu nehmen pflegen. Am wichtigsten sind die Anstrengungen gewisser Kreise die Preußenkasse in ein Reichsinstitut umzuwandeln. Diese Pläne scheinen zum Teil darauf auszugehen die Preußenkasse der Rentenbankkreditanstalt anzugliedern. Die Umwandlung in ein Reichsinstitut liegt an sich nicht so fern. Denn die Tätigkeit der Preußenkasse

kommt längst auch außerpreußischen deutschen Genossenschaften zugute. Aber wie die Dinge einmal liegen, stößt die Verwirklichung der Reformpläne in der angedeuteten Richtung für die deutschen Genossenschaften auf parteipolitische Bedenken. Man fürchtet im Lager der Linken, daß die Preußenkasse stark unter großagrarischem Einfluß geraten könne, was den Interessen der bäuerlichen Genossenschaften, ebenso der Genossenschaften des städtischen Mittelstands und der Konsumgenossenschaften, deren einer großer Zentralverband auch mit der Preußenkasse arbeitet, widerspräche. Um die vermuteten Gefahren zu vermeiden und andererseits die notwendige Reform nicht aufzuhalten, hat die preußische Regierung zunächst vor kurzem die Beteiligung Preußens am Grundkapital der Preußenkasse von 33 auf 45 Millionen Mark erhöht. Mitte März beschloß sie durch eine neue Einlage von 130 Millionen ihren Anteil auf 175 Millionen Mark zu steigern und gleichzeitig die Preußenkasse zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts umzugestalten, deren Träger der Staat und die Genossenschaften sind; dem Reich und den Ländern wird die Möglichkeit offengehalten sich an der Kapitalerhöhung zu beteiligen. Die Angestellten, auch die Direktoren, sollen aufhören Beamte zu sein, einen freien Dienstvertrag erhalten. Eine Verwaltungsmaßnahme der Regierung bei der Reform der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse wurde als wenig glücklich empfunden, ist zum mindesten in maßgebenden Kreisen der deutschen Genossenschaftsbewegung nicht verstanden worden: Aus verschiedenen Gründen ist die preußische Regierung zu der Überzeugung gekommen, daß ein Wechsel in der Leitung der Preußenkasse wünschenswert sei. Der preußische Finanzminister teilte daher dem Präsidenten der Preußenkasse Carl Semper mit, daß die Regierung seinen Rücktritt wünsche. Dieser Schritt erfolgte, ohne daß man den Engern und den Gesamtausschuß der Preußenkasse gehört hätte. Dieses ungewöhnliche Vorgehen wurde daher als schwerer Eingriff empfunden und schuf einen von der Regierung wohl nicht vorhergesehenen Konflikt. Der Präsident Semper, überzeugt das Institut erfolgreich geleitet zu haben, weigerte sich seinen Abschied einzureichen. Er wurde daraufhin beurlaubt. Mit der kommissarischen Leitung der Preußenkasse wurde dann Otto Klepper, Vorstandsmitglied der Deutschen Domänenbank, betraut. Unter den Pressestimmen

zu diesem bemerkenswerten Vorgang fällt besonders die Stellungnahme der Blätter für Genossenschaftswesen auf. Bekanntlich vertritt dieses Organ die Interessen der Genossenschaften des selbständigen Gewerbes städtischen Charakters. Vom Standpunkt dieser Interessen brechen die Blätter für Genossenschaftswesen, ohne den weiteren Ereignissen vorgreifen zu wollen, eine Lanze für den Präsidenten Semper, dem sie bescheinigen, daß er »in wahrhaft großzügiger Weise für die Möglichkeit des Wiederaufbaus dieser Genossenschaften mit vollem Erfolge eingetreten ist«. »Es wird immer als eine rühmensewerte Tat in schwerster Stunde anerkannt bleiben, daß damals [während der Stabilisierungskrise] das Direktorium der Preußenkasse unter der Führung seines Präsidenten die Mittel bereitgestellt hat und bereitstellen konnte, die ausreichten, um gutgeleitete Genossenschaften vor dem Zusammenbruch zu bewahren.«

Konsumgenossenschaftliche Hypothekenbank Der Zentralverband deutscher Konsumvereine trägt sich mit Plänen zur Gründung einer konsumgenossenschaftlichen Hypothekenanstalt, die nicht mehr weit von ihrer Wirklichkeit zu stehen scheinen. Anlaß dazu geben die immer mächtiger anwachsenden Spareinlagen. Sie betragen am 31. Dezember 1924 bereits wieder 49,2 Millionen Mark, 1 Jahr darauf 82,3 Millionen, wieder 1 Jahr später 137,3 Millionen und am 31. Oktober 1927 sogar 199 Millionen. Bis zum Ende 1927 dürften sie auf über 205 Millionen gestiegen sein. Die Schaffung einer konsumgenossenschaftlichen Hypothekenbank würde eine konsumgenossenschaftliche Leistung hohen Ranges sein, nämlich der bedeutungsvolle Schritt nach der Bewirtschaftung der Verteilung und Eigenproduktion der Güter des täglichen Verbrauchs auch die Verteilung und Beschaffung von Wohnungen in großem Maßstab unmittelbar nach den Interessen der Konsumenten zu regeln. Was bereits an vielen Orten im kleinen durch Baugenossenschaften und an einzelnen Stellen auch von Konsumgenossenschaften, so besonders in Hamburg von der Produktion, mit gutem Erfolg in Angriff genommen wurde, könnte in neuer Organisationsform und in ganz anderm Ausmaß mit starker Finanzkraft fortgeführt werden. Man darf den Zentralverband heute schon zu der fortschrittlich gerichteten Tatfreudigkeit beglückwünschen, die in diesen Plänen lebendig wird.

Schweiz Der Rechnungsabschluß des Verbands Schweizerischer Konsumvereine für 1927 ist ohne Zweifel, wie das Verbandsorgan, Der Schweizerische Konsumverein, bemerkt, ein Maßstab für die Entwicklung dieser Richtung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung in der Schweiz. Am 31. Dezember 1927 waren dem Verband Schweizerischer Konsumvereine 515 Konsumgenossenschaften angegliedert; das sind etwa 85 % aller Konsumgenossenschaften der Schweiz. Der Verband hatte als solcher im Berichtsjahr einen Umsatz von 138 974 896,21 Franken, gegen 126 303 039,56 im Vorjahr. Diese Steigerung ist sehr beachtenswert. Denn sie macht das 6fache der durchschnittlichen Steigerung von je rund 2 Millionen Franken in den Jahren 1923 bis 1926 aus. Bekanntlich waren die Jahre 1921 und 1922 Krisenjahre, mit einem Umsatz von nur je 118 Millionen Franken gegen 172 Millionen im Jahr 1920 und 141 Millionen im Jahr 1919. Bei dem Vergleich der in Geld ausgedrückten Umsätze muß auch die Entwicklung der Preise berücksichtigt werden. Am 1. Dezember 1919 betrug die schweizerische Lebenshaltungszahl 2539,72 Franken, am 1. Dezember 1927 nur 1665,91. In Sachwerten gemessen dürfte daher der Umsatz des Verbands Schweizerischer Konsumvereine im Jahr 1927 hinter dem des Jahres 1919 nicht mehr wesentlich zurückstehen. Das Jahr 1927 bedeutet somit einen großen konsumgenossenschaftlichen Wiederaufschwung. Das Wachstum der Kraft der konsumgenossenschaftlichen Bewegung in der Schweiz geht vor allem auch aus einem Vergleich mit 1914 hervor. Damals betrug der Umsatz des Verbands Schweizerischer Konsumvereine bei einem Großhandelsindex von 100 etwas über 45 Millionen Franken. Der Umsatz 1927 mit beinahe 139 Millionen bei einem Großhandelsindex von 157,1 ergibt nahezu eine Verdopplung des Umsatzes an Sachgütern innerhalb von 13 Jahren. Das innere Erstarken des Verbands Schweizerischer Konsumvereine läßt sich an der Entwicklung des Verbandsvermögens erkennen. Aus den Überschüssen des Jahres 1927 wurden den ordentlichen Reserven 300 000 Franken zugewiesen. Sie erreichen damit die Höhe von 5 Millionen Franken. Aus den Überschüssen des Berichtsjahrs wurde ferner nach Verzinsung des Anteilscheinkapitals mit 5 % der im Krisenjahr 1921 außerplanmäßig verbrauchte Bildungsfonds mit 200 000 Franken neu

errichtet. Von dem Gesamtüberschuß 1927 verblieben noch 172 532,77 Franken, die auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Die Vermehrung der stillen Reserven war gleichfalls beträchtlich. Von Neuanschaffungen an Mobiliar wurden 246 184,14 Franken abgeschrieben, von Liegenschaften 114 816.

Ungarn

Die Hangya, die landwirtschaftliche Genossenschaftsorganisation Ungarns, feiert in diesem Jahr ihr 30jähriges Bestehen. Es gibt heute rund 1900 Hangyagenossenschaften, mit 870 500 angeschlossenen Ackerbaufamilien und einem Grundkapital von 7,2 Millionen Pengö. 700 dieser Genossenschaften haben ihr eigenes Haus. Der Geschäftsanteil beträgt pro Mitglied 10 Pengö, die Rückvergütung in der Regel 6%. Der Verband beschäftigt unter anderen 100 Distriktkontrollure. Die Hangyagenossenschaften sind eine glückliche Kombination von landwirtschaftlichen Produzentengenossenschaften (zur Verwertung und zum Absatz ihrer Produkte und zum Bezug von Produktionsmitteln) mit ländlichen Konsumgenossenschaften. Sie sind ferner ein erfolgreiches Beispiel des Zusammenwirkens bäuerlicher und städtischer Genossenschaften. Sie beliefern die städtischen Genossenschaften mit Lebensmitteln und beziehen aus der Eigenproduktion der städtischen Genossenschaften, an der sie zudem finanziell beteiligt sind, Produktionsmittel und Verbrauchsgüter wie Bürsten, Besen, Seife, Zündhölzer usw. Ihr Gesamtumsatz betrug 1926 128 Millionen Pengö. Davon setzte die Zentrale 62 Millionen um, und zwar 680 Waggons Mehl, 880 Zucker, 1000 Salz, 700 Reis, 24 Kaffee, 42 Kaffeeersatz, 500 Petroleum, 160 Zündhölzer, 300 Kunstdünger, 70 Landesprodukte, 33,5 Saatkörner, 150 Kupferstein, 1200 Steinkohle, 2000 Brennholz, 250 Wein, 50 Bier, 11 Rebenbindfäden, 70 000 Stück Seife und Bücher im Wert von 100 000 Pengö. Im Jahr 1926 waren der Hangyaorganisation 1937 Einzelgenossenschaften mit 870 549 Mitgliedern angeschlossen. Das waren 87% aller ungarischen Genossenschaften und 78% aller ungarischen Genossenschafter. Nach einer Statistik Wladimir Woytinskys marschiert Ungarn, was die genossenschaftliche Betätigung der Bevölkerung anlangt, an der Spitze aller Länder der Erde: Von 1000 Einwohnern sind Genossenschafter in Ungarn 164, in Großbritannien 111, in Dänemark 103, in Finnland 100.

Jubiläen

Am 1. Januar begingen die von Schulze-Delitzsch begründeten *Blätter für Genossenschaftswesen* ihren 75., das von Raiffeisen begründete *Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt* seinen 50. Geburtstag. Die unbestrittene Bedeutung dieser beiden Organe für die genossenschaftliche Bewegung rechtfertigt es ihre Geschichte kurz darzustellen. Die erstgenannte Zeitschrift erschien 1853 und die folgenden Jahre unter dem Titel *Innung der Zukunft* als Beilage zur Deutschen Gewerbezeitung 8mal im Jahr. Auf dem 1. Deutschen Genossenschaftstag in Weimar 1859 wurde die Zeitschrift zum amtlichen Organ der deutschen Genossenschaften erklärt und erschien als solches von 1860 ab 10mal im Jahr. Schulze leistete seine redaktionelle und schriftstellerische Arbeit für dieses Blatt von Anfang an unentgeltlich. Als 1861 der Verlag der Deutschen Gewerbezeitung auch noch den Ersatz der Druckkosten verlangte, entschloß Schulze sich die Zeitschrift von der Deutschen Gewerbezeitung zu lösen und als selbständiges Blatt im Eigenverlag erscheinen zu lassen. Von diesem Zeitpunkt ab erhielt die *Innung der Zukunft* als Organ des Zentralkorrespondenzbureaus der Genossenschaften den Untertitel *Blätter für Genossenschaftswesen* (Assoziationen). Im Jahr 1862 erschienen die *Blätter* als Organ der Anwaltschaft deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften bei Mayer in Leipzig. Im Jahr 1864 gingen die *Blätter* in den Verlag Ernst Keil in Leipzig über, wo sie zuerst monatlich erschienen; aber bereits von 1865 ab kamen sie alle 14 Tage heraus. Als Organ des Allgemeinen Verbands der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften legte die Zeitschrift den Obertitel *Innung der Zukunft* ab. Sie erscheint seitdem wöchentlich unter dem Haupttitel *Blätter für Genossenschaftswesen*. »Seit diesem Zeitpunkt ist an dem Titel, auch in der gleichen Titeldruckschrift, bis jetzt keine Änderung eingetreten.« 1920 übernahm der Deutsche Genossenschaftsverband das Organ des Deutschen Genossenschaftsverbands, in den sich der Allgemeine Verband umgewandelt hatte. Die Jubiläumsnummer erschien in festlichem Gewand mit einem Umfang von 40 Seiten. Aus ihren Beiträgen über die Geschichte dieser *Blätter* geht leider über die Entwicklung der Auflagezahlen nichts hervor. Man erfährt nur, daß die *Blätter* heute in rund 7000 Exemplaren

erscheinen, und daß in der schlimmsten Inflationszeit der Umfang der Zeitschrift, aber anscheinend nicht die Auflage, auf äußerste eingeschränkt werden mußte; kurze Zeit befürchtete man sogar sie ganz einstellen zu müssen.

Wie Schulze-Delitzsch arbeitete auch Raiffeisen unentgeltlich an dem von ihm im Jahr 1878 gegründeten Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt, das diesen Titel von Anfang an geführt hat. Bis zum Jahr 1886 konnte auch den Mitarbeitern kein Honorar gezahlt werden. Im Jahr 1887 wurde ihnen für einen Leitartikel 3 Mark, für einen Extrartikel 6 Mark Honorar gewährt. Der Abonnementspreis für das damals bereits monatlich erscheinende Blatt betrug 50 Pfennig jährlich. Abgesehen von einer 4monatigen Unterbrechung redigierte Raiffeisen die Zeitschrift bis zu seinem Tod im Jahr 1888. Die Jubiläumsnummer vom 1. Januar 1928 bringt interessante Angaben über die Entwicklung der Auflage. Im 1. Jahrgang betrug sie 120, im 2. 181, im 3. über 300. Das 10. Tausend wurde in der Mitte der achtziger Jahre überschritten. Beim Tod Raiffeisens war die Auflage 12 000, 1893 bereits 33 000, 1898 sogar 45 000. Bis zu dieser Zeit war das Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt das einzige Organ des Raiffeisentums. Danach entstanden für die einzelnen Provinzen und Landesteile besondere Organe der einzelnen Unterverbände, die bekannten Raiffeisenboten. Das Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt wurde seitdem kaum noch von einzelnen Genossenschaftlern sondern hauptsächlich nur noch von Verwaltungen der Genossenschaften bezogen. Die Auflage mußte daher wesentlich zurückgehen. Sie betrug 1900 etwa 10 000, bei Ausbruch des Weltkriegs 14 500, 1920 17 600. In der Inflationszeit mußten die Raiffeisengenossenschaften aus Ersparnisgründen dazu übergehen statt des in der Regel abgeschlossenen 3fachen Abonnements (für Vorstand, Aufsichtsrat und Rechner) nur 1 Exemplar des Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatts zu beziehen. Dadurch ging die Auflage des Blatts abermals stark zurück. Heute beträgt sie rund 16 000. Daraus geht hervor, daß viele Raiffeisengenossenschaften noch nicht wieder dazu übergegangen sind je 3 Exemplare des Genossenschaftsblatts zu beziehen. Während der Haupttitel des Blattes in der ganzen Zeit unverändert geblieben ist, hat der Untertitel einigemal gewechselt. Er lautet vom 3. Jahrgang an Organ für

Darlehnskassen-, Winzer-, Konsum- etc. vereine. Erst 1897 wurde im Untertitel zum Ausdruck gebracht, daß es sich um ein Blatt der Raiffeisengenossenschaften handelte; er lautete damals Verbandsorgan für die ländlichen Genossenschaften der Raiffeisenschen Organisationen. Als dann die Raiffeisenboten der Provinzial- und Landesverbände aufkamen, wurde der Untertitel in Hauptblatt der Raiffeisenorganisation geändert. Später wählte man, um »das Umfassende seines besondern Aufgabengebiets noch besser auszudrücken«, die Fassung Zeitschrift für das gesamte Raiffeisentum. Zur Ehre des Gründers erhielt dieser Untertitel noch den Zusatz: Gegründet von F. W. Raiffeisen. Mit diesem Untertitel erscheint das Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt auch heute in seinem 50. Jahrgang.

Am 2. Januar waren es 25 Jahre, daß Heinrich Lorenz als Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine zu wirken begann. Dieses Vierteljahrhundert Arbeit ist der deutschen Genossenschaftsbewegung in ganz außerordentlicher Weise zugute gekommen. Lorenz hat sich nicht nur als hervorragender kaufmännischer Organisator gezeigt, wie ihn ein Großhandelsunternehmen braucht, sondern auch Eigenschaften eines überragenden Führers der Konsumgenossenschaftsbewegung bewiesen. Beides zusammen begründete den bewundernswerten Erfolg der Großeinkaufsgesellschaft unter seiner Leitung. Als echter Genossenschafter widmete er der Eigenproduktion sein besonderes Interesse. Als er die Geschäftsführung übernahm, waren der Großeinkaufsgesellschaft 247 Genossenschaften angeschlossen, mit einem Jahresbezug im Wert von 21,6 Millionen Mark. Ende 1926 waren es rund 900 Genossenschaften mit 294,2 Millionen Mark Umsatz, davon 45,7 in Gütern der Eigenproduktion der Gesellschaft. 1902 beschäftigte sie 197 Personen, 1926 dagegen 4698. Diese großartige Entwicklung ist zum guten Teil das Verdienst des mit Recht gefeierten Jubilars.

Kurze Chronik Auf einer außerordentlichen Generalversammlung der *Hannoverschen Zentralgenossenschaftsbank* am 17. Dezember 1927 wurden bei einstimmiger Annahme aller Anträge wichtige Satzungsänderungen beschlossen. Unter anderem wurde die Haftsumme auf 10 000 Mark herabgesetzt, dagegen der Geschäftsanteil auf 4000 Mark erhöht. Das Eigenkapital dieser genossenschaftlichen Zentral-

bank ist dadurch auf über 2 Millionen Mark gesteigert worden. \diamond Die Genossenschaftsabteilungen der Dresdener Bank in Berlin und Frankfurt veranstalteten am 4. Februar 1928 in Berlin ihren 4. *Giroverbandstag*. Auf der Tagesordnung standen außer der Begrüßung durch den Bankdirektor Kleemann der Bericht des Bankdirektors Paul Rappmund über die Entwicklung und Tätigkeit des genossenschaftlichen Giroverbands der Dresdener Bank 1927, ein Vortrag des ehemaligen Reichsministers Peter Reinhold über die Reparationsfrage und die deutsche Wirtschaft, ein Vortrag des Professors Moritz Julius Bonn über das deutsche Kapitalproblem und ein Vortrag des Präsidenten der Bank von Danzig Konrad Meißner über die Kreditgenossenschaften im Bild der ethischen und geschäftlichen Grundsätze der Schulze-Delitzsch und Crüger. \diamond Der Verband Schweizerischer Konsumvereine bewilligte dem Konsumgenossenschaftlichen Frauenbund zur Beteiligung an der *Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit* eine Beihilfe bis zum Höchstbetrag von 7000 Franken. Die Ausstellung soll im Spätsommer in Bern eröffnet werden. \diamond Die junge Genossenschaftsbewegung der *Malayischen Staaten* zeigt schnelles Wachstum, 1922 wurden dort die ersten landwirtschaftlichen Genossenschaften, hauptsächlich für Kreditzwecke, gegründet, 1923 bestanden 19 Genossenschaften mit 2361 Mitgliedern und etwa 170 000 Mark Kapital. Im Jahr 1926 war die Anzahl der Genossenschaften bereits auf 115 gestiegen, die Mitgliederzahl auf 15 249, das Kapital auf rund 2,4 Millionen Mark.

Literatur

Eine besonders wichtige und begrüßenswerte Neuerscheinung ist das *Inter-*

nationale Handwörterbuch des Genossenschaftswesens, das in Gemeinschaft mit Charles Gide /Paris/, F. Hall /Manchester/, Willi Krebs /Berlin/ und Robert Schloesser /Köln/, unter Mitarbeit von mehr als 100 Fachleuten des In- und Auslands, von Vahan Totomjanz herausgegeben wird /Berlin, Struppe & Winckler/. Es soll in 3 Lieferungen in einem Gesamtumfang von 45 Druckbogen erscheinen. Der Preis des ganzen Werks beträgt für Subskribenten 45 Mark. Seit Ende 1927 liegt die 1. Lieferung vor, die 2. ist in diesem Monat zu erwarten. Es handelt sich um den ersten Versuch in der Weltliteratur alle wichtigen Tatsachen und Fragen des Genossenschaftswesens der Welt in der

Form eines Wörterbuchs zu erfassen und von Fachleuten aller genossenschaftlichen Richtungen behandeln zu lassen. Die umfassende Materialsammlung, die das Werk bringt, liefert dem Genossenschaftswissenschaftler eine in so bequemer Anordnung bisher nirgends gebotene Grundlage. Ebenso wird der in der Genossenschaftsbewegung stehende Praktiker das angezeigte Werk als Fundgrube seines Wissens um so unentbehrlicher finden, je häufiger er es benutzt. Auch wer praktisch oder theoretisch auf Gebieten arbeitet, die das Genossenschaftswesen angrenzend betreffen, wird das Internationale Handwörterbuch des Genossenschaftswesens mit großem Nutzen gebrauchen können. \diamond Das systematische Gegenstück zu diesem, im wesentlichen eine umfassende Materialsammlung bietenden Handwörterbuch bildet das von Ernst Grünfeld /Halle/ herausgegebene 4bändige *Handbuch des Genossenschaftswesens* /Halberstadt, H. Meyer/. Vor kurzem erschien als 2. Teil der Betriebswirtschaftslehre des Genossenschaftswesens der 4. Band des Handbuchs, verfaßt von Karl Hildebrand, unter dem Titel Organisation und Direktion des genossenschaftlichen Betriebes. Die Bedeutung dieser Betriebswirtschaftslehre wurde bereits beim Erscheinen ihres 1. Teils in dieser Rundschau (1927 II Seite 570) gewürdigt. Mit dem jetzt herausgegebenen 2. Teil ist die Betriebswirtschaftslehre abgeschlossen, aber nicht das Gesamtwerk. Denn von dem Handbuch fehlen noch die beiden ersten Bände. Der 1. Band hat Ernst Grünfeld zum Autor und behandelt das Genossenschaftswesen in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht; der 2., betitelt Das Recht des Genossenschaftswesens, wird von Julius von Gierke bearbeitet. \diamond In der von Ernst Grünfeld herausgegebenen Sammlung Soziale Organisationen der Gegenwart /Halberstadt, H. Meyer/ erschien eine Arbeit Kurt Richters Die Genossenschaften in der deutschen Landmaschinenwirtschaft. Es handelt sich bei diesem Thema um ein von der Wissenschaft bisher recht vernachlässigtes Gebiet der Genossenschaftsbewegung. In übersichtlicher Einteilung gibt der Verfasser eine ebenso gründliche wie interessante Darstellung. Auch die Veröffentlichung dieser Schrift muß dem Herausgeber und dem Verlag als dankenswertes Verdienst um die Verbreitung der Kenntnis über wichtige soziale Organisationen der Gegenwart angerechnet werden.

Frauenbewegung / Meta Corssen**Politische
Tätigkeit**

Die Notwendigkeit für die Frauen zu politischer Willensbildung zu gelangen ist seit dem Krieg im Bewußtsein der Frauen lebendig und, wie es scheint, im Wachsen. Am intensivsten in der Arbeiterklasse und in der bürgerlichen Frauenbewegung, in der die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit für den radikalen, der Allgemeine Deutsche Frauenverein oder Deutsche Staatsbürgerinnenverband für den gemäßigten Flügel Träger politischen Willens und politischer Erziehung sind. Aber auch in anderen Frauenkreisen wird Wille zur Politik sichtbar. Vor allem in der katholischen Frauenwelt. In der Christlichen Frau betont Helene Weber in einem Aufsatz Der politische Wille der Frau, daß die Frau über ihre Betätigung in der Wohlfahrtsarbeit hinaus in das politische Leben hineinwachsen, die politischen Notwendigkeiten erfassen müsse, daß sie eine politische Kultur der Familie schaffen, den Willen zur Umgestaltung des öffentlichen Lebens in sich entwickeln soll. Und Klara Maria Faßbinder zeichnet dort Richtlinien für die Erziehung für das öffentliche Leben in den Höheren Schulen für die weibliche Jugend. Anna Briefs-Weltmann umreißt in einem Aufsatz Frauenbewegung und Frauenparlamentarismus in Deutschland, der im Hochland erschien, die politischen Aufgaben der Frau, vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik; sie bestehen nach ihr darin: im Kampf der wirtschaftlichen Gruppen das Leben zu schützen. Und auch in mehr rechtsgerichteten Frauenkreisen werden häufiger Stimmen laut, die eine Eingliederung der Frauen in das politische Leben befürworten: so in der Kölnischen Zeitung Gertraud Wolf und Elsa Matz am 29. Oktober 1926 und Rosa Kempf am 9. März 1927.

Dieses allgemeinpolitische Interesse ist nun allerdings nicht gleichbedeutend mit einem einheitlichen politischen Willen der Frauen. Man hat oft gesagt und geglaubt, daß die Frau in besonderem Maß geneigt sein müßte den Frieden unter den Völkern zu fördern. Man glaubt, daß sie als Mutter, als Schöpferin des Lebens auch vor dem Mann zur Schützerin des Lebens berufen sei. In einem Aufsatz über die Frau und den Fascismus in der französischen Zeitschrift Le Bastion vertritt Noémi Stricker temperamentvoll diese Anschauung: Es gibt für die Frau nichts Höheres

als das Leben, als die Bewahrung und Steigerung des Lebens. Aber es zeigte sich ja schon bald nach dem Krieg, daß die Frauen auch durchaus nationalistischer Denk- und Handlungsweise fähig waren, einer Denkweise also, die den Kriegsgeist stärkt, und jetzt hört und liest man, daß Frauen diese Anschauung auch theoretisch begründen, sich zum Krieg bekennen. Rosa Kempf stützt ihre Forderung politischer Mitarbeit und Gleichberechtigung der Frauen auf die Erwägung, daß in einem zukünftigen Krieg, der in noch weit größerem Umfang als der letzte das gesamte Volk in Mitleidenschaft ziehen werde, nur das Volk siegen könne, dessen Frauen ganz mit dem Leben des Staats verwachsen sind. An den Kern dieser Frage rührt eine Kontroverse, die sich an einen Aufsatz Gertrud Bäumers Mai über Verdun in der Frau vom Juni 1927 knüpfte. Der Aufsatz ist eine Schilderung ihres Eindrucks von dem Schlachtfeld, der in ihr das Gefühl lebendig werden ließ, daß die ungeheuren Opfer des Krieges im letzten Sinn verschwendet waren, daß es nicht noch einmal ein solches Schlachtfeld geben dürfe. Auf diesen Aufsatz hin richtete Berta Hindenberg-Delbrück in der Frauenkorrespondenz für nationale Zeitungen einen Offenen Brief an Gertrud Bäumer, in dem sie erklärt, daß durch die Feststellung, der Krieg habe nicht gelohnt, ihr tiefstes Frauenwesen verletzt sei. Und in direkter Umkehrung der Auffassung Noémi Strickers wird nun hier bewiesen, daß nicht das Leben sondern der Tod für die Frau das Höchste sei, daß gerade die Mutter, die, um ein Kind zur Welt zu bringen, die Todesgefahr auf sich nehme, ein besonderes Verständnis für den Tod und die Todesbereitschaft des Kriegers habe, und daß der Opfertod im höchsten Sinn lebenzeugend wirke. Dementsprechend hat dann die Frau keine Veranlassung irgendetwas zur Verhinderung des Krieges zu tun. Nun sind der Sinn und die Würde des Opfertods, absolut genommen, von Gertrud Bäumer, die grundsätzlich nicht auf pazifistischem Boden steht, gar nicht bestritten worden (er würde übrigens auch von Pazifisten, von denen ja auch schon manche für ihre Idee gestorben sind, nicht bestritten werden), sie hat es im Gegenteil als tragisch empfunden, daß die Erinnerung an die Toten des Krieges in der Mehrzahl der Menschen so wenig mehr lebendig sei, und der Angriff Hindenberg-Delbrücks wirkt in der vielfach entstellenden Wiedergabe

des Aufsatzes und besonders darin, daß sie der Angegriffenen wegen ihrer Stellung zum Krieg und wegen der Anerkennung französischen Heldentums das »deutsche Herz« abspricht, in hohem Grad gehässig, auch demagogisch. Die Frage, auf die es praktisch ankommt, ist, ob man glaubt, daß ein moderner Massenvernichtungskrieg noch im Sinn freiwilligen Heldentods schöpferische Kräfte entbinden kann. Und vor der Wirklichkeit dessen, was wir erlebt haben und täglich erleben, scheint es nun allerdings, daß die Verherrlichung des Krieges und des von ihm erzeugten höheren Lebens zur Phrase wird. Ja, die historische Entwicklung führt die These von der fruchtbaren Fortwirkung des Krieges auf eigentümliche Art ad absurdum: Das einzige positive Ergebnis des Krieges scheint zu sein, daß das Grauen, das er hinterließ, den Willen zum Frieden gestärkt hat. Auch so erhält das Sterben der Millionen einen Sinn. Es ist diese Auffassung vom Krieg, der der französische Dichter Paul Raynal in seinem (in Deutschland mit so großer Sympathie aufgenommenen) Drama Das Grabmal des unbekanntem Soldaten, einer von durchaus nationalem Empfinden getragenen Dichtung, einen erschütternden Ausdruck gegeben hat.

Und es ist nun auch doch der Wille zum Frieden, der allmählich unter den Frauen die Oberhand gewinnt. Bäumer stellt fest, daß sie anlässlich dieses Streits von Frauen auch rechtsgerichteter Kreise vorwiegend Zuschriften zustimmender Art erhalten habe. In dem Aufsatz Faßbinders über politische Mädchenerziehung wird, nicht so sehr von einem spezifisch weiblichen als von einem allgemeinmenschlichen Standpunkt aus, die Arbeit für den Frieden als moralische und religiöse Verpflichtung aufgestellt. Wenn man von größeren Frauenkundgebungen hört, so treten sie fast immer für Frieden und Verständigung ein. Die gesamte Arbeit der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit bewegt sich in dieser Richtung. Der Deutsche Zweig dieser Liga richtete bei der Beratung des Reichswahretats ein dringendes Ersuchen an den Reichstag die Ausgaben aufs äußerste zu beschränken. Er übermittelte weiter den amtlichen Reichsstellen und verschiedenen Kriegsteilnehmerorganisationen ein Schreiben mit dem Ersuchen von der Errichtung eines Reichsehrenmals abzusehen und statt dessen Kinder- und Mütterheime zu gründen. Die Französische Sektion wandte sich in einer Pe-

tion gegen das Mobilisierungsgesetz, das auch die Frauen umfassen soll, und in dem sie eine Bedrohung des Friedens sieht. In England setzen sich Frauen der Arbeiterpartei lebhaft für die Förderung des Friedens ein. Der Wert solcher Kundgebungen ist freilich oft recht problematisch. Vielfach wird der gute Wille der Wohlmeinenden, die sich für allgemeine Abrüstung, Ungesetzlichkeit des Krieges und ähnliches einsetzen, von einer Macht benutzt, um einen anscheinend moralischen Faktor gegen eine ihr unbequeme andere Macht ausspielen zu können, so daß die Sache selber dann in ihr Gegenteil verkehrt wird; die Genfer Verhandlungen über Abrüstung und Sicherheit zeigen das jetzt wieder aufs deutlichste. Man wird daher von so allgemeinen Friedenskundgebungen, namentlich aus den angelsächsischen Ländern, stets erhebliche Abstriche vornehmen müssen. Erfreulich aber ist es, daß unter den deutschen und kontinentalen Frauen die Idee des Friedens Anhänger gewinnt. Schon 1926 konnte man auf einer Tagung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins in Köln, auf der Fragen der Außenpolitik, die Ideen des Nationalismus, der europäischen Kulturgemeinschaft und des Weltbürgertums erörtert wurden, feststellen, daß es dort kaum eine Frau gab, die nicht grundsätzlich das Ziel des Friedens bejahte.

Gesetzgebung Zur Reform des deutschen *Ehescheidungsrechts* wurde im Rechtsausschuß des Reichstags ein Antrag angenommen, der die bestehenden Bestimmungen dahin ändert, daß eine Ehe auch wegen Zerrüttung, nicht nur aus Schuldgründen geschieden werden kann, daß ein Ehegatte auf Scheidung klagen kann, wenn beide in gegenseitigem Einverständnis 5 Jahre getrennt gelebt haben, und daß ein Ehegatte sich wegen Geisteskrankheit des andern von ihm scheiden lassen kann. Die Scheidung wird erst ausgesprochen, wenn die Gatten sich über ihre gegenseitige Unterhaltspflicht und die Versorgung der Kinder geeinigt haben oder ein Urteil darüber gefällt ist. Zum Entwurf des *Arbeitsschutzgesetzes* richtete der Bund Deutscher Frauenvereine am 15. Dezember 1927 eine Eingabe an den Reichstag, Reichswirtschaftsrat, Reichsrat, das Reichsministerium des Innern und das Reichsarbeitsministerium, die eine Ausdehnung des Arbeitsschutzes auf die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, auf die Angestellten in Vertrauensstellung, auf die "Fa-

milienbetriebe" anstrebt und zu verschiedenen Einzelfragen, der Nachtarbeit weiblicher Angestellter, der Urlaubsregelung für Jugendliche, den Ruhepausen im Gast- und Schankwirtschaftsberufe, der Kündigung von Arbeiterinnen nach der Niederkunft Vorschläge macht und schließlich darauf dringt, daß die Schulpflicht mit den Bestimmungen des Kinderschutzes in Einklang gebracht wird, das heißt, daß die Kinder, die vor 14 Jahren nicht in die gewerbliche Arbeit eintreten dürfen, auch nicht vorher aus der Schule entlassen werden.

Tagungen Vom 25. bis zum 29. Mai 1927 fand in Prag eine Vorstandssitzung des *Welt-*

bunds für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit statt. Man beschloß eine Auskunftsstelle mit Literaturnachweis über die Stellung der Frau im Gesetz zu gründen.

In Genf tagte vom 7. bis zum 17. Juni der *Internationale Frauenbund*. Fast alle 39 angeschlossenen Bünde hatten Vertreterinnen entsandt. Die Beziehungen, die sich zwischen dem Frauenbund und dem Völkerbund gebildet haben, traten auf der Tagung sichtbar hervor: verschiedene Vertreter des Völkerbunds, unter ihnen Albert Thomas, sprachen im Rahmen des Kongresses über ihre Arbeitsgebiete und betonten die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen. In den Kommissionssitzungen wurden die verschiedenen Probleme der Arbeit des Internationalen Frauenbunds erörtert: die Stimmrechtsfrage, die Lage der berufstätigen Frau, der anscheinend in allen Ländern, besonders wenn sie verheiratet ist, die gleichen Schwierigkeiten gemacht werden, die Staatsangehörigkeit der Ehefrau, die Reglementierung der Prostitution und anderes.

Der *Katholisch-Deutsche Frauenbund* stellte seine 10. Generalversammlung, die vom 27. bis zum 30. Juni in Essen zusammentrat, unter das Thema Frauenberufe und Frauenberufung. In gehaltvollen Vorträgen und Diskussionen wurden die Probleme der außerhäuslichen Berufsarbeit und der ländlichen und städtischen Hausfrauenarbeit beleuchtet. Die Berufsarbeit wurde entschieden bejaht, als wertvoll und beglückend für die Frau erkannt, und zwar in allen ihren verschiedenen Formen, geistiger wie mechanischer Arbeit; denn jede Arbeit, die »gut ausgeführt« werde, vermittele Arbeitsfreude. Überaus eindrucksvoll sprach Ida Marie Solltman über Beruf und Lebensfülle.

Sie führte aus, wie die Frau die Lebensfülle, die für sie irgendwie zur Liebe in Beziehung stehe, nicht nur als Gattin und Mutter finde, sondern daß sie die Liebe, die Schwesterlichkeit gegen alle Menschen im Beruf bewähren solle.

Der *Bund Deutscher Frauenvereine* tagte vom 1. bis zum 5. Oktober in Eisenach. Zur Diskussion standen die Frage der Ehescheidungsreform und die politische Machtbildung der Frau. Über das erstgenannte Thema referierten die Rechtsanwältinnen Margarete Berend und Marie Munk. Es wurde eine Resolution angenommen, die das Schuldmotiv nicht als allein ausschlaggebend angesehen wissen will und auf Sicherstellung der Frau und der Kinder bei der Scheidung zielt. Zum andern Punkt, über die Frage, wieweit eine gemeinsame überparteiliche Willensbildung der Frauen möglich sei, sprach Gertrud Bäumer. Eine Resolution forderte verstärkte Vertretung der Frauen in den Parlamenten.

Am 21. und 22. Mai wurde auf der 14. Generalversammlung des *Bundes Österreichischer Frauenvereine* in Wien das 25jährige Bestehen des Bundes gefeiert. Als Vertreterin des Bundes Deutscher Frauenvereine sprach Dorothee von Velsen über Frau und Staat; sie wies unter lebhafter Zustimmung auf das gemeinsame Ziel der deutschen und der österreichischen Frauen, den Anschluß Österreichs an Deutschland, hin.

Totenliste Am 21. Juli 1927 starb, im Alter von 57 Jahren, *Margarete Telschow*, die Vorsitzende des Preußischen Landeslehrerinnenverbands. Sie hat in ihrer Berufsarbeit wie in ihrer organisatorischen Tätigkeit für die deutschen Volksschullehrerinnen Bedeutendes geleistet.

Am 19. August starb in Wien *Vilma Glücklich*, eine Führerin der ungarischen Frauenbewegung. Sie kämpfte während des Krieges für Völkerverständigung und arbeitete später, als sie wegen ihrer Gesinnung verfolgt wurde, als Generalsekretärin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Genf. Sie gehörte zu den Menschen, die in der Stille wirken und einer Sache weniger äußere Erfolge verschaffen als innere Bewegung und Tiefe geben. In Berlin starb, im Alter von 68 Jahren, *Franziska Mann* (siehe die Rundschau Dichtkunst, in diesem Band Seite 164). Sie betätigte sich schriftstellerisch für die Frauenbewegung und widmete sich später, von einem starken innern Drang zu helfen getrieben, der Fürsorge für

Hilfsbedürftige. In den letzten Jahren richtete sie die Lichten Sonntage ein, die das Leben einsamer Menschen durch die Kunst erhellen sollten.

In Bayreuth starb im Alter von 70 Jahren *Hermann Lienhardt*, die Gründerin des Vereins Frauenarbeit Bayreuth, der unter ihrer Leitung eine ausgebreitete soziale Tätigkeit entfaltete.

In Helsingfors starb Ende November *Maiki Friberg*, eine Vorkämpferin der finnischen Frauenbewegung, die sich auch in der Friedensbewegung und der sozialen Arbeit große Verdienste erwarb.

Kurze Chronik Von den deutschen *Gewerkschaften* hatten die Christlichen im Jahr 1926 im Durchschnitt 115 507 weibliche Mitglieder bei einer Gesamtmitgliederzahl von 541 092; die Frauen machten also 21,2 % aus. Bei den Freien Gewerkschaften betrug die absolute Zahl der weiblichen Mitglieder 627 451, der Prozentsatz 16,7. \diamond In Preußen gibt es 485 *Höhere Mädchenschulen*, davon sind 236 Lyzeen, 75 Oberlyzeen neuer Art, 14 Oberlyzeen nach Art der Oberrealschule, 26 Deutsche Oberschulen, 6 gymnasiale, 53 realgymnasiale Studienanstalten und 75 Frauenschulen. \diamond Der großen Zahl von Frauen, die vor der Eheschließung berufstätig waren, fehlt es naturgemäß fast immer an den Kenntnissen, die sie zur Ausübung ihrer Aufgaben als Mütter und Haushaltsführerinnen befähigen. Daher richtete die *Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit* in Berlin Kurse und Arbeitsgemeinschaften ein, die diesen Frauen die Möglichkeit bieten sollen sich mit den Fragen der häuslichen Erziehung, der Psychologie, der Gesundheitslehre usw. zu befassen. Leiter und Lehrer sind Charlotte Dietrich, Carl Mennicke, Alice Salomon, Ilse Szagunn und andere. \diamond Da der Zustrom männlicher Kandidaten zur *diplomatischen* Karriere in Frankreich in letzter Zeit sehr abgenommen hat, beschloß man nunmehr auch Frauen dazu heranzuziehen. Verschiedene geeignete Kandidatinnen sollen bereits vorhanden sein. Vorläufig könnten sie nur im innern Dienst beschäftigt werden, da für ihre Zulassung auch im Außendienst die Gesetzesbestimmungen erst abgeändert werden müssen. \diamond In Liverpool wurde ein weiblicher *Bürgermeister* gewählt: Margaret Veavan, die sich besonders in der Fürsorge für verkrüppelte Kinder ausgezeichnet hat; sie soll über 10 Millionen Mark für eine von ihr gegründete Kinderwohlfahrtsvereinigung gesammelt

haben, die sich vornehmlich dieser Fürsorge widmete. \diamond In Berlin wurde Toni Penck, die Vorsitzende des Verbandes weiblicher Handels- und Bureauangestellten, zum *Landesarbeitsrichter* bestellt. \diamond Am 12. und 13. November fand in Amsterdam die 1. Tagung des Ausschusses *Weibliche Polizei* im Weltbund für Frauenstimmrecht statt. Es ergab sich, daß ein einheitliches Aufgabengebiet der weiblichen Polizei in den verschiedenen Ländern keineswegs besteht, daß außerhalb Deutschlands fast überall Gefährdetenfürsorge mit Gefährdetenpolizei gleichgesetzt wird, und es wurde beschlossen, daß der internationale Ausschuss vorläufig seine Hauptaufgabe darin sehen soll den Gedanken der weiblichen Polizei zu propagieren. \diamond Unter 72 Entwürfen für den Neubau des Shakespearetheaters in Stratford (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1927 II Seite 947) wurde der Entwurf einer 29jährigen *Architektin*, Elisabeth Scott, preisgekrönt. \diamond In der britischen Handelsmarine hat Victoria Drummond als erste Frau das Patent als *Schiffsingenieur* erhalten. \diamond Eine türkische *Bildhauerin*, Sahiba Zia, errang bei einem Preisausschreiben für ein Denkmal Kemals den Sieg. \diamond Im Frauengefängnis Fuhlsbüttel-Hamburg wurde zum erstenmal ein weiblicher *Prediger*, Sophie Kuhnert, eingeführt, die schon seit Jahren die soziale Fürsorge für die weiblichen Gefangenen ausübte. Der Senior Stage hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er auf die große Bedeutung dieses neuen weiblichen Amtes, auch für die Hamburgische Landeskirche, hinwies. \diamond Bei der Tagung des *Völkerbunds* im Jahr 1927 waren 10 weibliche Delegierte tätig. \diamond In der Schweiz wurden in der letzten Volkszählung 1 800 000 Männer und 2 000 000 Frauen gezählt. Von 1 815 000 erwerbstätigen Personen sind 550 000 Frauen. \diamond In Indien wurde eine Frauenzeitschrift mit dem Titel *Die Hausfrau* gegründet, die das Ziel verfolgt die häusliche Ausbildung der jungen Inderinnen in den unteren Volksschichten zu fördern. \diamond Der Nobelpreis für Literatur des Jahres 1926 wurde *Grazia Deledda* zuerteilt (siehe hierzu auch die Rundschau Dichtkunst, in diesem Band Seite 165), der 2. Frau nach Selma Lagerlöf. \diamond Der Deutsche Akademikerinnenbund wählte *Helene Lange* zum Ehrenmitglied, in Erinnerung an die von ihr gegründeten Gymnasialkurse, die zum erstenmal in Deutschland Frauen für das Studium vorbereiteten.

WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Hausteiln

Lebenstheorie Die Notwendigkeit einer systematischen Neuordnung der Biologie ist an dieser

Stelle (1927 II Seite 933 und folgende) bereits eingehend behandelt worden. Begünstigt sich Ludwig von Bertalanffy eingeständenermaßen vorerst mit einer Beschreibung der beobachteten Tatsachen, so geht eine andere Richtung bewußt viel weiter. Sie wagt die Aufstellung einer Theorie des Lebens, selbst auf die Gefahr hin späterhin gründlich revidiert zu werden. Die bisher originellsten Ideen verdanken wir dem Mailänder Philosophen *Eugenio Rignano*, dem Herausgeber der internationalen Revue *Scientia*, auf die Bertalanffy im 4. Band der *Biologia Generalis*, der Zeitschrift für die allgemeinen Fragen der Lebensforschung, hinweist.

Rignano ordnet in seinen Werken *La mémoire biologique* /Paris, Ernest Flammarion/ und *Qu'est ce que la vie?* /Paris, Félix Alcan/ dem Organischen eine spezifische Energieform, die Nervenenergie, zu. Alle organische Reizbarkeit wird im Sinn Claude Bernards als wesensgleich angenommen. Nicht nur bei den Tieren, auch bei den Pflanzen gibt es eine Reizleitung, die auch bereits als Nervenstrom angesprochen worden ist. Dieser seiner Natur nach unbekannt Nervenstrom ist die Grundlage alles organischen Geschehens. Die Nervenenergie Rignanos gehorcht den physikalischen Gesetzen, unterliegt auch dem Satz von der Erhaltung der Energie. Es eignet ihr aber eine Besonderheit, sie grundsätzlich von der anorganischen Energieform unterscheidend; die Fähigkeit der spezifischen Akkumulation. Der Organismus speichert von jedem Nervenstrom einen Rückstand potentieller Energie auf. Diese spezifische Akkumulation vermag sich zu reaktivieren und den Nervenstrom aufs neue hervorzubringen: eine Hypothese, die eine einheitliche Erklärung der Lebensphänomene gestattet. Die Entwicklung des Einzelwesens ist danach durch die im Ablauf der Stammesentwicklung im Keimplasma aufgespeicherte spezifische Akkumulation erklärbar. Ihre Reaktivierung bewirkt den Ablauf der Entwicklung des sich ausbildenden Organismus, wobei der jeweils erreichte Ausbildungsgrad als Auslöser des nachfolgenden Zustands dient. Die phylogenetische Akkumulation erklärt zugleich die Rekapitulation der Stammesentwicklung bei der Ontogenie. Hier

bei vollzieht sich die Entwicklung von einer angenommenen Zentralzone aus, die die organischen Einflüsse ausstrahlt (siehe Rignano *Die Vererbung erworbener Eigenschaften: Hypothese einer Zentropigenese* /Leipzig, Wilhelm Engelmann/). Umgekehrt wirken äußere Einflüsse nicht nur auf das Soma, sie wirken, falls genügend intensiv, bis auf diese hypothetische Zentralzone und beeinflussen dadurch auch das Keimplasma, so daß sich Rückstände potentieller Energie aufspeichern, die auf die Entwicklung der Nachkommen ihren Einfluß auszuüben vermögen. Diese Veränderung und Bereicherung des Keimplasmas stellt aber die Vererbung erworbener Eigenschaften dar, die dadurch vermittelt wird, daß die Akkumulation der neuen Ströme bei der Entwicklung der Nachkommenschaft aktiviert wird. Diese Erklärung beseitigt oder mildert auch, nach Bertalanffy, die von Wilhelm Roux (Über die bei der Vererbung von Variationen anzunehmenden Vorgänge /Leipzig, Wilhelm Engelmann/) hervorgehobenen Schwierigkeiten der Denkbareit einer *translatio hereditaria*. »Die Übertragung einer erworbenen Eigenschaft des Somas auf den Keim wird durch Rignanos Hypothese in origineller Weise erklärt.« Rignanos Theorie gibt überhaupt eine Erklärung für das Entwicklungsgeschehen, eine Aufhellung des großen Problems der historischen Aufsumierung von Anlagen. Auch überwindet sie die großen gedanklichen Schwierigkeiten, die die reine Chromosomentheorie, so bei Weißmann, und ihre enzymartige Deutung bei den Genetikern bietet, insbesondere auch für die Ausbildung eines Instinkts. Rignanos Theorie kommt den Lehren Ewald Heinrich Herings vom Gedächtnis als allgemeiner Funktion der organisierten Materie und Richard Semons *Mneme* als erhaltendem Prinzip im Wechsel des organischen Geschehens nahe. Die Engramme Semons stellen bei Rignano die spezifischen Akkumulationen der Nervenenergie dar. Rignano gibt auch, wie Eugen Bleuler die Engramme aufgenommen hat, eine Theorie des Gedächtnisses wie der psychischen Funktionen. Rignanos Lebenstheorie steht aber, im Gegensatz zu Semon, dessen Begriffsbildungen zwischen Psychologie und Energetik schwanken, rein auf diesem Boden. Die Vorgänge des Instinkts, der Reflexe und Instinktbewegungen, der Anpassung usw. werden als Ausgleichungen zwischen den neu den Organismus beeinflussenden Energieen und den überkommenen, ererbten gedacht. Von besom-

derer Bedeutung ist auch der Ausdruck, den das Teleologieproblem des Organischen erhält. Gegenüber der heute modernen ateleologischen Darstellung der Lebensvorgänge (Georg Klebs, Karl Goebel usw.) entwickelt Rignano in *Qu' est-ce que la vie?* eine zusammenfassende Darstellung der Finalität in allen Lebensvorgängen, die mit packender Intensität den Gegensatz der zielstrebigsten Lebensvorgänge zum organischen Geschehen suggeriert. »An die Stelle des zweifelhaften Selektionsprinzips, das zur Erklärung der Lebensvorgänge nicht ausreicht, tritt die Lamarckistisch energetische Theorie der Akkumulation . . . Hierin erscheinen die zweckmäßigen Lebensäußerungen aufsummiert, und sie kommen nicht durch eine zielstrebig wirkende Entelechie zustande sondern durch die energetische Notwendigkeit, in der sich die im Laufe der Stammesentwicklung angesammelten Anlagen während der Entwicklung des Einzelwesens entfalten.« So Rignano (*Das Leben in finaler Auffassung* /Berlin, Gebrüder Borntraeger/).

Dieser Überblick zeigt, daß Rignanos Hypothese eine Reihe wichtiger biologischer Probleme zu erklären vermag und gerade solche, für die die mechanistischen Vorstellungen nicht ausreichen. Wenn auch die Voraussetzungen der Rignanoschen Lehren rein hypothetisch sind, so scheinen sie doch eine große Zahl für sich unerklärbarer und weit auseinanderliegender Phänomene unter gemeinsamer Formel zu vereinigen. Daß dieser Versuch einer zusammenfassenden Theorie des Lebens durch die Spezialforschung ergänzt werden und sich als Arbeitshypothese bei ihr bewähren muß, versteht sich von selbst.

Tiersozietäten Wir beobachten im Tierreich neben den im Lauf der Entwicklung ausgebildeten Organismen noch solche 2. Ordnung, Hyperorganismen, die sich ebenso wie die Einzelorganismen aus unscheinbaren Anfängen im Ablauf der letzten geologischen Perioden zu immer komplizierteren und höheren Daseinsformen entwickelt haben. Hierin haben wir Sozietaäten vor uns, zu denen auch die menschliche Gesellschaft gehört, und zu deren Untersuchung die von Auguste Comte begründete Soziologie berufen ist. Während uns aber die soziologische Forschung auf dem Gebiet der menschlichen Gesellschaft tiefe Erkenntnisse brachte, steckt die Tiersoziologie, wie Hermann Eidmann auf dem 10. Inter-

nationalen Zoologenkongreß ausführte, noch in den bescheidensten Anfängen. »Wohl ist in den letzten Dezennien von hervorragenden Gelehrten ein ungeheures Tatsachenmaterial angesammelt und in einer schier unübersehbaren Masse von Arbeiten niedergelegt worden, wohl haben wir dadurch tiefe Einblicke in die Biologie und Organisation der Tiersozietäten gewonnen, doch sind erst in allerletzter Zeit Versuche gemacht worden dieses Material soziologisch zu verarbeiten. Denn die Sammlung und Zusammenstellung des empirischen Materials, die das breite Fundament jeder Wissenschaft liefert, ist erst ein "Gräphos", aber noch kein "Logos", sie ist in unserm Fall eine Soziographie, aber keine Soziologie. Um dazu zu werden, bedarf es einer einheitlichen Forschungsmethode, die sich auf alle Tiersozietäten in gleicher Weise anwenden läßt, und dazu haben wir bereits das beste Vorbild in der Soziologie der menschlichen Gesellschaft, deren Methoden sich in ihren Prinzipien auch auf die tierischen Gesellschaften anwenden lassen.«

Von den ersten Versuchen in dieser Richtung seien die folgenden Werke hervorgehoben: W. M. Wheeler *Les sociétés d'insectes* /Paris, O. Doin & Fils/ und Friedrich Alverdes *Tiersoziologie* /Leipzig, C. L. Hirschfeld/.

Der soziologischen Betrachtung sind nur die Tiersozietäten zugänglich, die es im Lauf der Entwicklung, in dem sich in unzähligen Generationen auf dem Weg der Modifikation und Vererbung der Instinkte langsam in der Art die soziale Entwicklung manifestierte, zu einer sozialen Organisationshöhe gebracht haben. Bei ihnen wird in gewisser Beziehung die soziale Organisation des Menschen erreicht, in manchen Punkten sogar überschritten, und es gelingt klare Entwicklungslinien festzustellen und so Gesetze der sozialen Entwicklung zu erkennen. Vor allem kommen hier die staatenbildenden Insekten in Betracht, die Wespen, Bienen, Ameisen und Termiten. Diese von der Natur erreichten Gipfelpunkte der sozialen Organisation, die auf rein physiologischer und instinktiver Basis ruht, können uns die durch den Intellekt nicht beeinflussbaren natürlichen Sozialentwicklungsgesetze klären. Auffallend ist bei den 4 Insektensozietäten, die nach Systematik und Stammesgeschichte aus verschiedenen Wurzeln entstanden sind, wie viele Übereinstimmungen in den gesamten Lebensäußerungen dieser Insektenstaaten, ganz besonders aber auf dem Gebiet der so-

zialen Organisation, vorherrschen. Diese Konvergenzerscheinungen erweisen das Walten großer allgemeiner Gesetze bei der Entstehung so hochstehender Sozietäten. Die Staatenbildung ist also eine in ganz bestimmten Richtlinien fortschreitende Bewegung. Zur Enthüllung ihrer Gesetze benötigen wir Einzeluntersuchungen aller tierischen Gesellschaften, deren Vergleichung die allgemeinen Entwicklungsgesetze erschließt, denen auch die menschliche Gesellschaft unterworfen ist. Was nicht aufzufallen braucht, da auch diese ja eine unendliche Strecke ihrer Entwicklung tierisch triebartig durchlaufen hat.

Die vergleichende Tiersoziologie hat vorerst die Aufgabe das vorhandene Tatsachenmaterial aus den Gebieten der Paläontologie, Systematik, Biologie, der vergleichenden Morphologie, Physiologie sachgemäß einzuteilen und anzuordnen. Dabei geht man am besten von den Grundprinzipien alles tierischen Lebens, von den Lebensfunktionen aus, die zur Erhaltung des Individuums und zur Erhaltung der Art notwendig sind. Bei den Insekten fallen unter die 1. Gruppe die Beschaffung der Nahrung und die Wohnung (Nestbau), die man zusammenfassend als Wirtschaft (Ökonomie) bezeichnen kann. Die 2. Gruppe begreift die Erscheinungen der Fortpflanzung ein, die Beziehungen der Geschlechtstiere zu einander sowie zu den übrigen Staatsmitgliedern, die Koloniegründung, Brutpflege usw. Die 3. Gruppe umfaßt die typischen Lebensäußerungen des Staats, zu dem Wirtschaft und Fortpflanzung erst durch die soziale Organisation werden: die Beziehungen der Einzelindividuen im Staat zu einander, die der einzelnen Gesellschaftskörper zu einander, Sozialparasitismus, Sklaverei usw., die Beziehungen fremder Elemente zum Staatsganzen und als differenziertesten Ausdruck der sozialen Organisation die Erscheinungen des Polymorphismus, Individuum, Art und Staat dokumentieren sich also in Wirtschaft, Fortpflanzung und sozialer Organisation, indem jedes Glied erst durch das vorhergehende ermöglicht wird, die zusammen aber erst zur Existenz eines sozialen Organismus führen. Diese 3 Gruppen schließen demnach die gesamte Biologie eines Tierstaats in sich, und wir können von einer ökonomischen, einer geneomischen und einer demonomischen Funktion sprechen. Die Beschreibung des Entwicklungsverlaufs dieser soziologischen Funktionen, die soziologische Phasenlehre, hat bei den In-

sektenstaaten 3 große Abschnitte zu behandeln, die im Lauf der Zeit nach einander durchschritten wurden: 1. die solitäre (infrasoziale) Stufe, 2. die präsoziale (subsoziale), 3. die soziale Stufe. Die Untersuchung des Ablaufs dieser Stufen in Wirtschaft, Fortpflanzung und sozialer Organisation soll zur Kenntnis der Entwicklungsgesetze führen. Dabei ist nach Hermann Eidmann (Ziele und Aufgaben der Tiersoziologie, im 48. Band des Biologischen Zentralblatts) für die soziologische Betrachtungsweise die Untersuchung jedes Teilgebiets des sozialen Lebens von den Uranfängen an bis zum jetzigen Zustand viel vorteilhafter als die Untersuchung aller Teilgebiete während jeder einzelnen Stufe, wenn dadurch auch der Nachteil mannigfacher Überschneidungen der Darstellungen in Kauf genommen werden muß. Naturgemäß wird der Entwicklungsverlauf der Tiersozietäten immer einen hypothetischen Charakter haben, weil wir uns von der Evolution der sozialen Gewohnheiten der Tiere früherer Zeiten keine unmittelbare Vorstellung verschaffen können. Die paläontologischen Funde über die Lebensweise ausgestorbener Insektenarten sind sehr selten. Eidmann sind nur die von Anton Handlirsch (Fossile Wespennester) beschriebenen fossilen Eumenidennester und die von Branner (Ants as Geologic Agents in the Tropics) als Spuren der Grabtätigkeit von Attiden gedeuteten Bildungen bekannt. Doch gestatten viele der erhaltenen Reste der Insekten Rückschlüsse auf ihre Lebensgewohnheiten durch morphologische Manifestierungen. So ist die Zunge der Biene das untrügliche Zeichen ihres Blütenbesuchs, der flügellose, stonote Ameisenarbeiter die Urkunde einer bereits hochentwickelten Sozietät, das Vorkommen von Ameisen und Blattläusen in dem gleichen Bernsteinstück läßt uns auf die damals schon entwickelte Trophobie und die Reste von Paussiden mit ihren ausgeprägten Kennzeichen der Myrmekophilie auf Gastpflege in jenen uralten Ameisenstaaten schließen.

Die Dokumente der Paläontologie sind also für die Biologie von größtem Wert. Geben sie uns doch von der Entwicklung der Insekten wenigstens im groben Umriss eine klare Vorstellung. Weiteres wichtige Material vermittelt die vergleichende Biologie der noch lebenden solitären und präsozialen Verwandten der sozialen Arten. Diese stellen die Stufen dar, die die sozialen Formen während der Entwicklung durchliefen.

Die weitere Erforschung ihrer Lebensweise, vor allem der die Tropen bevölkernden Arten, wird die großen Züge der soziologischen Entwicklung erhellen. Neben diesen beiden Hauptquellen für die notwendigen Materialien stehen noch die vergleichende Anatomie und Morphologie und die geographische Verbreitung der lebenden und fossilen Arten neben anderm zur Verfügung. Diese Untersuchungen werden eine Systematik der Entwicklung bringen.

Neben dieser rein deduktiven Arbeit muß die induktive die Richtlinien der sozialen Entwicklung innerhalb der verschiedenen Funktionen ermitteln. Wir erkennen darin zunächst das gesetzmäßige Fortschreiten aller sozialen Prozesse in ganz bestimmten Richtungen und eröffnen so das Verständnis der gegenwärtigen verwickelten sozialen Zustände. In einigen Insektenstaaten ist die soziale Entwicklung offenbar bereits am Ende angelangt, und seit Jahrmillionen scheinen sich diese Sozietäten nicht mehr wesentlich verändert zu haben. Besonders vertieft wird dieses Studium durch die Erforschung der dem sozialen Fortschritt zugrunde liegenden Ursachen, deren Kenntnis zur Aufklärung der Entwicklungsgesetze wichtig ist. Der einzuschlagende Weg ist auch hier wieder die Vergleichung. Naturgemäß kann sich die Entwicklungsgeschichte der verschiedenen Insektenstaaten niemals genau decken, da die inneren wie die äußeren Bedingungen zu verschieden gewesen sind. Zur Tierzucht konnten die rein von Pflanzen lebenden Termiten niemals aufsteigen, wie die ursprünglich auf animalische Nahrung angewiesenen Ameisen. Zur Beurteilung der Entwicklungshöhe bedürfen wir eines Maßstabs. Entweder können wir alle soziologischen Funktionen gleichmäßig gegen einander abwägend als Gradmesser benutzen oder aber eine besonders wichtige herausgreifen. Als solche kommt vor allem die soziale Organisation in Betracht, sie erlaubt auch die Grenze zwischen präsozialen und sozialen Formen zu ziehen. Die soziologischen Funktionen: Wirtschaft, Fortpflanzung und soziale Organisation, stellen das Fundament zur Existenz einer Gesellschaft dar, auf dem sich erst die höheren soziologischen Funktionen, die intellektuellen, entwickeln konnten, die Sprache, Religion, Kunst, Wissenschaft usw. Diese intellektuellen Funktionen der menschlichen Gesellschaft kann man den 3 erstgenannten natürlichen Funktionen gegenüberstellen. Damit sind alle sozialen

Entwicklungsgesetze der Insektenstaaten natürliche Entwicklungsgesetze, die unter dieser Erkenntnis auch eine Vergleichungsbasis zwischen Insekten- und Menschenstaaten abgeben können. Die Insektenstaaten zeigen uns, wie weit die soziale Entwicklung auf rein physiologischer Basis gehen kann. Die Kenntnis des Entwicklungsverlaufs der natürlichen Funktionen ist deshalb auch von praktischer Bedeutung, weil sie auch in der menschlichen Gesellschaft nicht durch den Intellekt beeinflussbar sind. Die vergleichende Soziologie kann uns aber noch weiterhin zu allgemeinen soziologischen Entwicklungsgesetzen bringen. »In der Tat weisen Insekten- und Menschenstaaten bei tieferer Betrachtung so viele überraschende Ähnlichkeiten auf, daß der Gedanke des Vorhandenseins gleicher sozialer Entwicklungsgesetze trotz der ungeheuren Verschiedenheit der Einzelkomponenten in den verschiedenen Gesellschaftsformen sich geradezu aufdrängen muß.« Wheeler drückte dies folgendermaßen aus: »Die menschlichen und Insektengesellschaften sind so ähnlich, daß es schwierig ist wirklich fundamentale biologische Unterschiede zwischen ihnen zu entdecken.« Gehen wir mit Eidmann noch weiter, und vergleichen wir die überorganische Entwicklung mit der organischen, so können wir die Entwicklung des Individuenstaats mit der des Zellenstaats respektive des Einzelindividuum in ontogenetischer wie phylogenetischer Hinsicht in Parallele stellen.

Daraus wird erkannt, daß die organische wie die überorganische Entwicklung in ihren Grundzügen von gleichen Gesetzen beherrscht wird. So sehen wir mit einem Schlag die gesamte organische Entwicklung, die ungeheure Strecke von der Einzelzelle zum Zellenstaat, vom Zellenstaat zum Individuenstaat, als eine wunderbare Kette von Entwicklungsprozessen, die in ihren Grundzügen den gleichen Gesetzen gefolgt sind.

**Gemeinver-
ständliche
Schriften**

Das Reich der *Blumen* behandelt in dichterischer Schönheit Theodor Lessing (Blumen /Berlin, Oesterheld & Co./). Hier wird nicht nur eine Überfülle von Erfahrungen und Beobachtungen niedergelegt, es wird auch eine stets anregende Einführung in die Naturwissenschaften und in die naturwissenschaftliche Philosophie bei diesen Plaudereien vermittelt, die in einem blühenden Blumengarten beginnen und in der Gletscherzone, in starrer Steinwelt ausklingen.

Heute, da so viele Menschen von der Leidenschaft für die *Kakteen* ergriffen sind, wird das *Kakteenbuch* Walter Koppers / Berlin, Verlag der Gartenschönheit / lebhaften Anklang finden. Nach einer kurzen geschichtlichen Einleitung werden das Leben und die Lebensbedingungen der *Kakteen* in der amerikanischen Heimat, wird überhaupt die Biologie dieser Pflanzen entwickelt. Eine Gesamtübersicht über die *Kakteenfamilie* nimmt den Hauptteil des Buches ein, das jedem Liebhaber ein guter Führer durch die Fülle der Erscheinungen sein kann. Ausgezeichnet ist die Kultur der *Kakteen* abgehandelt sowie die Vermehrung und Veredlung der *Kakteen* geschildert. Auch ist genügend breit für die Praxis ein Einblick in die Krankheiten und Schädlinge der *Kakteen* sowie deren Bekämpfung gegeben.

Kurze Chronik In Warwickshire in England, in der selben Gegend, in der vor etwa 30 Jahren das Skelett eines *Ichthyosaurus* ausgegraben wurde, wurde jetzt ein *Plesiosaurus* gefunden, dessen Alter auf 100 bis 200 Millionen Jahre geschätzt wird. Es ist 16 Fuß lang und gut erhalten; alle Zähne sitzen noch im Kiefer. Es wird ins Britische Museum gebracht werden. ◊ Der Direktor der *Biologischen Anstalt* auf Helgoland Wilhelm Hielk teilt mit, daß jetzt im neuen Gebäude mehrere der als Arbeitsplätze für Forscher und Studenten eingerichteten Räume mit Zentralheizung versehen sind. Somit ist auch im Winter und besonders im Frühjahr Gelegenheit die wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der marinen Zoologie, Botanik und Physiologie fortzusetzen. Anmeldungen und Anfragen sind unpersönlich an die *Biologische Anstalt* zu richten, die über Reise und Unterkunftsmöglichkeit nähere Auskünfte erteilt. ◊ Eine neue Art *Zoologischer Garten*, ein *Geographischer Tierpark*, wird in Hellabrunn bei München errichtet. Die Tiere sollen dort in großen Gehegen, und zwar nach ihrer natürlichen Gruppierung in den verschiedenen Zonen gehalten werden, so daß ein Bild der natürlichen Fauna geboten wird. Man hofft auch, daß die Tiere sich durch die größere Freiheit, die ihnen dort gegeben ist, besser fortpflanzen werden. ◊ Zu Ehren *Abraham Flexners* wurde in New York ein *Abraham-Flexner-Lehrstuhl* errichtet. Zu dessen erstem Inhaber wurde der *Hamburger Ordinarius* für Anatomie *Heinrich Poll* ausersehen.

Psychologie / Rudolf Arnheim

Handlung und Bedürfnis Allmählich fängt man an, wie die Sinneswahrnehmungen, auch die sogenannten höheren psychischen Prozesse, vor allem die Gebiete der Vornahme- und Gefühlspsychologie, der experimentellen Erforschung zugänglich zu machen. Zumal seit sich immer mehr die Überzeugung durchsetzt, daß exakte Gesetzmäßigkeiten im Psychischen nicht nur bei den Wahrnehmungen (etwa *Weber-Fechnersches Gesetz*) sondern bei allen Erscheinungen des Seelenlebens, die kompliziertesten und die krankhaften miteingerechnet, vorhanden sind. Besonders wichtig für unsere Kenntnis der Willensvorgänge sind die Arbeiten, die in den letzten Jahren von dem Berliner Psychologen *Kurt Lewin* und seinen Schülern ausgeführt worden sind. Lewin ist der Meinung, daß die Forschung sich hier zunächst nicht an Sensationsfälle von besonders eklatantem Aufwand an Willenskraft halten solle sondern an die gewöhnlichen Vornahmehandlungen des täglichen Lebens, wie sie jeder Mensch jeden Augenblick erlebt.

Die herrschende Meinung der Wissenschaft war, daß jede vorsätzliche Handlung mit einem auch erlebnismäßig klar gegebenen Willensakt begonnen werde. Nach der Theorie *Narziss Achs*, der sich mit diesen Dingen besonders beschäftigt hat, besteht der Willensakt darin, daß eine »Zielvorstellung« (etwa einen Brief in den Briefkasten werfen) mit einer »Bezugsvorstellung« (Briefkasten) verknüpft wird, und daß dann beim Auftreten der Bezugsvorstellung die durch den Willensakt damit verknüpfte Zielvorstellung als Handlung ausgelöst wird. Bestände aber eine Vornahme lediglich in einer solchen Kopplung von Vorstellungen, die sich dann bei gegebener Gelegenheit auswirkt, so wäre etwa bei unserm Beispiel zu erwarten, daß ein Mensch, der sich vorgenommen hat einen Brief einzuwerfen, nun jedesmal, wenn ein Briefkasten auftaucht, einen Antrieb verspüren müßte den Brief einzuwerfen, auch wenn dies längst geschehen wäre; denn da im psychischen Mechanismus ja nichts vor sich gegangen sein soll als eine Verkopplung von Vorstellungen, ist nicht einzusehen, weshalb diese Bindung sich nach Ausführung der gewollten Handlung lösen sollte. In Wirklichkeit stellt aber typisch der Briefkasten nur so lange einen Reiz dar, bis der Brief eingeworfen ist; ist dies geschehen, so bleiben Briefkästen fürderhin unbeach-

tet. Die Nachwirkung der Vornahme erlischt, sobald sie ihre Funktion erfüllt hat. Lewin versucht nun, den Tendenzen der modernen Psychologie entsprechend, diese statische Betrachtungsweise, die das Seelenleben eigentlich nur als ein Reservoir von festen, mit einander kombinierbaren Inhalten ansieht, durch eine dynamische zu ersetzen. Nach seiner Meinung erzeugt eine Vornahme ein »gespanntes System«, das nach Lösung in einer bestimmten Richtung drängt. Damit ist zunächst nicht eine Beschreibung des physiologischen Vorgangs gemeint, obwohl auch eine solche Fundierung zweifellos möglich werden wird, sondern eine Übertragung von Begriffen, wie wir sie aus der Physik kennen, auf das Gebiet des Seelischen, und es kommt nun alles darauf an, ob sich mit Hilfe dieser von anderswoher entlehnten Begriffe die Tatsachen befriedigend erklären lassen.

Unvoreingenommen betrachtet liegt es bei den Vornahmehandlungen ähnlich wie bei den sogenannten Triebbedürfnissen. Auch das Bedürfnis nach Speise oder nach Geschlechtsbetätigung beschreibt man am besten als das Vorhandensein eines relativ geschlossenen seelischen Spannungssystems, das nach Entspannung drängt. Und zwar ist bei diesen Triebbedürfnissen typisch nicht eine konkrete Zielvorstellung vorhanden, sondern ein mehr oder weniger diffuser Drang, der sich jede in diese Richtung schlagende Gelegenheit, auch wenn sie unvorhergesehen ist, zu eigen macht. Die zur Befriedigung geeigneten Gegenstände der Umwelt zeigen einen »Aufforderungscharakter«. Ebenso scheint jede Vornahme eine Bereitschaftsspannung zu erzeugen, die bewirkt, daß alle für die Erfüllung des Vorsatzes geeigneten Dinge des »äußern Umfelds« von sich aus auffordernd auf das Individuum wirken und dadurch die Handlung auslösen. Die Vornahme bringt also nicht bestimmte Vorstellungskopplungen hervor sondern erzeugt einen bedürfnisartigen Spannungszustand, ein »Quasibedürfnis«, das bei der Wunschbefriedigung abklingt.

Diese theoretischen Anschauungen, die Lewin in seinem Buch *Vorsatz, Wille und Bedürfnis* (Berlin, Julius Springer/dargelegt hat, werden nun in einzelnen Arbeiten, die als »Untersuchungen zur Handlungs- und Affektpsychologie« von ihm herausgegeben werden, experimentell nachgeprüft. Eine Untersuchung Bluma Zeigarniks (im 9. Band der Psychologischen Forschung) geht von folgender Frage aus: Wenn die Vornahme

einen Spannungszustand erzeugt, der bis zur Erledigung der Handlung andauert, so muß offenbar, wenn eine Handlung vor Beendigung unterbrochen wird, dieser Spannungszustand noch weiter andauern. Nun ist zwar nach Lewin eine solche Spannung als ein relativ geschlossenes System innerhalb des Seelenlebens anzusehen, trotzdem läßt sich ihr Einfluß unter Umständen in anderen Bereichen, zum Beispiel auf dem Gebiet des Gedächtnisses, konstatieren. Zeigarnik ließ die Versuchspersonen hinter einander eine Reihe von Tätigkeiten ausführen (Monogramme zeichnen, rechnen, Rätsel raten, Texte abschreiben), wobei sie immer einige dieser Aufgaben ganz zu Ende führten, bei anderen aber mitten in der Arbeit unterbrochen wurden. Nach der Beendigung der Versuchsstunde mußte nun die Versuchsperson aufzählen, was sie alles getan hatte. Es ergab sich, daß unerledigte Handlungen nahezu doppelt so gut behalten werden wie erledigte. Bei den unerledigten ist nämlich der Spannungszustand noch nicht erloschen, und daher drängen sie sich gedächtnismäßig am leichtesten vor. Am stärksten tritt diese Wirkung auf, wenn die Versuchsperson von den Versuchen affektiv gepackt wird, etwa großen Ehrgeiz entwickelt. Charakteristisch ist auch, daß unerledigte Handlungen dann besser behalten werden, wenn die Aufgabe an sich ein sehr ausgeprägtes Ende hat, zum Beispiel Lösen einer Rechenaufgabe, während beispielsweise das Zeichnen eines endlosen Musters viel schlechter behalten wird. »Je ungebrochener die Bedürfnisse eines Menschen sind, je kindlicher und natürlicher er im Versuch steht, desto stärker ist das Überwiegen der unerledigten Handlungen.« Diese Methode gibt also auch eine Art von Indikator für gewisse Charakterseiten. Typisch dafür ist beispielsweise, daß bei Menschen mit starken Störungen des Selbstbewußtseins (Minderwertigkeitsgefühl) oft die unerledigten Handlungen schlecht behalten werden, weil bei ihnen offenbar Verdrängungsprozesse im Sinn Freuds eintreten, die jede unangenehme Erinnerung an das Unerledigte zu verhindern suchen. Das Verhalten des einzelnen Menschen bleibt, wenn man die Versuche mit ihm wiederholt, recht konstant, während bei den verschiedenen Menschen, je nach ihrem Charakter und ihrer Beziehung zur Versuchssituation, das Verhältnis der behaltenen erledigten Handlungen zu den behaltenen unerledigten durchaus verschieden ist.

Unter anderen Versuchsbedingungen kann man es auch erreichen, daß der ungelöste Spannungszustand bei Unterbrechung einer Handlung zur spontanen Wiederaufnahme führt. Dies geschieht auch, wenn der Versuchsleiter die Wiederaufnahme verbietet, auch wenn während der Unterbrechungszeit an die noch unerledigte Aufgabe gar nicht gedacht wurde, und auch wenn kein äußerer Reiz (Anblick der unfertig daliegenden Arbeit) zur Beendigung auffordert. In noch unveröffentlichten Versuchen Maria Ovsiankinas wurden die Versuchspersonen in ihrer Beschäftigung unterbrochen, indem man sie zwischen durch anderweitig beschäftigte. In sehr vielen Fällen wurde nach Beendigung der Zwischenhandlung die unvollendete ohne weiteres fortgesetzt. Dabei ist es nicht etwa so, daß der Grad des Interesses, den die Versuchsperson für die einzelne Aufgabe hat, ausschlaggebend wäre, in dem Sinn, daß nur die interessanten Aufgaben wiederaufgenommen werden. Viel wichtiger ist, wie auch bei Zeigarniks Untersuchungen, die Struktur der Handlung an sich: Endhandlung oder endlose Handlung.

Die Vornahme erzeugt also eine bedürfnisartige Spannung, die bis zur Erreichung des Ziels andauert und sich dann auflöst, so daß zum Beispiel bei ziemlich wichtigen vollendeten Alltagshandlungen oft gar keine Erinnerung zurückbleibt, während auch sehr gleichgültige Handlungen, die nicht beendet wurden, oft lange im Gedächtnis bleiben. Es machen sich starke Tendenzen bemerkbar Unvollendetes zu vollenden. Lewin legt nun aber Wert auf die Feststellung, daß die Vornahmehandlung, die mit einem deutlich erlebten Willensakt beginnt, eigentlich gar nicht sehr häufig vorkommt sondern Ausnahme ist. Überdenkt man die vielen kleinen Handlungen, die man während eines Tages vollzieht, so zeigt sich, daß die meisten ganz automatisch, ohne deutlichen Entschlußakt, ablaufen, unmittelbar ausgelöst durch den Aufforderungscharakter der in Betracht kommenden Gegenstände oder Situationen. Es liegt in der Regel nur eine sehr umfassende, wenig spezielle Vornahme (zum Beispiel: ins Geschäft fahren wollen) zugrunde, und die Einzelhandlungen (Mantel anziehen, einsteigen, Fahrkarte lösen, an der richtigen Station aussteigen, Tür aufschließen) werden fast ohne unser Zutun durch das Auftreten der auslösenden Gegenstände im psychischen Umfeld (Anblick des Mantels, des Straßenbahn-

wagens usw.) veranlaßt; ihren Aufforderungscharakter erhalten diese Gegenstände auf Grund einer sehr wenig differenzierten Prädisposition in dem betreffenden Menschen, die meist nur eine sehr allgemeine Richtung, keine konkreten Zielvorstellungen enthält. Diese "Feldhandlungen" bilden also den häufigsten Typus von Handlungen, während wirklich erlebte Entschlüsse nur bei komplizierteren Verhältnissen auftreten, etwa wenn eine Unlust niedergekämpft werden muß.

Diese Untersuchungen zeigen, daß sich eine Psychologie der Handlung herausbildet, die den Menschen nicht, wie das die Psychologie früher zu tun pflegte, isoliert sondern in seinem Umfeld betrachtet und den Einfluß von "Feldkräften" als Antrieb zum Handeln betont.

Experiment und Gesetz

Die wichtigste Methode, deren sich der experimentell arbeitende Psychologe bedient, um die Wahrheit seiner Sätze zu beweisen, ist die statistische. Hierbei geht man so vor, daß man aus dem Problemgebiet eine Anzahl von Einzelfällen ganz beliebig herausgreift, und gerade weil sie unausgewählt herausgegriffen sind, betrachtet man sie als typisch. Man sagt: So wie diese Fälle sind, so werden Fälle dieser Art allgemein sein. Die Auswertung dieser Einzelfälle vollzieht sich unter Berücksichtigung der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Will man etwa untersuchen, ob "der" Mensch typisch auf einen bestimmten Reiz, etwa einen elektrischen, reagiert oder nicht, so nimmt man 100 beliebige Versuchspersonen, bei denen man noch möglichst darauf achtet, daß sie nicht dem selben Beruf, dem selben Lebensalter, dem selben Geschlecht angehören sondern in diesen Eigenschaften verschieden von einander sind, und probiert nun durch, bei wie vielen eine Reaktion eintritt und bei wie vielen nicht. Nach der bloßen Wahrscheinlichkeit sind für positiven wie für negativen Ausfall gleich viele Fälle zu erwarten: bei 50 % der Fälle muß die Reaktion auftreten, bei den übrigen 50 % nicht. Liegt nun eine Naturgesetzlichkeit dafür vor, daß auf unsern elektrischen Reiz eine Reaktion beim Menschen eintritt, so werden sehr viel mehr Menschen positiv reagieren als nach der bloßen Wahrscheinlichkeit zu erwarten wäre. Bekommt man etwa bei 200 Versuchspersonen 170mal die Reaktion, 30mal keine, so ist die Wahrscheinlichkeit weit überschritten, und man behauptet, daß

hier eine gesetzlich auftretende Reaktion für "den" Menschen vorliegt; den negativen Ausfall der Restgruppe erklärt man aus zufälligen Unreinheiten des Versuchs. Oder aber man sagt: Absolute Gesetzmäßigkeiten im Sinn einer ausnahmslosen Geltung gibt es nicht, es gibt immer nur empirisch-statistisch begründete Regeln, die es gestatten mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu prophezeien, daß, wenn man auf einen Menschen diesen elektrischen Reiz ausübt, er so und so reagieren wird.

Es ist dies eine induktive Methode; sie schließt von vielen Fällen auf alle. Seit langem hat man die Gültigkeit solcher Beweise angezweifelt und behauptet: Wenn ich hundertmal beobachtet habe, daß die Sonne allmorgendlich im Osten aufgeht, und auf Grund dieser Fälle verallgemeinernd geschlossen habe, daß sie dies immer tut, so handelt es sich da nur um eine empirische Regel, und nichts spricht dagegen, daß die Sonne morgen im Westen aufgehen wird (Hume). Von solchen Überlegungen aus haben viele Naturwissenschaftler heute die Überzeugung, daß die Allgemeingültigkeit eines Naturgesetzes mindestens auf keine Weise zwingend beweisbar sei, und daß es sich bei allen Ergebnissen nur um statistisch fundierte Erfahrungsregeln handeln könne.

Einen Versuch diesem Dilemma dadurch zu entrinnen, daß eine andere Definition des Gesetzesbegriffs vorgeschlagen wird, findet man in einer Schrift *Kurt Lewins* Gesetz und Experiment in der Psychologie /Berlin, Weltkreisverlag/.

Lewin weist auf den von jedem naturwissenschaftlich denkenden Psychologen als Axiom anerkannten Satz hin, daß alles im Seelenleben streng gesetzlich verlaufen müsse, und folgert daraus: Wenn ich ein einziges Mal einen individuellen psychologischen Vorgang beobachtet und die Faktoren für sein Zustandekommen ausfindig gemacht habe, so kann ich streng gesetzlich und allgemein behaupten, daß jedesmal, wenn sich in der Welt diese Bedingungen wieder genau so realisieren werden, auch dieser Vorgang wieder genau so ablaufen wird. Ich brauche also zur Aufstellung dieses Gesetzes gar keine gehäufte Wiederholung des identischen Experiments, sondern ich schließe auf Grund eines einzelnen Falls. Ich mache den Übergang von "diesem" Fall zu "einem solchen" Fall. Dazu gehört aber vor allem, daß ich meinen Einzelfall, von dem ich ausgehe, ganz genau kenne, daß ich also weiß, welche Faktoren und

auf welche Weise sie zusammengewirkt haben. Denn erst dann "kenne" ich ihn ja im exakten Sinn des Wortes, und erst nach so eindeutiger und erschöpfender Definition habe ich die Möglichkeit ihn als "einen solchen" Fall immer wieder zu diagnostizieren. Diese Kenntnis schaffe ich mir nun dadurch, daß ich die Bedingungen für das Zustandekommen des Vorgangs variiere, um sie isoliert klarlegen zu können. Und zu diesem Zweck wiederhole ich mein Experiment. Ich wiederhole es etwa mit verschiedenen Versuchspersonen, um zu sehen, ob es in der Veranlagung des Einzelindividuums Faktoren gibt, die für meinen Vorgang konstitutiv wichtig sind. Und angenommen, der Vorgang erweist sich bei verschiedenen Versuchspersonen als gleich, so variiere ich einzelne Bedingungen der Versuchsanordnung, um zum Beispiel zu erfahren: was darf ich eliminieren, ohne daß der Vorgang gestört wird, was aber muß unbedingt vorhanden sein.

Man sieht, daß hier das Experiment nicht deshalb hundertmal wiederholt wird, um dadurch seine Gültigkeit statistisch zu erweisen, sondern nur, um diesen einen Fall immer neu abgewandelt zu untersuchen und dadurch genaue Kenntnis über die Bedingungen seines Zustandekommens zu erhalten. Und hat man den Tatbestand hinreichend geklärt, so schließt man: Treten diese Bedingungen wieder auf, so wird wieder das selbe passieren. Noch einen andern Zweck hat die Wiederholung des Experiments. Sie soll nämlich die Einwirkung zufälliger Begleitfaktoren, die mit dem eigentlich gemeinten Vorgang gar nichts zu tun haben, die aber in einzelnen "historisch realisierten" Fall leicht auftreten, eliminieren; Einflüsse zum Beispiel, die auf einen momentanen Kopfschmerz oder eine Ablenkung der Versuchsperson, auf zufällige Eigenschaften des gerade benutzten Versuchsobjekts zurückzuführen sein können. Deshalb wechselt man die Versuchspersonen und -objekte aus und wertet nun statistisch, indem man postuliert: Zufällige, das heißt nicht gesetzlich auftretende Faktoren werden sich bei genügender Wiederholung herausheben. Diese statistische Häufung soll nicht durch Wiederholung beweisen sondern nur den Einzelfall rein heraus Schälen. Dieser Gesetzesbegriff stent offenbar in einem merkwürdigen Verhältnis zur Wirklichkeit. Denn wenn ein Gesetz nichts weiter aussagt, als daß ein einmal gültig beschriebener Einzelvorgang immer wieder auftreten wird, sobald die

identischen Vorbedingungen sich irgendwo in der Welt einmal realisieren, so sagt man sich sofort: Unsere Erkenntnis ist doch nicht allen realiter vorkommenden Einzelfällen mit gleicher Aufmerksamkeit zugewendet. Unser Bestreben geht doch auf allgemeine Gesetze; wir möchten die verschiedenen Erscheinungen auf unserm Gebiet mit wenigen gemeinsamen Begriffen erklären, um einen großen Zusammenhang, ein "System" zu bekommen. Welche Typen von Einzelfällen sind es nun, deren Untersuchung fruchtbar ist in dem Sinn, daß sich bei ihnen die Einwirkung von Faktoren feststellen läßt, denen eine sehr verbreitete Wirksamkeit auch bei anderen Vorgangstypen zukommt? Wann hat man es mit einem charakteristischen, wann mit einem relativ speziellen Typus zu tun? Dazu ist zunächst negativ zu sagen, daß es für die Wichtigkeit und Wesentlichkeit auch oft realisierter Vorgänge kein Kriterium gibt; denn für unsere Erkenntnis sind nicht diejenigen Fälle die wichtigsten, die am häufigsten in der Natur realisiert sind, sondern diejenigen, in denen sich das Wirken der Grundfaktoren besonders typisch zeigt. Es kann ein Fall höchst selten, ja niemals zu wiederholen sein (Beispiel: irgendeine seltene Gehirnverletzung, die einen wichtigen Aufschluß über die Lokalisierung der psychischen Funktionen gibt) und dennoch für den Aufbau des Gesamtsystems der Psychologie wichtiger als ein Vorgang, der alle Augenblicke passiert und mühelos herzustellen ist. Eine positive Möglichkeit allerdings, wie charakteristische Einzeltypen herausgefunden werden können, gibt Lewin nicht. Das wäre eine Aufgabe, die nur durch schöpferische Intuition, nicht durch irgendein erdachtes mechanisches Ermittlungsverfahren zu lösen ist.

Musik

Die Künstler beklagen sich oft darüber, welche Enttäuschung sie erleben müssen, wenn sie sich an die Wissenschaft wenden, um zu erfahren, was sie ihnen über ihre Arbeit zu sagen hat. Charakteristisch für diese Art von Büchern, die dem Titel nach von Kunst handeln, obwohl von dem Wesentlichen des Themas nachher gar nicht die Rede ist, ist die Schrift des Physiologen *Johannes von Kries* *Wer ist musikalisch?* (Berlin, Julius Springer/. Kries löst aus dem Komplex Musik einfache sinnespsychologische Faktoren heraus, wie sie die Forschung heute schon exakt erfassen kann, und spricht nun eigentlich mehr

von diesen als von der Musik. Der »belangreichste« und »fruchtbarste« Gesichtspunkt, um an den Begriff Musikalität wissenschaftlich heranzukommen, scheint ihm der folgende: »Alle Musik findet letzten Endes ihre Grundlage in gewissen sinnlichen Empfindungen, und zwar in Empfindungen des Gehörssinnes, die einerseits nach Tonhöhe, Stärke, Klang, andererseits nach ihren zeitlichen Verhältnissen in bestimmter Weise geordnet sind.« Dieses Empfindungsmaterial wird dann, in übergeordneten Prozessen, "psychologisch verarbeitet". Und nun folgen Ausführungen über die Vergleichung der Tonhöhe (Unterschiedsempfindlichkeit, Schwellenwerte), über »die quantitative Vergleichung zweier durch genau die nämlichen Gehörsempfindungen begrenzter Zeitstrecken« usw. Aber heißt das nicht so weit zurückgehen, daß es für die Erkenntnis der Musik schon gar nichts mehr bedeutet, und passieren nicht bei dieser Reduktion auf wenige, einfachste Grundfaktoren teilweise wirkliche Fehldeutungen, so wenn die Unterscheidung des Legato- und Staccato-spiels lediglich auf die Wahrnehmung »geringfügiger Unterschiede in den zeitlichen Verhältnissen der aufeinanderfolgenden Töne« zurückgeführt wird?

Kries unterscheidet die »intellektuelle Musikalität« von den gefühlsmäßigen und den ästhetischen Wirkungen der Musik. Unter intellektueller Musikalität wird die Verarbeitung des »Empfindungsmaterials« durch Vorstellungen und Denkprozesse verstanden, und zwar besteht diese vor allem in der Unterscheidung der Tonhöhen und der zeitlichen Verhältnisse und im musikalischen Gedächtnis. Musikalisches Gedächtnis und Erfassung eines Melodieganzen beruhen nach Kries auf der Erkennung des Rhythmus, der Intervallverhältnisse und der Harmonieen (wobei unter Rhythmus auch nur die Aufeinanderfolge regelmäßiger Zeitstrecken verstanden ist und über den eigentlichen Rhythmus eines Melodieganzen gesagt wird, das sei Sache einer »verständnisvollen Auffassung und einer ergänzenden Einbildungskraft«, also eines mit exakten Mitteln unangreifbaren Unbekannten). Es wird zwar gesagt, daß es sich hierbei nicht um eine additive Zusammenfügung einzelner Faktoren sondern um ein unteilbares Ganzes handle. Aber all das bleibt Behauptung. Es wird nicht versucht etwas über die Erfassung des Ganzen zu erfahren, und selbst wenn von dem »innern Zusammenhang der in zeitlicher Folge gegebenen Teile« gespro-

chen wird, ist damit gemeint, daß »die Vorstellung jedes Teils die des folgenden in Erinnerung rufe«, und sich so die Möglichkeit ergebe ein zeitlich sehr ausgedehntes Gebilde aufzufassen. Daß übrigens für die Wiedererkennung einer Melodie die absolute Konstanz der Intervallfolge maßgebend sei, ist mittlerweile nicht mehr allgemeine Meinung; auch hier kommt es nicht auf die absolute Größe der einzelnen Teilschritte sondern auf ihre Stellung im Melodieganzen an, wie Max Wertheimer (Über Gestalttheorie /Erlangen 1925/) dargetan hat. Schon als höhere Prozesse, als Verarbeitung des Materials, das die intellektuelle Musikalität liefert, wertet Kries die Befriedigung, die man bei einem Rhythmus empfindet, die Auffassung von Konsonanz und Dissonanz usw. Diese Unterscheidung, ganz in der Denkweise der alten Psychologie vorgenommen, wirkt heute künstlich. Die Auffassung von Konsonanz und Dissonanz, ja selbst die Auffassung einer Melodie scheint uns heute ein ebenso unmittelbarer Wahrnehmungsvorgang zu sein wie das Unterscheiden zweier Tonhöhen. Und gar als intellektuell möchte man weder den einen noch den andern Prozeß bezeichnen. Wenn definiert wird, eine Melodie sei »eine Reihe in bestimmter Weise sowohl nach ihrer Tonhöhe als nach ihren zeitlichen Verhältnissen (rhythmisch) geordneter Töne«, so ist damit etwas so Allgemeines gesagt, daß der eigentlich interessierende Unterschied zwischen Melodie und sinnloser Tonfolge noch gar nicht berührt wird. Kries glaubt offenbar, daß die Frage danach die Grenzen wissenschaftlichen Erkennens überschreite, er sagt, daß feste Regeln hier nicht zu finden seien, und daß das Wohlgefallen an einer melodischen Tonfolge offenbar die Freude an der Betätigung »einer frei erfindenden, an keine bestimmte Regel gebundenen Einbildungskraft« sei. Er erkennt solche Regeln für die Folge von Dissonanzen und Konsonanzen und für den architektonischen Aufbau von Musikstücken an, doch hält er sich dabei an Musiknormen, die für den heutigen Komponisten nicht mehr bindend sind, so, daß jede Dissonanz unschön sei und durch eine Konsonanz aufgelöst werden müsse, daß ein Musikstück in konstanter Tonart und Taktart gehalten sein müsse usw. Diesen Regeln kommt aber nur eine beschränkte, historische Bedeutung zu. Erstaunlich berührt es weiterhin, daß Kries den Ausdruckscharakter der Musik nicht unmittelbar in dieser enthalten sieht sondern ihn als eine Nachahmung

von Naturphänomenen definiert. Er glaubt, Freude und Schmerz könne die Musik nur vermitteln, indem sie den Klang menschlicher Stimmen imitiere, wie sie sich bei freudig oder traurig erregten Menschen anhören: »Nachahmung des Klanges stimmlicher Ausdrucksbewegungen«. Und wenn auch die Naturlaute des Jubelns oder Ächzens in unserer hochentwickelten Musik nicht direkt vorkämen, so tauche doch eine vielleicht nur entfernte Ähnlichkeit mit jenen einfachsten und primitivsten Lauten in unserer Vorstellung und Erinnerung auf. Auch Nachahmung von Naturvorgängen (Murmeln des Bachs, Sausen des Sturms) und Wiedergabe von Bewegungen durch »Nachahmung ihrer zeitlichen Formen« (leidenschaftliches Drängen, Sichzusammenreißen usw.) hält er für möglich. Aber es wird nichts davon gesagt, daß einer Tonfolge ein bestimmter Charakter innewohnen könne, der ganz ohne Erinnerungsanklänge verständlich sei, daß ein weicher und ein harter Klang, eine störende und eine zögernde Dynamik auf dem Gebiet des Klangmaterials ebenso möglich sei wie sonst irgendwo in der Natur; und, was besonders wichtig ist, daß dieser Ausdruckscharakter nicht erst etwas von außen Herangetragenes sondern in dem Erfassen der Musik ebenso elementar, nicht als Ergebnis zentraler "Verarbeitung", enthalten sei wie das Unterscheiden der Intervalle, das Erkennen von Wohl- und Mißklang. Eine greifbare psychologische Charakterisierung dieser Faktoren ist zweifellos in einem viel höhern Maß möglich als Kries glaubt. Man muß sich dazu freilich der stückhaften Begriffe der alten Sinnespsychologie entschlagen.

Kurze Chronik Auf dem Pariser Kongreß für praktische Psychologie im Herbst 1927 (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 1019 und folgende) traten *deutsche und französische Psychologen* in engere wissenschaftliche Fühlung mit einander. Von der Société Française de Psychologie wurden nunmehr einstimmig die deutschen Psychologen Karl Bühler, Wolfgang Köhler, Otto Lipmann, William Stern und Max Wertheimer zu *membres associés étrangers* gewählt. ◊ Der Ordinarius der Philosophie und Psychologie an der Universität Dorpat *Walther Schmidt-Kowarzi* folgt einem Ruf an die Pädagogische Akademie in Frankfurt. ◊ An die Universität Utrecht wurde *A. A. Grünbaum* als Lehrer der vergleichenden Psychologie berufen. Er war in Odessa geboren,

studierte bei Wilhelm Wundt und promovierte bei Oswald Külpe in Würzburg mit einer Arbeit Abstraktion der Gleichheit, die der Ausgangspunkt für eine Reihe von Untersuchungen auf dem Gebiet der Kinder- und Tierpsychologie wurde. ◊ Für das Fach der Psychiatrie habilitierte sich Artur Kronfeld in der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin; er hat eine Reihe von Büchern über Psychoanalyse, Psychopathologie und -therapie veröffentlicht, so über die psychologischen Theorien Freuds, Das Wesen der psychiatrischen Erkenntnis, Psychotherapie, Die Psychologie in der Psychiatrie. ◊ Nach Erreichung der Altersgrenze trat der Züricher Psychiater *Eugen Bleuler* in den Ruhestand. Seine Forschung galt besonders der Schizophrenie, deren Begriff er geschaffen hat. Sein Lehrbuch der Psychiatrie und seine Abhandlung Über das autistische Denken in der Medizin sind sehr bekannt.

Literatur

Eine *Einführung in die neuere Psychologie* gibt Emil Saupe heraus /Osterwieck am Harz, A. W. Zickfeldt/. Das Buch will in 24 Einzelaufsätzen verschiedener Fachleute einen Überblick über die gegenwärtigen Interessen- und Forschungsrichtungen in der Psychologie geben. Sowohl naturwissenschaftliche wie geisteswissenschaftliche Psychologie sind berücksichtigt. An der Spitze steht ein Aufsatz über die Psychologie Wilhelm Wundts. Aus dem übrigen Inhalt seien Max Wertheimers Beitrag über gestaltpsychologische Forschung, August Rieckels Bericht über eidetische Veranlagung, über die hierhergehörigen Konstitutionstypen Walter Jaenschs und die Bedeutung der Eidetik für den Charakter hervorgehoben; William Stern gibt einen Überblick über die personalistische Psychologie, Jonas Cohn über die differentielle Psychologie. Auch Psychotechnik, Religionspsychologie, Massen- und Völkerpsychologie, Psychoanalyse und Charakterologie sind vertreten. Über Individualpsychologie schreibt Alfred Adler. Jedem Aufsatz sind ausführliche Literaturangaben beigelegt. ◊ Die Psychologie *August Messers* erschien in neuer Auflage /Leipzig, Felix Meiner/. Das Werk wurde um einen Anhang vermehrt, der die Ergebnisse der neuern Forschung behandelt. ◊ Der Internationale Psychoanalytische Verlag in Wien bringt, von A. J. Storfer herausgegeben, seinen *Amann* 1928, der unter anderm 2 kleine Originalaufsätze Sigmund Freuds über Humor und über Fetischismus enthält.

Geschichte / Walther Koch

Mittelalterliche Kaiserpolitik Schon lange hat die Frage nach Nutzen und Nachteil der Kaiserpolitik des Mittelalters die Geschichtsforschung beschäftigt. In einem berühmten Streit des kleindeutschen Historikers Heinrich von Sybel mit dem großdeutschen Österreicher Julius Ficker spitzte sich vor nunmehr bald 70 Jahren die Frage zu einem historiographischen Vorspiel der innerdeutschen Entscheidung von 1866 zu. Während Ficker die universale Reichsidee in ihrer zentraluropäischen Bedeutung betonte, erklärte Sybel die italienische Kaiserpolitik für eine schwere Schädigung der nationalstaatlichen Einigung Deutschlands im Sinn der Weststaaten. Obgleich die kleindeutsche Lösung im politischen Leben den Sieg davontrug, behauptete doch die Fickersche Geschichtsauffassung in der Geisteswissenschaft lange Zeit das Feld. Noch 1895 erklärte Erich Marcks: »Sybels Buch war eine Waffe. In der Geschichte der historischen Erkenntnis war es eine Verirrung; aber der Geschichte unseres werdenden Staates gehört es bleibend und glänzend an.« Erst neuerdings erstand in dem (kürzlich verstorbenen) Freiburger deutschen nationalen Historiker *Georg von Below* ein scharfer Kritiker dieses Standpunkts. In seiner, als Beiheft der Historischen Zeitschrift veröffentlichten Untersuchung über die italienische Kaiserpolitik des deutschen Mittelalters mit besonderm Hinblick auf die Politik Friedrich Barbarossas /München, R. Oldenbourg/ setzt er sich mit den heutigen Verfechtern der italienischen Kaiserpolitik auseinander. Zuerst hatte Dietrich Schäfer in seiner Deutschen Geschichte die italienische Politik der mittelalterlichen Kaiser wieder zu verteidigen gesucht, immerhin mit Konzessionen an die Sybelsche Auffassung, daß die Italienpolitik die deutsche Verfassungsentwicklung ungünstig beeinflusst habe. Vor allem lehnte dann der Tübinger Historiker Johannes Haller, der wie Dietrich Schäfer und Georg von Below politisch rechts orientiert ist, in seinen Epochen der deutschen Geschichte die Kritik an der ottonischen Kaiserpolitik ab. Neuerdings hat Haller das Kaisertum der Ottonen, Salier und Staufer vollständig zu rechtfertigen gesucht. Als ein weiterer Gegner Belows tritt dann vor allem auch der Hauptdarsteller der salischen und staufischen Kaiserzeit, Theodor Hampe, auf den Plan.

Die Kontroverse hat eine zentrale Bedeutung. Denn von ihr hängt zugleich die Beantwortung der Frage ab, »warum in Deutschland im Lauf der Jahrhunderte die lokalen Gewalten das Übergewicht über die Zentralgewalten erhalten haben, ob diese Verfassungsentwicklung mehr Folge einer verfehlten Politik oder äußerer Schicksale und Unglücksfälle ist, warum sich ein provinzieller Geist bei uns ausgebildet, ob und in welchem Maße das Sonderrecht des Teiles, die lokale oder landschaftliche Autonomie, der Föderalismus im germanischen Wesen uranfänglich begründet oder historisch sichtbar entstanden, ob er ein Vorzug oder ein Nachteil ist, inwieweit er die deutsche Kultur gefördert hat«. Die Frage der italienischen Kaiserpolitik berührt also unsere zentrale Verfassungsfrage, die heute wieder aufs neue eine unitarische Lösung auf regionaler Grundlage erfordert. Andererseits hat die Tradition der deutschen Kaiserpolitik, die nach Italien und Rom und zum Zusammenstoß mit dem Papsttum führte, die ganze mittelalterliche Geschichte seit Heinrichs I Tagen beherrscht und noch das deutsche Geschick bis in die neueste Geschichte hinein bestimmt. Die Kritiker der italienischen Kaiserpolitik, wie Below, sehen die eigentlichen nationalen Aufgaben des deutschen Königtums des Mittelalters im Norden und Osten des Reichs, in der Hansepolitik und der ostdeutschen Kolonisation, wie sie viel mehr durch Heinrich den Löwen als durch Friedrich Barbarossa gefördert worden sind. Andererseits ist, von Percy Ernst Schramm in der Österreichischen Rundschau, darauf hingewiesen worden, daß »in einer Geschichte der Deutschen das Kaisertum immer in einen zu kleinen Rahmen gespannt bleiben muß, daß man ihm nur in einer europäischen Geschichte nach seinen Zielen und nach seinen Leistungen gerecht werden kann«. Gerade, daß die Kaiserpolitik nicht ausschließlich nationaldeutsch orientiert war, ist ja die eigentliche Anklage des deutschnationalen Historikers Georg von Below. Man muß ihm ohne weiteres zugeben, daß die politische Gesamtaufassung, die Wertvorstellungen alle geschichtliche Rückschau entscheidend beeinflussen. Daraus folgt, daß eine Politik nationaler Isolierung zu ganz anderen geschichtlichen Rückschlüssen kommen muß als eine die nationale Entwicklung in den universalen Zusammenhang Europas eingliedernde. So wird man auch zugeben müssen, daß die in-

nerdeutsche Verfassungsentwicklung in ihrer Auflösung zu partikularistischer Kleinstaaterei sicher zum guten Teil mit schon durch die italienische Kaiserpolitik des Mittelalters beeinflußt worden ist, daß aber andererseits der universale Horizont, der immer wieder das deutsche Denken ausgezeichnet hat, doch dieser Fortwirkung der römischen Reichsidee in dem mittelalterlichen Römischen Reich deutscher Nation zu verdanken ist. Noch Ranke hat in dem mittelalterlichen Kaisertum ein Mittel der Bewahrung und Fortbildung der antik-christlichen Kultur gesehen.

Auf die einzelnen Argumente für und gegen die Berechtigung der italienischen Kaiserpolitik braucht man hier nicht einzugehen, auch nicht auf die Gründe, die hier Dietrich Schäfer für die Auflösung des Reichs zu finden meint, wie häufige Dynastiewechsel in Deutschland, im Gegensatz zu dem langen Herrschen der Capetinger in Frankreich, die zerrüttende Wirkung des Investiturstreits oder die mitteleuropäische Lage. Nur sei auf das Gegenargument des führenden Geographen Albrecht Penck hingewiesen, der davor warnt »die natürlichen Ursachen für den Separatismus in den deutschen Landen zu überschätzen«. Sie sind nach seiner Meinung nicht so groß wie vielfach geglaubt wird, und namentlich sei Deutschland Frankreich gegenüber durchaus nicht so durch den Mangel einer zentralistischen Gliederung benachteiligt, wie man gewöhnlich behauptet. »Wahr ist zwar, daß Frankreich im Pariser Becken eine Landschaft besitzt, die als starker politischer Kristallisationspunkt gewirkt hat.« Aber auch Deutschland habe in dem Nordende der Oberrheinebene zwischen Frankfurt und Mainz einen ähnlichen Kristallisationspunkt staatlicher Zentralisation gehabt. So versucht Below alle Gründe, die für die italienische Kaiserpolitik sprechen, der Reihe nach zu widerlegen, und er tut das mit seiner bekannten polemischen Schärfe. Nur einer Macht habe diese Politik gedient: der römischen Kirche, der sich der Staat völlig geopfert habe. Demgegenüber sagt der neueste Vertreter einer extrem großdeutschen Geschichtsauffassung Raimund Friedrich Kaindl: »Die großen deutschen Ziele der alten deutschen Kaiser konnten nur moderne Besessener als unnötige, schädliche Kraftvergeudung bezeichnen.«

Andererseits ist es gerade der frühere österreichische General der Infanterie *Alfred Krauß*, der in seinem Buch *Der*

Irrgang der deutschen Königspolitik /München, J. F. Lehmann/ die gesamte universale Kaiserpolitik als schwersten Fehler der deutschen Volksentwicklung bezeichnet. Das Buch ist vor allem auch gegen jeden Partikularismus gerichtet. Es wendet sich gegen den Irrglauben, daß der trennende Stammesgeist der Deutschen keine volkliche und staatliche Einigung zulasse. Der Verfasser beklagt es, daß die überwiegende Bedeutung der römischen Kaiserpolitik die deutsche Führung des Volkes in eine internationale volklose umgewandelt habe. Aus der internationalen Kaiseridee seien dann die Fürsten erwachsen. So waren nach Krauß Internationalismus und Fürstentum die beiden für das Innenleben des deutschen Volkes verderblichen Kräfte. Auch vor Friedrich dem Großen macht übrigens die antipartikularistische Tendenz des Generals nicht halt. Friedrich hat nach ihm nur eine neue Zerstörungskraft in das Leben des deutschen Volkes hineingetragen. Krauß verurteilt die kleindeutsche Lösung der nationalen Frage als »großpreußisch« und setzt ihr die »volkliche« Einigung aller Deutschen entgegen. »Ohne die Einheit in Volk und Reich, ohne Beseitigung aller inneren Grenzen gibt es keinen dauernden Aufstieg des deutschen Volkes.« Interessant ist dieser völkische, antidynastische Unitarismus sicher, und er träfe auch das Richtige, wenn er nicht so beschränkt die universale Verflochtenheit der Länder des europäischen Kontinents übersähe. Ganz im Gegensatz zu dieser machtpolitisch und völkisch orientierten Beurteilung oder besser Verurteilung der mittelalterlichen Kaisergeschichte hebt das der Georgeschule entstammende neue Geschichtswerk *Ernst Kantorowicz* Kaiser Friedrich II /Berlin, Georg Bondi/, das bereits in dieser Rundschau (1927 Seite 758) angezeigt wurde, gerade das Antike, Römische, Imperatorische, Cäsarische an der Gestalt des letzten großen Hohenstaufen hervor. Es ist das ein Werk von größtem universalem Horizont, zugleich aber von feinstem Verständnis für die konkrete Persönlichkeit des großen Herrschers. Es läßt alle Geschichtsklitterung dieser oder jener Tendenz weit zurück und führt auf die Höhe einer nicht "neutralen" Objektivität des wissenschaftlichen Spezialforschers sondern kosmischer und allmenschlicher Schau. Das Werk wird neben Friedrich Gundolfs Caesar und Berthold Vallentins Napoléon seine hohe Bedeutung behalten.

In einem Bändchen der Diederichsschen Sammlung Deutsche Volkheit, Das Leben des Kaisers Friedrichs II von Hohenstaufen, sucht Joseph Otto Plaßmann das Schicksal dieses legendären mythischen Kaisers im Volkston zu erzählen. Auch in der Dichtung hat das Leben Kaiser Friedrichs II in Otto Gmelins Hohenstaufenroman Das Angesicht des Kaisers, der ebenfalls bei Eugen Diederichs in Jena erschienen ist, Gestalt gewonnen. Mag kritische politische Geschichtswissenschaft noch so sehr die Schädlichkeit der mittelalterlichen Kaiserpolitik für die deutsche Staatsentwicklung nachweisen wollen, die Phantasie des deutschen Lesers wird sich immer wieder mit innerer Hinneigung jener bunten südlichen Welt Siziliens zuwenden, wie sie im Ausgang der Hohenstaufen so symbolisch deutsches und romanisches Schicksal mit einander verschmolzen hat.

Französische Revolution Von der in dieser Rundschau schon mehrfach eingehend besprochenen Weltgeschichte *Hans Delbrücks* erschien vor kurzem der 4. Band, der die Revolutionsperiode von 1789 bis 1852 behandelt /Berlin, Otto Stollberg/. Wir finden in ihm die schon früher gewürdigten großen Zusammenhänge von politischer Geschichte und Kriegsgeschichte. Sowohl die Frage der Heeresverfassung wie der Strategie und Taktik werden berücksichtigt. Mehrere Schlachten werden in ihrer strategischen Bedeutung analysiert. Auch die großen Linien der auswärtigen Politik sind wieder sehr erhellend gezeichnet. In der Beurteilung der Politik Napoléons ist der Gegensatz zu England als eigentliches Zentrum herausgearbeitet. Diese Beurteilung der Napoléonischen Politik wird nun allmählich Gemeingut der deutschen Geschichtswissenschaft. Auch die Zusammenhänge der politischen Geschichte mit der sozialen und ökonomischen Entwicklung hebt Delbrück wieder hervor. Doch gibt ihm gerade die Betrachtung der französischen Revolution Veranlassung gegen die marxistische Auffassung von dem klassengeschichtlichen Hintergrund aller politischen Geschichte zu polemisieren. Allerdings ist hier sein Standpunkt nicht völlig konsequent. Während er in seiner Polemik gegen die sozialdemokratische Literatur über die Französische Revolution den Grundgedanken, daß der Inhalt der Weltgeschichte Klassenkämpfe seien, für falsch erklärt, führt er selbst bei Besprechung

des Ständewesens des alten Systems aus: »Die Geschichte der Völker ist zum nicht geringen Teil die Geschichte von Standesbildungen und voll von Standeskämpfen.« Man müßte hier natürlich bei eingehenderer Untersuchung das Problem der Beziehung von Ständen und Klassen näher erläutern. Delbrück glaubt sich in seiner Ablehnung der klassengeschichtlichen Deutung der Geschichte auf die historischen Schriften Karl Marx' selbst berufen zu können. Freilich sagt Marx, daß die Revolutionen von 1648 und 1789 nicht der Sieg einer bestimmten Klasse der Gesellschaft über die alte politische Ordnung sondern die Proklamation der politischen Ordnung für die neue europäische Gesellschaft waren. Aber er fährt dann doch also fort: »Die Bourgeoisie siegte in ihnen, aber der Sieg der Bourgeoisie war damals der Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung, der Sieg des bürgerlichen Eigentums über das feudale, der Nationalität über den Provinzialismus, der Konkurrenz über die Zunft, der Teilung über das Majorat, der Herrschaft des Eigentümers des Bodens über die Beherrschung des Eigentümers durch den Boden, der Aufklärung über den Aberglauben, der Familie über den Familiennamen, der Industrie über die heroische Faulheit, des bürgerlichen Rechts über die mittelalterlichen Privilegien.« Diese Marxsche Auffassung gibt doch durchaus den Wandel der Gesellschaftsstruktur gerade auch in ihrer klassenmäßigen Bedingtheit gut wieder. Anders als solche großen klassen- und gesellschaftsgeschichtlichen Wandlungen darf man sich im allgemeinen den Klassenkampf in der Geschichte nicht vorstellen.

Das wird ganz deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß er selbst ganz ähnlich wie Marx als das wirtschaftliche und soziale Ergebnis der Revolution die Lösung der Gesellschaft von den überlieferten ständischen Fesseln, die Einführung des Individualismus auf der einen, der despotischen Staatsgewalt auf der andern Seite bezeichnet. Die Französische Revolution ist auch ihm insofern eine soziale Revolution, als sie die alte soziale Ordnung, die feudalistische, beseitigte. Völlig richtig ist es, wenn er sagt: »Es war aber keine sozialistische Revolution sondern das Gegenteil davon, insofern sie an die Stelle der alten sozialen Ordnung den reinen Individualismus setzte.« Seiner Theorie widersprechend führt dann Delbrück sogar den Individualismus der Großen Revolution darauf zurück, daß die un-

geheure Masse der französischen Bevölkerung aus Bauern bestand, die ihrer Natur nach individualistisch seien. Kann denn schlagender als hier die klassenmäßige Bedingtheit aller Wirtschaftsanschauungen aufgezeigt werden? In Wirklichkeit ist eben das Bleibende der Marxschen Geschichtsbetrachtung allen gründlicheren Sozialhistorikern derart in Fleisch und Blut übergegangen, daß ihnen selbst die Zusammenhänge mit dem Marxismus gar nicht mehr bewußt werden mögen. Etwas anderes ist es, wenn sich Delbrück gegen einzelne Anwendungsversuche des Marxschen Forschungsprinzips auf die konkrete Wirklichkeit durch bestimmte marxistische Forscher wie Karl Kautsky und Heinrich Cunow wendet. Hier richtet sich die Kritik Delbrücks gegen die Behauptung Kautskys, daß die Parteinahme der Armee im Grunde ein Klassenkampf gewesen sei, da sie im Kern aus »Bauernbestand, die ganz andere Interessen hatten als die Pariser Kleinbürger und Proletarier«. Demgegenüber glaubt Delbrück feststellen zu können, daß die Parteinahme der Armee nicht durch die soziale Schicht, aus der die Rekruten stammten, sondern durch ihren eigenen Geist bestimmt gewesen sei. Eine solche Rückwirkung des Geistes der Armee auf die Ereignisse wird natürlich auch kein kritischer Vertreter einer ökonomischen Geschichtsauffassung leugnen wollen. Andererseits wendet sich Delbrück auch gegen die sehr vorsichtig formulierte Anschauung Cunows, der in dem als Umarbeitung seiner ältern Arbeit Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs 1789 bis 1794 im Jahr 1912 veröffentlichten Werk Die Parteien der Großen Französischen Revolution und ihre Presse zwar nicht die Parteien schlechtweg mit wirtschaftlichen Klassen identifiziere, wohl aber die Auffassung vertrete, daß, wenn auch den Parteien Klassengegensätze zugrunde lägen, doch der Kampf selber häufig und sogar meistens dazu nötige andere Elemente mit dem Klasseninteresse zu amalgamieren. Delbrück glaubt nachweisen zu können, daß selbst in dieser reformierten Form die Anwendung des Klassenkampfprinzips auf die Französische Revolution nicht durchführbar sei. Damit, daß Delbrück einzelne Behauptungen Cunows widerlegen zu können meint, ist aber noch lange nicht die Undurchführbarkeit einer klassengeschichtlichen Betrachtungsweise der Parteibildung nachgewiesen. Es wäre viel fruchtbarer die Frage so zu stellen, wieviel von den politischen

Vorgängen sich auch auf soziologische Faktoren zurückführen lasse, und da wird man die große Bedeutung gerade der Klasse auch für die politische Parteibildung immer wieder erkennen können. An diesem einen näher ausgeführten Beispiel läßt sich ersehen, wie bei aller Ergiebigkeit Delbrückscher Geschichtsbetrachtung auch für den Sozialismus eine Trennungslinie vorhanden ist. Innerhalb der Zone der politischen Geschichtsschreibung aber ist Hans Delbrück sicher eine der erfreulichsten Erscheinungen; wegen seines frischen Urteils und seines unbekümmerten Kampfs gegen überlebte Vorstellungen.

Zur Geschichte der Französischen Revolution ist eine wertvolle Quelle in der deutschen Ausgabe der *Memoiren Marie Jeanne Rolands* erschienen, die Max Krell unter dem Titel *Aus den Tagen der Schreckensherrschaft* herausgegeben und eingeleitet hat /Dresden, Paul Aratz/. Diese ihre Memoiren bilden eine recht wichtige Ergänzung zu ihren Briefen, von denen viele auch in den von Gustav Landauer herausgegebenen vorzüglichen Briefen aus der Französischen Revolution /Frankfurt, Rütten & Loening/ erschienen sind. Das Buch ist auch mit 16 Lichtdrucktafeln von führenden Persönlichkeiten jener Zeit versehen.

Den Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben untersucht in einer bei J. G. Cotta in Stuttgart veröffentlichten Arbeit der Züricher Historiker *Alfred Stern*, der durch seine Geschichte Europas von 1815 bis 1871 bekannt ist. Mit einem außerordentlichen Sammelfleiß hat er alle wesentlichen Äußerungen von geistigen Menschen der Zeit pro und contra zusammengestellt. Die Darstellung beschränkt sich auf die Geschichte der Idee, ihrer Anziehung, Abstoßung und Umbildung. Wer die sicher wichtigeren Einflüsse der Französischen Revolution auf die soziale und politische Entwicklung Preußens und Deutschlands kennen lernen will, muß zu den Arbeiten des Verwaltungshistorikers Ernst von Meier greifen. Die Untersuchung Sterns ist als Materialsammlung sehr verdienstvoll.

Volkskunde

Wichtige Beiträge zur Volkskunde können uns Beschreibungen alter Handwerke geben, deren neuerdings 2 erschienen. Eugen Weiß hat kürzlich ein neues Werk über Steinmetzart und Steinmetzgeist erscheinen lassen /Jena, Eugen Diederichs/. Weiß ist Architekt und kennt daher das Handwerkliche

von Grund auf. Ein ähnliches Thema behandelt das Buch des frühern Reichswirtschaftsministers Rudolf Wissell *Der alten Steinmetzen Recht und Gewohnheiten* /Leipzig, Verlag des Zentralverbands der Steinarbeiter Deutschlands/. In jahrzehntelanger fleißiger Arbeit hat sich der den Lesern der Sozialistischen Monatshefte aus seiner langjährigen Mitarbeit bekannte sozialistische Führer bemüht das vorhandene Material aus Archiven, Druckschriften und Flugblättern zu sammeln und sich in all die alten verklungenen Bräuche und Sitten hineinzuleben. Man merkt überall, mit welcher Liebe er dabei zu Werke ging, wie nah ihm dadurch die ganze Zeit wurde. So hat er uns ein anschauliches Bild jener Steinmetzenzünfte und Bauhütten in seiner Quellensammlung gegeben, die auch durch ihre Verbindung mit dem Freimaurertum von Wichtigkeit sind. Es ist eine ganze Reihe von alten Steinmetzordnungen aus dem 15. bis 17. Jahrhundert erhalten, die zumeist an die führende Straßburger Bauhütte anknüpften. So sind uns durch Rudolf Wissell und Eugen Weiß die sonst dem Laien und auch dem Historiker fast gänzlich unbekanntesten Bräuche eines der ältesten und wichtigsten Handwerke lebendig geworden.

Auch Monographien über einzelne Städte können unsere Kenntnis von dem Volksleben bestimmter Epochen erweitern. Ein Band der sonst interessanten und aufschlußgebenden Geschichte Hamburgs 1814 bis 1918 von Ernst Baasch, der die Zeit von 1867 bis 1918 behandelt /Gotha, Friedrich Andreas Perthes/ bringt auch ein Kapitel Die gewerkschaftliche und sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Hamburg und das Bürgertum. Die Behandlung dieses auch allgemein sehr wichtigen Themas zeugt von wenig Verständnis für die positiven Zwecke der Arbeiterbewegung gerade in Hamburg. In das mittelalterliche Speyer zur Zeit des Schwarzen Todes, also um die Mitte des 14. Jahrhunderts, führt uns Maximilian Joseph Pfeiffers Buch *Kyrie Eleison, ein »Roman von Juden und von Christen aus dem alten Speyer«* /München, Franz A. Pfeiffer/.

Kurze Chronik Der 6. Internationale Historikerkongreß soll vom 14. bis zum 18. August in Oslo tagen; er wird in 15 Sektionen gegliedert sein. ◊ Nachdem Erich Marcks und Friedrich Meinecke von der Berliner Universität ausgeschieden sind, berief man *Hermann Oncken* auf den Lehr-

stuhl der neuern Geschichte aus München nach Berlin. Onckens bedeutendste Arbeiten liegen auf dem Gebiet der historischen Biographie. Von seinen Büchern ist vor allem seine Lassallebiographie weiteren Kreisen bekannt geworden. ◊ Als Nachfolger Johannes Ziekers wurde *Siegfried Kaehler* aus Marburg Ordinarius der mittlern und neuern Geschichte in Breslau. ◊ In der Breslauer Philosophischen Fakultät habilitierte sich Peter Rassow für mittelalterliche Geschichte und Hilfswissenschaften; er hatte seit 1920 in Madrid für die Regesta Pontificum Romanorum gearbeitet und Bethmann Hollweg bei der Ausarbeitung des 2. Bandes der Betrachtungen zum Weltkrieg unterstützt.

Literatur

Der Dichter *Herbert Eulenberg* schrieb ein Buch *Die Hohenzollern* /Berlin, Bruno Cassirer/, das alle Hohenzollern, wie sie der Reihe nach in der Siegesallee aufgestellt sind, durchnimmt und dabei manche legendäre Auffassung berichtigt. Vom Standpunkt einer ökonomischen Geschichtsauffassung ist dazu nur zu sagen, daß, ebenso wie eine rein dynastische, auch eine antidynastische Geschichtsbetrachtung nicht von letzter Bedeutung sein kann. Wo das Individuelle der einzelnen Fürsten als ausschlaggebend angesehen wird, ohne Eingliederung in die Gesamtzusammenhänge, ist methodisch nur ein Rückschritt zu sehen gegenüber etwa Otto Hintzes Vorkriegswerk über die Hohenzollern, worin gerade das eine wesentlich ist, daß hier die großen Linien der Verfassungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie der auswärtigen Verhältnisse gezogen sind. So ist das Werk nur als schriftstellerischer Versuch anzusehen, der als solcher freilich seinen Wert und seine Reize hat. ◊ Der französische Historiker *Bertrand Auerbach* hat die Geschichte Österreich-Ungarns während des Krieges dargestellt (*L'Autriche et la Hongrie pendant la guerre* /Paris, Félix Alcan/). Das Buch bringt beachtenswertes Material, wenn man auf deutscher Seite naturgemäß auch über manche Punkte anders denken wird als der Verfasser, der sich in einem andern Buch als Gegner des Anschlusses Deutsch Österreichs an das Deutsche Reich zeigt (siehe die Rundschau Nationale Bewegung, in diesem Band Seite 149 und folgende); was uns freilich wieder die innere Verbundenheit des kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses mit der Lösung der sogenannten Sicherheitsfrage demonstriert.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Uneheliche Kinder Das Recht der unehelichen Kinder ist in der Gesetzgebung der Kulturländer immer noch mindern Ranges als das der ehelichen. Aber das Weltgewissen erweist sich auch in diesem Punkt auf die Dauer mächtiger als die Starrheit überlieferter Denkweise. Deutschland wollte erst jüngst durch seine Novelle vom Jahr 1925, die bisher leider Entwurf geblieben ist, wieder einen wichtigen Schritt tun (siehe diese Rundschau, 1926 Seite 189 und folgende). Und in *Frankreich* marschiert man auf diesem Gebiet tüchtig vorwärts.

Es sei zunächst an die Novelle vom 16. November 1912 erinnert, die den Artikel 340 des Code civil mit dem Ziel der erleichterten Feststellung der Vaterschaft abänderte. Hiernach kann der Richter die uneheliche Vaterschaft im Fall der Entführung oder der Vergewaltigung feststellen, sofern diese Ereignisse in die Empfängniszeit fallen; ferner im Fall der Verführung, die durch Hinterlist, Mißbrauch des Abhängigkeitsverhältnisses, Heirats- oder Verlobungsversprechen erreicht wurde. Das selbe gilt in Fällen, wo Briefe oder andere private Schriftstücke des angeblichen Kindesvaters vorliegen, die ein unzweideutiges Geständnis der Vaterschaft enthalten. Schließlich ist die richterliche Feststellung zulässig, wenn der angebliche Vater mit der Kindesmutter während der gesetzlichen Empfängniszeit im notorischen Konkubinat gelebt oder Unterhalt und Erziehung der Kinder ganz oder zum Teil im Bewußtsein seiner Vaterschaft (en qualité de père) bezahlt hat. Von der ursprünglichen recherche interdite blieb also nichts mehr übrig. Die Klage auf Anerkennung der Vaterschaft ist freilich abzuweisen, wenn die Kindesmutter in der gesetzlichen Empfängniszeit ein notorisch liederliches Leben geführt oder mit anderen Männern verkehrt hat; dergleichen, wenn der angebliche Vater in dieser Zeit aus tatsächlichen Gründen wie Trennung oder anderm Ereignis (soit par suite d'éloignement soit par l'effet de quelque accident) unmöglich Vater des Kindes sein kann. In prozeßrechtlicher Hinsicht ist zu bemerken, daß die Klage dem Kind zusteht. Doch kann sie während dessen Minderjährigkeit ausschließlich die Kindesmutter, auch die minderjährige, anstrengen. Ist die Kindesmutter tot, entmündigt oder abwesend, so treten die hier nicht näher zu erörternden Vorschriften des Artikels

389 ein. Die Klage selbst muß bei Vermeidung des Rechtsverlustes binnen 2 Jahren seit der Entbindung erhoben sein, es sei denn, daß Konkubinat vorliegt oder Unterhalts- und Erziehungsbeiträge gezahlt werden; in diesem Fall beginnt die 2jährige Frist mit der Auflösung des Konkubinats oder dem Einstellen der erwähnten Zahlungen.

Eine weitere Verbesserung der Rechtsstellung der Unehelichen (*enfants naturels et adultérins*) ist durch die Novelle vom 25. April 1924 eingeleitet, die in Abänderung des Artikels 331 des Code civil die Legitimation dieser Kinder erleichtert. Danach werden ähnlich wie nach deutschem Recht uneheliche Kinder, mit Ausnahme der im Ehebruch erzeugten, durch nachfolgende Eheschließung der Kindeseltern legitimiert, sofern sie sie vor der Eheschließung in gesetzlicher Form anerkannt haben oder bei der Eheschließung anerkennen. Im letzten Fall hat der Standesbeamte, der die Eheschließung vornimmt, die Anerkennung und Legitimation in einem besondern Akt festzustellen. Die im Ehebruch erzeugten und empfangenen unehelichen Kinder werden unter vorstehenden Voraussetzungen legitimiert, wenn, bei ehebrecherischem Verkehr der Ehefrau, der Ehemann oder seine Erben das Kind nicht anerkennen (*désavoués*), oder, bei ehebrecherischem Verkehr des Ehemanns, keine Kinder aus der bestehenden Ehe oder legitime Abkömmlinge einer früheren Ehe, in deren Verlauf das Kind im Ehebruch erzeugt ist, vorhanden sind. Endlich gehören hierher die unter gewissen Voraussetzungen während der Scheidungsklage von Vater- oder Mutterseite in ehebrecherischem Verhältnis erzeugten oder empfangenen Kinder. Abweichungen gelten für die Legitimation der von dem Kindesvater oder der Kindesmutter nach ihrer Eheschließung anerkannten unehelichen Kinder. Jede Legitimation wird am Rand der Geburtsurkunde des legitimierten Kindes vermerkt. Der Vermerk erfolgt durch den für die Eheschließung zuständigen Standesbeamten von Amts wegen, sofern ihm die Existenz der Kinder bekannt ist, sonst auf Betreiben jedes Beteiligten. Schließlich verdient noch eine die Führung des Geburtsregisters betreffende Reform Beachtung, die durch eine im Gesetz vom 22. Juli 1922 vorgenommene Änderung des Artikels 57 des Code civil herbeigeführt wurde. Dort wird bestimmt, daß der Standesbeamte, wenn ihm die Namen des Vaters oder der Mutter des unehelichen Kindes oder eines von beiden

nicht bezeichnet sind, diese Tatsache im Geburtsregister nicht erwähnen darf. Hierdurch ist die zum Nachteil des Kindes bestehende Praxis beendet worden, nach der in solchen Fällen zusätzlich bemerkt wurde, daß »Vater und Mutter unbekannt« seien.

Fascismus

Fascismus ist der Versuch eines organischen Einbaus der organisatorisch erfassbaren Produktivkräfte, vor allem auch der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen (Syndikate), in den Staat; noch besser vielleicht der Versuch des syndikatsmäßigen Aufbaus des Staats überhaupt. Er bedeutet also ursprünglich und seinem Wesen nach keine Regierungsform sondern ist unter den verschiedensten Regierungsformen denkbar. Das diktatorische Element, das zurzeit in *Italien* mit ihm verbunden ist, braucht im Prinzip nur eine Übergangserscheinung darzustellen, selbst wenn (oder gerade weil) es zur absoluten Diktatur geführt hat. Es darf Interesse beanspruchen die formalen Grundlagen dieses Systems kurz zu kennzeichnen. Und zwar sei hier zunächst nur die Staatsform behandelt. Der ungleich wichtigere Inhalt des Fascismus, der produktionspolitischer Art ist und korporativsozialistischen Charakter hat, sei besonderer Untersuchung vorbehalten. Der Schwerpunkt der italienischen Staatsform liegt zunächst in der Stellung des Ministerpräsidenten. Seine Befugnisse sind im Gesetz vom 24. Dezember 1925 festgelegt. Die ersten Artikel dieses Gesetzes bedürfen keiner Erwähnung, da sie im wesentlichen die Stellung jedes Ministerpräsidenten umschreiben. Von einschneidender Bedeutung ist jedoch die Bestimmung des Artikels 6, der die Stellung der Regierung zum Parlament betrifft. Nach Absatz 1 des Artikels kann kein Gegenstand auf die Tagesordnung einer der beiden Kammern ohne Zustimmung des Ministerpräsidenten gebracht werden. Die Tragweite dieser Bestimmung liegt in der rechtlichen Bindung des Parlaments. Denn wenn auch in allen parlamentarisch regierten Staaten normalerweise den Wünschen der Regierung bei der Aufstellung der Tagesordnung der Parlamente Rechnung getragen wird, so ist doch das Parlament in der Festsetzung der Tagesordnung souverän. Durch die Vorschrift des Artikels 6 hat dagegen der Ministerpräsident die eigentliche Bestimmung über den Gang der Parlamentsgeschäfte. Dieser Artikel, der, wie wir später sehen werden, seine weit-

tragende Bedeutung erst in Verbindung mit dem Gesetz vom 31. Januar 1926 betreffend Befugnis der Exekutiv- und Legislativgewalt gewinnt, verschafft dem Ministerpräsidenten die überragende rechtliche Stellung gegenüber dem Parlament, die er bereits tatsächlich wegen der aus anderen mannigfachen Gründen bestehenden Schwäche der italienischen parlamentarischen Körperschaften nach und nach eingenommen hatte. Die folgenden Absätze des Artikels 6 befestigen diese seine Stellung gegenüber dem Parlament durch die Bestimmung, daß der Ministerpräsident eine von einer Kammer zurückgewiesene Gesetzesvorlage nach Ablauf von 3 Monaten erneut zur Beschlußfassung einbringen lassen kann. Über die Gesetzesvorlage erfolgt alsdann ohne Debatte sogleich geheime Abstimmung. Eine Prüfung und Debatte findet nur insoweit statt, als etwa Abänderungsvorschläge der Regierung vorliegen. Das selbe gilt, wenn eine der beiden Kammern den Gesetzentwurf mit Abänderungen versieht, nachdem die andere ihn angenommen hat. Auch hier findet eine Debatte allein über die Abänderungen statt. Schließlich kann der Ministerpräsident verlangen, daß eine Gesetzesvorlage trotz ihrer Ablehnung durch die eine Kammer der andern Kammer zur Beschlußfassung übermittelt wird. Diese letzten Bestimmungen enthalten eine Änderung des Artikels 56 der Verfassung, wonach eine Gesetzesvorlage, die von einer Kammer abgelehnt ist, in der selben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden darf. Sie machen, auch ohne daß es eines besonderen Verfahrens und sonstiger gesetzlicher Einengungen bei der Parlamentswahl bedurft hätte, das Parlament zu einem willfährigen Werkzeug in der Hand der Regierung. Dennoch hat erst das Gesetz vom 31. Januar 1926 die infolge der illegalen Dekretgesetzgebung schon länger bestehende tatsächliche Ohnmacht der parlamentarischen Körperschaften rechtlich voll sanktioniert. Dieses Gesetz soll formell die Befugnisse der Verwaltung und der Gesetzgebung gegen einander abgrenzen. Die ersten beiden Artikel regeln die Befugnis durch Königliches Dekret nach vorhergehendem Kabinettsbeschluß und Anhörung des Staatsrats sämtliche zur Ausführung der Gesetze, zur Ausübung und zur Organisation der Verwaltung erforderlichen Anordnungen mit Gesetzeskraft auch dann zu erlassen, wenn eine dieser Materien bisher nur durch Gesetz geregelt worden ist; ausgenommen hiervon sind die Provinzen, Gemeinden, Univer-

sitäten und ähnliche Anstalten, desgleichen die Vorschriften der Gerichtsverfassung. Ein gewisses Kontrollrecht des Parlaments besteht wegen der durch Etatgesetz zu erfolgenden Bewilligung der Ausgaben, hat aber naturgemäß in diesem Rahmen keine praktische Bedeutung. Immerhin stürzen die beiden ersten Artikel noch die Parlamentsverfassung nicht um. Das tut erst der Artikel 3. Hiernach können durch Königliches Dekret nach vorhergehendem Kabinettsbeschluß Anordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, wenn die Regierung durch Gesetz ermächtigt ist, und ferner in dringenden und unbedingt notwendigen Fällen. Welche Fälle als dringend und notwendig anzusehen sind, unterliegt der Kontrolle des Parlaments. Diese Bestimmung, besonders in ihrem 2. Teil, enthält recht eigentlich die Grundlage der in Italien staatsrechtlich und tatsächlich bestehenden Diktatur. Sie verleiht der Regierung die Vollmacht schlechthin alle Angelegenheiten, die sie für gut befindet, im Verordnungsweg mit Gesetzeskraft zu regeln. Das Gesetz, das zur Abgrenzung der Befugnisse der Verwaltung und Gesetzgebung erlassen wurde, enthält somit eine Übertragung der Gesetzgebung auf die Verwaltung (Regierungsgewalt). Hieran ändert auch die Vorschrift nichts, daß die Vorlegung der Notverordnungen bei Vermeidung ihrer Unwirksamkeit vor einer der beiden Kammern spätestens in der 3. Sitzung nach der Verkündung erfolgen muß; auch nicht die weitere Bestimmung, daß der Antrag zur Umwandlung der Notverordnung in ein ordentliches Gesetz als dringend zu behandeln ist. Denn dadurch, daß der Ministerpräsident tatsächlich die Tagesordnung der parlamentarischen Körperschaften bestimmt, ist er in der Lage zu verhindern, daß eine derartige Umwandlung eines Dekretgesetzes auf die Tagesordnung kommt. Mit Hilfe der weitem Bestimmung, daß die Unwirksamkeit eines Dekretgesetzes binnen 2 Jahren nach seiner Verkündung erfolgt, sofern es vom Parlament in ein ordentliches Gesetz nicht umgewandelt ist, vermag die Regierung ihre Dekretgesetze zunächst 2 Jahre in Wirksamkeit zu erhalten. Aber auch nach Ablauf dieser Frist ist es ihr natürlich ein leichtes durch ein neues Dekretgesetz, das entweder die Rechtswirksamkeit des alten bestätigt oder das alte in neuer Form erläßt, die durch Fristablauf eintretende Unwirksamkeit eines Dekretgesetzes zu umgehen. Neben dieser in »dringenden« und »unbedingt notwendigen« Fällen die

Gesetzgebung auf die Regierung übertragenden Bestimmung hat die erste Alternative des Artikels 3 (Ermächtigungsklausel), die formell von Fall zu Fall begrenzte Übertragung der Gesetzgebungsbefugnis, kaum noch nennenswerte Bedeutung. Das selbe gilt für die Bestimmung des Artikels 3 Nummer 1 des Gesetzes vom 31. Januar 1926, wonach im Fall des Ermächtigungsgesetzes die Regierung nur innerhalb der Grenzen der jeweils gesetzlich erteilten Ermächtigung Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen darf. Ganz abgesehen davon, daß die Ermächtigung in einer Form erteilt zu werden pflegt, die vielfach als eine Generalklausel zur Abänderung ganzer Gesetze angesehen werden muß und demgemäß irgendwelche Schranken kaum noch erkennen läßt. So in dem Gesetz vom 24. Dezember 1925, das die Regierung ermächtigt das Bürgerliche Gesetzbuch abzuändern und mit Zusätzen zu versehen, desgleichen die Prozeßordnung, das Gerichtsverfassungsgesetz und Strafgesetz. Da die Abänderungen zum Teil nicht genau bestimmt sind, kommt alles auf eine Ermächtigung zur Abänderung dieser Gesetze nach dem Ermessen der Regierung heraus. Es ist zu bezweifeln, ob diese Methoden auf die Dauer der Idee des Fascismus selbst von Vorteil sein werden. Aber es ist wahrscheinlich, daß sie auch gar nicht für die Dauer gedacht sind sondern nur für die Epoche der Stabilisierung des fascistischen Systems. Man wird daher die rechtliche Weiterentwicklung auf diesem Gebiet mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen haben.

Informationsmittel Das 38. Sonderheft des Reichsarbeitsblatts /Berlin, Reimar Hobbing/ enthält

ausgewählte Vorträge aus einem Ausbildungskursus der Reichsarbeitsverwaltung über Arbeitsrecht, Arbeitsmarkt und Arbeitsschutz. Namhafte Sachkenner geben darin einen vorzüglichen Überblick über die leitenden Gedanken des Gesamtgebiets der Sozialpolitik der Nachkriegszeit, die auch für die Rechtsbildung von größtem Interesse sind.

Das gesamte neue deutsche *Arbeitszeitrecht* nach dem Arbeitszeitnotgesetz wurde unter diesem Titel von Hermann Meisinger /Berlin/ in der Zeitschrift *Arbeitsrecht* /Stuttgart, J. Heß/ behandelt. Die Arbeit enthält hauptsächlich juristische Erläuterungen des auf diesem Gebiet geltenden Rechts. Die Auslegungstendenz ist in vielen Punkten äußerst anfechtbar. In der Bücherei des Arbeitsrechts /Berlin, Reimar Hobbing/ ist

gleichfalls über die Regelung der Arbeitszeit (*Arbeitszeitnotgesetz*) eine Erläuterung, von Friedrich Syrup, erschienen. Da der Verfasser als Präsident der Reichsarbeitsverwaltung den Fragen besonders nahesteht, kommt seinen Ausführungen, vor allem über die Praxis, besondere Bedeutung zu.

Eine Textausgabe des *Arbeitsgerichtsgesetzes* vom 23. Dezember 1926, nebst den Verordnungen über Tarifverträge und das Schlichtungswesen, gab Carl Pannier heraus /Leipzig, Philipp Reclam/. Einen brauchbaren Taschenkommentar zum Arbeitsgerichtsgesetz liefert Adolf Baumbach /Berlin, Otto Liebmann/. Der Wert liegt in der Knappheit bei möglichster Vollständigkeit. Einen weitem Kommentar zum Arbeitsgerichtsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der schiedsgerichtlichen und gütvertraglichen Gesetzesvorschriften schrieb M. Karl Samter /Leipzig, C. B. Hirschfeld/. Die Gemeinverständlichkeit dieses Kommentars beeinträchtigt nicht seine sachliche Gründlichkeit.

Der Flatowsche Kommentar zum *Betriebsrätegesetz* /Berlin, Julius Springer/ ist in 12., verbesserter Auflage herausgekommen. Er darf ohne Übertreibung als führend bezeichnet werden.

Einen systematisch geordneten Verhandlungsbericht der britischen Reichskonferenz von 1926 bietet das Der Aufbau des *Britischen Reichs* betitelte 3. Heft der Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht /Berlin, Walter de Gruyter & Co./.

Tagungen

Vom 26. bis zum 29. Juni 1927 fand in Wien der *Österreichische Richtertag* statt.

Es wurde eine Resolution zur Erneuerung des österreichischen Ehrechts angenommen, die nicht nur aus Rechts- und Kulturgründen notwendig sondern auch ein Gebot der Rechtsangleichung sei.

Vom 24. August bis zum 2. September fand in Lausanne die alljährliche Tagung des 1873 gegründeten *Institut de Droit International* statt. Es wurden dort wichtige Beschlüsse gefaßt und Entwürfe ausgearbeitet. So der, der die Haftung der Staaten für Schäden betrifft, die fremde Staatsangehörige auf ihrem Gebiet erlitten haben. Die Frage der Schuld- oder Erfolgshaftung wurde wesentlich zugunsten der Schuldhaftung entschieden. Für 3 bestimmte Fälle wurde auch die Haftung für Justizverweigerung anerkannt. Man empfahl auf diesem Gebiet auftauchende Fragen im voraus einem Internationalen Schiedshof

zu unterbreiten. Man nahm einen Entwurf des Pariser Gelehrten Lyon-Caen über den Konflikt der Gesetze über internationales Scheckrecht an. Man erörterte endlich die Rechte, die sich aus dem Prinzip der Meeresfreiheit ergeben, dann Grundsätze über Radiotelegraphie, Luftschiffahrt, Unterseekabel usw.

Vor der Versammlung des Preußischen Richtervereins in Kiel im Oktober 1927 tagten unter Leitung des Generalstaatsanwalts Becker /Naumburg/ dort am 5. und 6. Oktober die *preußischen Staatsanwälte*. Es wurden Referate über Polizei und Staatsanwaltschaft und den Nachwuchs gehalten, außerdem über die soziale Gerichtshilfe und über das neue Gesetz über die Untersuchungshaft. Man beschloß nach den Karlsruher Beschlüssen zu empfehlen, daß im neuen deutschen Strafgesetzbuch die Arbeitskraft besonders zu schützen sei.

Kurze Chronik Das im Juni 1927 in Paris begründete *Institut de Droit International Public* hat sich konstituiert. Von deutschen Rechtslehrern gehören ihm als Hauptmitglieder unter anderen Erich Kaufmann, Walter Schücking, Rudolf Smend, Fritz Stier-Somlo und Heinrich Triepel an. ◊ Der Geschäftsführende Ausschuß der Internationalen Akademie für Vergleichende Rechtswissenschaft beschäftigte sich am 21. Dezember in Paris mit Fragen der Gründung einer *internationalen Rechtsfakultät*, für die er Vorschläge ausarbeiten wird. ◊ Zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und dem französischen Außenminister wurden am 5. Oktober, in Ergänzung des deutsch-französischen Handelsabkommens, Erklärungen über Fragen des *deutsch-französischen Rechtsverkehrs* vereinbart. Die Angehörigen beider Länder sowie die juristischen Personen sollen danach von der Sicherheitsleistung wegen der Prozeßkosten befreit sein, der Rechtshilfeverkehr in bürgerlichen Angelegenheiten soll durch Zulassung konsularischer Vermittlung vereinfacht werden. ◊ Um bei vorzeitiger Auflösung des Reichstags die bisher vom Strafrechtsausschuß geleisteten Arbeiten am *Strafgesetzentwurf* in die neue Legislaturperiode hinüberzuretten, ist die Schaffung eines Überleitungsgesetzes zur Wahrung der Kontinuität beabsichtigt. In Österreich hat der zur Beratung der Strafgesetzmreform eingesetzte Sonderausschuß des Nationalrats die 1. Lesung des Allgemeinen Teils beendet. Die beschlossene Fassung ist im Verlag der Österreichi-

schen Staatsdruckerei erschienen. Es sind darin die Ergebnisse der beiden Konferenzen berücksichtigt, die zwischen den Vertretern der Strafrechtsausschüsse des Deutschen Reichstags und des Österreichischen Nationalrats im November 1927 in Wien und im Januar 1928 in Berlin stattgefunden haben. ◊ In der Zeitschrift *Die Polizei* machte der Staatssekretär Wilhelm Abegg bemerkenswerte Vorschläge zur Vereinfachung des verwickelten und unübersichtlichen *Polizeiverordnungsrechts*. Er will durch Gesetz alle Polizeiverordnungen aufgehoben, nur die unbedingt nötigen für eine Übergangszeit aufrechterhalten sehen, worauf das gesamte Polizeiverordnungs-wesen rechtlich neu zu regeln wäre. ◊ Aus Anlaß der Presseberichterstattung über den Krantzprozeß stellte der Abgeordnete Reinhard Mumm im Reichstag einen Antrag, wonach *Prozeßberichte*, die das Geschlechtsgefühl der Jugend überreizen könnten, verboten sein sollen. Was Wunden verdecken statt heilen bedeutet. ◊ Der Preußische Landtag nahm im Dezember das Gesetz zur Abänderung des Gesetzes betreffend die *Dienstvergehen der Richter* an. Die wichtigste Änderung liegt in der Bestimmung, wonach bei Widerspruch der Staatsanwaltschaft gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit öffentliche Verhandlung stattfinden muß. ◊ Der Breslauer Professor *Friedrich Heyer* folgte einem Ruf auf den Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs- und Kirchenrecht an der Universität Bonn; er ist ein Schüler des Berliner Kirchenrechtlers Ulrich Stutz. ◊ Ein anderer Schüler des selben Gelehrten, *Johannes Heckel*, bisher in Berlin, wurde gleichfalls nach Bonn berufen.

Literatur Der von Carl Schaeffer herausgegebene *Grundriß des privaten und öffentlichen Rechts* /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ enthält im 19. Ergänzungsband in der bekannten knappen und klaren Weise die Grundzüge des Arbeitsgerichtsgesetzes, Kündigungsrechts und Kündigungsschutzes im Arbeitsrecht, Arbeitszeitverordnung mit Arbeitszeitnotgesetz, bearbeitet von Carl Schaeffer und Wilhelm Scheerbarth. ◊ Der 13. Band der *Klassiker der Politik* /Berlin, Reimar Hobbing/ enthält *Thomas Hobbes' Naturrecht und allgemeines Staatsrecht* in den Anfangsgründen in ausgezeichnete Übersetzung. Das Buch ist von Ferdinand Tönnies besorgt und mit einer Einführung versehen worden. Es wird gerade in der heutigen Zeit nicht ohne Nutzen

gelesen werden. \diamond Im Verlag J. C. B. Mohr in Tübingen erschien eine Auswahl des bekannten Werks *Friedrich Julius Stahls* Die Philosophie des Rechts. Sie ist mit sehr großem Verständnis getroffen. Obwohl die Staats- und Rechtstheorie Stahls heute wie damals auf Schritt und Tritt widerlegbar ist, bringt doch auch der Widerspruch Anregung. \diamond Variationen über richterliche Zuständigkeit zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Gesetzes /Berlin, Walther Roth-schild/ betitelt sich ein Buch *Fritz Morstein Marx'*, das zu dem aktuellen Thema eingehend und mit großer logischer Schärfe Stellung nimmt. \diamond Öffentliches Recht und Zuständigkeit nennt *Karl Herrmann* eine Broschüre /Gießen, Emil Roth/. Seine de lege ferenda gemachten Vorschläge sind immerhin beachtlich. \diamond Die Grundzüge des Arbeitsrechts von *Hugo Sinzheimer* erschienen in 2., völlig veränderter Auflage /Jena, Gustav Fischer/. Ein Werk, das alle Vorzüge wissenschaftlicher Tiefgründigkeit mit schöner Klarheit der Disposition und der Sprache verbindet. \diamond Im 13. Heft der Schriften des Instituts für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig /Berlin, Reimar Hobbing/, Tarifvertrag und Nachwirkung betitelt, versucht *Heinrich Lehmann* das vielerörterte Problem der Nachwirkung des Tarifvertrags weiter zu klären. Rechtsprechung und Schrifttum sowie Auslandsrecht sind ausgiebig herangezogen. \diamond Im 14. Heft der selben Reihe verbreitet sich *Friedrich Scheffler* über Begriff und Form der Gruppenarbeit sowie deren Entwicklung und die rechtliche Natur des Innen- und Außenverhältnisses verschiedener Arbeitsgruppen. Die interessante Untersuchung vermittelt bisher nicht sichtbare Ein- und Ausblicke in die verwickelten Verhältnisse des Arbeitsgruppenrechts. \diamond Die Arbeit *Hans Oppikofer* Das Unternehmerrecht /Tübingen, J. C. B. Mohr/ enthält eine lesenswerte geschichtlich vergleichende und rechtspolitische Betrachtung. Sie wird der Entwicklung dieses Rechtszweigs dienlich sein. \diamond Eine systematische Darstellung des deutschen Jugendrechts /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ gibt im gleichnamigen Werk *Richard Weyl*. Die Darstellung ist übersichtlich und erschöpfend. \diamond Von der Columbia University Press in New York wurde ein umfangreiches Werk des Professors *Irvin Stewart* Consular Privileges and Immunities herausgebracht, das eingehende Untersuchungen über die rechtliche Stellung der Konsuln und Konsulate enthält.

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Junge Generation

Es ist das Verdienst Paul Westheims, in Zusammenarbeit mit Heinrich Schulz, in den Räumen der Deutschen Kunstgemeinschaft, im Berliner Schloß eine Ausstellung zusammengetragen zu haben, die einen Überblick über die Bestrebungen der jungen und allmählich heranwachsenden Maler und Bildhauer vermittelt. Im Vorjahr hatte schon eine ähnliche Ausstellung mit Erfolg stattgefunden. Die jetzige hat eine breitere Basis, läßt eine Reihe bisher gänzlich unbekannter Talente erkennen und zeigt mit einer Beteiligung aus fast allen Gegenden Deutschlands, daß gerade in vielen Orten, die nicht als Kunststädte bekannt sind, ernst gearbeitet wird. Der erste Eindruck von den nach Inhalt und Form sehr verschiedenartigen Objekten ist der einer Generation, die anscheinend in nichts einen Kampf um neue künstlerische Probleme kennt. Wenn man die dramatischen Kämpfe der letzten Vergangenheit miterlebt hat, fällt es schwer in diesen mitunter schon ganz reifen und teilweise auch recht hausbackenen bildkünstlerischen Bemühungen die Arbeit einer neuen Jugend zu sehen. Ganz allgemein betrachtet kann man vielleicht zugeben, daß nach dem Sturm und Drang eine Beruhigung notwendig, und daß der Arbeitsleiß und eine disziplinierte Abkehr von formalen Experimenten trotzdem künstlerische Taten im Gefolge haben können. Man entdeckt, daß das Verhältnis des Schülers zum Lehrer kein gegensätzliches sondern ein natürlich abhängiges ist, ohne daß eine derartige Bindung schon eine Unterbindung der Entwicklungsmöglichkeit des jeweiligen Talents bedeutet. Diese Tatsache ist das Frappierende in dieser Ausstellung, und wahrscheinlich wird sie der kommenden deutschen Kunst in ganz bestimmter Form Gehalt verleihen. Heute schon entdeckt man in dieser jungen Generation ganz gesunde und dem Alltagsleben nicht ferne Instinkte, die morgen der Allgemeinheit nicht fremd, mit ihr wieder organisch verknüpft sein werden. Das wäre ein größerer Gewinn als etwa das Bewundernkönnen eines aus dem Dunkel plötzlich auftauchenden neuen Talents. So betrachtet bekommen diese Werke auch ein anderes Gewicht. Man versteht die Aufgaben, die da gestellt wurden, besser, und man vermag solcherart auch einige bemerkenswerte Erscheinungen herauszuschälen. Unter den Ma-

lern ist Karl Döbel neben Albert R. Pütz zu nennen, die beide ihr formal absolut undogmatisches Empfinden in natürlich kultivierten Bildformen darzustellen vermögen. Daneben wirken noch selbstständig Martin A. Christ aus der Schule Schmidt-Rottluffs, Otto Villwock mit einem Schlachtfest, Ilse Mode mit Arbeiten in Verwandtschaft der Auffassung Paula Modersohns und eine Reihe ganz bewußter Schüler bekannter Maler, alle fern jeder Effekthascherei. Unter den Bildhauern ist neben dem aus Stuttgart kommenden und architektonisch gerichteten Holzplastiker Hellmuth Uhrig und dem Keramiker Wilhelm Löber aus der Schule Gerhard Marcks' besonders Albert Mazzotti anzumerken, der mit einer Marmorbüste des Freihern vom Stein wesentlich das zeigt, was diese junge Generation will. Es ist nicht ihr Bestreben mit neuartigen Stilprinzipien zu überraschen sondern mit handwerklicher Gediegenheit und gutem Können ernsthafte Beachtung zu finden. Im ganzen sind daher die Aufgaben, die man sich stellt, den Konzessionen an den Geschmack des Publikums verwandt. Gewiß liegt hierin ein Wollen: ernst, zäh und mit allen Mitteln sich ein allgemeines Interesse, das heute schon teilweise verloren gegangen ist, wieder zu erobern. Trotzdem steht man dieser Jugend wenig bejahend gegenüber: in der Überzeugung, daß erst die ihr folgende jüngste Generation die Aufgaben, die eine neu sich bildende Welt auch der Kunst stellt, erkennen und sich dem Schaffen des notwendig Neuen hingeben wird.

Französischer Kunstgeist

In Berlin wurde in der letzten Zeit eine Reihe von Ausstellungen veranstaltet, die einen tiefen Eindruck von der Darstellungsintensität und natürlichen Sicherheit des französischen Kunstgeistes gaben. Auch die heutige bildende Kunst Frankreichs ist ihrer Bedeutung nach eng und folgerichtig mit den Vorgängern verbunden. Wie sonst nirgends in den Künsten einzelner Länder ist das belebende Element dieser ungewöhnliche Zusammenhang. Er ist die Basis für jenes bewunderungswürdige Kunstempfinden, das selbst bei den geringfügigsten Werken zum Durchbruch kommt, und das bei einzelnen Persönlichkeiten sich deshalb zur Größe auswächst, weil es ganz selbstverständlich und ohne übertriebene Gewolltheit benutzt wird. Von einer solchen Größe bekam man aufs neue einen Begriff bei der Betrachtung der Gemälde Edouard Manets in

der Gallerie Matthiesen, der Gemälde Claude Monets in der Gallerie Thannhauser und der Gemälde und Zeichnungen Vincent van Goghs in den Kunsthandlungen Paul Cassirer und Otto Wacker. Es sind die beiden Hauptmeister des französischen Impressionismus, ja des Impressionismus überhaupt, und der gewaltige Kämpfer um malerische Expression, um eruptive Darstellung seiner Gesichte. Das Gesamte ist eine Kunstwelt, die nicht nur epochemachend sondern mehr noch in sich von unabmeßbaren Kräften beschwingt ist. Manet, der 1883 starb, hat heute schon etwas Altmeisterliches, ohne an Bedeutung für die Moderne einzubüßen. Die Art, wie er Courbets Intentionen weiterführt und bei höchster Freiheit in seiner Auffassung langsam in die neuen Anschauungs- und Darstellungsweisen überleitet, läßt kaum noch den Kampf seiner Zeitgenossen gegen ihn verstehen. Klassisch im neuen Gewand kann man sein Werk nennen, eine frappierende Wiedergeburt der Winckelmannschen Forderung stiller Einfachheit und edler Größe. Monet, der in hohem Alter erst 1926 starb, ist daneben im wesentlichen der konsequente Pleinairist, allerdings von einem Format, neben dem die Impressionen späterer Mode wie Stümpeereien wirken. Es ist seine Tat nach den effektvollen Farbenspielen Whistlers wirklich erlebte, nicht erfundene Hellmalereien durchgeführt zu haben, in denen alles von Licht und Sonne aufgelöst scheint und doch einer verborgenen Konsistenz nicht entbehrt. Und schließlich van Gogh. Vor den frühen Gemälden und mehr noch bei den Zeichnungen kann man beobachten, wie er darum ringt mit dem schon Gegebenen die ihm vorschwebende Form zu erfassen. Scheinbar nur aus sich findet er endlich mittels heftiger Strich- und Farblagen die Ausdrucksmöglichkeiten für sein Temperament. Jedoch so erregt auch immer diese Motive sein mögen, immer und stets wirkt sich in ihnen eine innere Gesetzmäßigkeit aus. Auch dies ist eine Auswirkung des im Kunstschöpferischen vollkommenen gallischen Geistes, der jetzt wie ehemals die europäische Kunst am stärksten befruchtet. Und darum müssen wir über diese Ausstellungen in Berlin sehr froh sein und sollten nicht in kleinlicher Ängstlichkeit nach "Gegenleistungen" in Paris fragen (an denen es übrigens nicht fehlt). Was von der Kunst der Nachbarnationen zu einander dringt, ist immer ein Gewinn für das zu schaffende Europa.

Zille

Am 10. Januar wurde Heinrich Zille 70 Jahre alt. Es hat lange gedauert, bis seine Zeichenkunst ernsthafte Beachtung fand, bis man erkannte, daß in ihr mehr als nur Berliner Witz, vielmehr auch eine ungewöhnliche Darstellungsgabe steckte. Erst als Fünfzigjähriger konnte er dabei allein von seinen Zeichnungen leben, vorher erwarb er seinen Lebensunterhalt hauptsächlich durch Reproduktionslithographien. Von seinen zahlreichen Veröffentlichungen sprechen für seine unermüdliche Erfindungsgabe am meisten Berliner Luft, Kinder der Straße, Mein Milljöh, Rings ums Freibad, die sämtlich im Verlag Eysler & Co. in Berlin, und neuerdings die Bilder vom alten und neuen Berlin, die bei Carl Reißner in Dresden erschienen sind. Adolf Behne hat in einer Schrift Heinrich Zille /Berlin, Verlag der Neuen Kunsthandlung/ die besondere Art dieses Künstlers auf soziologischer Grundlage dargestellt. Einwandfrei ist zu erkennen, daß ein Sittenschilderer am Werk ist, der ebenso intensiv die vielartigen Freuden und Leiden seines Milieus darzustellen weiß, wie vordem etwa Thomas Rowlandson die Engländer seiner Zeit zu schildern vermochte.

Reisebücher

Im Verlag Rohland & Berthold in Crimmitschau erschien ein Reisebuch Wilhelm Hausensteins über Südfrankreich, das einen Einblick in südfranzösische Kunst, Vergangenheit und heutige Lebensart gibt. Die Art Hausensteins braucht den Lesern der Sozialistischen Monatshefte, in denen er seine kunstkritische Arbeit ja recht eigentlich begann und viele Jahre hindurch fortführte, nicht erst vorgestellt zu werden. Gewiß mag an seiner zuweilen prononciert barocken Schreibweise ausgesetzt werden, daß sie dem Thema nicht immer dienlich ist, zuweilen das Interesse von der Sache ablenkt. Doch muß man dann auch zugeben, daß gerade ein solcher Stil zuweilen die besondere Note eines Kunstwerks dem Leser erhellt. Vor allem aber muß man nachdrücklich auf die europäische Gesinnung Hausensteins hinweisen, von der alle seine Arbeiten getragen sind, und die auch dieses sein neuestes Buch so wertvoll macht. Merkwürdig nachhaltig wirkt die scheinbar saloppe Art Julius Meier-Graefes in seinem Buch Pyramide und Tempel /Berlin, Ernst Rowohlt/, das im Untertitel nur »Notizen während einer Reise nach Agypten, Palästina, Grie-

chenland und Stambul« verspricht, aber doch erheblich mehr gibt. Man könnte viele dieser mit Ironie vorgetragenen Ansichten und Meinungen anfechten. Dennoch frappiert die anschauliche Frische ebenso wie die Unbefangenheit vor der alten ägyptischen Kunst; und bei allem die klug gewählte Form des Nebenher und das Ausschalten jedes Gefühlsüberschwangs.

Im Verlag Karl Baedeker in Leipzig kam in neuer Auflage das Handbuch für Reisende Holland heraus. Besonders bemerkenswert ist in diesem Band ein Kapitel Zur holländischen Kunstgeschichte von Franz Dülberg, das nicht im üblichen Reiseführerstil abgefaßt ist sondern eine bedeutende Analyse des Wesens und der Entwicklung niederländischer Kunst enthält.

Totenliste

In Kaposvar starb Ende November 1927 der ungarische Maler Josef Rippl-Ronai, der einer der eigenartigsten Vertreter impressionistischer Darstellung war. Sein bekanntestes Werk befindet sich in Budapester Privatbesitz. Durch eigene Hand endete Ende November in Hamburg, im Alter von 52 Jahren, der Maler Alfred Heinsohn. Gerade hatte das Museum in Altona eine Ausstellung seiner Werke veranstaltet. Er war ein Schüler Theodor Hagens und galt als eine besondere künstlerische Begabung. Nahrungsorgen haben ihn in den Tod getrieben. Am 4. Dezember starb in München Adolf Hengeler, 64 Jahre alt. Neben Adolf Oberländer ist er als Zeichner für die Fliegenden Blätter berühmt geworden; seit 1885 hat er für dieses typisch süddeutsche Humorblatt weit über 5000 Zeichnungen geschaffen. Als Maler setzte er auf seine Art die Kunstauffassung Schwinds und Spitzwegs fort. Am bekanntesten ist das für ihn bezeichnende Gemälde Der Einsiedler und seine Freunde im Albertmuseum in Chemnitz. Anfang Dezember starb in Wien der Bildhauer Arthur Strasser, im Alter von 74 Jahren. Sein in der Wiener Sezession ausgestelltes Hauptwerk Kaiser Nero mit dem Löwengespann erregte seinerzeit beträchtliches Aufsehen. Mitte Dezember starb in Kopenhagen der Hof- und Historienmaler Laurids Tuxen, 74 Jahre alt. Er hat besonders die dänische Königsfamilie gemalt, aber auch seine Krönungsbilder in Petersburg und Athen sind bekannt. Er hat das malerische Handwerk nie der höfischen Konvention geopfert.

Ende Dezember starb in Lana in Tirol der Bildhauer *Norbert Pfretzschner*, im Alter von 77 Jahren. Er hatte früher lange Zeit in Berlin gelebt, gehörte zum Kreis Reinhold Begas und Ludwig Manzels und war auch einer der Mitarbeiter an der Siegesallee, die die Hauptstadt der Republik seelenruhig vom Kaiserreich übernommen hat. Von seinen sonstigen Werken sind hauptsächlich die sitzende Bismarckstatue mit der Dogge auf der Rudelsburg bei Kösen, das Jahrtausenddenkmal in Brixen in Tirol und der Brunnen mit der Elchreiterin in Linz zu nennen.

Im Alter von 96 Jahren starb Ende Januar 1928 der Pater *Desiderius Lenz* in Beuron. Er hat die bekannte Beuroner Kunstschule begründet. Seine Hauptwerke sind die Gemälde in der Abteikirche zu Beuron.

Aus unbekanntem Gründen tötete sich Ende Januar in New York der Karikaturenzeichner *Hans Stengel*, ein früherer Mitarbeiter des *Simplicissimus*. Er ist nur 34 Jahre alt geworden.

Am 18. Februar starb in Berlin *Rudolf Schulte im Hofe*, kurz nach Vollendung seines 63. Lebensjahrs. Er wurde in Westfalen geboren, studierte in München bei Ludwig von Löfftz und war später einer der erfolgreichsten Bildnis-maler. Am bekanntesten sind die Porträts von Schmoller, Bethmann Hollweg, Emil Fischer und Max J. Friedländer. Als Nachfolger Anton von Werners war er außerdem lange Jahre Vorsitzender des Vereins Berliner Künstler.

Kurze Chronik Die von Paul Westheim herausgegebene Zeitschrift *Die Schaffenden* setzte zur Förderung moderner Graphik Preise von 1000, 500 und 250 Mark aus. Sämtliche graphische Techniken sind zugelassen. Der Euphorionverlag in Berlin, in dem *Die Schaffenden* erscheinen, gibt auf Wunsch die genaueren Bedingungen bekannt. \diamond Der Labordekopf aus dem *Parthenonfries* wurde von der Gattin des Grafen Laborde, in dessen Besitz er seit 1844 war, und nach dem er benannt ist, dem Louvre in Paris gestiftet. Er ist neben dem Theseuskopf des Britischen Museums die einzige guterhaltene Skulptur des berühmten Frieses. \diamond Der dänische Archäologe Blinkenberg stellte fest, daß sich der Kopf der Venus von Knidos des *Praxiteles* in der Kopenhagener Glyptothek befindet. Der Torso des Kunstwerks ist in Brüssel im Musée de Cinquantenaire aufgestellt. Man wußte bisher nicht; daß der Kopf des Kopen-

hagener Museums zu diesem Torso gehört. \diamond Karl Caspar, der bekannte Münchener Maler, wurde beauftragt die Ostapsis des *Bamberger Doms* auszumalen. Ohne die künstlerische Bedeutung Caspars herabzusetzen, muß man doch sagen, daß eine derartige Ausschmückung dieses bedeutenden mittelalterlichen Bauwerks weder berechtigt noch notwendig ist. \diamond In der Kirche Senolamente in Padua wurde unter einer Kalkschicht eine Madonna *Jacopo Bellinis* entdeckt. \diamond Der Münsteraner Soziologe Johann Plenge entdeckte im Februar ein bisher unbekanntes Gemälde *Raffaels*, eine Madonna mit dem Kind und der Johannesgestalt im Hintergrund, die Plenge die Madonna des Incarnatus benannt hat. Raffael hat das Gemälde wahrscheinlich etwa 1507 oder 1508 gemalt und (nach Vasari) dem Taddeo Taddei zum Abschied geschenkt. Das Kind trägt Raffaels eigene Züge. \diamond Im Homburger Kurpfälzischen Museum wurde ein Porträt Friedrichs des Siegreichen als ein Werk *Grünwalds* ermittelt. Eine Nachprüfung anlässlich der Ausstellung mittelrheinischer Künstler in Darmstadt führte zur Bestätigung des Fundes. \diamond In Hamburg wurde das Hauptwerk *Philipp Otto Runges* *Der Morgen*, dessen Zerstörung der Maler selbst angeordnet hatte, neuerdings aus den noch vorhandenen Teilen wiederhergestellt. Auf Betreiben Gustav Paulis, des Leiters der Kunsthalle, wurde eine Fassung vom Herbst 1808 als Vorlage für die Wiederherstellung benutzt. Es fehlen in diesem romantischen Monumentalwerk nur einige Streifen aus dem Himmel und der Fauna, die mit einem neutralen Ton ausgefüllt sind. \diamond In Nizza wurde ein *Chéretmuseum* eröffnet, das hauptsächlich den Werken des berühmten französischen Plakatzeichners gewidmet ist. Die Werke selbst entstammen der Sammlung Joseph Vitta. \diamond Das *Internationale Museumsamt*, über das in dieser Rundschau (1927 II Seite 1037) schon berichtet wurde, berief einen Sachverständigenausschuß, der die Methoden der Zusammenarbeit zwischen den amtlichen Werkstätten der einzelnen Länder, in denen Gipsabgüsse nach den Kunstwerken hergestellt werden, studieren soll. \diamond Die Mannheimer Kunstschule beabsichtigt die Gründung eines *Internationalen Archivs für Kinderzeichnungen*, das die kindliche Psychologie und Gestaltung wissenschaftlich bearbeiten und ein systematisch geordnetes Material bereitstellen soll. \diamond In Berlin wurde der Posten eines Kustos

der Kunstsammlung der Jüdischen Gemeinde geschaffen, der die bereits seit 10 Jahren bestehende *Sammlung jüdischer Kultgegenstände* und hervorragender graphischer Blätter systematisch ordnen und fortführen soll. Der Kunsthistoriker Karl Schwarz, ein Kenner dieses Spezialgebiets, ist zum Kustos dieser Sammlung bestellt worden.

Literatur

Schon im voraus auf den 400. Todestag *Albrecht Dürers* brachte Kurt Pfister

im Amaltheaverlag in Wien eine Publikation über Werk und Gestalt Dürers heraus. Besonderes Gewicht ist auf die gute und teilweise farbige Wiedergabe der Aquarelle, Zeichnungen und Graphiken gelegt. Die Umrahmung des wesentlich beschreibenden Textes mit Dürerschen Handzeichnungen dagegen wirkt wenig erfreulich. ◊ In der Reihe Meister der Plastik /Frankfurt, Irisverlag/ ist neuerdings ein Band *Balthasar Permoser* von Ernst Michalski erschienen. Mit vorzüglichen Abbildungen und einem wissenschaftlich gut fundierten Text erkennt man einen bedeutenden Barockbildhauer, der fast 200 Jahre für höchst minderwertig angesehen wurde. ◊ Der neuerdings beträchtlichen Ingresneigung entsprechend hat Hans Graber *Ingres' Gedanken über Kunst* ins Deutsche übertragen /Konstanz, Carl Hoenn/. Es ist eine Reihe von Aufsätzen, die, im Stil von einer gewissen Schwerfälligkeit, die Kunstauffassung dieses Klassizisten spiegeln. ◊ Über *Paula Modersohn* sind 2 bemerkenswerte Schriften erschienen. Die eine von Georg Biermann ist eine neue Auflage des ehemals von Ernst Uphoff in der Sammlung *Junge Kunst* herausgebrachten Bandes /Leipzig, Klinkhardt & Biermann/. Jetzt umschreibt Biermann, ruhig sich einfühlend, die künstlerische Eigenart dieser seltenen Frau. Bernhard Hoetger steuert eine Erinnerung bei. Konrad Tegtmeier ergänzt sie in der andern Publikation, die im Angelsachsenverlag in Bremen erschien, durch bisher unveröffentlichte Briefe an Martha und Heinrich Vogeler. ◊ Dem österreichischen Maler *Georg Merkel* widmete Ernst Buschbeck eine Monographie, die einen Briefwechsel des Künstlers mit dem Autor enthält /Wien, Krystallverlag/. Sicher ist Merkel eine starke Begabung; aber der Versuch einer Verbindung heroischer und bukolischer Grundstimmungen kann nicht die Leere einzelner Kompositionen beseitigen. ◊ Über den 1920 gestorbenen *Amedeo*

Modigliani hat Giovanni Scheiwiller in der Sammlung *Arte Moderna Italiana* /Mailand, Ulrich Hoepli/ eine kleine Biographie herausgebracht. Die präziös angelegten Gemälde dieses Künstlers haben nach seinem Tod ungewöhnliche Preise erzielt. Auch wer bezweifelt, daß das mit Recht geschah, muß im einzelnen bei seinen Werken gewisse Qualitäten konstatieren. ◊ Solche fehlen einer bisher unbekanntem Malerin *Irma Stern*, der Max Osborn im 51. Band der Sammlung *Junge Kunst* /Leipzig, Klinkhardt & Biermann/ eine Einführung geschrieben hat. Das exotische Thema genügt nicht, die formale Abhängigkeit von Max Pechstein macht sich zu offensichtlich bemerkbar. ◊ Lange Zeit war wenig über die spätgotische deutsche Bildhauerkunst bekannt. Ein Werk *Hermann Beenkens* Bildhauer des 14. Jahrhunderts am Rhein und in Schwaben in der Sammlung *Deutsche Meister* /Leipzig, Inselverlag/ unterrichtet jetzt tief-schürfend über das spätgotische Darstellungsvermögen, das durchaus eine eingehende Beschäftigung verlangt. ◊ Die Katakombenwelt behandelt *Oskar Beyer* in einer mit zahlreichen Tafeln und Abbildungen ausgestatteten Schrift /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Mittels Untersuchungen über Grundriß, Ursprung und Idee der Kunst in der römischen Christengemeinde gelingt es eine anschauliche Vorstellung von der Ganzheit aller Äußerungen innerhalb dieses Kunstkreises zu vermitteln. ◊ Bei Georg Bondi in Berlin ist neuerdings eine Publikation *Eindruckskunst und Ausdruckskunst* von *Kurt Breysig* herausgekommen, die einen Blick auf die Entwicklung des zeitgenössischen Kunstgeistes von Millet bis zu Marc darstellt. Das schon oft behandelte Thema wird hier in der Weise abgehandelt, daß gedankliche Untergründe aufgespürt und metaphysische Bindungen versucht werden. Außerdem wird die zeitgenössische Literatur in einer teilweise recht aufschlußreichen Art herangezogen. ◊ Bei R. Piper in München, Ernst Rowohlt in Berlin und Paul Zsolnay in Wien sind aus Anlaß des 60. Geburtstags *Julius Meier-Graefes* Widmungen einer Reihe von Persönlichkeiten herausgekommen. Nicht nur Kunstschriftsteller, sondern auch Dichter, Publizisten und Künstler umreißen in kurzen Aufsätzen das, was sie Meier-Graefe verdanken, welch hohe Bedeutung ihm zukommt, der das Neue in der Kunst zu erkennen wußte und damit dem Verständnis, meist als erster, den Weg zeigte.

Musik / Max Butting

Chorwerke Aus mannigfachen Gründen sind in den letzten Jahrzehnten wenig größere Chorwerke entstanden, so daß in der Allgemeinheit die Möglichkeit eines eindrucksvollen modernen Oratoriums meist in Zweifel gezogen wurde. Um so größere Aufmerksamkeit mußte der starke Erfolg erregen, der der *Missa symphonica Lothar Windspergers* / Mainz, B. Schotts Söhne/ bei ihrer Uraufführung durch Hans Weisbach in Düsseldorf beschieden war. Die starke Eindruckskraft dieses Werks ist zweifellos auf das Unmittelbare des seelischen und auf die hohe Reife des künstlerischen Ausdrucks zurückzuführen. Den experimentellen Tendenzen neuester Musik steht das Werk völlig fern, seinem Autor ist weniger daran gelegen in Kontakt mit neuer Geistesrichtung Neuland zu erobern als von festem Besitz aus seine individuelle Kunst zu bekennen. Das ist keinerlei Werturteil, wenn nicht in dem Sinn, daß die Komposition eines religiösen Werks gar nicht anders denkbar ist. Eine kirchliche Musik braucht nicht unter allen Umständen intensiven seelischen Charakter zu haben, sie kann äußerlicher Schmuck liturgischer Handlung sein. Ein religiöses Kunstwerk wird stets im Sinn des individuellen Bekenntnisses religiös fundiert sein müssen und kann dabei von kirchlichem Stil weit abweichen, braucht mit Kirchlichem gar nichts zu tun zu haben. In Windspergers Messe steht das Kirchliche zum mindesten stark im Hintergrund, das Wesentliche ist das persönliche Bekenntnis. Um diesem Bekenntnis möglichst vollendeten Ausdruck zu geben, mußte sich der Autor nur der Mittel bedienen, die er sicher beherrscht. Die Frage nach der Fortschrittlichkeit im Sinn der Kunstentwicklung dürfte hier also unangebracht sein, entscheidend ist allein sein religiöser Charakter. Der ist vor allem ehrlich, innig und männlich; unkompliziert in dem Sinn, daß mystische Versunkenheit oder Sehnsucht völlig hinter einer festen Gläubigkeit zurücktritt. So sind die höchsten Steigerungen demgemäß von einer sichern Feierlichkeit erfüllt, und der Kern des Werkes ist das Credo. Die Innigkeit wird nie pathetisch, sie bleibt in den Grenzen ernstesten seelischen Ausdrucks. Der rein musikalische Stil Windspergers ist schwer zu beschreiben. Man kann ihn nicht als einen vorwiegend klanglichen, kontrapunktischen oder ähnlich bezeichnen.

Windsperger bedient sich aller Möglichkeiten des musikalischen Satzes, um frei gestalten zu können. Bei aller Reinheit der Musik bleibt jedoch stets der religiöse Ausdruck primär, selbst in den Orchestersätzen, dem Präludium und den schönen Interludien. Diesem religiösen Ausdruck ist alles dienstbar gemacht, seinetwegen bestehen einfachste alte neben komplizierten modernen Harmonieen. Die Basis ist eine wahre Einfachheit, aus der seelischer Ausdruck und musikalischer Einfall gleichartig herauswachsen. Vielleicht liegt gerade hier die Wurzel des tiefen Eindrucks, den das Werk macht.

In größtem Gegensatz zur Windspergerschen Messe stehen 2 andere Werke, die im letzten Jahr außerordentlichen Erfolg hatten: *Arthur Honeggers* König David und *Igor Strawinskijs* König Ödipus. Diese beiden Werke stehen zu einander in seltsamer Verwandtschaft und ebenso seltsamem Kontrast. Honegger schrieb seine Musik als Bühnenmusik zu René Morax' biblischem Drama *Le roi David*, das Davids Aufstieg vom Hirten zum König und Propheten behandelt. Er bearbeitete sein Werk dann so, daß an Stelle der Szene ein Erzähler aufgestellt wurde, der die Entwicklung der Handlung vorträgt. Und diese Erzählung wird von meist kurzen Musikstücken unterbrochen, etwa in dem Sinn wie in der Johannespassion die Szene vor Pilatus behandelt ist, wenn man Choral und Arien fortdenkt. Auf diese Weise blieb ein Oratorium übrig, das ein Musiker, der bisher vorwiegend Symphonie- und Kammermusik geschrieben hatte, aus einem Drama mit Entwicklung und Handlung umgestaltet hat. Die Form zielt auf ein Drama, auf Handlung, auf Entwicklung. Aber so sehr die Musik illustrativ zum Vorgang steht, sie verleugnet nicht den Autor, der mit Konzertmusik begann. Umgekehrt Strawinskijs, dessen Entwicklung vom Theater ausgeht und zur reinen Musik drängt, der mit Balletten begann und zur Klaviersonate, zum Klavierkonzert kam, dessen musikalischer Puritanismus kaum überboten werden kann. Wenn er nun wieder die Bühne braucht, so geschieht es, weil er in seiner Musik die theatralischen Spannungen nicht wohl entbehren kann. Aber gleichzeitig folgt er konsequent seinem Stilwillen die alten Entwicklungsmomente und Zusammenhänge, das Werden, den menschlich-seelischen Vorgang auszuschalten. Im Stil ist der König David Strawinskijs Geschichte vom Soldaten nah verwandt. Der Vor-

leser liest eine Geschichte vor, die Musikstücke sind Teile des Ganzen, das nur Gelesene bringt den Zusammenhang zwischen diesen Teilen. Beim König Ödipus gibt es auch einen Erzähler, aber seine Aufgabe ist es die einzelnen Musikstücke von einander zu trennen, er figuriert als ein Ansager, und die Musikstücke des Oratoriums bewahren ihre völlige Unabhängigkeit von einander. Demgemäß beschreibt nun im Oratorium König David die Musik Situationen und Vorgänge und veranlaßt den Hörer seine Phantasie zu betätigen; auf menschliche Vorstellungskraft wird reflektiert, mit ihrer Hilfe wird indirekt ein Teil des Eindrucks erzielt. Umgekehrt wird im Opernatorium König Ödipus die Szenerie aufgebaut. Der Hörer hat sich nichts vorzustellen; die Personen bewegen sich nicht, also braucht sich der Zuschauer nicht in einzelne menschliche Regungen einzufühlen. Dem Empfangenden wird genommen, was ihn verleiten könnte von der Musik fortzudenken, und es wird ihm gegeben, was ihm hilft sich nur zur Musik hinzuwenden. So zielt der König David auf das, was intellektuell dem Theater, der König Ödipus auf das, was dem Epos zugrunde liegt. Strawinskij hat im Ödipus eine neue Form des Epos geschaffen. Und so dramatisch seine Musik an sich ist, sie drängt ebenfalls zum Epischen. Sie ist streng, verwirft Chromatik, verwirft alles psychologische Musizieren, will absolute Musik sein, will auf jedes subjektivistische Moment, auf jedes Espressivo völlig verzichten. Honegger dagegen verwendet unbedenklich alle möglichen Mittel, um Wirkung zu erreichen, und nur sein überlegener Klungsinn und seine formale Gewandtheit sichern der Musik den Erfolg. Einige Stücke, wie der Marsch der Philister, sind feiner, anderes, zum Beispiel das Posaunensignal beim Auftritt Goliaths, ist trivial. Was an dem Werk indessen wirklich interessiert, das ist der Stil des Ganzen. Man muß sich ernsthaft fragen, ob der von Strawinskij und auch von Honegger eingeschlagene Weg nicht entscheidend für zukünftige Gestaltung großer Musik werden kann. Ein Werk wie Windspergers Messe wird immer eine vereinzelt zu betrachtende Angelegenheit bleiben; ihr Wert ist ziemlich unabhängig vom Zeitstil und ganz auf die Kraft des Autors gestellt. Honeggers und Strawinskij's Werke bedeuten für uns etwas ganz anderes, weil sie über ihren künstlerischen Eigenwert hinaus uns zur Diskussion kultureller Fragen zwingen.

Vogel

Von Wladimir Vogels Werken ist noch nichts gedruckt worden. Das ist ihm gegenüber ungerecht, für uns bedauerlich. Sein schönes Streichquartett, das in Frankfurt auch auf dem Fest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik aufgeführt wurde, würde zweifellos häufig gespielt werden. Das wäre sehr zu begrüßen, denn es eignet sich wohl am besten zu einer ersten Bekanntschaft mit der Kunst Vogels. Es ist hier absichtlich und betont Kunst gesagt, nicht Musik. Bei allen Werken Vogels drängt sich ganz stark der Eindruck auf, daß die Töne, Klänge und Rhythmen Mittel sind, um ein Werk gestalten zu können. Ich könnte mir vorstellen, daß die charakteristische Persönlichkeit Vogels, wie wir sie kennen, sich anderer Mittel als der Musik bediente, um schaffen zu können. Aber anzunehmen, daß er aus Musiziertrieb heraus komponiert, hieße Vogels Eigenart nicht gerecht werden. Es ist nicht entscheidend, daß er sich gerade der Musik bedient, um schaffen zu können. Und das ist das zweite: um schaffen, nicht etwa, um sich ausdrücken zu können. Immer wieder verfällt man darauf Vogels Kunst mit der eines Architekten zu vergleichen, der Gebäude auch nicht in erster Linie aus Freude am Material errichtet, und der bei aller Wahrung seiner charakteristischen Persönlichkeit niemals daran denken kann in seinen Werken einen seelischen Ausdruck darzustellen, wie er in den Gemälden und Musikstücken mancher Zeit enthalten ist. Im 19. Jahrhundert, in dem das kulturelle Empfinden der Menschen überall vor allem diesen seelischen Ausdruck verlangte, trat Architektur als Kunst durchaus hinter Musik und Malerei zurück. In den letzten Jahren hat dagegen zweifellos die Architektur als erste unter allen Künsten Formen geschaffen, die uns als richtig erscheinen, uns innerlich nahestehen, während die Komponisten noch suchen und kämpfen, um neue, der Zeit adäquate Kunst schaffen zu können. Viele bezweifeln, ob es eine Musik geben kann, die auf den subjektiv-seelischen Ausdruck verzichtet (Entgötterung der Musik). Nun, ihre Möglichkeit geht schon aus der Geschichte hervor. Und für unsere Zeit bedeutet nur solche Musik etwas, die betonte Bloßstellung des Subjektiven wird uns von Tag zu Tag unerträglicher. Aus alledem geht hervor, warum man die Kunst Vogels für wahrhaft modern halten und seine letzten Werke zu den wenigen im kulturellen

Sinn neuen rechnen muß. Die Reife und Eindrucksfähigkeit des einzelnen Werks ist freilich eine Sache für sich, da entscheiden der Baugrund und das Material, Grundriß und äußere Form. Wie ein echter Baumeister legt Vogel entscheidenden Wert auf den Grundriß. Als Beispiel hierfür sei die Programmangabe eines seiner Werke angegeben, das er Komposition, aufzuführen auf 1 und 2 Klavieren, nennt: »Introduktion (2 Klaviere); Sonata — Scherzo; Moderato; Appassionato — Allegro — Moderato — Appassionato grosso (1 Klavier); Einführung des 2. Klaviers — Entfaltung einer Bewegung — Kadenz; Finale: Rhythmik I, II, III — Koda (Reprise).« Vogel selbst schreibt: »Bewegung wurde als ... einziges Element erkannt, welches ... diese dynamische Konstruktion tragen könnte.« Er bezeichnet das Ganze als eine Konstruktion, gibt die grundlegenden Teile als Grundriß weitgehend detailliert an, und als Element nennt er Bewegung, das in letzter Hinsicht primitivste Moment der Musik. Nicht Thematik, nicht Melodik, auch nicht selbstwichtige Klanglichkeit ist das Primäre, sondern Bewegung. Bewegungsarten kontrastiert Vogel im Grundriß, und er komponiert sie im wahrsten Sinn des Wortes zu einem Werk. Diese Art des einfachsten Komponierens oder Bauens behält er auch, wenn das Element, das Material anders ist. Im Streichquartett zum Beispiel nimmt er es aus Spielarten wie glissando, pizzicato. Aber er bleibt bei primitiven, besser bei ganz ursprünglichen Elementen, die er zusammenfügt und in Formen bringt. Das schafft er durch einen ganz ursprünglichen Trieb, der zwar nicht im gewöhnlichen Sinn des Wortes ein Musiziertrieb, aber doch ein musikerfüllter, in erster Linie rhythmisch-dynamischer Trieb ist. Die auf dem Grundriß aufgebaute äußere Form der Werke ist im alten Sinn völlig frei, im eigenen Sinn des Werks außerordentlich streng. Von Werk zu Werk wurde sie eindrucksvoller. In diesen Musikgebäuden spielt die Phrase oder das Motiv im alten Sinn ebensowenig eine Rolle wie bedeutungsvolle Ornamentik. Die Wände sind ziemlich schmucklos. Und daß aus all diesem nicht ein leerer Formalismus folgt, hat seinen Grund in der individuellen Persönlichkeit, die sich nie als subjektives seelisches Moment hervorhebt und trotzdem in der Gesamtheit des einzelnen Werks außerordentlich stark vertreten ist. Des Autors Freude und Schmerz usw. bleiben Privatangelegenheiten, die

er nicht komponiert. Aber seinen bestimmten Charakter kann er nie verleugnen, er kommt unmittelbar, in ursprünglichster Art zum Ausdruck. Es gibt Dinge, die irgendwohin, zu Jenseitigem, Göttlichem streben. Und andere, die irgendwoher kommen, um sich in erkennbarem Licht zu ordnen. Wenn für die Persönlichkeit Vogels, für das Aufwärts in seinen Werken einer dieser Wege Bedeutung hat, so ist es der zweitgenannte. In seinem eigenen Wollen liegt sicher kein Hang zur Mystik, vielleicht nicht einmal zum Aufwärts in philosophischem Sinn. Und doch drängt sich der Eindruck auf, als läge dieser Musik ein Gefühl für das kosmische Chaos, für den Urzustand der Dinge zugrunde (Vogels Mutter war Russin) und strebe zu uns, zu Ordnung bei uns (sein Vater war Deutscher). Wenn also in diesem ersten, schweren Charakter ein metaphysisches Moment besteht, dann bezeichnet es den Ursprung, nicht das Ziel. Es fehlt diesem Charakter weder an Härte noch an Weichheit, weder an Temperament noch an Ruhe. Vor allem ist er erstaunlich einheitlich, darum spricht man bereits heute leichter über seine Kunst als über seine Werke im einzelnen. Aus dieser Einheitlichkeit geht die Konzentration selbstverständlich hervor, die in der Gesamtheit des Werks meist klarer zutage tritt als im Detail. Die Herrschaft über Detail in Form und Technik ist in jedem Werk sicherer geworden. Sein letztes großes Werk, die Symphonia fugata, hat sehr starken Eindruck gemacht, der um so höher einzuschätzen ist, als das Ethos seiner Musik durch keinerlei Tendiertheit sondern durch reine Kunstform vertreten wird.

Es soll mit alledem keinerlei kritische Stellung zu Vogels Musik genommen sein. Es ist erheblich wichtiger, daß wir die Erscheinungen unserer Zeit verstehen, als daß wir sie zu früh beurteilen.

Totenliste

Am 31. Oktober 1927 starb in Berlin der ausgezeichnete Pianist und Klavierpädagoge *James Kwast*, 75 Jahre alt. Er war von Geburt Holländer, hatte aber seine Ausbildung in Deutschland erhalten. Er wurde zuerst Lehrer am Kölner Konservatorium, dann ging er nach Berlin, wo er an verschiedenen Konservatorien wirkte. Mit seiner Schülerin und spätern Gattin, der vorzüglichen Pianistin *Frieda Hodapp*, hat er oft Konzerte auf 2 Klavieren veranstaltet; beide haben sich namentlich ganz früh für Reger eingesetzt.

Mitte November wurde in Berlin der Synagogendirektor *Albert Kellermann* von einem Automobil überfahren und getötet. Er hat hebräische Gesänge komponiert und den Verein zur Pflege hebräischer Musik gegründet.

Im Alter von 56 Jahren starb Ende November in Stockholm der schwedische Komponist *Wilhelm Stenhammar*, der vor allem durch seine Kammermusikwerke bekannt geworden ist. Seine Oper *Das Fest auf Solhaug* wurde 1905 unter Karl Muck im Berliner Königlichen Opernhaus aufgeführt. Stenhammar war ein ausgezeichnete Pianist.

In seiner Geburtsstadt Hamburg starb Ende November, 68 Jahre alt, der Komponist und Musikkritiker *Franz Hermann Behn*, ein Schüler Anton Bruckners. Er stand in freundschaftlichen Beziehungen zu Gustav Mahler, von dessen 2. Symphonie er einen 4bändigen Klavierauszug besorgte. Er hat Lieder und eine Klaviersonate komponiert.

Mitte Dezember starb in Berlin der berühmte Cellospieler und -lehrer *Alfred von Glehn*, der vor 2 Jahren an das Klindworth-Scharwenka-Konservatorium berufen worden war. Er war der letzte Schüler Karl Dawidows und viele Jahre hindurch der einzige Cellolehrer am Moskauer Konservatorium. Freundschaft verband ihn mit Ferruccio Busoni.

In Hamburg starb Ende Februar 1928, 52 Jahre alt, *Arnold Winternitz*, der Jahre lang am Hamburger Stadttheater als Kapellmeister wirkte. Von seinen Kompositionen sind die komischen Opern *Meister Grobian* und *Der Brautschatz* und das oft von Ludwig Wüllner vortragene und auch von Arthur Nikisch in seinen Konzerten aufgeführte Melodrama *Die Nachtigall* bekannt geworden.

Kurze Chronik Die Musikblätter des Anbruchs haben ein *Preis Ausschreiben* mit 2 Preisen von je 1000 Mark für Operntexte erlassen. Der Jury gehören unter anderen Franz Schreker, Ernst Krenek und Paul Bekker an. ◊ In Kassel hielt im November *Ernst Krenek* einen Vortrag über seine Oper *Jonny* spielt auf. Er wandte sich darin gegen die Regisseure der Opernbühnen, die oft sein Werk zu einer Revueposse verunstaltet hätten. Er begründete die Anwendung des Jazz in der Oper, die so gut erlaubt sei wie die der Gavotte im *Don Juan*. Ebenso entsprächen die von ihm angewandten technischen Requisiten der gegenwärtigen Zeit wie andere einer frühern. Kreneks Ausführungen haben über die Verteidi-

gung seines Werks gegen eine am Alten hängende Kritik hinaus Bedeutung als Proklamation der Moderne in der Oper. Mittlerweile hat Krenek auch 3 neue Operneinakter vollendet, die der für Neues eintretende Intendant des Wiesbadener Staatstheaters Paul Bekker dort uraufführen wird. ◊ Bei den Ausgrabungen zur Erforschung der Königsgräber von Ur in Chaldäa fand sich unter anderen kostbaren Gegenständen eine aus Holz gefertigte *12saitige Harfe*. Das Gestell ist mit Gold umwunden und die Wirbel aus Kupfer mit Goldknöpfen. Ein goldener Kalbskopf mit einem Bart aus Lapislazuli schließt das Schallgehäuse ab. Die Harfe dürfte etwa aus 3500 vor Christus stammen. ◊ Im Haag hat sich eine *Studiengruppe für moderne Musik* gebildet. ◊ Eine *Sommermusik-hochschule* für Ausländer wird von Juli bis Oktober 1928 unter dem Patronat des italienischen Unterrichtsministers in Capri errichtet werden. ◊ Das Internationale Musikamt in Wien gründet eine *Internationale Auskunftsstelle für Musik*, die über musikalische Angelegenheiten Auskunft erteilen und vor allem auch allen Berufstätigen als Helfer und Berater zur Seite stehen wird. ◊ Das von Verdi gegründete Mailänder *Altersheim für Musiker* feierte Anfang Januar mit einem Festkonzert unter Leitung Toscaninis sein 25jähriges Bestehen. Das Heim verfügt durch Verdis Stiftung (er vermachte ihr sämtliche Einnahmen aus seinen Urheberrechten) über ein bedeutendes Einkommen. Es wäre zu wünschen, daß ähnliche Stiftungen auch in anderen Ländern errichtet würden. ◊ Als Nachfolger Hermann Aberts wurde *Arnold Schering* Ordinarius für Musikwissenschaften an der Universität Berlin. ◊ Zum Direktor der Musikabteilung der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin wurde *Johannes Wolf* bestellt. ◊ Das bulgarische Unterrichtsministerium hat alle Verwaltungsbehörden angewiesen Konzerte fremder Künstler in *Bulgarien* zu verbieten. In Anbetracht der schlechten materiellen Lage der heimischen Künstler dürfen Fremde erst wieder nach dem 1. Mai konzertieren.

Literatur

Die Entgötterung der Musik nennt *Adolf Weißmann* sein neuestes Buch (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/). Es ist eine Schrift, die uns alle angeht und sich an jeden kulturell interessierten Menschen wendet. In ihrem sachlichen prägnanten Stil, der völlig auf die gelegentlich peinliche Manier der Tages-

kritiken dieses Autors verzichtet, ist sie ein Vorbild dafür, in welcher kurzen lesbaren Form Probleme klargelegt und erörtert werden sollten. Was nutzen dickleibige tiefgründige Bücher der Allgemeinheit? Wer hat Muße sie zu lesen? Und populäre Darstellung ernster Dinge stößt oft ab. Der einzige Weg die Allgemeinheit zu interessieren bleibt diese Weißmannsche Form: die Fragen leicht faßbar aufzustellen, aber exakt und sachlich zu beantworten. Solch kurze Schrift kann jeder lesen, und wenn er begonnen hat, läßt er ihretwegen den schönsten Detektivroman liegen. Darin liegt eine außerordentliche Bedeutung des Buchs. Wie weit es bei dieser Methode dem Autor möglich ist in die Tiefe der Probleme zu dringen, hängt von seiner Art ab. Weißmann stand von jeher den Erscheinungen an sich näher als ihren Gründen. Er legt mehr Wert auf Darstellung der Zustände als auf erkennendes Eindringen. Ohne oberflächlich zu sein, schildert er die Oberfläche, die deutlich zutage tretenden Erscheinungen. So interessant das ist, etwas mehr Tiefe würde an manchen Stellen das Bild plastischer und auch eindeutiger machen. Zum Beispiel vermutet man nach den Sätzen, die die Abkehr vom Erotischen schildern, daß das Neue trocken und nüchtern ist. Da wäre ein Hinweis auf die Wandlung dessen, was uns sinnlich eindrucksvoll ist, wertvoll gewesen; es ist durchaus nicht jeder sinnliche Eindruck ein unbedingt erotisch sinnlicher. Nur ein späteres Wort über das Heiterkeitsmoment im Jazz deutet auf diese Dinge hin. Auch über Sport und Musik, Radio usw. ließe sich noch mancherlei aussagen. Aber wichtiger ist dieses: »Musik in ihren höchsten Formen ist untrennbar vom Hang zum Metaphysischen, ja zum Mystischen.« Und später: »Wir wissen von einer vergangenen göttlichen Musik; leben inmitten einer entgötterten; hoffen auf das Genie, das auch über die Maschine siegt.« Muß die Schöpfung des Kunstwerks unbedingt im Zusammenhang zum Metaphysisch-Mystischen geschehen? Im Weißmannschen Sinn wäre die Entgötterung gleichbedeutend mit einer Profanation. Das braucht aber durchaus nicht der Fall zu sein. Die Maschine wird gewiß überwunden werden, aber es könnte in der Form geschehen, daß sie dienstbar gemacht wird. Und ohne das in irgendeinem Sinn religiöse, besser vielleicht demütige, hingeebene Moment beim Schaffenden leugnen zu wollen, ist die musikalischste Musik ebenso wie der

menschlichste Mensch ohne eine Mystik jener Art, wie sie einer hinter uns liegenden Zeit eigentümlich war, durchaus denkbar. Die Wiederkehr einer göttlichen Musik der Vergangenheit wünschen zu wollen heißt den Geist des Heutigen ablehnen. Zu ihm kann man sich aber sehr wohl bekennen und gerade in diesem Glauben schaffen. Es ist nicht einmal nötig, daß daraus nur Aktualitätswerke hervorgehen. Wer ehrlich schafft, tut es weder um der Aktualität noch um der Ewigkeit willen. Man kann dem Werk als solchem hingegeben sein, ohne ein Mehr dahinter zu suchen. In diesem Sinn bleibt alles das, was es ist; Maschine bleibt Maschine, Mensch bleibt Mensch, Kunst braucht nur Kunst zu sein. Nicht ein Widerspruch, aber eine eigentümliche Spaltung besteht in dem Buch, die in den letzten Worten stärksten Ausdruck findet: »Entgötterung der Musik? Ich weiß von ihr, glaube an sie und doch an eine Zukunft.« Aber diese kann nie in der Wiederkehr dessen bestehen, was einmal war. Die Mystik der Vergangenheit (nur diese, nicht die des Neuwerdens) sagt der Gegenwart nichts mehr. So stark der Glaube Weißmanns an eine Wiederkehr göttlicher Musik sein mag, das ganze Buch beweist doch, wie sehr auch Weißmann an das Heutige gekettet ist. Trotz der intensiven kritischen Betrachtung wirkt die Auseinandersetzung mit der Gegenwart stärker als die Hoffnung auf eine Zukunft, die nur durch Kritik an der Gegenwart begründet ist. Daß Weißmann mit vielen Erscheinungen des Musikbetriebs auch in diesem Buch wieder abrechnet, ist von größtem praktischen Wert, und für manchen Satz müssen wir ihm dankbar sein. Aber in seinem Schlußkapitel fehlt das scharfe Wort gegen die Kritikerprimadonna. Was er den Kapellmeistern nicht erlassen hat, dürfte er den Kritikern nicht ersparen. Wenn eine Zeit den wachsamem Kritiker braucht, ist es unsere, und ohne weiteres ist ihm in Deutschland ja auch die entsprechende Macht zuerkannt worden. Diese Macht muß aber mit besonderm Verantwortungsgefühl ausgeübt werden, denn es steht außer Frage, daß von der verständnisvollen Mitarbeit derer, die die Meinung der Allgemeinheit durch die Presse beeinflussen, viel abhängt. Hier ist Weißmann zu rücksichtsvoll, obwohl er die Wichtigkeit der Kritik eingehend erörtert. Wer soll aber sonst über dies Thema schreiben, wenn nicht ein Mann, der die Dinge sieht und den Willen hat positive Kulturarbeit zu tun?

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Europäische Agrarwirtschaft Immer mehr bricht sich

die Erkenntnis Bahn, daß es eine Gesundung der

deutschen Wirtschaft nur in einer gesunden europäischen Wirtschaft geben kann. Anfangs eine Utopie von Ideologen genannt, hat sich diese Schicksalsgemeinschaft des Kontinents immer mehr als eine nicht zu negierende Realität gezeigt. Nicht nur für die Industrie und den Handel werden die Grenzen auf dem europäischen Festland zu einem immer stärker bemerkbaren Hemmnis in der Entwicklung, sondern auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft werden von den verschiedensten Seiten Wünsche nach internationaler, insbesondere europäischer Zusammenarbeit laut. In den Sozialistischen Monatsheften, die, in Verfolg ihres Programms der kontinentaleuropäischen Zusammenfassung, auf dieses Gebiet vorstießen, sind solche Forderungen seit jeher erhoben und im einzelnen begründet worden. So hat auch der frühere Bearbeiter dieser Rundschau Fritz Baade in zahlreichen Aufsätzen sehr stark betont, welchen Impuls die europäische Gesamtwirtschaft durch eine starke Produktionssteigerung der Landwirtschaft, die bisher in ihrer Entwicklung weit hinter der Industrie zurückgeblieben ist, erhalten könnte (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 417). Auch zahlreiche andere Agrarsachverständige und schließlich der Landwirtschaftsauschuß der Weltwirtschaftskonferenz sahen die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft ein. Die deutsche Landwirtschaft gab ihrem Willen zu einer solchen Zusammenarbeit durch den Beitritt zur Internationalen Landwirtschaftskommission Ausdruck. Vor kurzem, am 1. März, wies der frühere Reichsernährungsminister Gerhard Graf von Kanitz in einer sehr beachtenswerten Rede in Budapest besonders auf die Dringlichkeit einer Rationalisierung des europäischen agrarischen Absatzes hin. Er sieht in einer Zusammenarbeit der europäischen Völker in der gesamten Wirtschaft, besonders aber auf seinem speziellen Gebiet, der Landwirtschaft, die Vorbedingung für eine Behauptung Europas gegenüber Amerika.

Es werden noch viele Vorarbeiten notwendig sein, bevor diese produktive Idee der Zusammenarbeit der europäischen Landwirtschaft und damit auch der gesamten Wirtschaft in die Wirklichkeit

umgesetzt wird. Immerhin ist es erfreulich, daß die Notwendigkeit solcher europäischen Gemeinschaftsarbeit heute nicht nur von Sozialisten sondern auch von Agrarpolitikern aus dem Lager der Rechtsparteien und von Führern der Landwirtschaft voll erkannt wird.

Deutschland Es ist in dieser Rundschau (1927 II Seite 948 und folgende) über eine anhalten-

de Besserung der Lage der Landwirtschaft berichtet worden. Die Nachrichten über die große Notlage der Landwirtschaft, die in den letzten Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit Beunruhigung hervorgerufen haben, scheinen dem zu widersprechen. Tatsächlich besteht eine solche Not. Sie trifft indessen nicht die ganze deutsche Landwirtschaft sondern nur einige tausend Betriebe, hauptsächlich in den 5 ostelbischen Provinzen. Die Not dieser Betriebe wurzelt in den beiden ersten Jahren nach der Inflation.

In der Inflation hatte die Landwirtschaft die Möglichkeit ihre Inventarien weitgehend aufzufüllen, Betriebsverbesserungen vorzunehmen und Vorräte für spätere Zeiten zu schaffen. Ein Teil der Landwirtschaft hat von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch gemacht. Andere Teile der Landwirtschaft haben die damals gebotenen Chancen zu spät erkannt und sind bei ihren Betriebsverbesserungen von der Deflation überrascht worden. Weite bäuerliche Kreise haben den Sinn der Inflation überhaupt erst verstanden, nachdem die deutsche Währung schon längst stabilisiert war, und die Zinsverhältnisse ganz andere geworden waren als in den Jahren bis 1923. Diejenigen Landwirte, die nach der Stabilisierung nicht gezwungen waren ihre Wirtschaft den neuen Verhältnissen anzupassen sondern durch gute Verbindung mit Kreditinstituten die Möglichkeit hatten große Kredite aufzunehmen und mit Hilfe dieser Kredite verlustbringende Wirtschaftsmethoden aufrechtzuhalten, sind es, denen es jetzt schlecht geht. Sie konnten Verluste und Zinsen für alte Kredite immer wieder mit neuen Krediten bezahlen. Aber diese unproduktive Kreditwirtschaft mußte einmal ein Ende haben. Nachdem bereits im letzten Jahr durch die allgemeine wirtschaftliche Hochkonjunktur der Geldmarkt sehr angespannt und die Kreditaufnahme für die Landwirtschaft erschwert wurde, nimmt jetzt die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die wegen Überlastung mit Schulden

keine weiteren Kredite mehr erhalten können und deshalb in Schwierigkeiten geraten, zu. Es hat sich daher als notwendig gezeigt die landwirtschaftliche Kreditgewährung zu systematisieren und mit strenger Kreditkontrolle und Betriebsberatung zu verbinden. Es wird Aufgabe der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse und aller landwirtschaftlichen Personalkreditinstitute sein in Zukunft Agrarkredite nur nach genauer Prüfung des Kredits und des Verwendungszwecks zu gewähren und auf diese Weise zu verhüten, daß sich die Anzahl der notleidenden Betriebe noch weiter so stark vermehrt wie sie es bisher getan hat. Der großen Gefahren für die ganze Volkswirtschaft wegen wird es aber nicht möglich sein die schon jetzt notleidenden Betriebe sich selbst zu überlassen. Wollte man jetzt dem wirtschaftsliberalen Grundsatz: nicht lebensfähige Wirtschaften zugrunde gehen zu lassen, folgen, so würde eine recht große Anzahl dieser überschuldeten Betriebe in den nächsten Jahren zusammenbrechen. Das geschähe vornehmlich im deutschen Osten: in Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Teilen von Brandenburg und Schlesien. Der Zusammenbruch vieler landwirtschaftlicher Betriebe in einem eng umgrenzten Gebiet müßte aber zwangsläufig einen Sturz der Güterpreise, ein Sinken der Beleihungsgrenze, ein Zusammenbrechen auch gesunder Betriebe und eine große Belastung aller durch genossenschaftliche Solidarität mit den zusammenbrechenden Betrieben verbundenen gesunden Betriebe und damit eine Erschütterung der gesamten Land- und Volkswirtschaft zur Folge haben. Man wird scheiden müssen zwischen solchen Betrieben, die nach Umschuldung kurzfristiger hochverzinslicher in langfristige niedrig verzinsliche Kredite gesunden können, und solchen, bei denen keine Umschuldung und keine Betriebsberatung mehr vor dem Konkurs retten können. Zur Rettung der ersten werden Sanierungsstellen eingerichtet werden müssen, die jeden einzelnen Fall zu prüfen, mit den Gläubigern zu verhandeln, eventuell eine Umschuldung durchzuführen und für die zukünftige richtige Organisation des Betriebs Sorge zu tragen haben. Die letztgenannten werden dagegen vor der Zwangsversteigerung nicht bewahrt werden können. Da jedoch bei freier Entwicklung diese Zusammenbrüche die Güterpreise in Zusetzen auf einen Bruchteil der heute bezahlten Preise sinken und damit große Teile der ge-

sunden Landwirtschaft mit in den Zusammenbruch hineinreißen würden, wird der Staat durch Ankauf großer Flächen dafür sorgen müssen, daß die Landpreise nicht bis ins Bodenlose sondern nur bis etwa auf den von den Landwirten selbst angegebenen steuerlichen Einheitswert hinunter sinken.

Extensivierung oder Intensivierung? Nachdem man früher stets die Intensivierung der Landwirtschaft propagiert hatte, diese Forderung fast schon zu einem Schlagwort geworden war, begann Ende 1925, als sich keine greifbaren Gewinne aus Intensivierungsmaßnahmen zeigen wollten, eine Gegenbewegung (siehe diese Rundschau, 1925 Seite 794 und folgende). Vielfach wurde Extensivierung der Landwirtschaft verlangt, und die Intensivierung der Betriebe wurde für die Not der Landwirtschaft verantwortlich gemacht. Leider wurde in dieser Debatte recht häufig an dem eigentlichen Problem vorbeigeredet. Wenn man die Frage, ob die Landwirtschaft intensiv oder extensiv wirtschaften soll, objektiv beantworten will, so muß man sich erst einmal über den Begriff klar werden. Intensiv wirtschaften heißt auf einer gegebenen Fläche mit viel Maschinen- und Sachkapital und einem großen Arbeitsaufwand wirtschaften. Extensive Wirtschaft dagegen ist eine Bewirtschaftung weiter Flächen mit möglichst wenig Arbeits- und Kapitalaufwand. Man kann daher auch den Begriff des Intensiven in kapitalintensiv und arbeitsintensiv zerlegen. Intensive Wirtschaft bringt höhere Roherträge als extensive. Die Frage, wie sich diese 3 Aufwandsarten zu einander verhalten sollen, ist eine Frage des Preises. Bei billigem Boden, teurer Arbeit, hohen Zinssätzen und billigen Produktpreisen muß extensiv gewirtschaftet werden. Je teurer jedoch der Boden im Verhältnis zu Arbeit und Zinsen wird, und je mehr die Produkte im Preis steigen, desto intensiver muß die Landwirtschaft organisiert sein. Sie darf aber nicht zu intensiv gestaltet sein, denn nach dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag steigen zwar die Erträge bei steigendem Aufwand von Kapital und Arbeit, aber nicht proportional den Aufwendungen sondern zuerst schneller bis zu einem gewissen Optimum, dann langsamer, und schließlich aufbleiben die Mehrerträge hinter den Mehraufwand zurück. Volkswirtschaftlich ist Intensivierung der Landwirtschaft und damit Produktionssteigerung

sehr erwünscht. Man kann aber in der Privatwirtschaft von keinem Landwirt verlangen intensiver zu wirtschaften als es seinem privatwirtschaftlichen Interesse entspricht. Die privatwirtschaftliche Grenze der Intensivierung muß daher mit dem Optimum zusammenfallen. Die Frage, ob in Deutschland zurzeit intensiver oder extensiver gewirtschaftet werden muß, kann daher auch so gestellt werden: Bleibt die deutsche Landwirtschaft im allgemeinen hinter dem Optimum zurück, oder hat sie das Optimum überschritten? Es kann kein Zweifel sein, daß es in Deutschland einige, vielleicht einige hundert Betriebe gibt, die dieses Optimum überschritten haben. Ihr Reinertrag könnte durch Extensivierung etwas gesteigert werden. Es ist aber ein grundlegender Fehler von diesen wenigen Betrieben, wie dies leider vielfach geschehen ist, auf die ganze deutsche Landwirtschaft schließen zu wollen. Das Gros der deutschen Landwirtschaft ist in der Intensität noch weit hinter dem Optimum zurückgeblieben. Es sind hier noch große Steigerungsmöglichkeiten der Produktion vorhanden. Man denke nur an die Rindviehfütterung. Durchschnittlich beträgt der Milchertrag einer Kuh in Deutschland zirka 2000 Liter. Da eine Kuh mit 1000 und eine solche mit 5000 Liter Milchertrag gleich viel Erhaltungsfutter benötigt, verbilligen sich die Erhaltungskosten der Kuh pro Liter Milch bei 5000 Liter bis auf ein Fünftel gegenüber der Kuh mit 1000 Liter Milchertrag. Die Mehraufwendungen, die für die Steigerung des Milchertrags von 1000 auf 5000 Liter notwendig sind, stehen in gar keinem Verhältnis zu dieser Verbilligung. Man muß deswegen selbst bei schlechten Milchpreisen die Kraftfutterzugaben nicht einschränken sondern steigern, um den größten privatwirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Ähnlich wie auf dem Gebiet der Rindviehfütterung liegen die Dinge bei der übrigen Tierhaltung und auch bei dem Pflanzenbau. Im allgemeinen steht die deutsche Landwirtschaft noch so weit unter dem betriebswirtschaftlichen Optimum der Intensität, daß auch die heute hohen Zinsaufwendungen überkompensiert werden können. Im übrigen ist es durchaus falsch zu glauben, daß Intensivierung im Verhältnis zu den bisherigen Kosten wesentlich erhöhte Aufwendungen erfordert.

Vom rein betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus ist die Frage, ob der Betrieb etwas intensiver oder etwas extensiver

betrieben werden soll, lange nicht so wichtig wie die Frage, ob sämtliche Aufwendungen des Betriebs zu einander im richtigen Verhältnis stehen. Man muß berücksichtigen, daß im intensiven Betrieb, wenn die einzelnen Düngersorten proportional falsch verwandt werden, die Erträge geringer sein können als in einem ganz extensiven Betrieb, in dem alle Kunstdüngersorten nur in kleinsten Gaben, aber in einem richtigen, für die Pflanzen notwendigen Verhältnis gegeben werden, oder daß eine durchweg mit hohen Kraftfuttermengen gefütterte Rinderherde weniger Milch bringen kann als eine andere gleichwertige Herde, in der die Kraftfütterung insgesamt geringer, aber richtig nach der Milchleistung der einzelnen Kühe verteilt ist. Berthold Sagawe versuchte in den letzten Jahren den Beweis dafür zu erbringen, daß intensivere Betriebe größere Verluste oder kleinere Reinerträge aufweisen als die extensiveren Betriebe. Seine Argumentation ist aber nicht haltbar. Sagawe stellt nämlich einfach den Aufwand der Betriebe dem Reinertrag gegenüber und konstatiert, daß sich bei steigendem Aufwand das Betriebsergebnis verschlechtert. Wie wenig stichhaltig solche Gegenüberstellungen sind, zeigt allein schon die Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Buchführungsabschlüsse, die am 1. Juli gemacht werden, immer 2 Wirtschaftsjahre enthalten, daß daher die Ernterträge in der Bilanz mit Aufwendungen erzielt wurden, die zum größten Teil bereits im Jahr vorher buchmäßig in die Erscheinung treten. Voraussetzung für eine solche Gegenüberstellung ist also die Annahme, daß die Aufwendungen wie die Erträge in den beiden aufeinanderfolgenden Jahren annähernd gleich sind. Mit Zahlen aus einem einzigen Wirtschaftsjahr läßt sich daher nichts über die Zweckmäßigkeit einer Intensitätsstufe aussagen. Sagawe berücksichtigt außerdem nicht, daß hohe Aufwendungen nicht nur von intensiver Betriebsorganisation sondern auch daher rühren können, daß die Betriebsmittel unverhältnismäßig teuer eingekauft worden sind, oder daß zum Beispiel die Arbeit unrationell eingeteilt und verteuert worden ist. Die Arbeiten Sagawes haben denn auch einen andern bekannten Betriebswirtschaftler, Ernst Laur /Zürich/, veranlaßt in der Schweiz Nachprüfungen über die zweckmäßigste Intensitätsstufe zu machen. Laur ging dabei in der Einteilung der Betriebe in intensive und extensive nicht von dem

Gesamtaufwand dieser Betriebe aus, er berücksichtigte vielmehr die Art der Aufwendungen. Er sagt mit Recht: Wohl haben alle intensiven Betriebe höhere Aufwände, aber nicht alle Betriebe mit höheren Geldaufwänden sind intensiv. Laur beurteilte die von ihm erfaßten Betriebe nach zahlreichen Gesichtspunkten, unter Berücksichtigung der Fruchtfolge, Bodenbearbeitung, Düngung usw. Jeder der von ihm berücksichtigten Faktoren wurde mit Punkten bewertet, und aus der Zahl dieser Punkte wurde die Intensität der Betriebe bestimmt. Hierbei stellte sich heraus, daß in fast allen Betriebsformen die intensiveren und die intensivsten Betriebsgruppen nicht nur einen weit höhern Rohertrag sondern vor allem auch einen größeren Reinertrag gegenüber den extensiven Betriebsgruppen aufzuweisen hatten. Ganz besonders drückt sich die steigende Intensität in allen Ackerbauwirtschaften günstig im Betriebsergebnis aus. Erst bei einem Intensitätsgrad, wie er in der breiten Praxis fast nie erzielt wird, ist ein Sinken des Reinertrags festzustellen. Nur in diesen ganz seltenen Fällen ist das Optimum überschritten.

Diese, aus schweizerischen Buchführungsergebnissen gewonnenen Erkenntnisse über die Rentabilität extensiver und intensiver Wirtschaftsweisen gelten nicht nur für die Schweiz sondern auch für Deutschland. Sie sind eine praktische Bestätigung allgemeingültiger landwirtschaftlicher Grundgesetze. Man sollte Mißerfolge in der Landwirtschaft nicht nur auf zu starke Intensivierung zurückzuführen suchen. Es gibt in Deutschland nicht sehr viele Betriebe, die bei richtigem Aufwandsverhältnis aufs intensivste betrieben werden und dabei Verluste erleiden. Bei den weitaus meisten Betrieben ist Intensivierung nicht nur volkswirtschaftlich erwünscht sondern auch geeignet zum privatwirtschaftlichen Gewinn des Betriebsleiters beizutragen.

Totenliste In Ungarn starb im Herbst 1927 *Ignatius von Daranyi*, 78 Jahre alt. Er war Präsident des Bundes der ungarischen Landwirte und um die Jahrhundertwende 2mal mehrere Jahre hindurch ungarischer Landwirtschaftsminister. Die ungarische Landwirtschaft verliert durch seinen Tod einen ungewöhnlich vielseitigen und hervorragenden Führer. Am 28. Januar 1928 starb, in seinem 82. Lebensjahr, der Amtsrat *Siegfried Meyer*, der sich um die deutsche Landwirtschaft sehr verdient gemacht hat. Er

war es, der als Domänenpächter in der Uckermark in den achtziger Jahren als erster Zuckerrüben auf seinen Betrieben anbaute. Er setzte sich auch für die Intensivierung der deutschen Landwirtschaft ein und beriet den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz nach dieser Richtung.

Ende Januar starb in Berlin der Agrarpolitiker *Ulrich Mueller*, 60 Jahre alt. Er hat eine Reihe wertvoller Anregungen für Verbesserungen in der Landwirtschaft gegeben. Er setzte sich besonders für vermehrte landwirtschaftliche Qualitätserzeugung ein und veröffentlichte unter anderem im vorigen Jahr eine als Manuskript gedruckte grundlegende Denkschrift über die Produktions- und die Absatzbedingungen einer deutschen Schweineexportindustrie.

Kurze Chronik Auf der *Grünen Woche*, die die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft vom 28. Januar bis zum 5. Februar in Berlin abhielt, war unter den zahlreichen Referaten der Vortrag Axel Schindlers, des Leiters der Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat, bemerkenswert. Schindler sprach über Betriebserfolg und Marktbeobachtung in der Landwirtschaft und setzte sich für die Förderung der Qualitätserzeugung und für bessere Schulung der Landwirtschaft in allen Absatzfragen ein. In der Ausstellung während der Grünen Woche war besonders die Abteilung Milch sehenswert, in der moderne Aufstallungsmethoden, Fütterungsfragen und Milchverwertungsmöglichkeiten in Wort und Bild dargestellt wurden. ◊ Preußen hat, um zu verstärkter Melioration anzuregen, für die nächsten 5 Jahre den Betrag von je 6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. ◊ Die Deutsche Landwirtschaftspresse gab eine Milchsondenernummer heraus, in der eingehend alle Fragen moderner *Milchwirtschaft* behandelt werden. ◊ Der Herausgeber der Landwirtschaftlichen Jahrbücher und langjährige Referent für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen im preussischen Landwirtschaftsministerium *Gustav Oldenburg* ließ sich von seinem Amt beurlauben, um als Führer einer deutschen landwirtschaftlichen Sachverständigen-delegation für 2 Jahre in den Dienst des türkischen Landwirtschaftsministeriums einzutreten. ◊ Der emeritierte Gießener Ordinarius für Landwirtschaft *Paul Gisevius* erhielt einen Lehrauftrag für landwirtschaftliche Betriebslehre an der Universität Frankfurt.